



Universität Potsdam

Jochen Franzke | Heinz Kleger (Hrsg.)

**Kommunaler Bürgerhaushalt
in Theorie und Praxis am Beispiel Potsdams**

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Jochen Franzke | Heinz Kleger (Hrsg.)

**Kommunaler Bürgerhaushalt
in Theorie und Praxis am Beispiel Potsdams**

Theoretische Reflektionen, zusammenfassende Thesen und
Dokumentation eines begleitenden Projektseminars

Universitätsverlag Potsdam 2006

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© Universitätsverlag Potsdam, 2006

Autoren: Prof. Dr. Heinz Kleger
Professur für Politische Theorie
Kontakt: PF 900 327, D-14439 Potsdam
Tel.: +49 331 977 3414
e-mail: kleger@uni-potsdam.de

Hochschuldozent Dr. Jochen Franzke
Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Verwaltung
und Organisation
Kontakt: PF 900 327, D-14439 Potsdam
Tel.: +49 331 977 3414
e-mail: franzke@uni-potsdam.de

Druck: Audiovisuelles Zentrum der Universität Potsdam
und sd:k Satz Druck GmbH Teltow

Vertrieb: Universitätsverlag Potsdam
Postfach 60 15 53, 14415 Potsdam
Fon +49 (0) 331 977 4517 / Fax 4625
e-mail: ubpub@uni-potsdam.de
<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

ISBN 3-939469-21-1
ISBN 978-3-939469-21-6

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Es darf ohne vorherige Genehmigung der Autoren / Herausgeber nicht vervielfältigt werden.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
------------------	---

Teil I

Zusammenfassende Thesen zum Stand des Bürgerhaushaltsprojekts in Potsdam.....	4
Abschlussbericht "Erste Ergebnisse und Tendenzen der Befragung der organisierten Bürgerschaft" der Zentralen Auswertungsgruppe	11
Sozialräume in Potsdam	25
Abschlussbericht Sozialraum I.....	26
Abschlussbericht Sozialraum II	34
Abschlussbericht Sozialraum III	43
Abschlussbericht Sozialraum IV	55
Abschlussbericht Sozialraum V	67
Abschlussbericht Sozialraum VI.....	82
Abschlussbericht Gesamtstädtische Gruppen	108
Abschlussbericht SSV-Ausschüsse	120
Abschlussbericht Politische Parteien	137
Abschlussbericht Stadtverwaltung	149
Abschlussbericht Vergleich Bürgerhaushalt Potsdam und Bezirksamt Berlin-Lichtenberg	163

Teil II

Von Porto Alegre nach Europa. Möglichkeiten und Grenzen des Bürgerhaushalts	188
Verwaltung als Hemmnis: Ein Erfahrungsbericht	206
Der Potsdamer Bürgerhaushalt: Mehr als eine weitere Diskussionsrunde?.....	214

Anhang I Befragung der organisierten Bürgerschaft der Stadt Potsdam

zum Bürgerhaushalt - Standardisierter Fragebogen	224
Anhang II Liste der interviewten Organisationen der Bürgerschaft.....	231
Abkürzungsverzeichnis	239
Autorenverzeichnis.....	240

Einleitung

Zu den neueren Formen partizipativer Demokratie auf lokaler Ebene gehören die Bürgerhaushalte. Dabei wirken die Bürger¹ einer Kommune an der Aufstellung des Haushaltes in deutlich intensiverem Umfang als bislang mit. Basierend auf einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (SVV) vom 5. Mai 2004 begann die brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam erste Schritte zum Bürgerhaushalt im Jahr 2005.

Diese Publikation dokumentiert die Ergebnisse eines Projektseminars an der Universität Potsdam im Wintersemester 2005/2006, an dem unter der Leitung von Prof. Dr. Heinz Kleger und Dr. Jochen Franzke 85 Studenten² der Politik- und Verwaltungswissenschaften teilnahmen. Zusätzliche Unterstützung leisteten Martin Kühn, Uwe Stab und Mike Schubert. Die Projektleitung bedankt sich bei allen Teilnehmern des Seminars für Ihr außergewöhnlich hohes Engagement und selbständiges Arbeiten.

Aufgabe des Projektseminars war es, ein Meinungsbild der organisierten Bürgerschaft der Stadt Potsdam zu den begonnenen Projekten der Bürgerkommune und des Bürgerhaushaltes zu erfragen. Zu diesem Zwecke wurden von den studentischen Teilnehmern des Projektseminars zwischen November 2005 und Januar 2006 105 Interviews mit Vertretern der organisierten Bürgerschaft durchgeführt.³ Eine vorläufige Gesamtauswertung legte die Arbeitsgruppe 1 vor. Weitere Abschlussberichte betreffen die sechs Sozialräume der Stadt Potsdam. Um das Meinungsbild abzurunden, wurden auch in 36 Interviews Vertreter der politischen Parteien und Wählergemeinschaften in der SVV, deren Ausschüsse sowie der Stadtverwaltung befragt. Schließlich wurde auch eine AG zum Vergleich mit anderen Bürgerhaushaltsprojekten eingesetzt. Die Projektleitung bedankt sich bei allen Befragten, die sich für diese Interviews Zeit genommen haben.

Entstanden ist eine eindrucksvolle Momentaufnahme sowohl des Zustandes der organisierten Bürgerschaft der Brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam als auch ihrer Verflechtung und Konflikte mit städtischer Politik und Verwaltung. Vor allem gelang es, die Positionen der organisierten Bürgerschaft zur Bürgerkommune und Bürgerhaushalt sichtbar zu machen. Des Weiteren soll diese Dokumentation allen am Prozess des Bürgerhaushaltes in der Stadt Potsdam beteiligten Akteuren Informationen liefern, die zur weiteren Profilierung dieses sinnvollen Verfahrens dienen können.

Diese Dokumentation umfasst in einem ersten Teil die zusammenfassenden Thesen von Jochen Franzke und Heinz Kleger zum Stand des Bürgerhaushaltsprojekts in der Stadt Potsdam sowie die

¹ In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form von Funktionsbezeichnungen genutzt; diese steht zugleich immer auch für die entsprechende weibliche Form.

² Die Namen der beteiligten Studenten finden sich jeweils bei den von diesen mitverfassten Abschlussberichten.

³ Davon wurden 132 Fragebogen statistisch ausgewertet.

Abschlussberichte der Arbeitsgruppen des Projektseminars. In einem zweiten Teil analysieren Carsten Herzberg, Anja Röcke und Yves Sintomer die Möglichkeiten und Grenzen der Bürgerhaushaltsidee im europäischen Vergleich. Vor allem ihre Typologie des Bürgerhaushalts ist aufschlussreich. Zwei Beiträge von Martin Kühn und Uwe Stab, die als Praktikanten in der Stadtverwaltung dieses Projekt unmittelbar begleitet haben, bringen deren Erfahrungen in die Debatte ein. Es folgen als Anlage die bei den Interviews genutzten Fragebögen sowie eine Liste aller Befragten Verbände bzw. Einzelpersonlichkeiten aus Politik und Verwaltung der Stadt.

Die Abschlussberichte der Arbeitsgruppen sowie die freien Beiträge sind von deren Autoren eigenständig verfasst und spiegeln deren Einschätzungen wieder. Sie sind von der Projektleitung lediglich sprachlich bearbeitet und ggf. gekürzt worden. Deren wertende Aussagen decken sich nicht in jedem Fall mit den Positionen der Projektleitung.

Potsdam, Mai 2006

Jochen Franzke/Heinz Kleger

Teil I

Zusammenfassende Thesen zum Stand des Bürgerhaushaltsprojekts in Potsdam

Von Jochen Franzke und Heinz Kleger

Folgende Thesen basieren auf der Auswertung von 150 Interviews, die im Rahmen eines von uns geleiteten Projektseminars an der Universität Potsdam zwischen November 2005 und Januar 2006 durchgeführt wurden. Dabei wurden 100 Vereine und Verbände der organisierten Bürgerschaft der Brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam befragt, darüber hinaus 50 Kommunalpolitiker und Vertreter der Stadtverwaltung. Damit ist die Befragung nicht repräsentativ, bietet aber ein einmaliges, bislang nicht verfügbares Datenmaterial über Strukturen, Positionen und Interessen der organisierten Bürgerschaft.

Die folgenden Thesen sind naturgemäß zugespitzt und verallgemeinert, eine differenziertere Darstellung findet sich in den nachfolgend veröffentlichten Berichten der verschiedenen Arbeitsgruppen unseres Projektseminars:

1. Die Befragung belegt die vielfältige Struktur der organisierten Bürgerschaft in der Stadt Potsdam mit ihren 144.000 Einwohnern. Wichtige Impulse für diese Struktur erfolgten unmittelbar während und nach der Wende im Jahre 1989 sowie in einer zweiten Welle Ende der 1990er Jahre, als viele Verbände neu gegründet wurden. Der Vernetzungsgrad der organisierten Bürgerschaft ist allerdings – mit Ausnahme der wenigen gesamtstädtischen Gruppen - eher gering. Es ergibt sich das Bild einer fragmentierten Zivilgesellschaft, die überwiegend in den sechs Sozialräumen⁴ organisiert ist. Es besteht kein repräsentatives gesamtstädtisches bürgerschaftliches Zentrum, die Konkurrenz um städtische Finanzausschüsse ist ausgeprägt. Die Themen für zivilgesellschaftliches Engagement der Verbände sind breit gefächert und stark lokal geprägt, Soziales, Jugend und Kultur ragen etwas heraus. Die Nutzung von Instrumenten der lokalen Demokratie durch die organisierte Bürgerschaft ist bislang eher gering.
2. Die Lebensqualität in der Stadt Potsdam wird durchgängig als hoch eingeschätzt, einzige Ausnahme bildet die Lebensqualität für die Radfahrer. Betrachtet man aber die einzelnen Sozialräume, wird das Bild deutlich differenzierter, vielfach wird dort die Lebensqualität

⁴ In den 2004 neu eingemeindeten Ortsteilen besteht weiterhin eine weitgehend eigenständige zivilgesellschaftliche Struktur, die noch nicht in den restlichen Sozialraum I integriert ist. Dabei spielen die nur in diesen Ortsteilen zu findenden Ortsbeiräte eine spezifische Rolle.

insbesondere für Behinderte, Kinder und Jugendliche als schlecht beschrieben.⁵ Dennoch sieht die organisierte Bürgerschaft in einigen Bereichen weiteren Handlungsbedarf: Gesundheit, Kultur/Bibliotheken/Museen, Jugendarbeit, ÖPNV, Radwege, Schulen, Soziales, Sportstätten, Straßen sowie Umwelt- und Naturschutz. Natürlicherweise wird dieser in den verschiedenen Sozialräumen unterschiedlich gesehen.

3. Die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung wird durch die organisierte Bürgerschaft als intensiv und eher positiv bewertet. Deutlich kritischer fällt die Bewertung des Verhältnisses zur kommunalen Politik aus. Vielfach ist latente Skepsis bzw. Misstrauen gegenüber „denen da oben“ zu spüren („Politikerverdrossenheit“). Dies belastet auch das Projekt der „Bürgerkommune“ und des „Bürgerhaushalts“. Die organisierte Bürgerschaft bevorzugt den direkten Kontakt zu den kommunalpolitischen Entscheidungsträgern, z. B. durch Teilnahme an Sitzungen der SVV und deren Ausschüssen.
4. Über das städtische Leitbild einer Bürgerkommune, in welches der Bürgerhaushalt eingebettet ist, fühlen sich über 60 % der befragten Verbände der organisierten Bürgerschaft sehr schlecht bzw. schlecht informiert. In einigen Sozialräumen sind es sogar bis zu 90 %. Nur bei den gesamtstädtisch tätigen Gruppen ergibt sich in dieser Hinsicht ein positives Bild. Dies wurde von den befragten Vertretern der organisierten Bürgerschaft vor allem der mangelhaften Informationspolitik der Stadtverwaltung angelastet, offenbar sind aber auch die eigenen Bemühungen, an Informationen zu diesem zentralen Thema der Stadtpolitik zu gelangen, vielfach deutlich unterentwickelt. Ziele einer Bürgerkommune sollten aus Sicht der organisierten Bürgerschaft vor allem mehr Bürgerbeteiligung und mehr Transparenz in den städtischen Entscheidungen sein. Die Vorstellungen tendieren deutlich zu einer dezentralen, Stadtteil-orientierten Bürgerkommune.
5. Auch bezüglich des Bürgerhaushalts ist das Wissen in der organisierten Bürgerschaft – wieder mit Ausnahme der gesamtstädtischen Gruppen - bislang gering, deren Interesse allerdings deutlich ausgeprägt. Mindestens zwei Drittel der befragten Verbände sind bereit, an einem Bürgerhaushaltsprozess in der Stadt Potsdam mitzuwirken, nur etwa 10 % haben sich dem verweigert. Diese Bereitschaft bezieht sich allerdings eher auf eine allgemeine Beteiligung an den entsprechenden Diskussionen, die Mobilisierung der eigenen Mitglieder sowie die Teilnahme an entsprechenden Veranstaltungen. Aber immerhin noch ein Viertel der Befragten können sich eigene Veranstaltungen und aktive Leistungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes vorstellen. Dies ist dennoch ein ausgesprochen positives Ergebnis, denn für die aktive Mitwirkung kommen nur die größeren Verbände der Zivilgesellschaft in Frage.

⁵ Dazu gehört faktisch auch die Lebensqualität der Ausländer, dies wird jedoch in unserer Befragung statistisch - mit Ausnahme der gesamtstädtischen Gruppen - nicht relevant, da diese Frage häufig nicht beantwortet wurde.

Mehr als 60 % der Befragten wollen über den gesamten städtischen Haushalt diskutieren, also auch über jene Teile, die nicht freiwilligen Charakters sind. Insbesondere die Bereitstellung von Entscheidungshilfen für die Politik wird als positive Wirkung des Bürgerhaushaltes gesehen. Neben der Gefahr der Nichterfüllung der Erwartungen befürchten die Befragten vor allem die Selbstdarstellung aus den eigenen Reihen, aber auch durch Parteien und Kommunalpolitiker. Dies ist ein deutlicher Hinweis an diese, sich im Diskussionsprozess bewusst zurückzunehmen.

Die Mehrzahl der Befragten sprach sich in den Haushaltsfragen tendenziell eher für Kosteneinsparungen als für Einnahmesteigerungen aus. Zur Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt Potsdam präferieren die Befragten insbesondere die (weitere) Privatisierung sowie Kostenersparnisse in der Stadtverwaltung. Ausgabenreduzierungen könnten vor allem durch mehr öffentlich-private Partnerschaften erfolgen.

Die Mehrzahl der Befragten tritt für eine Diskussionsstruktur des Bürgerhaushaltes ein, die sowohl territoriale Interessen als auch fachlich-inhaltliche Aspekte berücksichtigt. So wurden zielgruppenorientierte Veranstaltungen zum Bürgerhaushalt vorgeschlagen, die nach Berufsgruppen, Alter oder Handlungsfeldern der Akteure differenziert werden könnten. Die Befragten wollen deutlich mehr als reine Informationsveranstaltungen. Während der Befragung wurden vielfach auch Ängste vor einem „Pseudo-Bürgerhaushalt“ deutlich, der von Politikern, der Verwaltung oder starken Interessengruppen gemeinsam zu eigennützigem Interessen missbraucht werden könnte.

6. Der gravierendste Unterschied der Vorstellungen der Befragten zum bislang praktizierten Verfahren des Bürgerhaushalts zeigt sich bei dessen Moderation. Die Befragten wollen überwiegend keine Moderation durch die Stadtverwaltung oder kommunale Politiker, sondern ziehen eine solche durch bekannte Bürger der Stadt vor, die selbst keine Stadtverordnete sind.⁶ Vielfach vermerkt wurde das Fehlen einer direkte Anlaufstelle für Fragen zur Bürgerkommune sowie des Bürgerhaushalts für die Bürger und die organisierte Bürgerschaft. Bei der Entscheidung über den Bürgerhaushalt hingegen dominiert eindeutig die Zuweisung an die von den Bürgern gewählte Stadtverordnetenversammlung. Alternative Vorstellungen, Entscheidungen z. B. durch Bürgerentscheid durchzuführen, wurden nur von einer Minderheit unterstützt. Allerdings ist damit die deutliche Erwartung verknüpft, dass in Verbindung mit dem Bürgerhaushalt eine verbindliche Form der Rechenschaftslegung der Kommunalpolitiker über die Gründe der Ablehnung von Bürgervorschlägen verbunden ist.
7. Neben der organisierten Bürgerschaft wurden auch andere spezifische Akteursgruppen befragt: die Vorsitzenden der Ausschüsse der SVV, die Vertreter der Parteien in der SVV

⁶ Moderation meint hier nicht nur die Versammlungsleitung bei Debatten über den Bürgerhaushalt, sondern auch deren Vorbereitung und Auswertung – kurz, die Umsetzung des gesamten Prozesses.

sowie Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Die befragte Gruppe der Ausschussvorsitzenden fühlte sich – bis auf eine bemerkenswerte Ausnahme – über das Projekt „Bürgerkommune Potsdam“ gut informiert. Mehrheitlich wurde hier die Stadtverwaltung als am besten geeignete Koordinierungsstelle genannt. Die überwiegende Mehrheit der Ausschussvorsitzenden sprach sich für die Diskussion über den Gesamthaushalt aus, wohl wissend, dass der größte Teil des Haushalts als Pflichtaufgaben nicht veränderbar ist. So könne aber der Bürgerschaft besser vermittelt werden, dass nur wenige Teile des Haushaltes beeinflussbar sind.

Die Mehrheit der befragten Ausschussvorsitzenden erwartet allerdings kaum realisierbare Haushaltsvorschläge seitens der Bürgerschaft. Offenbar schätzen sie deren Fachkompetenz als zu gering ein. Zugleich rechnet die Mehrheit der Ausschussvorsitzenden nicht damit, dass der Bürgerhaushalt zu einem effektiveren Mitteleinsatz führen könnte. Die Ausschussvorsitzenden verweigern sich also dem Projekt Bürgerhaushalt nicht, bewerten jedoch mehrheitlich dessen Erfolgsaussichten skeptisch.

8. Bei den befragten Vertretern politischer Parteien wird ein differenziertes Verständnis des Begriffs „Bürgerkommune“ deutlich. Während der Vertreter der FDP diese als nicht realistisch betrachtet, stehen alle anderen Parteien dieser Idee zumindest positiv gegenüber. Allerdings reicht die Bandbreite der damit verbundenen „Wunschvorstellung“ von besserer Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements (CDU), über das Bestreben, die Bürger in alle Belange mit einzubeziehen, ohne die Letztverantwortung der SVV aus der Hand zu geben (SPD), bis hin zu Vorstellungen, die Bürger direkt an Entscheidungen und Kontrolle in einer solchen Bürgerkommune zu beteiligen (BürgerBündnis).

Unsere Befragung zeigt, dass nahezu allen Parteien die Verbesserung der Transparenz am Haushaltsverfahren durch den Bürgerhaushalt besonders wichtig ist. Bei der Frage, ob der gesamte Verwaltungs- und Vermögenshaushalt (inklusive der Investitionen) in den Bürgerhaushalt einbezogen oder nur der beeinflussbare Teil des Haushaltes (die freiwilligen Aufgaben) berücksichtigt werden sollte, sind die Parteien in zwei etwa gleich große Lager gespalten.

Die Parteien sehen – erstaunlich selbstkritisch - vor allem das Problem der Selbstdarstellung und Profilierungssucht vieler Kommunalpolitiker als mögliche Belastung für den Bürgerhaushalt an. Viele befürchten überdies, dass bei den Bürgern zu hohe Erwartungen geweckt werden, die dann nicht erfüllt werden können.

Über 60 % der befragten Vertreter der Politik treten für ein Verfahren ein, welches sowohl der SVV als auch den Bürgern eine Mitbestimmungskompetenz offen hält. Dabei wird das Entscheidungsrecht der SVV – verbunden mit einer Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgern - favorisiert. Während etablierte und “bürgerliche“ Parteien eher die freie Entscheidung der gewählten SVV aufrechterhalten wissen möchten, tendieren eher “linke“

Parteien und Gruppen zur Einschränkung der souveränen Entscheidungsfindung der SVV. Hierbei geht es auch um das Verhältnis von direkter und repräsentativer Demokratie.

Der mehrheitliche Beschluss der SVV vom 5. Mai 2004 zeigte einen prinzipiellen Konsens der Parteien bezüglich der Bürgerkommune und des Bürgerhaushalts. Leider wurde es bis heute versäumt, diesen allgemein-politischen Konsens weiterzuentwickeln und auf den konkreten Ablauf des Verfahrens, dessen Ziele und Methoden auszudehnen. Unsere Befragung zeigt, dass jede politische Gruppierung ihren ganz eigenen „Bürgerhaushalt“ im Kopf hat. Unter diesen Umständen ist der Bürgerhaushalt in Potsdam gegenwärtig in einem hohen Maße Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen, was das Verfahren zusätzlich beeinträchtigt.

9. Für die Befragten aus der Stadtverwaltung bedeutet die Umgestaltung des bisherigen Haushaltsverfahrens zu einem Bürgerhaushalt in erster Linie zusätzlichen Arbeitsaufwand, dessen Nutzen vielfach (noch) nicht gesehen wird. Zum anderen wird befürchtet, dass organisierte Akteure von politischer und zivilgesellschaftlicher Seite den Bürgerhaushalt als neue Plattform zur Durchsetzung ihrer eigennützigen Interessen instrumentalisieren könnten. Als positiv bewerten viele Befragte aus der Stadtverwaltung die Möglichkeit, mittels des Bürgerhaushaltes kontroverse Verwaltungsentscheidungen den Bürgern besser zu erklären.

Zwei Probleme wurden seitens der Verwaltung besonders kritisiert: Erstens die fehlende Steuerung durch die Politik, deren Engagement für den Bürgerhaushalt viel zu gering sei. Zweitens wird eine Koordinierungsstelle des Projektes vermisst, die möglichst außerhalb der Verwaltung anzusiedeln sei, die – vielleicht nach dem Vorbild des Stadtforums - auch die Moderation und die Projektdokumentation übernehmen könne, um mehr Unabhängigkeit zu gewährleisten.

Zu berücksichtigen ist allerdings, dass Potsdam im Vergleich zu ähnlichen Projekten in anderen Kommunen bislang erheblich geringere finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen. Unter diesen Umständen waren auch die Möglichkeiten der Marketing-Kampagne stark begrenzt. Dennoch hat sich deren weitgehende Beschränkung auf die klassische Pressearbeit und die Stadtwerke-Zeitung als ungenügend herausgestellt. In diesem Zusammenhang sind auch die Medien gefordert, sich verstärkt um eine Begleitung des Bürgerhaushaltsprozesses zu bemühen. Dies müsste abgestimmt und im Sinne einer regelmäßigen Forumsseite geschehen. Zum Beispiel könnte mit den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ eine Vereinbarung der Zusammenarbeit getroffen werden, die kritisch und konstruktiv zugleich wäre.

10. Zusammenfassend ergibt sich aus wissenschaftlicher Sicht folgende Bewertung des Bürgerhaushaltsprojekts in Potsdam: Gegenstand der Bürgerhaushalt-Diskussion in Potsdam ist vor allem die kritische finanzielle Gesamtsituation der Stadt. Ziel ist es, stärkere Unterstützung der Bürger für die Bemühungen zu erhalten, den städtischen Haushalt auszugleichen. Bislang ist das Haushaltsverfahren damit partiell transparenter geworden.

Die bisher stattgefundenen öffentlichen Diskussionen über den Bürgerhaushalt basierten jedoch weder auf Verteilungskriterien noch auf hierarchischen Finanzziele. Die Debatte wurde von der Stadtpolitik vorgegeben und von der Stadtverwaltung vorbereitet. Beide Akteursgruppen dominierten das Verfahren. Offenbar hofften einige Akteure aus Politik und Verwaltung auf Zufallstreffer aus der Zivilgesellschaft (Sparvorschläge), die jedoch nicht zustande kamen.

Der Einfluss der Zivilgesellschaft auf das Bürgerhaushaltsverfahren ist bislang gering, die Teilnahme der Bürger an den Veranstaltungen zum Bürgerhaushalt eher dem Zufallsprinzip unterworfen bzw. auf die aktiven Bürger, die zumeist Vertreter organisierter Interessen sind, konzentriert. Ursache dafür ist u. a. die unzureichende Informationspolitik der Stadtverwaltung. Die Wirtschaft ist bislang systematisch nicht einbezogen, und die Medien übernehmen noch keine informativ aufklärende Rolle.

Unter diesen Umständen ist die deliberative Qualität des Bürgerhaushalts in Potsdam bislang gering. Legt man die Kriterien von Herzberg et al. zugrunde,⁷ so handelt es sich in Potsdam um das Modell der „Konsultation öffentlicher Finanzen“.

11. Es bestehen aber durchaus Potentiale, das Bürgerhaushalts-Modell in der Stadt Potsdam weiter auszubauen. Trotz der aufgezeigten Defizite sollte das sinnvolle Projekt des Bürgerhaushaltes in Potsdam weiter geführt werden. In diesem Zusammenhang möchten wir angesichts der Erfahrungen unseres Projektseminars folgende Vorschläge unterbreiten:

- Notwendig ist ein erweiterter Konsens der Kommunalpolitik hinsichtlich der praktischen Ausgestaltung des weiteren Verfahrens des Bürgerhaushaltes in Potsdam, z. B. durch einen weiteren - möglichst konsensualen - Beschluss der SVV;
- Dringend erforderlich sind verstärkte Anstrengungen der Stadt, zusätzliche externe finanzielle Mittel für die Fortführung des Bürgerhaushaltsprojektes zu erlangen;
- Erforderlich ist weiterhin die Einrichtung einer externen Koordinierungsstelle für das Bürgerhaushaltsprojekt, die eine aktivere Informationspolitik betreiben könnte;
- Notwendig ist zudem eine deutliche Verbesserung der Informationspolitik der Stadtverwaltung gegenüber der organisierten Bürgerschaft wie der Öffentlichkeit generell zu den Themen „Bürgerkommune“ und „Bürgerhaushalt“;⁸
- Sinnvoll wäre es, die Erfahrungen aus der französischen Partnerstadt Bobigny bei ihrem Bürgerhaushaltsverfahren genauer zu studieren (ebenso wie andere Bürgerhaushaltsprojekte in Europa);

⁷ Siehe deren Beitrag in diesem Buch.

⁸ Anzuregen ist die Einrichtung eines E-Mailverteilers für Vereine und Organisationen der Bürgerschaft, über den ohne großen Aufwand Informationen verteilt werden können. Außerdem ist es dringend notwendig, die Internet-Präsentation des Bürgerhaushaltes zu verbessern und interaktiver zu gestalten.

- Notwendig erscheint außerdem die konkrete Einbeziehung der privaten Wirtschaft wie der Medien in das Bürgerhaushaltsprojekt;
- Des Nachdenkens wert scheint uns schließlich die Idee, das Bürgerhaushaltsprojekt mit einem „Pakt für Potsdam“ zu verbinden, der alle praktikablen Ideen enthält, mit denen die aktive Bürgerschaft ihren eigenen Beitrag zur lebenswerten Zukunft der Stadt Potsdam leisten will.

Die Autoren dieser Thesen sind gern bereit, den Prozess des Bürgerhaushalts in der Stadt Potsdam weiter zu unterstützen und zu planen daher ein weiteres Projektseminar im Jahr 2007, welches ein Meinungsbild der Bürger erstellen soll.

Abschlussbericht „Erste Ergebnisse und Tendenzen der Befragung der organisierten Bürgerschaft“ der Zentrale Auswertungsgruppe⁹

Von Juliane Bär, Barbara Bölke, Christian Haseloff, Nicole Remus und Marian Weimann

Methodische Vorgehensweise

- Anlegen von zwei Datensätzen für OB und PV
- Abholung der Fragebögen 2x sowie Dateneingabe 2-3x pro Woche
- Signatur der Bögen nach AG, SR und Fragebogennummer, Bsp. AG2SRI1
- Auswertung der Daten nach Häufigkeiten und Kreuztabellen (ca. 25-40 Seiten je AG)

3

Variablencodierung

Skalafragen: **sehr gut +2....-sehr schlecht -2**
trifft zu +2....trifft nicht zu -2

Zustimmungs- /Ablehnungsfragen: **ja =1, nein=0**

Mehrfachnennungen: **jede Antwort eine Variable**

Keine Angabe, fehlende Werte: **99**

4

⁹ Aus Platzgründen wurden nur ausgewählte Folien der Präsentation der Zentralen Auswertungsgruppe verwendet.

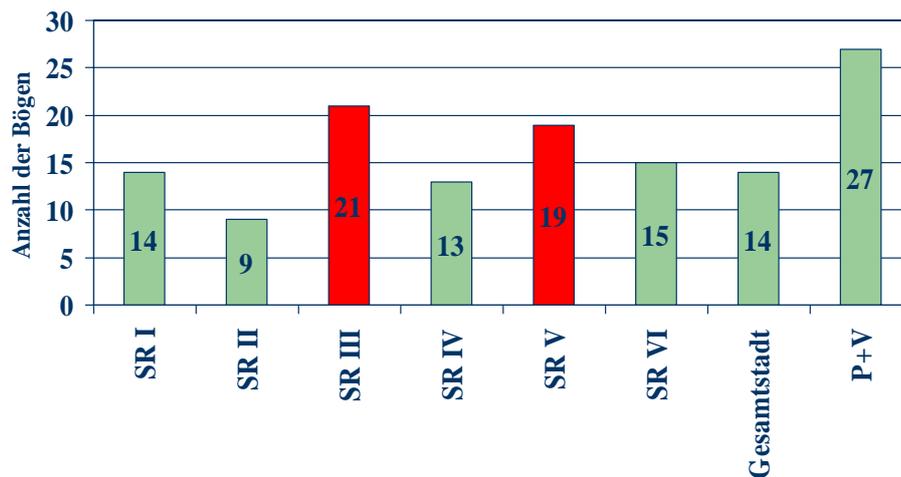
Kritische Anmerkungen zur Fragebogengestaltung

Viele fehlende Werte auffällig, da:

- Fehlende Antwortmöglichkeit „nein“, insb. bei Mehrfachnennungen (z.B. Frage 8, 9)
- Probleme des Verständnisses von Begrifflichkeiten, bspw. Beirat (Frage 9)
- Missverständliche Fragestellung (Mehrzahl in Frage, Antwort aber keine Mehrfachnennung (z.B. Frage 18))

5

Anzahl der Fragebögen nach Sozialraum

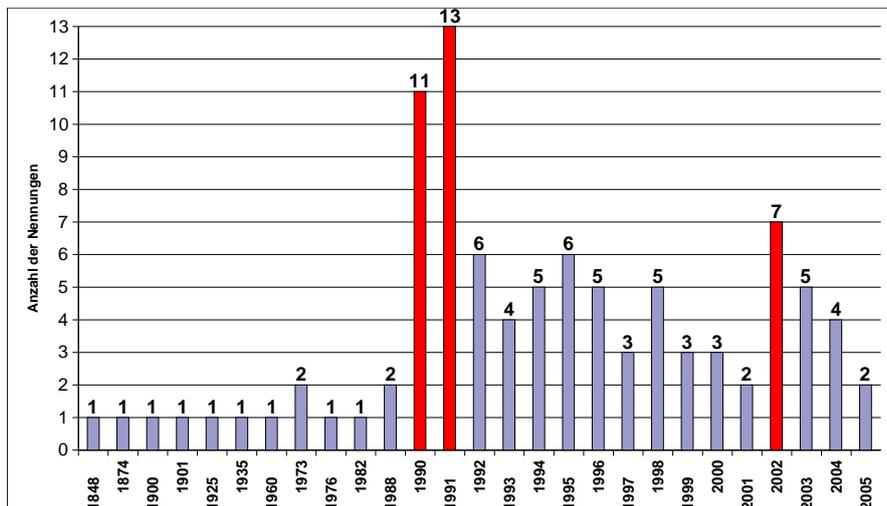


8

9

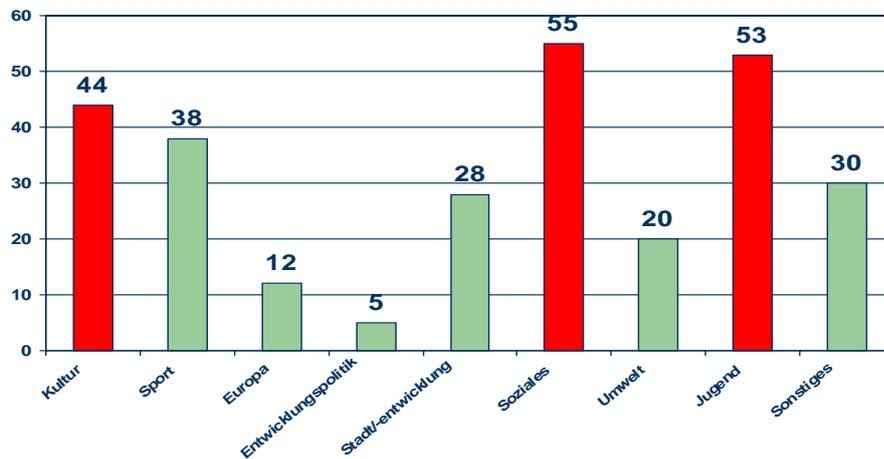
Fragenbogen-Teil I: Angaben zur Organisation

Angaben zur Organisation - Gründungsjahr



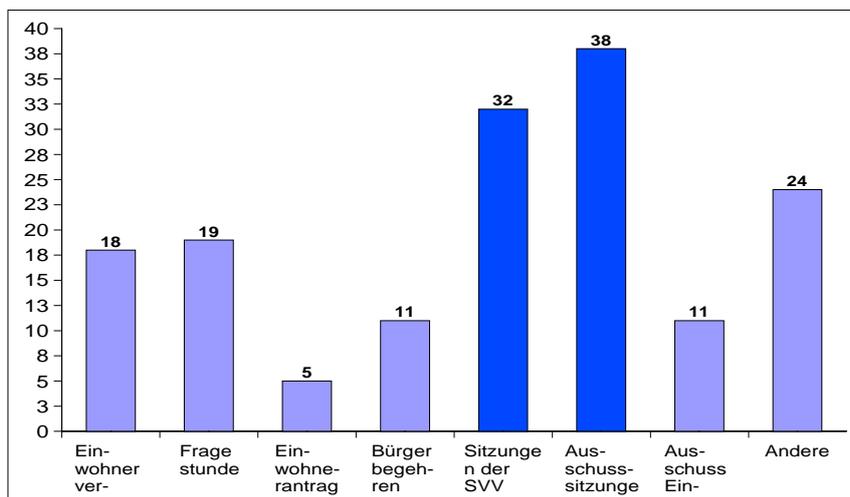
10

Angaben zur Organisation - Politikfelder



11

Angaben zur Organisation – Beteiligung am Entscheidungsprozess



12

Angaben zur Organisation – Grad der Vernetzung

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	sehr gering	9	8,9	13,2
	eher gering	37	36,6	54,4
	eher hoch	18	17,8	26,5
	sehr hoch	4	4,0	5,9
	Gesamt	68	67,3	100,0
Fehlend	keine Angabe	33	32,7	
Gesamt		101	100,0	

eher geringer
Vernetzungs-
grad

13

Angaben zur Organisation – Zusammenarbeit mit Stadtverwaltung

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	sehr gering	8	7,9	9,1
	eher gering	15	14,9	17,0
	eher hoch	49	48,5	55,7
	sehr hoch	16	15,8	18,2
	Gesamt	88	87,1	100,0
Fehlend	keine Angabe	13	12,9	
Gesamt		101	100,0	

eher hoher
Grad der
Zusammen-
arbeit mit Stadt

14

Angaben zur Organisation – Stadtverwaltung + Zuschüsse

		ZustandZusArbStVerw				Gesamt
		sehr gering	eher gering	eher hoch	sehr hoch	
Städtische Zuschüsse	nein	6	10	21	6	43
	ja	1	2	24	10	37
	beantra gt	1	3	3	0	7
Gesamt		8	15	48	16	87

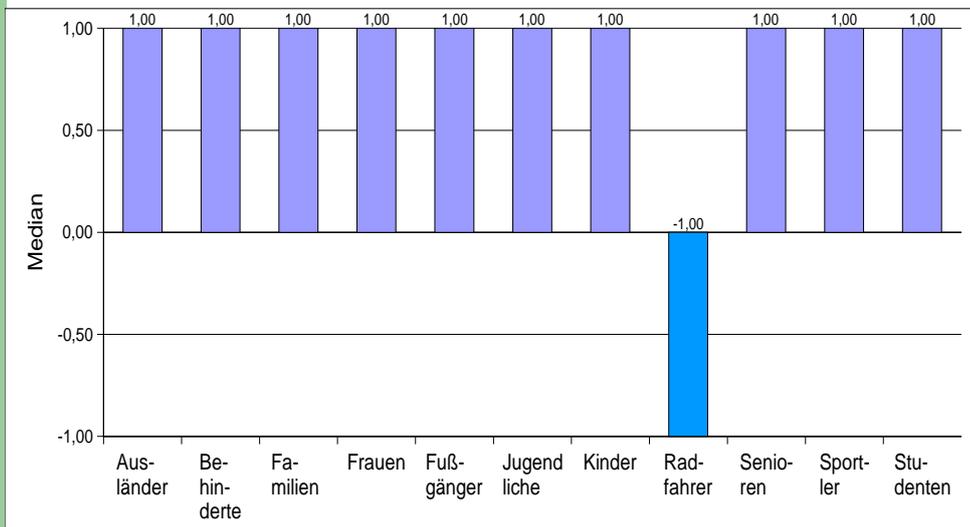
→ Extrempunkte der Skala der Zusammenarbeit spiegeln sich in Zuschussaussagen wider

15

Fragebogen- Teil II: Leben in Potsdam

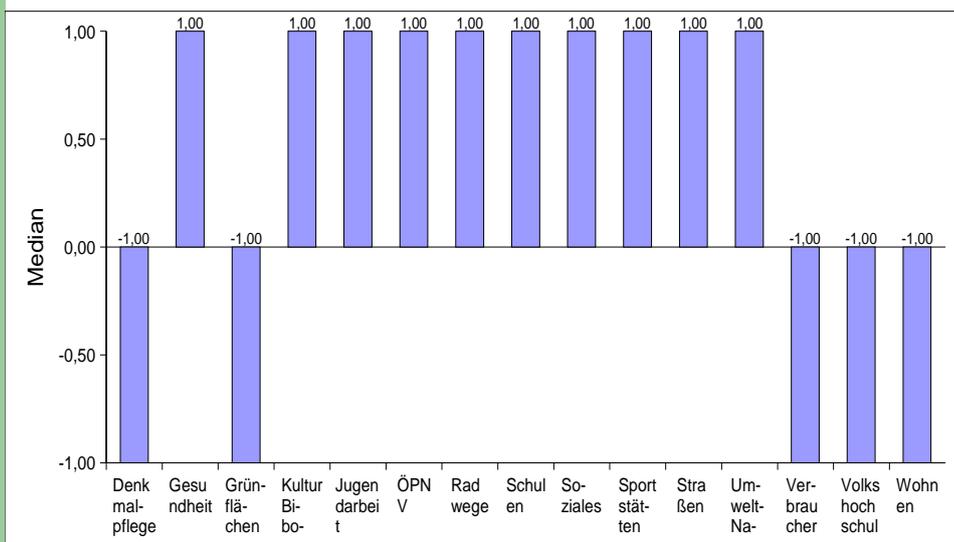
16

Lebensqualität in Potsdam



17

Handlungsbedarf



18

Einnahmenverbesserung HH

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozen-te
Gültig	Steuererhöhungen	10	7,6	12,0
	Verkauf kom. Eigentum	10	7,6	12,0
	Privatisierung	25	18,9	30,1
	Beitragserhöhung	2	1,5	2,4
	Weitere	36	27,3	43,4
	Gesamt	83	62,9	100,0
Fehlend	fehlender Wert	49	37,1	
Gesamt		132	100,0	

19

Ausgabenreduktion HH

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozen-te
Gültig	PPP	35	26,5	42,7
	Übernahme Leistungen Bürger	17	12,9	20,7
	Streichung Leistungen	1	,8	1,2
	Weitere	29	22,0	35,4
	Gesamt	82	62,1	100,0
Fehlend	fehlender Wert	50	37,9	
Gesamt		132	100,0	

20

21

Fragebogen-Teil III:

Bürgerkommune Potsdam

Bürgerkommune - Infostand

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	sehr schlecht	40	30,3	31,7
	eher schlecht	36	27,3	28,6
	eher gut	38	28,8	30,2
	sehr gut	12	9,1	9,5
	Gesamt	126	95,5	100,0
Fehlend	keine Angabe	6	4,5	
Gesamt		132	100,0	

Über 60%
fühlen sich
schlecht
informiert (!)

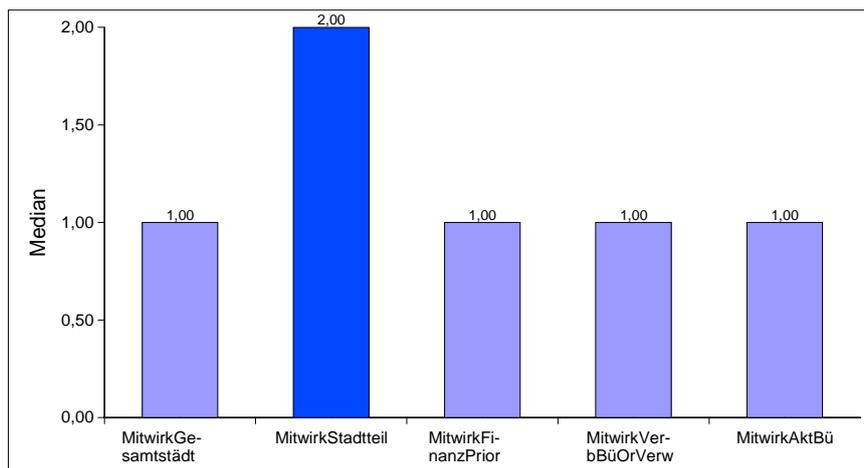
22

Bürgerkommune – Infostand + Ziele

		InfoStandBürgerkommune				Gesamt
		sehr schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut	
ZieleBürgerkommune	Mehr Transparenz	4	5	7	0	16
	Mehr Infos	2	3	1	0	6
	Mehr Bürgerbeteiligung	7	7	10	7	31
	Mehr Zufriedenheit	0	1	3	1	5
	Identifizierung mit Stadt	3	6	2	0	11
	Andere	2	1	0	0	3
Gesamt		18	23	23	8	72

23

Bürgerkommune – wichtige Handlungsfelder

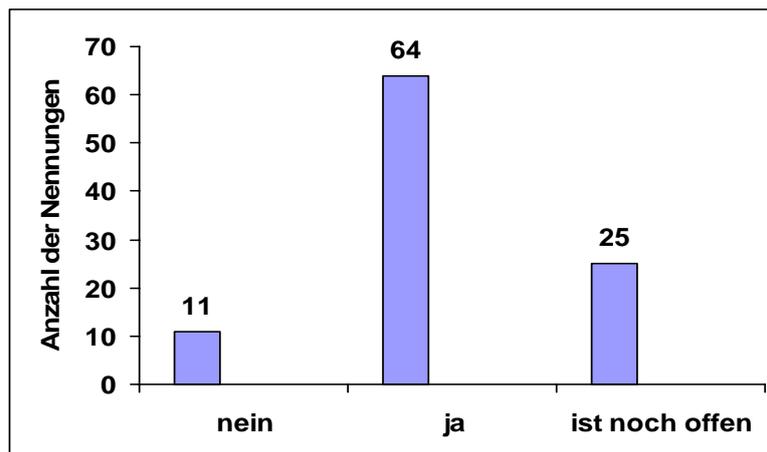


24

Fragebogen-Teil IV: Bürgerhaushalt Potsdam

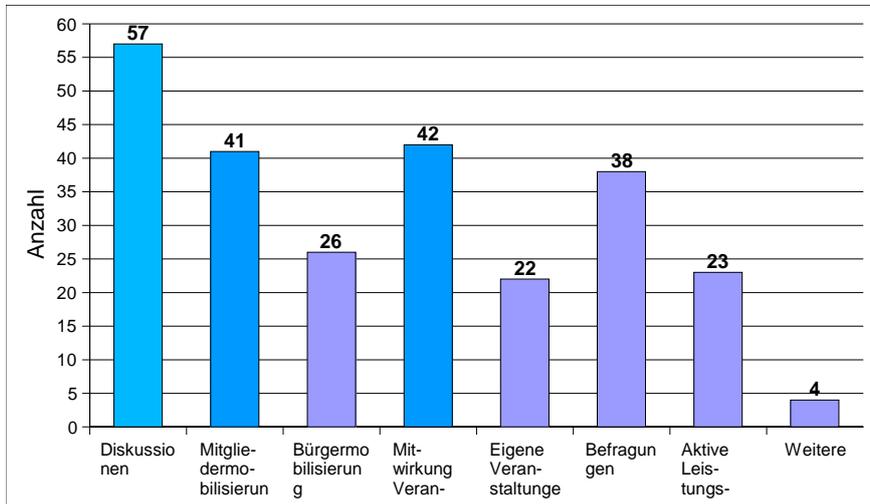
25

Bürgerhaushalt – Beteiligung?



26

Bürgerhaushalt – Wie beteiligen?



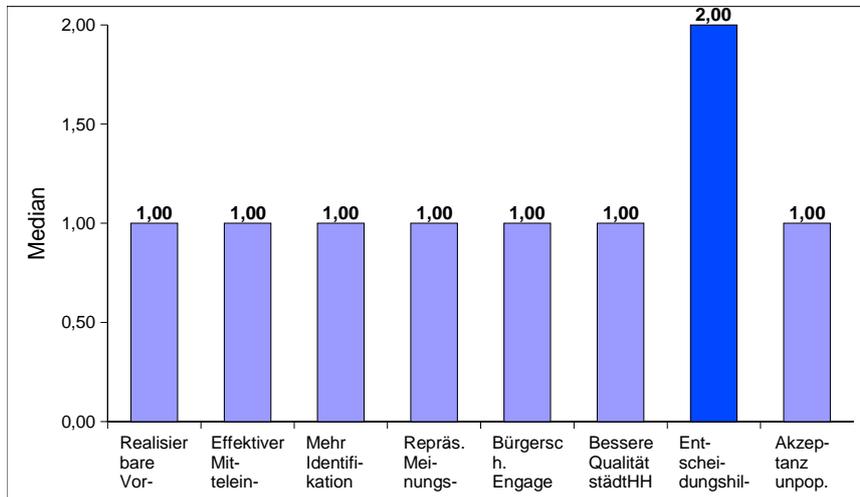
27

Bürgerhaushaltsdebatte

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	gesamter Haushalt	75	56,8	60,5
	über beeinflussbare Teile des Haushaltes	49	37,1	39,5
	Gesamt	124	93,9	100,0
Fehlend	fehlender Wert	8	6,1	
Gesamt		132	100,0	

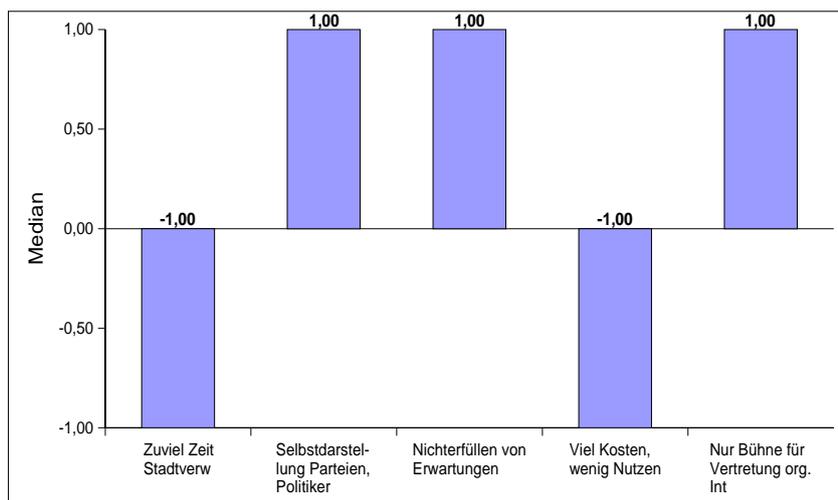
28

Bürgerhaushalt – positive Wirkungen



29

Bürgerhaushalt – Probleme



30

Bürgerhaushalt – Moderation

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	Stadtverwaltung	15	11,4	12,8
	Vertreter der organisierten Bürgerschaft	27	20,5	23,1
	Vertreter Auswärtige Persönlichkeiten	9	6,8	7,7
	Stadtverordnete	8	6,1	6,8
	Bekannte Bürger der Stadt, die keine Stadtverordnete sind	37	28,0	31,6
	Andere	21	15,9	17,9
	Gesamt	117	88,6	100,0
Fehlend	fehlender Wert	14	10,6	
Gesamt		132	100,0	

**Moderation
extern von
Politik und
Verwaltung!**

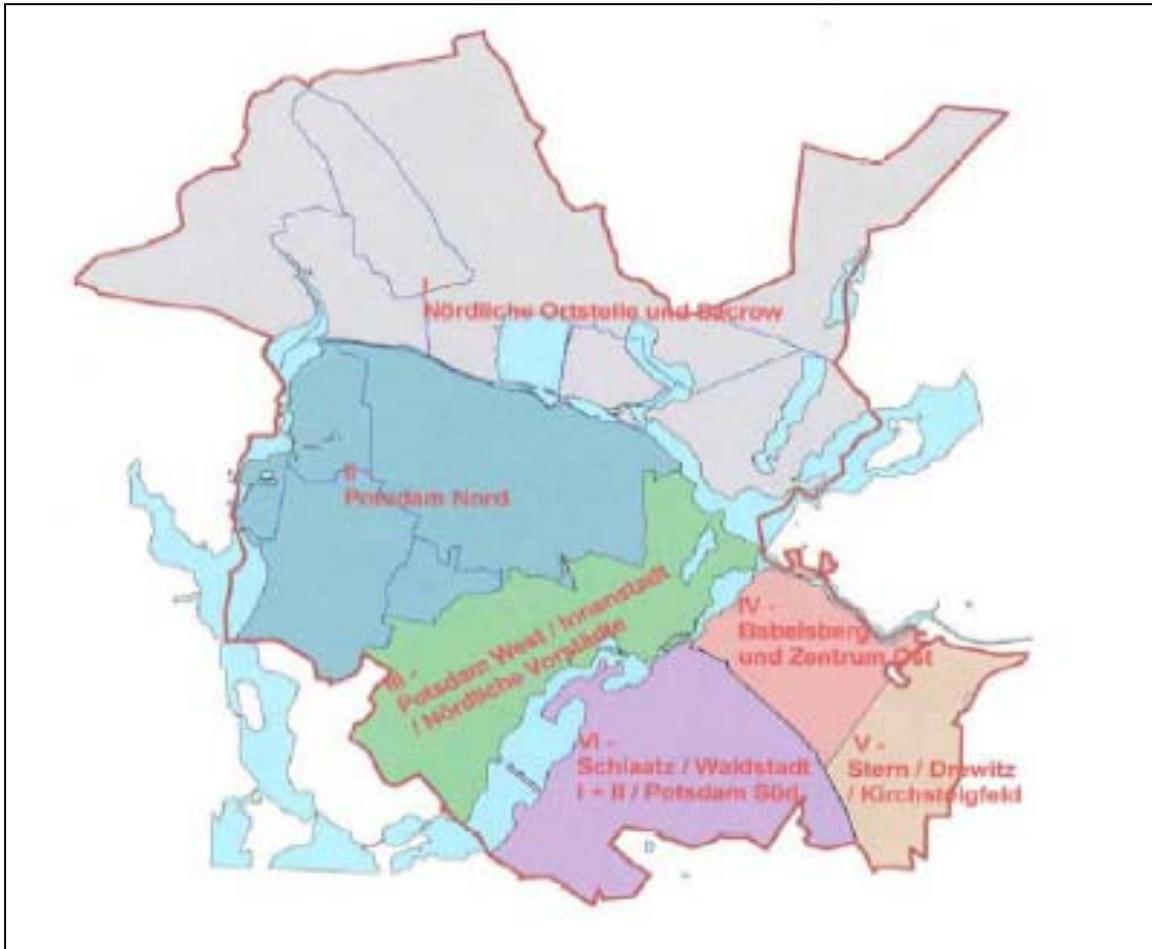
31

Bürgerhaushalt - Entscheidung

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	direkt gewählte Stadtverordnetenversammlung	11	8,3	9,4
	direkt gewählte Bürgerschaft, Bürgervorschläge, Rechenschaft	66	50,0	56,4
	teilweise Bürgerentscheid	18	13,6	15,4
	anderer Weg, verb Entsch des Bürgerhh	22	16,7	18,8
	Gesamt	117	88,6	100,0
Fehlend	fehlender Wert	14	10,6	
Gesamt		132	100,0	

32

Sozialräume in Potsdam



In der Stadt Potsdam werden **sechs Sozialräume unterschieden**:

Sozialraum I Nördliche Gebiete: Stadtteile Fahrland, Groß-Glienicke, Marquardt, Neu Fahrland, Sacrow, Satzkorn, Uetz-Paaren

Sozialraum II Potsdam Nord: Stadtteile Bornim, Bornstedt, Eiche, Golm, Grube, Nedlitz

Sozialraum III West/ Mitte: Stadtteil Nördliche Vorstädte (Nauener-, Jäger-, Berliner-), Nördliche Innenstadt, Brandenburger Vorstadt, Potsdam-West, Wildpark

Sozialraum IV Babelsberg/ Zentrum Ost: Stadtteile Babelsberg Nord, Babelsberg Süd, statistischer Bezirk Zentrum Ost

Sozialraum V Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld

Sozialraum VI Schlaatz, Waldstadt, Potsdam-Süd: Stadtteile Südliche Innenstadt (ohne Zentrum Ost), Templiner Vorstadt, Teltower Vorstadt, Schlaatz, Waldstadt I, Waldstadt II, Industriegelände, Forst, Potsdam Süd

Abschlussbericht Sozialraum I

Von Guido Diekmann, Birgit Eifler, Ulrike Kauf und Robert Meile

1. Einleitung

Um die Möglichkeiten und Schwierigkeiten eines Bürgerhaushaltes besser einschätzen zu können, hat die Arbeitsgruppe Interviews mit Vereinen, politischen Akteuren und der lokalen Verwaltung im Sozialraum I der Stadt Potsdam durchgeführt. Diese sollten einen ersten Überblick über den Kenntnisstand und die Akzeptanz eines kommunalen Bürgerhaushaltes in der Stadt Potsdam geben.

Dabei wollten wir einerseits die grundsätzliche Bereitschaft der organisierten Bürgerschaft zur aktiven Beteiligung in einem solchen Projekt hinterfragen und auf der anderen Seite mehr Informationen über die Vereine und Bürgergruppen erhalten, sowie deren grundsätzliche Einschätzungen über die momentanen Lebensumstände in Potsdam erfragen.

Unsere Gruppe hat zu diesem Zweck Ortsteilbürgermeister, Bürgergruppen und Vereine im Sozialraum I der Stadt Potsdam zu diesen Themen befragt. Dieser Sozialraum umfasst die zum 26.10.2003 in die Stadt Potsdam eingemeindeten Ortsteile: Uetz-Paaren, Marquardt, Satzkorn, Fahrland, Neu Fahrland und Groß Glienicke. Der ebenfalls im Sozialraum I gelegene Ortsteil Sacrow gehört schon länger zu Potsdam.

Dieser Bericht fasst unserer Erfahrungen und die Ergebnisse der Befragung zusammen.

2. Angaben zu den Organisationen

Die Arbeit der von uns befragten Vereine im Sozialraum I ist ausschließlich auf diesen bezogen bzw. in der Regel ausschließlich auf den eigenen Ortsteil gerichtet.

Die befragten Vereine bestehen teilweise bereits seit 10 Jahren und länger. Es gibt aber auch relativ neue Initiativen, die in den Jahren 2002 bis 2004 gegründet wurden. Hier lässt sich ein Nebeneinander zwischen etablierten und neuen Engagements feststellen. Der älteste von uns befragte Verein wurde 1991, der jüngste 2004 gegründet.

Die Mitgliederzahlen der Vereine schwanken zwischen 10 und 220 Personen. Der Durchschnittswert liegt bei knapp 55 Mitgliedern, der Median bei 48 Mitgliedern.

Die befragten Vereine sind genau zur Hälfte Mitglieder überörtlicher Dachorganisationen. Genannt wurden hierbei zweimal der Landessportbund sowie jeweils einmal der Verband kleiner Kita-Träger, der Montessori-Landesverband und die Bürgerinitiative Sacrow.

Die befragten Vereine verfügen in der Mehrzahl über feste Strukturen. Bei mehr als der Hälfte handelt es sich um gemeinnützige Vereine, weiterhin existieren zwei eingetragene Vereine, während die übrigen beiden angeben, ohne feste Struktur zu sein bzw. als Bürgerinitiative organisiert zu sein.

Die untersuchten Vereine sind überwiegend im Bereich Soziales, Kultur, Sport und Jugend tätig. Viele ihrer Aktivitäten ließen sich den vorgegebenen Punkten allerdings nicht zuordnen, so dass mehr als die Hälfte der Befragten „Sonstiges“ als Betätigungsfeld nannte. Dabei handelt es sich um die Politikfelder: Kinder, Denkmalschutz sowie ÖPNV und Verkehrsberuhigung. Die Politikfelder Europa sowie Entwicklungspolitik spielen bei den befragten Vereinen dagegen so gut wie keine Rolle.

Durch diese lokale Begrenzung der Tätigkeiten auf die benannten Bereiche ist es nicht verwunderlich, dass eine Mitwirkung an gesamtstädtischen Bürgerforen nicht festgestellt werden konnte. Hier ist eine klare Abgrenzung der Vereine auf das direkte Umfeld und den Sozialraum zu verzeichnen. Oft wurden auch fehlendes Interesse und Zeit für eine Mitarbeit an gesamtstädtischen Foren angegeben. Dabei ist jedoch klar festzustellen, dass die Befragten nicht grundsätzlich desinteressiert sind. Vielmehr haben die Interviewten festgestellt, dass es angesichts der begrenzten Zahl aktiver Vereinsmitglieder einfach nicht möglich ist, neben den eigenen Vereinszielen, noch andere mit Nachdruck zu verfolgen.

Häufiger werden demgegenüber andere Formen von Beteiligung am kommunalen Entscheidungsprozess genutzt. Dies geschieht in der Mehrzahl durch Teilnahme an den Ausschusssitzungen der SVV und über den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden. In etwa gleich häufig wird die Teilnahme an Sitzungen der SVV als Beteiligungsmöglichkeit genutzt. Eher selten (nur von jeweils zwei bis drei befragten Organisationen) werden dagegen Einwohnerversammlung, Einwohnerfragestunde und Anhörung von Einwohnern und Einwohnerantrag als bereits genutzte Beteiligungsmöglichkeiten angegeben. Bürgerbegehren oder Bürgerentscheid wurden von keinem der befragten Vereine initiiert. Als weitere Beteiligungsmöglichkeit wurde zusätzlich die Teilnahme an den Sitzungen des Ortsbeirats genannt (wenn dieser Themen behandelt, die den Verein tangieren). Die Zahl von Vereinen, die in Beiräten aktiv ist, ist in dem von uns untersuchten Sozialraum vernachlässigbar. Nur zwei der Befragten gaben an, dass ihr Verein in einem Beirat aktiv ist.

Die Befragten schätzen den Grad der Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Gremien in der Stadt Potsdam als eher gering bis sehr gering ein. Dies kann nicht zuletzt damit erklärt werden, dass die überwiegende Zahl der Vereine nicht in stadtteilübergreifenden Gremien mitarbeiten kann oder will und somit ihre eigene Einschätzung untermauert, beziehungsweise durch fehlende Beteiligung auch nicht wirklich einschätzen kann, was in Potsdam vorgeht.

Den Zustand der eigenen Zusammenarbeit mit der Stadt Potsdam schätzt der überwiegende Teil der Befragten durchaus positiv ein. 70 % der Gruppen befindet diesen für hoch bis sehr hoch. Gerade im Bereich der Kita-Vereine ist eine positive Einschätzung vorherrschend.

In diesem Zusammenhang konnten wir feststellen, dass die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung von jenen Vereinen als besonders positiv dargestellt wurde, die städtische Zuschüsse erhalten. In unseren Gesprächen konnte auch durch Nachfragen nicht eindeutig geklärt werden, ob sich die Befragten aufgrund dieser Tatsache etwas befangen äußerten, um nicht eventuell Nachteile zu erleiden, oder ob durch die regelmäßigen Kontakte, aufgrund der Förderungswürdigkeit der Vereine,

eine engere und wirklich positive und vertrauensvolle Zusammenarbeit entstanden ist. Von einigen der Interviewpartner wurde aber auch über die Zusammenarbeit mit der Stadt Potsdam geklagt. Es wurde uns berichtet, dass die Arbeit mit den einzelnen Fachbereichen der Verwaltung schwierig war. Das kann an deren Überlastung liegen, manchmal hatten die Beteiligten aber auch das Gefühl, dass es eher um ihre Person oder den Verein, den sie repräsentieren, geht.

3. Problemanalyse „Leben in Potsdam“

Die Lebensqualität in Potsdam wurde von den Befragten nur teilweise eingeschätzt. Hier fühlten sich, bei den einzelnen Personengruppen, die es einzuschätzen gab, ein Drittel bis die Hälfte der Interviewpartner nicht in der Lage, eine umfassende Einschätzung der aktuellen Situation in Potsdam zu geben.

Die so entstandenen Ergebnisse zeigen eindeutig, dass die Befragten die Lebensqualität für Behinderte und Kinder im Sozialraum I als eher gering betrachteten. Dies wurde mit fehlender Infrastruktur (Ampeln, Fußwege, abgesenkte Bordsteine etc.) für Behinderte und mit fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche begründet.

In dem von uns befragten Sozialraum I ist man mit der Jugendpolitik in der Stadt Potsdam nicht immer zufrieden. Es wurde angemahnt, dass es besonders im Bereich der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wichtig sei, Angebote vor Ort zu haben. In Potsdam würde nach der Einschätzung mehrerer Befragter aus dem Bereich Kinder und Jugend zu zentral in diesem Bereich investiert. Als Beispiel wurde der „Treffpunkt Freizeit“ am Heiligen See genannt. Hier wurde sehr viel Geld ausgegeben, um das Gebäude zu erhalten. Es ist aber für Kinder und Jugendliche als auch für die Vereine aus den nördlichen Vororten von Potsdam fast unmöglich, dort Angebote wahrzunehmen bzw. selbst zu organisieren, da dieser Treffpunkt zu weit entfernt liegt und schlecht erreichbar ist.

Für Familien, Senioren und Sportler hingegen, sehen die Befragten im Sozialraum I die Lebensqualität als eher hoch bis sehr hoch an. Viel Wasser, Wald und die geringere Bevölkerungsdichte wurden von allen als Qualitätsmerkmal dieser Stadtteile gewertet.

Bei der Frage nach dem Handlungsbedarf in den städtischen Angelegenheiten ergibt sich ebenfalls kein eindeutiges Bild. Hinzu kommt, dass sich auch hier nicht jede Organisation zur Beurteilung eines jeden Punktes in der Lage sah. Am häufigsten wird Handlungsbedarf in den Bereichen Jugendarbeit sowie ÖPNV gesehen. Für die Bereiche Denkmalpflege, Kultur/Bibliotheken/Museen, Radwege, Schulen, Soziales, Sportstätten sowie Umwelt- und Naturschutz wird ein Handlungsbedarf ebenfalls mehrheitlich bejaht.

Kaum Handlungsbedarf wird bei der Volkshochschule und beim Wohnen gesehen. Ebenso gilt dies für den Verbraucherschutz, wobei hierbei viele der Befragten anmerkten, dass sie in diesem Bereich wenig Handlungsspielraum für die Stadt Potsdam sehen, mithin entsprechende Aktivitäten eher von

übergeordneten Stellen ausgehen müssten. Außerdem wird in den Bereichen Gesundheit, Grünflächen und Straßen mehrheitlich eher geringer Handlungsbedarf gesehen.

Zur Frage, wie die Einnahmensituation der Stadt Potsdam zu verbessern wäre, gibt es kein eindeutiges Meinungsbild der befragten Organisationen. Viele der Befragten konnten sich nicht für eine der vorgegebenen Möglichkeiten entscheiden, sie favorisierten stattdessen ein Nebeneinander verschiedener Maßnahmen. Die übrigen Nennungen verteilen sich gleichmäßig auf die genannten Möglichkeiten Steuererhöhungen, Verkauf kommunalen Eigentums und Privatisierung kommunaler Leistungen, während sowohl die Erhöhung der Gebühren für kommunale Leistungen sowie die Erhöhung der Beiträge für die Nutzung kommunaler Infrastruktur für die Befragten nicht in Betracht kommen.

4. Potsdam als Bürgerkommune

Im Vorfeld der Untersuchung wurde vermutet, dass sowohl die engagierte Bürgerschaft als auch die Ortsteilbürgermeister nur gering über das Projekt der Bürgerkommune in Potsdam informiert sein würden. Diese Annahme wird durch die erhobenen Daten bestätigt: Nur 10 % der Befragten (dies entspricht einem Befragten!) fühlen sich ausreichend informiert, wohingegen sich 70 % der Befragten eher schlecht informiert fühlen. Insgesamt wurde in den von uns geführten Gesprächen aber sehr viel Interesse am Bürgerhaushalt und an weiterer Information darüber artikuliert. Ungeachtet des Mangels an Information erhoffen sich viele der Befragten einen Zuwachs der Transparenz über Entscheidungen der Stadtverwaltung sowie mehr Bürgerbeteiligung.

Bei den Fragen bezüglich der Vernetzung und Interaktivität zwischen den Vereinen gaben 60 % der Befragten an, dass sie bereit wären, sich an Treffen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Sozialraum aktiv zu beteiligen. Dennoch muss hier erwähnt werden, dass bei den Befragten eine Zusammenarbeit zwischen den Vereinen derzeit kaum erkennbar ist. Das ist, wie schon oben erwähnt, oft ein Zeitproblem, da die Anzahl der aktiven Vereinsmitglieder in fast allen befragten Vereinen wesentlich geringer als die der Mitglieder ist. Aber auch die unterschiedlichen Ziele der Vereine und die bis jetzt noch nicht vorhandene Einbeziehung der Bürgerschaft in wichtigen Bereichen (wie z. B. den Haushalt), können hier Gründe dafür darstellen, dass es bis jetzt noch nicht zu einer starken Vernetzung der einzelnen Vereine gekommen ist. Nach Aussage der überwiegenden Mehrheit der Befragten ist jedoch davon auszugehen, dass die Einführung der Bürgerkommune zur besseren Zusammenarbeit der Vereine beitragen kann.

Mit den Handlungsfeldern der Bürgerkommune befassen sich die nächsten Fragen. Bei unseren Befragungen konnten wir feststellen, dass die Vereine auch hier immer stadtteil- bzw. ortsteilbezogen agieren. Nur 30 % der Befragten hielten eine Mitwirkung bei der Gestaltung und Entwicklung auf gesamtstädtischer Ebene für besonders wichtig. Die Möglichkeit der Gestaltung im eigenen Stadtteil hielten dagegen 70 % der Interviewten für sehr wichtig. Die Mitwirkung bei der Entscheidung über

finanzielle Prioritäten war für 60 % ein vorrangiges Handlungsfeld. Der Ansicht, dass die Verbesserung der Bürgerorientierung der Verwaltung ein wichtiges Handlungsfeld der Bürgerkommune sei, waren 70 % der von uns Befragten.

Für 90 % der Vereine und Organisationen besteht das wichtigste Handlungsfeld einer Bürgerkommune in Potsdam darin, die Bürgerschaft für dieses Projekt zu gewinnen und zu aktivieren. Hier ist man der Meinung, dass es großer Anstrengungen bedarf, um die Menschen davon zu überzeugen, dass eine Mitarbeit beziehungsweise ein Engagement im Rahmen der Bürgerkommune wichtig und sinnvoll sind.

Obwohl bei den Befragungen die Arbeit der Stadtverwaltung nicht uneingeschränkt große Zustimmung erfahren hat, wünschen sich immerhin noch 40 % der Befragten, dass die Stadtverwaltung die Aktivitäten in einer Bürgerkommune Potsdam koordinieren und als Anlaufstelle für alle Beteiligten dienen soll. Demgegenüber bevorzugen 30 % der Befragten als Anlauf- und Koordinationsstelle die Stadtverordnetenversammlung. Somit waren 70 % unserer Gesprächspartner für eine Koordination durch öffentliche Stellen.

Diese eindeutige Präferenz, die Koordinierungen zur Bürgerkommune an die Stadt abzugeben, wurde mit der zentralen Lage, dem Vorhandensein von genügend Personal und finanziellen Ressourcen sowie mit den guten Koordinationsfähigkeiten der Verwaltung begründet. In den Interviews wurde sehr oft Skepsis daran geäußert, eine externe Koordinierungsstelle oder gar die aktive Bürgerschaft mit der Einrichtung einer Anlaufstelle für die Bürgerkommune Potsdam zu betrauen, da diese damit überfordert wären.

Die Befragten in den Ortsteilen betonten im Zusammenhang mit der Bürgerkommune und damit einhergehenden neuen Partizipationsmöglichkeiten mehrfach, dass ihre Situation im ländlichen Raum sich deutlich von der in der Stadt Potsdam unterscheidet. Genannt wurde hier explizit die Möglichkeit der neu hinzu gekommenen Ortsteile, ihre Interessen über die Ortsbeiräte in die Diskussionen in die SVV einfließen zu lassen, während andere Teile von Potsdam nicht über diese zusätzliche Vertretung verfügten.

Trotzdem ist man der Bürgerkommune gegenüber sehr aufgeschlossen, denn die Interessenvertretung durch die Ortsbeiräte wird nach Ansicht einiger Befragter nicht immer als zusätzliche Gelegenheit, Probleme direkt in die SVV einzubringen, erkannt und somit leider noch immer nicht voll ausgeschöpft. Ein Bürgerhaushalt könnte hier eine sinnvolle Ergänzung sein.

5. Bürgerhaushalt Potsdam

Im diesem Teil der Befragung befassten sich die Fragestellungen direkt mit dem Bürgerhaushalt in Potsdam. Generell war bei allen Befragten großes Interesse vorhanden. Dennoch äußerten nur etwas über die Hälfte der Befragten die Bereitschaft, sich aktiv zu beteiligen. Die Beteiligung würde sich dann vorwiegend auf die Mobilisierung eigener Mitglieder, der Mitwirkung an Veranstaltungen, der

Teilnahme an regelmäßigen Befragungen und der aktiven Leistungserbringung beschränken. 40 % der Befragten sagten hier, sich nicht mit eigenen Veranstaltungen aktiv beteiligen zu wollen bzw. zu können. Trotzdem gab eine Mehrheit an, großes Interesse an der Mitwirkung zu haben, und sich - wie schon im Teil 3 erwähnt - mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung durch die Einführung des Bürgerhaushaltes wünschen. Dies ist bei den eher kleinen Vereinen mit den schon erwähnten geringen aktiven Mitgliedern nicht verwunderlich. Eigene Veranstaltungen zu koordinieren und zu erarbeiten, eigenständig zu leiten und Bürger zu mobilisieren ist gerade in den Anfängen einer Bürgerkommune eine Art der Beteiligung, die diese Vereine einfach nicht leisten können, da ihnen diesbezügliche Erfahrungen fehlen. Diese Vereine wären damit überfordert. Potential für das Engagement der Vereine bzw. einzelner Mitglieder ist dennoch vorhanden. Fast alle von uns befragten Vereine wollen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, mitarbeiten und sich beteiligen.

Die AG nimmt an, dass die Erhöhung der Transparenz und der Zuwachs an Information entscheidend für die Organisation der Partizipation am Bürgerhaushalt sein wird. Diese Vermutungen lassen sich aber in den gewonnenen Daten für unseren Sozialraum nicht erkennen.

Bei der Frage, in welchem Umfang der Haushalt innerhalb der Bürgerkommune zur Diskussion gestellt werden soll, zeigte sich eine Pattsituation. Die Hälfte der Befragten ist dafür, den gesamten Haushalt zum Thema zu machen, die andere Hälfte will nur die beeinflussbaren Teile zur Debatte stellen.

Die positiven Wirkungen des Bürgerhaushaltes werden vor allem darin gesehen, dass er zu einem effektiveren Mitteleinsatz führt, die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt fördert, Entscheidungshilfen für die Politik bietet und mehr bürgerschaftliches Engagement weckt. Effekte wie die Akzeptanz von unpopulären Sparmaßnahmen oder die Verbesserung der Qualität des städtischen Haushaltes werden von den Befragten so nicht gesehen.

Gleichwohl gaben unsere Interviewpartner an, dass bezüglich des Bürgerhaushaltes auch Probleme auftreten können. Negative Effekte werden insbesondere in Hinblick auf eine mögliche Selbstdarstellung der Politiker gesehen. Zudem wird die Annahme vertreten, dass bei den Bürgern zu große Erwartungen durch den Bürgerhaushalt geweckt werden könnten, die nicht eingelöst werden können.

Auf die Frage, wie die künftige Diskussion des Bürgerhaushaltes strukturiert werden sollte, lässt sich klar erkennen, dass die Diskussion aus Sicht der Mehrzahl der von uns Befragten sowohl über territoriale Interessen also auch über fachlich inhaltliche Aspekte geführt werden sollte. Die Moderation der Diskussionen sollte, wenn möglich, ein in der Stadt bekannter Bürger übernehmen, welcher aber kein Stadtverordneter ist. Diese Ansicht vertreten ca. 40 % der Befragten. Trotz des großen Interesses und der im allgemeinen positiven Einflussmöglichkeiten und der durch die Einführung des Bürgerhaushaltes gewonnenen Kompetenz- und Entscheidungsspielraumes sollte nach Ansicht der meisten Befragten, die Entscheidungshoheit dennoch bei den gewählten Stadtverordneten verbleiben.

Hier wurde in den Gesprächen bei einer möglichen Verlagerung von Entscheidungshoheit mehrfach die Gefahr der Herausbildung einer zweiten, konkurrierenden Stadtverordnetenversammlung gesehen, die dann ohne demokratische Legitimation agieren und somit den Gedanken einer Bürgerkommune konterkarieren würde.

6. Die Ortsteilbürgermeister

Während sich die Ergebnisse der Befragungen der Ortsteilbürgermeister in weiten Teilen mit denen der organisierten Bürgerschaft decken, gibt es an einigen Punkten interessante Abweichungen. Die Ortsteilbürgermeister fühlten sich mehrheitlich eher gut über das Projekt Bürgerkommune informiert. Zu erwähnen ist hier, dass die Bürgermeister bei der Problemanalyse die Lebensqualität für Sportler in Potsdam als eher niedrig bis niedrig einschätzten und demzufolge den Handlungsbedarf bezüglich der Sportstätten als eher hoch ansehen. Von der aktiven Bürgerschaft wurde der Handlungsbedarf bei Sportstätten zwar auch als eher hoch angesehen, die Lebensqualität von Sportlern dennoch als eher hoch bis hoch bewertet.

Bei der Frage nach dem Organisator einer Anlauf- und Koordinierungsstelle für die Bürgerkommune sprachen sich die Ortsteilbürgermeister mehrheitlich für eine externe Koordinierungsstelle bzw. die aktive Bürgerschaft als Verantwortlichen aus, während die organisierte Bürgerschaft mehrheitlich die Stadtverwaltung bzw. die SVV in die Pflicht nehmen wollen.

Alle befragten Ortsteilbürgermeister sind der Ansicht, dass die Debatte zum Bürgerhaushalt über den gesamten Haushalt der Stadt geführt werden sollte. Wie oben bereits erwähnt, teilt sich die Meinung bei der aktiven Bürgerschaft 50:50. Die Ortsteilbürgermeister sprechen sich auffallend deutlich für Vertreter der organisierten Bürgerschaft als Moderatoren zukünftiger Bürgerhaushaltsdebatten aus, wohingegen die aktive Bürgerschaft eher bekannte Bürger der Stadt in dieser Rolle sehen will.

7. Fazit

Insgesamt konnten wir in den Gesprächen, die wir im Sozialraum I geführt haben, viel Interesse am Bürgerhaushalt und an der Bürgerkommune feststellen. Dies ging allerdings mit geringem Wissen über die grundsätzlichen Ideen dieses Projektes und die bisherige Projektentwicklung einher, was offenbar aus einem generell großen Informationsdefizit resultiert. Alle Befragten beklagten, dass sie bisher eher sporadisch und zufällig Informationen erhalten hätten. In allen Fällen wurde daher deutlich der Bedarf nach weitergehender Information geäußert und großes Interesse an den Ergebnissen dieser Befragung signalisiert. Allerdings wurde weitgehend die Problematik gesehen, dass die ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen bereits viel Zeit beansprucht, so dass es schwierig wäre, sich für weitere zusätzliche Aufgaben wie aktive Mitarbeit im Projekt Bürgerhaushalt zu engagieren.

Hier sollte außerhalb der klassischen Bürgerversammlung noch über alternative Formen der Beteiligung nachgedacht werden, um die Bürger besser zu erreichen. Eine Internetplattform, die im Vorlauf zu einer Bürgerversammlung Meinungen sammelt, die aber auch, als parallele Ebene zur

Bürgerversammlung, Leuten die Möglichkeit zur Mitarbeit gibt, die keine Zeit haben, eine Versammlung zu besuchen oder dies aus Scheu davor, dort öffentlich sprechen zu müssen, nicht tun.

Speziell für den Sozialraum I ist festzuhalten, dass viele Vereine betonen, dass ihre Situation im ländlichen Raum Potsdams eine andere als die in der eigentlichen Stadt sei. Insbesondere auf den Bürgerhaushalt bezogen sehen die 2003 neu hinzugekommenen Ortsteile durch ihre Ortsbeiräte spezifische Möglichkeiten als andere Teile der Potsdams, ihre Interessen und Probleme in die Diskussion mit der Stadtverwaltung einzubringen. In Sacrow stelle sich die Situation allerdings etwas anders dar, da dort wegen dessen längerer Zugehörigkeit zur Stadt Potsdam kein Ortsbeirat besteht. Dort fühlt man sich allein wegen der Entfernung zur Stadt häufig übersehen, was u. a. zur Gründung spezieller Initiativen geführt hat, die die Interessen des Ortsteiles gegenüber der Gesamtstadt vertreten wollen.

Viele unserer Gesprächspartner sahen im Internet eine gute Möglichkeit mehr Bürger zu informieren und deren Interesse für das Projekt Bürgerkommune zu wecken. Ein E-Mailverteiler für örtliche Vereine und Organisationen könnte kostengünstig viel mehr Bürger erreichen als nur durch Zeitungsberichte und das Einstellen von Informationen auf die Homepage der Stadt. Damit kann das Projekt oftmals schneller einer großen Anzahl von Bürgern zugänglich gemacht werden.

Abschlussbericht Sozialraum II

Von Kathrin Balke, Kirsten Foemmel, Bianca Gasch, Guido Gehrman, Marco Kirchhof, Anja Ostwald, Nicole Seidel, Kristina Tews und Sven Weber

1. Einleitung

Der folgende Bericht enthält die Analyse der im Sozialraum II (mit den *Stadtteilen* Bornim, Bornstedt, Eiche, Golm, Grube, Nedlitz) durchgeführten Interviews. Die Befragten äußerten sich unter anderem zur Organisationsstruktur ihrer Organisation, zu verschiedenen Fragen, die das Leben in Potsdam betreffen und schließlich zu speziellen Fragen zu dem konkreten Projekt, um nicht nur die Einstellung des jeweiligen Vereines zu ergründen, sondern auch die Beteiligungsmöglichkeiten der Organisationen zu erfassen.

Anlehnend an der Struktur des Fragebogens betrachtet diese Auswertung zunächst deskriptiv die kumulierten Meinungen der einzelnen Vereine, wobei dabei bereits Verknüpfungen mit anderen Themenkomplexen hergestellt werden. Anschließend werden die Ergebnisse themenkomplexübergreifend und sozialraumspezifisch analysiert und ausgewertet. Abschließend versucht dieser Bericht, tendenzielle Aussagen für den Sozialraum II zu entwerfen und diese in die Gesamtbefragung in Potsdam einzuordnen. Die Ergebnisse geben demnach Auskunft darüber, wie realistisch eine Umsetzung der Konzepte der Bürgerkommune bzw. des Bürgerhaushaltes im betrachteten Sozialraum II ist.

2. Deskriptive Betrachtung der Antworten

2.1 Organisationsstrukturen

Der erste Teil des Fragebogens umfasst die Angaben zu den neun befragten Organisationen. Alle befragten Vereine sind nach der Wiedervereinigung entstanden, allerdings zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Zwei Drittel der Organisationen gehören einer überörtlichen Dachorganisation an. Jeweils ein Drittel der Organisationen bezeichneten sich als gemeinnütziger oder eingetragener Verein. Dem letzten Drittel entsprechen die fehlenden Werte, da getroffene Aussagen aufgrund nicht zulässiger Mehrfachnennungen nicht gewertet wurden. Ca. 2/3 der Vereine sind schwerpunktmäßig im Sozialraum II tätig, zwei von ihnen arbeiten gesamtstädtisch, bei einer Organisation fehlte diese Angabe.

Die Zuordnung der Organisationen zu inhaltlichen Politikfeldern zeigt, dass kein Verein in den Bereichen Europa, Entwicklungspolitik und Stadtentwicklung tätig ist. Je drei Verbände engagieren sich auf den Gebieten Kultur, Sport, Soziales und Jugend, wohingegen zwei der Vereine ihre

Aufgaben im Politikfeld Umwelt ansiedeln. Jeweils eine Antwort erhielten unter Sonstiges die Bereiche Geschichte/Technik, Gleichstellung in der Bildung und Wissenschaft/Forschung.

Die Frage nach der Mitwirkung an gesamtstädtischen Bürgerforen zeigt prägnanterweise, dass die angeführten Optionen von acht der neun Organisationen nicht in Anspruch genommen werden. Lediglich ein Verein gab an, sich am Potsdamer Familienstammtisch zu beteiligen.

Im Folgenden wird deutlich, dass die Beteiligungsformen zwar vielfältig sind, jedoch zum Großteil nicht den im Fragebogen vorgegebenen Möglichkeiten entsprechen. Konkret heißt das, nur eine Organisation nimmt sowohl an der Einwohnerfragestunde als auch an den Sitzungen der Stadtverwaltung teil. Als weitere Formen wurden der Ortsbeirat Golm, Sportfragen und direkte Gespräche mit Parteien bzw. Verantwortlichen genannt. Fünf von neun Vereinen machten keine Angaben zu dieser Frage.

Auch die Mitgliedschaft in bzw. Zusammenarbeit mit städtischen Beiräten ist sehr gering. Bei der Möglichkeit der Mehrfachnennung gaben jeweils maximal zwei von neun Vereinen an, am *Ausländerbeirat*, dem *Beirat für kulturelle Förderung* und dem *Beirat lokaler Aktionsplan* mitzuwirken. Je eine Angabe erhielten der *Behinderten-* bzw. der *Seniorenbeirat*. Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass sich die Beteiligung der Organisationen an den Beiräten grundsätzlich auf gemeinsame Aktivitäten beschränkt. Mitgliedschaften bestehen nicht.

Zum Grad der Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Gremien in Potsdam machte die Mehrheit der Vereine, d.h. fünf von neun, keine Angaben. Ein Drittel bewertete diesen als eher gering, eine Organisation schätzte ihn als sehr gering ein.

Anders die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Diese wird von fünf Vereinen mit eher hoch und von einem mit sehr hoch beurteilt. Je eine Organisation nannte die Kooperation „eher“ und „sehr gering“ bzw. machte zu diesem Punkt keine Angabe. Mehr als die Hälfte der Vereine erhält keine Zuschüsse der Stadt.

2.2 Problemanalyse „Leben in Potsdam“

Am wenigsten haben sich die befragten Vereine mit der Lebensqualität der Ausländer, Fußgänger, Sportler und Studenten beschäftigt. Auffallend ist, dass in den Gruppen, die am wenigsten interessant erschienen, die Lebensqualität generell eher hoch eingeschätzt wird, - mit Ausnahme der Sportler-Gruppe, da hier die Meinungen gleich verteilt sind. Zudem gibt es kaum extreme Angaben. Allgemein gibt es in den anderen Gruppen schwankende Angaben, in denen auch Extremwerte angegeben wurden. Diese liegen meist im Negativ-Bereich, mit Ausnahme der Radfahrer. Die mit Abstand niedrigste Bewertung der Lebensqualität betraf die Altersgruppe der Jugendlichen im Gegensatz zu denen der Kinder und Senioren. Lediglich bei der Gruppe der Radfahrer ist eine ausgeglichene Bilanz erkennbar.

Beim Fragenkomplex „Handlungsbedarf“ haben sich die Befragten fast durchgängig mit allen Themenbereichen beschäftigt. Eine Ausnahme bildet der Verbraucherschutz, da hier eine starke Minorität keinerlei Aussagen treffen wollte. Volkshochschulen, Schulen und Sportstätten schienen ebenso von eher geringem Interesse zu sein. Da aber der Vergleich dieser am wenigsten berücksichtigten Gruppen keine eindeutige Aussage für oder gegen einen eventuell vorhandenen Handlungsbedarf zulässt, kann in dieser Hinsicht folglich auch kein direkter Zusammenhang zwischen Interesse und Handlungsbedarf festgestellt werden.

Der höchste Handlungsbedarf scheint dessen ungeachtet der Jugend- und Kulturarbeit sowie im Sozialen zu liegen. Im Bereich Jugendarbeit und Soziales fallen die jeweiligen Extremwerte signifikant höher aus als in allen anderen Gruppen. Daher müssen diese bei der Betrachtung stärker ins Gewicht fallen. Folgt man dem vorliegenden Zahlenmaterial, so scheint nur ein mittlerer Handlungsbedarf im Bereich der Sportstätten und der Schulen zu bestehen.

In allen anderen Gruppen zeigt sich eine ausgeglichene Bilanz ohne besondere Tendenzen, woraus sich ableiten ließe, dass hierfür kein gesteigerter Bedarf, aber ebenfalls auch keine eindeutige Ablehnung vorhanden ist. Der Extremwert „niedrig“ erscheint lediglich im Teilbereich „Wohnen“ und findet sonst in keinem weiteren Themenkomplex Verwendung.

Im Teilbereich „Finanzierung“ ist eine eindeutige Tendenz erkennbar. Bereits bei einer ersten Betrachtung wird sofort deutlich, dass sich die Befragten generell eher für Kosteneinsparungen als für Einnahmesteigerungen aussprachen. Auf die Frage, wie die Einnahmesituation zu verbessern sei, wurde die Möglichkeit „Steuererhöhungen“ lediglich ein einziges Mal gewählt. Die anderen Befragten lehnten sämtliche alternativen Antwortmöglichkeiten ab, wobei drei Enthaltungen zu verzeichnen sind. Die restlichen fünf Befragten machten eigene Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmesituation, welche allerdings nicht im Fragebogen genannt wurden und erst im Themenkomplex „Kostensenkung“ zu nennen gewesen wären. Diese laufen alle auf Einsparungen in der Verwaltung hinaus.

Im besagten Themenkomplex wurde die Antwortmöglichkeit „Förderung von privat-öffentlichen Partnerschaften“ tendenziell angenommen. Hingegen wurde „Förderung der kommunalen Leistung durch aktive Bürgerschaft“ nur sehr selten gewählt. Neben den drei genannten Vorschlägen zur Kostensenkung in Frage 15 wurde zusätzlich die Angabe „Keine Luftschlösser“ – die allerdings nicht näher definiert wurde – gemacht. Zusammenfassend ist festzustellen, dass Privatisierung und Kostenersparnis in der Verwaltung augenscheinlich wesentlich attraktiver sind als Steuererhöhungen oder Ausgabekürzungen.

2.3 Potsdam als Bürgerkommune

Die Grundlage für Engagement und verantwortungsbewusste Beteiligung seitens der Bürgerschaft ist eine ausführliche Information über das Projekt Bürgerkommune durch die Stadt Potsdam. Hier zeigt

die Auswertung der Interviews im Sozialraum II jedoch, dass sich keiner der Befragten gut informiert fühlt. Die Tatsache, dass außerdem zwei Enthaltungen zu verzeichnen sind, lässt vermuten, dass die Bürger nicht nur schlecht informiert sind, sondern dem Thema zum Teil auch gleichgültig gegenüber stehen.

Bei der Schwerpunktsetzung der Ziele zeigen sich Differenzen zwischen den Interessen der Bürgerschaft und der Verwaltung beziehungsweise der Politik. Die Auswertung hat ergeben, dass den Befragten im Sozialraum II die Transparenz der Entscheidungen und die Partizipation an Entscheidungen städtischer Angelegenheiten wichtiger sind als eine Identifizierung mit der Stadt. Der Fokus liegt damit auf der Zielsetzung, die Arbeit von Politik und Verwaltung überwachen zu können und sich am politischen und administrativen Geschehen zu beteiligen.

Bei der Prioritätensetzung bezüglich der Handlungsfelder der Bürgerkommune, die die Befragten und ihre Organisationen als besonders wichtig erachten, zeigt sich zudem, dass das Engagement stark an den Sozialraum gebunden ist. So bevorzugen die Befragten die Möglichkeit der Mitwirkung an der Gestaltung und Entwicklung im Stadtteil und bei der Entscheidung über finanzielle Prioritäten. Hieraus lässt sich schlussfolgern, dass die Bedeutung einer Bürgerkommune falsch bewertet wird und sich die Bürger der Vorteile, die sich aus ihrer Einführung für die Gesellschaft ergeben, bewusst zu sein scheinen.

Zusätzlich herrscht bei den Befragten Unentschlossenheit bezüglich der Frage, wer die Aktivitäten in einer Bürgerkommune Potsdam koordinieren und als Anlaufstelle für alle Beteiligten dienen soll. Weder der Verwaltung noch der aktiven Bürgerschaft wird sonderlich viel Zuspruch entgegen gebracht. Möglicherweise können sich die Bürger vorstellen, mit der Politik und der Verwaltung zusammen zu arbeiten.

2.4 Bürgerhaushalt Potsdam

Festzuhalten bleibt, dass eine Bereitschaft zur Beteiligung am Bürgerhaushalt der Stadt Potsdam generell positiven Zuspruch findet, wobei davon 33,3 % der befragten organisierten Bürgerschaften ein Engagement prinzipiell für möglich erachten. Betrachtet man nicht die fehlenden Werte, so ist eine grundsätzliche Bereitschaft zur Teilnahme an der Diskussion zum Bürgerhaushalt dadurch vorhanden. Keine relevanten Aussagen konnten zur Frage der Mobilisierung der eigenen Mitglieder sowie zur Mitwirkung an der Durchführung von Veranstaltungen getroffen werden. Dagegen wird eine Teilhabe an der Mobilisierung der Bürger durch die organisierte Bürgerschaft eindeutig abgelehnt, ebenso wie die Möglichkeit, eigene Vorschläge für Aktivitäten einzubringen. Erkennbar ist eine eindeutige Ablehnung im Rahmen von aktiver Leistungserbringung, Teilnahme an regelmäßigen Befragungen und eigenständige Durchführung von Veranstaltungen. Zusammenfassend lässt sich sagen: Die organisierte Bürgerschaft ist grundsätzlich an mehr Beteiligung an den Entscheidungen über

Haushaltsprioritäten der Stadt Potsdam interessiert. Allerdings will sich eine Mehrheit von 56 % der Befragten an diesem Prozess nicht mit eigenen Aktivitäten, Vorstellungen und Gedanken einbringen.

Aus Sicht der organisierten Bürgerschaft sollte die Auseinandersetzung zum künftigen Haushalt über beeinflussbare Teile des Haushaltes geführt werden. Dennoch sehen 33,3 % der befragten Organisationen eine Diskussion über den gesamten Haushalt als wichtig an. Die möglichen positiven Wirkungen des Bürgerhaushaltes werden von der organisierten Bürgerschaft als zutreffend bewertet. Hervorzuheben ist dabei, dass der Bürgerhaushalt zu einer größeren Identifikation der Bürger mit der Stadt führt, ebenso weckt er nach Meinung der befragten Vereine mehr bürgerschaftliches Engagement. Sonst zeigt sich kein eindeutiges Bild, da die Angaben sehr verschieden ausfallen und vielfach fehlen.

In der Frage zu möglichen Problemen des Bürgerhaushaltes konnte keine Tendenz festgestellt werden, denn durchschnittlich 50 % der Befragten enthielten sich zu drei von fünf Antwortmöglichkeiten. Tendenziell scheinen die Vereine allerdings keine größeren Probleme zu erwarten, da vier von fünf Problemmöglichkeiten mit jeweils einer leichten Mehrheit abgelehnt wurden.

Zu den letzten drei Fragen äußerte sich die befragte organisierte Bürgerschaft im Sozialraum II mehr als eindeutig. Demnach müsse die Diskussion über den Bürgerhaushalt nicht nur nach territorialen, sondern auch nach fachlich-inhaltlichen Aspekten strukturiert werden. Den Part des zukünftigen Moderators sollte ein bekannter Bürger der Stadt übernehmen. Lediglich ein Befragter plädierte hier für die Stadtverwaltung. Auffälligerweise würden 66,7 % der Befragten die künftigen Entscheidungen über den Bürgerhaushalt in die Hand der SSV legen. Diese sollte sich dazu verpflichten, möglichst viele Vorschläge der Bürgerschaft umzusetzen und Rechenschaft darüber abzulegen, warum bestimmte Vorschläge nicht berücksichtigt wurden.

Abschließend ist festzustellen, dass die Beteiligung am Bürgerhaushalt weitestgehend mit dem Mittel der aktiven Diskussion abgedeckt wäre. Eine aktive Beteiligung durch Befragungen, Veranstaltungen und aktive Leistungen, wurde abgelehnt. Im Bereich der Haushaltsprioritäten liegt die Annahme nahe, dass eine Beteiligung ausschließlich in eigener Sache und ortsgebunden stattfinden würde. Auch die Verantwortung für politische Entscheidungen sollte eindeutig im Bereich des jetzigen Machtgefüges liegen.

3. Problemanalyse

In diesem Teil der Arbeit werden die im Vorfeld dargestellten deskriptiven Daten ausgewertet und mit ihrer Hilfe Probleme erörtert. Weiterhin werden hierzu auch subjektive Aussagen, die während der Interviews mit Hilfe des qualitativen Fragebogens erfasst wurden, herangezogen.

Vorab erwies sich bereits die geringe Anzahl der Interviews als problematisch. Ursprünglich waren 35 potenzielle Ansprechpartner ermittelt worden. Diese Zahl dezimierte sich allerdings aus einer Reihe von Gründen auf letztlich neun Organisationen: Vereine existierten nicht mehr oder waren in der

Auflösung; einige weigerten sich grundsätzlich, mit der Stadt Potsdam oder uns als deren „Repräsentanten“ zusammenzuarbeiten, Verweise auf die Zuständigkeit ihrer jeweiligen Dachverbände sowie kurzfristige Terminprobleme, da einige Ansprechpartner keine repräsentativen Aussagen in den Interviews ohne vorherige Befragung der Mitglieder treffen wollten.

Die verbleibenden neun Vereine zeigten am Telefon zunächst ein eher geringes Interesse für das Thema, ungeachtet dessen standen sie dem Thema im Interview aufgeschlossen gegenüber. Des Weiteren muss eine schlechte Informationslage der Vereine festgestellt werden. So hatten einige erst durch die Befragung vom Bürgerhaushalt und dem Begriff der Bürgerkommune erfahren. Zudem ist in der qualitativen Befragung immer wieder darauf hingewiesen worden, dass sich die Vereine eine bessere Kommunikation seitens der Verantwortlichen beziehungsweise der Initiatoren (Verwaltung/Stadt Potsdam) wünschen. Sie bemängelten im besonderen Maße die fehlende Präsenz in den regionalen Medien. Ein Verein wünschte sich explizit eine E-Mail-Liste, über die allgemeine Informationen versendet werden und die auch als Diskussionsplattform dienen könnte. Eine Verbesserung der Informationspolitik ist nicht nur in Bezug auf das Projekt Bürgerkommune sondern auch in anderen Bereichen sinnvoll. Ein weiterer Vorschlag war zum Beispiel eine Koordinationsstelle, die sich um die einzelnen Bezirke kümmert und Veranstaltungen in Absprache mit den beteiligten Vereinen organisiert.

Einige Repräsentanten der Vereine wollten nicht im Namen des Vereins Auskunft geben. Dieses Problem ist auf die Organisationsstruktur der Vereine zurückzuführen, da Entscheidungen in den befragten Vereinen meist durch Vorstands- oder Mitgliederversammlungen getroffen werden. Da es jedoch oft die Vorstandsvorsitzenden waren, die zum Gespräch eingeladen wurden, ist anzunehmen, dass die Aussagen dennoch als repräsentativ gewertet werden können.

In der deskriptiven Auswertung der Daten ist bereits vermehrt deutlich geworden, dass sich die befragten Vereine hauptsächlich auf ihren Sozialraum beschränken. Die Mehrheit ($\frac{2}{3}$) der Befragten sehen ihre Interessen und Handlungsschwerpunkte nur im eigenen Sozialraum. Diese Sichtweise lässt sich zudem aus den Antworten zu der Frage nach den für den Verein wichtigen Handlungsfeldern der Bürgerkommune ableiten. Auch im Bereich der Haushaltsprioritäten liegt die Annahme nahe, dass eine Beteiligung ausschließlich in eigener Sache und ortsgebunden stattfinden sollte.

In der qualitativen Befragung wurde hierzu zusätzlich deutlich, dass es definitiv einen Zusammenhang zwischen diesen Einschränkungen und dem subjektiven Gefühl hinsichtlich ihrer Zusammenarbeit mit der Verwaltung der Stadt Potsdam und den politischen Mandatsträgern gibt.

Weitere Ergebnisse der Auswertung unterstützen diese Aussage: Kein Verein problematisierte die Thematik der Stadtentwicklung; acht von neun Vereine beteiligen sich nicht an Bürgerforen; mehr als die Hälfte (fünf von neun) machten keine Angaben zu Formen der aktiven Beteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen. Die geringe Beteiligung an den Beiräten ist ein weiteres Indiz. Wenn diese aber doch vorhanden ist, so nur in Form von gemeinsamen Aktivitäten (keine formale

Mitgliedschaft). Einen weiteren Grund für die schlechte Kommunikation, Zusammenarbeit und Beteiligung sehen wir darin, dass mehr als die Hälfte der Organisationen keine Zuschüsse von der Stadt erhalten. Als Grund für das Nichtabfragen von Fördermitteln oder Zuschüssen wurden oftmals zu hohe bürokratische Hürden angegeben. Hieraus ergibt sich auch schon der erste Widerspruch zu einer weiteren Feststellung im ersten Teil, denn der Zustand der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung wird durchaus als positiv bewertet. Da dies die einzige offenkundige Frage zur Zusammenarbeit war, gehen wir davon aus, dass sich die Befragten in ihrer Kritik zurückhielten.

Als schwierig haben sich auch die häufig fehlenden Angaben erwiesen. So wurde zum Beispiel im Teil II der Befragung (Problemanalyse der Stadt Potsdam), in bezug auf die Einschätzung der Lebensqualität in Potsdam bei neun von elf Einzelfragen eine Ausfallquote von drei und mehr verzeichnet. Unsere Vermutung ist daher, dass sich die Befragten im wesentlichen nur zu ihrem eigenen Interessensbereich äußerten. Dies spiegelte sich auch in den Antworten wider. Dieses angenommene Desinteresse ist aber schon in der folgenden Fragestellung wieder zu verneinen, denn zum Handlungsbedarf äußerten sich die meisten Vereine durchgängig zu allen Gruppen. Wiederum fällt jedoch auf, dass der höchste Handlungsbedarf in den eigenen Interessensgebieten gesehen wird. Hinzu kommt der persönliche Eindruck während des Interviews, dass zu politisch mitunter brisanten Themen wie Frauen, Ausländer oder Behinderte eine Art Selbstzensur stattfand. Das heißt, es wurde etwas anderes gesagt, als später auf dem Fragebogen ausgewählt wurde. Es lässt sich also vermuten, dass radikalere Ansichten nicht offiziell vertreten werden.

Bei der Einstellung der Befragten zur Bürgerkommune wird deutlich, dass die Kommunikation und das Vertrauen zwischen Vereinen und Stadt *besonders negativ* bewertet werden. Veranschaulicht wurde dies anhand der Prioritätensetzung, in der die Vereine mehrheitlich die *Transparenz der Entscheidungen als wichtigsten Vorzug* und Ergebnis der Bürgerkommune nannten. Auch in der Frage nach der Institution, die die Koordination der Bürgerkommune übernehmen sollte und damit die Verantwortung übertragen bekommt, herrscht wie bereits erwähnt Uneinigkeit.

Im letzten Teil kam abermals zum Ausdruck, dass die Befragten im Sozialraum II generell Interesse am Bürgerhaushalt zeigen, jedoch nicht direkt mitwirken wollen. Sichtbar wird dies an der generellen Bereitschaft zur Diskussion. Allerdings wurden mögliche weiterführende Aktivitäten, wie zum Beispiel eine Veranstaltung selbstständig zu organisieren oder die eigenen Mitglieder und andere Bürger zu mobilisieren, abgelehnt.

Diese Diskrepanz ist dahin interpretierbar, dass das fehlende Vertrauen, die mangelhafte Kooperation und die Frustration über die Entscheidungsprozesse in der Stadt Potsdam, vornehmlich innerhalb der Verwaltung, das gesamte Projekt Bürgerkommune/Bürgerhaushalt überschatten. Auch in der qualitativen Befragung wurde immer wieder deutlich, dass nicht die Idee selbst das Hauptproblem ist. Vielmehr sind eine grundsätzliche Sorge und ein Misstrauen der Bürgerschaft spürbar, wodurch die Bereitschaft zur Mitwirkung sinkt.

4. Vergleich mit den anderen Sozialräumen

Beim Vergleich unserer Auswertungen mit der gesamtstädtischen Untersuchung fallen zwei wichtige Aspekte ins Auge. Zum einen gibt es in ganz Potsdam eine überdurchschnittlich hohe Anzahl von Vereinsneugründungen direkt nach der Wende, was sich auch mit den Daten des Sozialraums II deckt. In diesem Sozialraum hatte sich nicht einer der befragten Vereine vor 1990 gegründet. Daher ist davon auszugehen, dass sich davor bürgerliches Engagement, sofern vorhanden, nicht in der Vereinsstruktur zeigte. Die Beweggründe für den plötzlichen Anstieg der Neugründungen lassen sich zwar vermuten, sind aber nicht aus den Daten begründbar. Diese lassen also die Interpretation zu, dass sich seit 1990 das Engagement der Bürger signifikant gesteigert hat. Ein möglicher Erklärungsgrund hierfür wäre zum Beispiel die Euphorie der Nachwendezeit.

Der wichtigere Aspekt jedoch bezieht sich auf die Politikfelder, in denen die Vereine aktiv sind. Im Sozialraum II engagieren sich die Vereine hauptsächlich in den Bereichen Soziales, Kultur, Sport und Jugend. Dies deckt sich mit den Daten der gesamtstädtischen Erhebung und lässt die Vermutung zu, dass die im Teil II der Befragung zu untersuchenden Bereiche von Lebensqualität und städtischem Handlungsbedarf von den Handlungsschwerpunkten der befragten Vereine signifikant beeinflusst wird. Somit sind diese Ergebnisse nicht mehr als repräsentativ für den Sozialraum bzw. die Gesamtstadt zu werten.

Dennoch sollen im Folgenden die Daten für Lebensqualität und Handlungsbedarf abschließend betrachtet werden. Dabei muss aufgrund der oben genannten Tatsachen die Gewichtung der kritischen Bereiche abgeschwächt werden. Bei der Untersuchung der Lebensqualität fallen folgende Ergebnisse in die kritische Betrachtung. Die Lebensqualität der Jugendlichen wird z. B. als besonders niedrig bewertet. Das deckt sich nicht mit der Gesamtbetrachtung der Stadt Potsdam, da diese hier mehrheitlich als eher hoch bewertet wird. Auffallend ist jedoch, dass die fehlenden Angaben im Sozialraum II deutlich höher lagen als in Potsdam insgesamt. In den Bereichen Sport, Studierende sowie Familie und Frauen wurde die Lebensqualität als „eher hoch“ bis „hoch“ eingestuft. Dies stimmt mit der Gesamterhebung überein. Eine weitere deutliche Ausnahme bildet aber die Frage nach der Lebensqualität von Ausländern. Während diese Frage in Potsdam insgesamt ausgeglichen beantwortet wurde, unterstellte im Sozialraum II eine deutliche Mehrheit eine hohe Qualität.

Beim Fragenkomplex „Handlungsbedarf der Stadt Potsdam“ fallen erneut die kritischen Bereiche ins Auge. So wird in den Bereichen Kultur, Jugend, Schulen, Soziales, Sportstätten und Gesundheit ein besonders hoher Handlungsbedarf gesehen. Gesamtstädtisch relativiert sich der vermutete Zusammenhang lediglich in den Bereichen Jugend und Gesundheit, da es hier nur eine leichte Tendenz zum Handlungsbedarf gibt.

Zur Einnahme- bzw. Ausgabensituation der Stadt Potsdam deckt sich die Tendenz der Aussagen für den Sozialraum II mit der der Gesamtstadt. Eindeutig scheinen sich die Befragten für

Privatisierungsprozesse öffentlicher Arbeitsbereiche, Rationalisierungsmaßnahmen und Kostensenkungen innerhalb des Verwaltungsapparates auszusprechen. Jegliche Formen von Steuer- bzw. Beitragserhöhungen werden hingegen mehrheitlich abgelehnt.

Im Vergleich des betrachteten Sozialraumes zur Gesamtstadt bezüglich des Informationsstandes über das Projekt „Bürgerkommune“ ist festzustellen, dass sich so gut wie keiner der Befragten (im Sozialraum II nicht Einer!) gut informiert fühlt. Dies muss klar und deutlich kommentiert werden: Die Informationspolitik der Verwaltung und der Stadt Potsdam hat gänzlich versagt. Demnach ist an diesem Punkt eine grundsätzliche und fundamentale Kritik anzubringen, da dessen Erfolg ohne gute Information der Bürger nicht zu erreichen ist. Aufgrund des schlechten Informationsstandes ist gar zu befürchten, dass die Bürger dem Projekt letztendlich ablehnend gegenüberstehen werden. Auch wurde in der qualitativen Befragung in unserem Sozialraum deutlich, dass diese Informationspolitik als Zeichen des Unwillens zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit interpretiert wird. Klar erkennbar ist die Auswirkung dieses Zusammenhanges in der Frage nach der eigenen Beteiligung zu sehen. So ist lediglich eine Minderheit zu einer aktiven Leistungserbringung bereit. Eine Mobilisierung der Bürgerschaft sowie die Durchführung von eigenverantwortlichen Veranstaltungen zum Thema „Bürgerhaushalt“ werden ebenfalls abgelehnt. Diese Tendenz kommt im Sozialraum II nochmals verstärkt zum Ausdruck. Generell gibt es lediglich eine grundsätzliche Bereitschaft zur Diskussion über das Thema. Gesamtstädtisch werden die Mobilisierung der eigenen Mitglieder sowie die Mitwirkung an Veranstaltungen tendenziell als möglich erachtet.

Als weiteres Beispiel für das vorhandene Misstrauen gegenüber Stadt und Verwaltung kann die Frage nach der Moderation gesehen werden. Über 80 % der befragten Potsdamer Vereine sprachen sich gegen eine Moderation durch Politik oder Verwaltung aus. Eine eindeutige Mehrheit im Sozialraum II votierte für einen bekannten und angesehenen Bürger der Stadt, was in etwa auch dem Mehrheitswillen aller Befragten in Potsdam entspricht.

5. Ausblick

Unsere Analyse hat gezeigt, dass sich die Umsetzung des Bürgerhaushaltes in Potsdam schwierig gestaltet. Besonders der Informationsvorsprung von Politik und Verwaltung gegenüber dem einzelnen Bürger ist als Hemmnis hervorzuheben. Ein verstärkter Diskurs zwischen der politisch-administrativen Ebene und den Bürgern ist also notwendig, da das Projekt sonst scheitern wird. Umso wichtiger ist es, die Erfahrungen anderer Bürgerhaushaltsprojekte z. B. in Berlin-Lichtenberg zu nutzen. Nötig ist vor allem, die Aufgabe des Bürgerhaushalts in der städtischen Gesamtpolitik genau zu definieren und die Rolle der Bürger darin zu spezifizieren. Trotz aller Kritik sollte aber am Projekt Bürgerhaushalt selbst festgehalten werden.

Abschlussbericht Sozialraum III

Von Till von Knebel Döberitz, Susanne Götze, Kathrin Grimmer, Oliver Latt, Na Lui, Christoph Milbach, Harry Olschok, Sebastian Schauff und Simon Schneider

1. Einleitung

Im Rahmen des Projektseminars galt es, auf die organisierte Bürgerschaft zuzugehen, um anhand eines standardisierten Fragebogens deren Positionen zum Thema Bürgerhaushalt zu erfragen. Unsere Gruppe befasste sich ausschließlich mit Vereinen und Verbänden, die im Sozialraum III, also in den nördlichen Vorstädten, der nördlichen Innenstadt, der Brandenburger Vorstadt sowie Potsdam-West und Wildpark angesiedelt sind.

Die von uns befragten Vereine und Verbände engagieren sich in den unterschiedlichsten Politikfeldern. Somit war es möglich, ein Stimmungsbild der organisierten Bürgerschaft mit einem breit gefächerten Hintergrund zu ermitteln. Beispielsweise sind der Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam e.V. und die Bürgerinitiative für Verkehrsberuhigung in Potsdam West e.V. dem stadtplanerischen Bereich zuzuordnen. Die Mehrheit der von uns befragten Vereine, darunter die Kindergarteninitiative in Potsdam e. V. und BIUF-Verein zur Förderung sozialer Arbeit e.V., lässt sich dem sozialen Bereich zuordnen, wobei sich in mehreren Fällen Überschneidungen mit anderen Sektoren ergeben: So können zum Beispiel die Fördervereine des Helmholtz-Gymnasiums und der Voltaire-Gesamtschule sowohl dem sozialen als auch dem kulturellen Bereich zugeschrieben werden.

Obwohl viele Vereine zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten befragt wurden, ist anzunehmen, dass durch diese Befragung nicht die Grundgesamtheit widerspiegelt wird und folglich die vorliegenden Ergebnisse in ihrer Repräsentativität eingeschränkt sind. Es ist festzuhalten, dass wir bei der Terminvereinbarung mit den Vereinen auf negative Reaktionen gestoßen sind: Mangelnde Zeit sowie mangelndes Interesse seitens einiger Vereine und Verbände führten dazu, dass wir letztlich mit Absagen und relativ wenig Zusagen für die Interviews konfrontiert waren. Dadurch nahmen insbesondere solche Teile der organisierten Bürgerschaft an der Befragung teil, die dem Untersuchungsgegenstand eher positiv gegenüberstehen.

In unserem Gruppenbericht werden wir insbesondere auf Äußerungen und Anmerkungen der befragten Vereinsmitglieder eingehen, welche durch den Fragebogen nicht erfasst werden konnten. Wir werden in vier Gliederungspunkten, welche denen des Fragebogens entsprechen, die Kommentare und Anregungen der Befragten wiedergeben und uns zu Abweichungen und Besonderheiten gegenüber dem Gesamtergebnis äußern. Abschließend werden wir unsere Erkenntnisse und Erfahrungen während der Interviews zusammenfassen und bewerten.

2. Angaben zu den Organisationen

Auf die Fragen gehen wir in zwei Schritten ein. Zuerst werden wir die bei den Fragen auftretenden Verständnisprobleme und die an den Fragen geäußerte Kritik beleuchten. Im Anschluss daran werden wir auf die inhaltlichen Besonderheiten der Antworten eingehen.

Bei der Frage 1 tauchte häufig das Problem auf, ob als Gründungsdatum auch das eigentliche Gründungsdatum angegeben werden kann, wenn der Verein bereits vor der Wende existiert hat. Häufig bestanden Vereine offiziell oder inoffiziell schon länger bzw. wurden nach der Wende wieder gegründet. Vielfach war es schwierig, die Frage 2 zu beantworten, da die genaue Mitgliederzahl unbekannt ist. Es sollte zwischen Aktiven und Fördermitgliedern unterschieden werden.

Bei den Antworten zu Frage 4 gab es häufig Überschneidungen bezüglich der Organisationsform. So gab es z. B. eingetragene Vereine ohne feste Struktur und gemeinnützige eingetragene Vereine. Bei Frage 5 wurde mehrmals eine Option verlangt, dass der Verein auch auf Bundesebene tätig sein kann und außerdem in einem oder mehreren Sozialräumen Potsdams. Bei Frage 7 gaben einige Vereine an, dass sie über einen speziellen Zeitraum bei einem Bürgerforum tätig waren, dies inzwischen aber eingestellt haben, oder dass sie nicht als ständiges Mitglied vertreten waren sondern nur bei den für sie relevanten Themen.

Bei Frage 10 gab es häufig Schwierigkeiten mit der ungenauen Begriffsdefinition. Einige Befragte verstanden diese Frage nicht oder falsch. Auch fehlte hier eine NICHT-BEKANNT-Option, da einige Befragte die Frage zwar verstanden, aber keine Aussage über den Grad der Vernetzung treffen konnten.

Die Antworten auf die Frage 11 beinhalteten massive Beschwerden über die Zusammenarbeit mit der Stadt. Häufigste Kritikpunkte waren das Fehlen von Anlaufstellen und unklare Zuständigkeiten, aber auch Verwirrung durch verschiedene Verwaltungsebenen. Häufig wurde die Fördermittelproblematik angesprochen, die meist der einzige Berührungspunkt mit der Stadt war.

Der Teil I der Befragung, der der Erhebung von Daten zur Organisation der Vereine in Potsdam diente, ergab trotz seines eher formalen Charakters verschiedene Unklarheiten. Generell ist anzumerken, dass im ersten Teil mehrere Fragen keine „NEIN“- oder „NICHT-Option“ aufwiesen (beispielsweise Frage 7, 8 und 9).

Da in mehreren Fällen auch Vereinsmitglieder ohne besondere Funktion befragt wurden, konnten diese teilweise die Fragen nicht oder nicht eindeutig beantworten. Es ergab sich somit häufig das Problem, dass die Befragten nur ihre eigene Meinung äußerten und nicht die Meinung des Gesamtverbandes repräsentierten.

Da viele Vereine lediglich höchst lockere Netzwerke mit einem sehr engen Blickwinkel darstellen, hätte sich eine Frage zur Bewertung der Intensität der Vereinsarbeit angeboten. Eine Unterteilung in mehrere Fragen oder eine präzisere Fragestellung wäre zu favorisieren, um eindeutiger Ergebnisse zu produzieren. An dieser Stelle erinnern wir an die Diskussion im Seminarplenum, während der wohl im

Nachhinein betrachtet nicht zufrieden stellende Kompromisse getroffen wurden. Des Weiteren bildete der Fragenkatalog kaum eine Möglichkeit, Veränderungen in der Organisation registrieren zu können (Frage 7). Eine Untersuchung der möglichen Fluktuationen in der Organisationsstruktur der Vereine in Potsdam wäre durchaus interessant. Die Einteilung in Vereine, die vor der Wende 1990 gegründet wurden und jenen die danach gegründet wurde, klärt nicht die Frage, ob Kontinuitäten bestehen. Vereine bedienen sich häufig informeller, auf persönlichen Beziehungen basierenden Netzwerken. Der Fragenkatalog war in dieser Hinsicht wenig informativ.

Insgesamt betrachtet haben sich nach Auswertung der Fragebögen mehrere neue Fragestellungen ergeben. Der Vernetzungsgrad der Potsdamer Vereine im Sozialraum III untereinander ist als wenig ausgeprägt zu bezeichnen. Hier wäre eine Frage zu den individuellen Handlungsprämissen angemessen gewesen. Ein kontinuierliches Engagement der Vereine im Sozialraum III kann nur selten attestiert werden. Der Fragenkatalog berücksichtigt temporär begrenzte Partizipation der Vereine nicht angemessen (nicht ständige Teilnahme an gesamtstädtischen Bürgerforen). Außerdem wäre im Falle der offenbar häufig aufgetretenen Weigerung, an der Befragung zu partizipieren, eine Erhebung der dafür ausschlaggebenden Gründe hilfreich gewesen.

Als Fazit bleibt festzustellen, dass trotz der oben erläuterten Probleme ein überzeugender Einblick in die Struktur des Potsdamer Vereinswesens gelungen ist.

3. Problemanalyse „Leben in Potsdam“

Es ist auffällig, dass die Mehrheit der befragten Organisationen die Lebensqualität der meisten Personengruppen als „eher hoch“ einschätzt. Wobei es häufig vorkam, dass die Befragten keine Angabe machen konnten. Beispielsweise meinte ein Vertreter des BIUF (Verein zur Förderung sozialer Arbeit e. V.), man solle doch die betroffenen Personengruppen selber befragen. Sicherlich kann man resümieren, dass jene befragten Vereine natürlich nicht über das Befinden aller genannten Personengruppen Bescheid wissen können.

Die Lebensqualität der Ausländer in Potsdam wird von fünf der 21 Befragten als „eher hoch“ angesehen; dem stehen 10 Vereine mit „keiner Angabe“ gegenüber. Zu den *Behinderten* gibt es ebenfalls eine klare Mehrheit, die über jene Gruppe keine Angaben machen kann, wobei immerhin 28,6 % den Behinderten eine eher hohe Lebensqualität bescheinigen. *Familien* genießen eine eher hohe Lebensqualität - eine klare Mehrheit von 52,4 % der Organisationen spricht sich dafür aus. Ebenso leben *Frauen* in Potsdam gut - neun der Befragten schätzen deren Lebensqualität als „eher hoch“ ein. Dennoch meint „Rückenwind e. V.“, dass Frauen auch weiterhin schlechtere Chancen haben eine Job zu finden als Männer. Bei den *Fußgängern* ergibt sich nur eine hauchdünne Mehrheit von 42,9 % der Befragten, die deren Lebensqualität als „eher hoch“ einschätzen. Dem stehen 33,3 % der Befragten gegenüber, die deren Lebenssituation eher negativ bewerten. *Kinder und Jugendliche* können – so eine klare Mehrheit der Befragten - mit „eher hoher“ Lebensqualität in Potsdam rechnen.

Senioren haben zum Beispiel durch eine Vielzahl an Parks eine „eher hohe“ Lebensqualität, wobei einige Vereine Probleme der zukünftigen Betreuung anmerkten. *Radfahrer* hingegen haben es laut 38,1 % der Befragten schwer in Potsdam - deren Lebensqualität wird als „eher niedrig“ eingeschätzt. Die Radwege seien schlecht, so dass die Radfahrer auf Gehwege ausweichen müssten. Das Radfahren müsste einfach leichter gestaltet werden. Potsdam die Stadt der *Sportler*? 13 von 21 Befragten schätzen deren Lebensqualität als „eher hoch“ ein - kein einziger Verein gab eine „niedrige“ Bewertung ab. Auch *Studenten* erwarten in Potsdam eine „eher hohe“ Lebensqualität - 47,6 % der befragten Vereine sprechen sich dafür aus. Jedoch ist es schwer, Studenten in der Stadt zu halten, natürlich wegen der Nähe zu Berlin.

Ein genereller Handlungsbereich in den in Frage 14 gegebenen städtischen Angelegenheiten ist nicht festzustellen, da die Ergebnisse für die unterschiedlichen Bereiche stark differieren. Bei der *Denkmalpflege* sieht die Mehrheit der Befragten (42,9 %) einen „eher hohen“ Handlungsbedarf - bei der Vielzahl von Denkmälern in der Stadt Potsdam ist dies nicht verwunderlich. Trotz eines „sehr guten Kulturangebots der Stadt im Verhältnis zu anderen Städten in Brandenburg“ (BIUF), meinen 52,4 % der Befragten, dass ein „eher hoher“ Handlungsbedarf besteht. Bei *Gesundheit* sowie *Grünflächen* schneidet Potsdam relativ gut ab - hier besteht laut der Mehrheit der organisierten Bürgerschaft eher niedriger Handlungsbedarf, wobei ein Teil der viel vorhandenen Grünflächen nicht frei verfügbar ist. Potsdam sollte sich mehr auf die *Jugendarbeit* konzentrieren - 11 der 21 befragten Organisationen sehen hier einen „eher hohen“ Handlungsbedarf. Bei den *Schulen* hingegen meinen ein Drittel der Befragten, dass erhöhter Handlungsbedarf besteht. Beim *ÖPNV* ist gerade der Abendfahrplan problematisch. Das Angebot sollte erweitert werden, so ein Vertreter vom „Pfungstberg e.V.“; 42,9 % der Befragten sehen hier eher hohen Handlungsbedarf. Auch bei den *Radwegen* bestehe laut der Mehrheit der Vereine „eher hoher“ Handlungsbedarf; ebenso finden 14 der 21 Befragten, dass im *sozialen Bereich* ein „eher hoher“ Handlungsbedarf besteht. 19 % der Befragten meinen, dass bei *Strassen* in Potsdam ein „sehr hoher“ Handlungsbedarf besteht. Die „Bürgerinitiative Verkehrsberuhigung in Potsdam West“ ist sogar der Ansicht, dass die Verkehrsplanung das größte Defizit der Stadtverwaltung sei. Sie fordert deshalb adäquat entwickelte Nutzungskonzepte. Dennoch steht dem eine Mehrheit von 42,9 % der Befragten gegenüber, die „eher niedrigen“ Handlungsbedarf bei den Strassen sehen.

Wie schon erwähnt, bietet die Stadt Potsdam den *Sportlern* gute Möglichkeiten. Demnach lässt sich auch begründen, dass ein Drittel der Befragten „Sportstätten“ bei „eher niedrigem“ Handlungsbedarf einstufen. Fast die Hälfte der Befragten (42,9 %) sieht einen „eher niedrigen“ Handlungsbedarf beim *Umwelt- und Naturschutz*, wobei es Schwierigkeiten bei der Eingrenzung des Begriffes gab. Beim *Verbraucherschutz* und ebenso beim *Wohnen* in Potsdam herrscht ein durchwachsenes Bild - es gibt keine eindeutigen Mehrheiten unter den befragten Organisationen. Zu den *Volkshochschulen* konnten

neun der Befragten keine Angaben machen, sechs befragte Vereine sehen hier einen „eher hohen“ Handlungsbedarf - sie verlangen unter anderem nach besseren Rahmenbedingungen.

In Frage fünfzehn und sechzehn geht es darum, wie die Einnahme- und Ausgabesituation des städtischen Haushaltes in Potsdam verbessert werden kann. Auffallend ist, dass viele keine Differenzierung zwischen Ausgaben und Einnahmen machten. Ein Beispiel hierfür ist, dass zur Verbesserung der Einnahmesituation vorgeschlagen wurde, städtische „Luxusprojekte“ nicht mehr zu finanzieren. Auf der anderen Seite sollen durch Sponsoring die Ausgaben im städtischen Haushalt gesenkt werden. Deshalb sind die beiden Fragen nicht wirklich getrennt zu betrachten.

Die Frage, wie die Einnahmesituation des städtischen Haushaltes in Potsdam verbessert werden könnte, wurde im Sozialraum III von nur knapp 62 % der befragten Verbände überhaupt beantwortet. Nur einmal wurden dabei Steuererhöhungen als Möglichkeit in Betracht gezogen, eingegrenzt auf Luxusgüter und umweltrelevante Abgaben. Die Erhöhung von Gebühren und Beiträgen wurde nicht in Erwägung gezogen. Daraus kann man schlussfolgern, dass eine Verbesserung der städtischen Einnahmesituation durch den Griff in den Geldbeutel der Bürger abgelehnt wird. Man sah auch die Steuererhöhung (insbesondere die Gewerbesteuer) als sehr negativ an, da diese zwar Geld bringe, aber nicht zukunftsorientiert sei. Neue Investoren werden wegen höherer Kosten abgeschreckt, ansässige Firmen verlassen gegebenenfalls die Stadt, was die Einnahmen wieder senkt. Die Investoren müssten ermutigt und motiviert werden, sich in Potsdam anzusiedeln, z. B. durch den Abbau von Bürokratie oder durch ein Angebot von preiswertem Büro- und Lagerraum. Folglich wurde dem Verkauf und der Privatisierung kommunalen Eigentums von jeweils 14,3 % der Befragten zugestimmt. Der Vorschlag zur Privatisierung wurde auch immer wieder im offenen Teil des Interviews aufgegriffen. Hauptargument war, dass die Privaten effektiver als der Staat bzw. die Stadt wirtschaften können, weshalb alle kommunalen Leistungen unter die Lupe genommen werden sollten. Nach objektiven Kriterien sollte dann entschieden werden, welche Aufgaben definitiv von der Verwaltung erbracht werden müssen und welche an Privaten übertragen werden könnten. Beispielsweise wurde vorgeschlagen, die Kultur in die Obhut von Organisationen zu legen und diese durch die Stadt kontrollieren zu lassen. Als Begründung wurde genannt, dass dieselben Mitarbeiter unter anderen Organisationsstrukturen produktiver arbeiten. So sollte die Stadt nur noch hoheitliche Aufgaben wahrnehmen, aber dennoch festlegen, wer die Verantwortung trägt. Andere Vorschläge bezogen sich auf die Stärkung des Umweltbewusstseins der Bürger sowie die Einführung eines Regionalgeldes (Havelblüte).

Fast 20 % der Befragten können sich eine Senkung der Kosten des städtischen Haushaltes durch die Übernahme von Leistungen durch die Bürger vorstellen. Ein Drittel der Befragten befürwortete die Förderung von privat-öffentlichen Partnerschaften (PPP): Die kommunalen Aufgaben müssten auf Vereine übertragen werden, die mit der Verwaltung kooperieren. Außerdem sollte eine Zusammenarbeit mit Sponsoren in Betracht gezogen werden. Allerdings gab es auch Vorbehalte gegen

diese Maßnahmen. Wenn PPP eingeführt würden, dann nur unter bestimmten Bedingungen. Es sollte dadurch kein Gewährleistungsstaat entstehen.

Ferner sehen die Befragten ein Problem in der Verlässlichkeit bei nicht-staatlicher Erbringung von Leistungen. Zwar wurde bei den standardisierten Fragen nur einmal die Streichung kommunaler Leistungen angegeben, aber es wurde im Zusatz mehrmals angemerkt, dass Prestige- bzw. Luxusprojekte, wie z. B. der Bau eines Schwimmbades, zu streichen seien: Unnötige Kosten sollten so vermieden werden.

4. Potsdam als Bürgerkommune

Die Antworten auf Frage 17 zeigen, dass sich die Befragten allgemein über das Projekt Bürgerkommune schlecht informiert fühlen. Während dies gesamtstädtisch über 60 % der Befragten angaben, sind es im Sozialraum III fast 70 %. Dieser Trend ist jedoch nicht auf Desinteresse der Akteure, sondern eher auf die unzureichende Informationspolitik der Stadt zurückzuführen. Um dieses Defizit zu reduzieren, wurde in den Interviews vorgeschlagen, Flyer, Informationsbriefe bzw. vierteljährlich erscheinende Faltblätter, die über die wichtigsten Entwicklungen informieren, herauszugeben und das Lokalfernsehen bzw. die Printmedien stärker mit einzubeziehen.

Ein weiterer Vorschlag sah vor, zielgruppenorientierte Veranstaltungen anzubieten um auch die nichtorganisierte Bürgerschaft stärker zu erreichen. So könnten etwa Veranstaltungen organisiert werden, die nach Berufsgruppen, Alter oder Handlungsfeldern der Akteure unterteilt würden. Des Weiteren wurde thematisiert, dass es bislang keine direkte Anlaufstelle für Fragen zur Bürgerkommune sowie des Bürgerhaushalts gibt. Ein solches Büro mit einem aussagefähigen Mitarbeiter wünschenswert oder auch eine Telefonhotline wäre denkbar. Eine Informationspolitik, die weitgehend auf das Medium Internet abzielt, wird als nicht ausreichend angesehen. Das Ziel sollte darin bestehen, informierte Bürger zu stärkerem eigenverantwortlichem Engagement zu ermuntern.

Die Antworten auf Frage 18 zeigen, dass die mit der Bürgerkommune assoziierten Ziele im Sozialraum III vom gesamtstädtischen Ergebnis abweichen. Während gesamtstädtisch mit Abstand eine höhere Bürgerbeteiligung als Ziel angegeben wird, ist dieses Ziel im Sozialraum III lediglich auf dem zweiten Platz zu finden. So versprechen sich die Befragten von der Bürgerkommune eher eine stärkere Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt (42,9 %). Die weitaus stärkste Abweichung zeigt sich bei dem Antwort-Item „mehr Transparenz der Entscheidungen“. So wurde diese Antwortmöglichkeit in den gesamten Interviews lediglich ein Mal angegeben. Eine vermutliche Erklärung könnte sich aus dem Bildungshintergrund bzw. den Tätigkeitsbereichen der Befragten ergeben. Bei mehreren Befragten ist ein akademischer Abschluss zu vermuten oder eine Tätigkeit in der Stadtverwaltung, was eine gewisse Kenntnis der Entscheidungsprozesse erklären könnte.

Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang mit dem Ziel einer „höheren Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt“ genannt wurde, ist die gesteigerte Lebensqualität, die sich aus einem aktiven Vereinsleben

im Stadtteil ergibt. So würde sich aus einer Tätigkeit in einem Verein oder einer Bürgerinitiative der Umgang der Bewohner eines bestimmten Stadtteils erheblich verbessern. Das wiederum würde eine verstärkte Identifikation mit dem Stadtteil bewirken und mögliche vereinsorganisierte Verschönerungsmaßnahmen zulassen. Als größte Gefahr wurde auf einen zunehmenden Klientelismus bzw. eine Bevorzugung starker und gut organisierter Interessen hingewiesen.

Mit 47,6 % zeigen – so die Antworten auf Frage 19 - die meisten Organisationen Interesse an einer stärkeren Vernetzung im Sozialraum. Einige Organisationen signalisierten ihre Bereitschaft, auch über den eigenen Sozialraum hinaus mit anderen Organisationen zusammenarbeiten zu wollen. Übereinstimmungen bei Handlungsfeldern bzw. Organisationszielen wurden jedoch häufig als Einschränkungen für weitergehende Kooperationen angegeben. Das zweitstärkste Ergebnis stellt mit 28,6 % die Antwortmöglichkeit „noch offen“ dar. So lässt sich vermuten, dass der geringe Informationsstand Einfluss auf dieses Ergebnis haben dürfte. Ein weiterer Erklärungsansatz, der sich aus den Interviews ergibt, besteht darin, dass die Organisationen theoretisch an einer stärkeren Vernetzung interessiert sind, diese jedoch noch nicht verwirklicht haben. So belegen die Aussagen, dass Kooperationsmöglichkeiten nicht optimal ausgeschöpft sind, da die Organisationen derzeit nicht abschätzen können, welche zusätzlichen Ressourcen für eine stärkere Zusammenarbeit mit anderen Organisationen benötigt werden. Eine stärkere Bereitschaft zur Vernetzung zeichnet sich gerade bei Akteuren ab, die in ähnlichen Handlungsfeldern agieren.

Bei der Frage 20 (Handlungsfelder der Bürgerkommune) lässt sich eine annähernde Deckungsgleichheit mit dem gesamtstädtischen Bild feststellen. Einzige Ausnahme bildet der Punkt „Mitwirkung an der Entscheidung über finanzielle Prioritäten“. Es wurde in mehreren Interviews darauf hingewiesen, dass dies einer der Kernaufgabenbereiche der Stadtverordneten sei und in deren Verantwortung liege. Zudem würden diese über das fachliche Hintergrundwissen verfügen, was ihnen qualifizierte Entscheidungen ermögliche. Es bestehe sonst die Gefahr einer Verantwortungstransformation, wenn die Stadtverordneten eigene Fehlentscheidungen auf die Bürgerkommune transferieren könnten, was in der Konsequenz einen irreparablen Vertrauensverlust zur Folge hätte. Daher sollte von einer finanziellen Mitbestimmung Abstand genommen werden, wobei die Möglichkeit Vorschläge zu unterbreiten, nicht vergessen werden sollte. Allgemein lassen sich relativ hohe Erwartungshaltungen der Befragten in bezug auf mögliche Handlungsfelder der Bürgerkommune feststellen.

Ein Punkt, der nicht klar beantwortet werden kann, zeigt sich in der Frage nach der Tätigkeitsebene der Bürgerkommune. Während sich 14 Befragte (Angabe hoch und sehr hoch) für eine Mitwirkung auf gesamtstädtischer Ebene aussprechen, sehen 19 Befragte die Kernaufgaben der Bürgerkommune im Stadtteil.

Einen Kernaspekt greift die Frage 21 nach einer Anlauf- bzw. Koordinierungsstelle auf. Entsprechender Bedarf besteht, jedoch ist die Frage nach der Zuständigkeit dafür differenziert zu

betrachten. So variieren die Aussagen der Befragten sehr stark: Während der eine Teil von einer klaren Zuständigkeit der Verwaltung oder der Stadtverordneten ausgeht, sehen andere Befragte eine mögliche Überforderung der Verwaltung als Gefahr für den Erfolg der Bürgerkommunen. Demgegenüber stehen Aussagen von Befragten, die sich unter keinen Umständen für eine Zuständigkeit der Verwaltung bzw. Stadtverordneten aussprechen. Gründe hierfür liegen zum einen im vorhandenen Misstrauen gegenüber der Verwaltung, da die bisherigen Aktivitäten die erforderliche Ernsthaftigkeit vermissen ließen. Zum anderen finden sich Aussagen, die hier ein klares Betätigungsfeld einer Bürgerkommune sehen. Als Gefahr wird in diesem Zusammenhang angeführt, dass Parallelexistenzen von Kommunalgremien (SSV und einer möglichen „Bürgerkommunalversammlung“ als Beschlussgremien) vermieden werden müssten.

Abschließend ist anzumerken, dass einige der Befragten meinten, Potsdam ist dadurch, dass die Bürger die Stadtverordneten wählen können, also durch das repräsentative Wahlsystem, schon eine Bürgerkommune. Eine weitere Demokratisierung ist ihrer Meinung nach ein Rückschritt bzw. eine Untergrabung des bestehenden Systems.

5. Bürgerhaushalt Potsdam

Teil IV der Befragung widmet sich der Praxis eines Potsdamer Bürgerhaushaltes. Hier sollten sich die Befragten dazu äußern, ob sie auch bereit wären, sich direkt an einem solchen kommunalen Modell zu beteiligen und wie sie die Probleme bei der Umsetzung einschätzen. Zudem sollten die Befragten ihre Meinung zu konkreten Umsetzungsschritten abgeben.

Im Sozialraum III sind 42,9 % der Organisationen bereit, sich an einem Bürgerhaushalt der Stadt Potsdam zu beteiligen. Die Mehrheit der Befragten will entweder aktiv mitwirken (42,9 %) oder schließt eine Beteiligung jedenfalls nicht aus (42,9 %). Geht es um die Frage, welche Aktivitäten die jeweiligen Vereine bzw. Verbände im Falle einer Beteiligung wirklich anzugehen bereit wären, ist das Bild etwas vielschichtiger: Die Bereitschaft zur Diskussionsbeteiligung ist hier am höchsten, während sich die Zustimmung zu den restlichen Vorschlägen in Grenzen hält und unter 30 % teilweise sogar unter 20 % liegt. Daraus kann man ableiten, dass der Bedarf zur Diskussion und zum Austausch bei den Vereinen sehr hoch ist – sicherlich auch, weil es hier auch an Informationen fehlt. Die Befragten waren daher bei ihren Aussagen zur Bereitschaft bei der aktiven Mitwirkung noch etwas zurückhaltend, ja sogar vorsichtig. Einige Organisationen würden – bei entsprechender Honorierung - an der aktiven Leistungserbringung teilnehmen, sie würden z. B. selber Veranstaltungen durchführen. Einige Vereine beklagten, dass der Bürgerhaushalt bisher kein wirklicher Bürgerhaushalt sei, sondern eine reine Informationsveranstaltung. Zwar habe dies auch Vorteile, da sich die *Transparenz* erhöhe, doch gäbe es derzeit keine Mitentscheidungsmöglichkeiten. Ohne diese bestehe für die Vereine aber nur ein geringes Interesse am Bürgerhaushalt. Das lässt sich auch an der Statistik ablesen: Besonders wichtig ist den Befragten am Bürgerhaushalt die Entscheidung über Haushaltsprioritäten. Zudem will

die Mehrheit der Befragten ausdrücklich über den gesamten Haushalt abstimmen. 52,6 % der Organisation fanden, dass der gesamte Haushalt zur Disposition stehen und auch Entscheidungsmöglichkeiten bestehen sollten.

Als positivste Wirkung des Haushaltes wurde mehrheitlich der Aspekt der Identitätsstiftung des Bürgers mit der Stadt genannt. Allerdings haben die Bürger auch Angst, dass die Kosten den möglichen Nutzen eines Bürgerhaushaltes übersteigen könnten. Erstaunlicherweise befanden manche Befragte den Aspekt der Selbstdarstellung von Parteien und Politiker im Rahmen des Projektes nicht als negativ.

Die Struktur der Diskussion sollte nach der Mehrheit der Befragten (63 %) sowohl nach territorialen wie nach fachlich-inhaltlichen Aspekten gegliedert werden. Hierbei wurde der Runde Tisch als favorisierte Methode vorgeschlagen. 31,6 % der Befragten unterstützten, dass bekannte Bürger der Stadt – die keine Stadtverordneten sind – die Bürgerhaushaltsdebatte künftig moderieren sollten. Auch Bürger wurden als Moderatoren vorgeschlagen. Knapp die Hälfte der Befragten sprach sich dafür aus, die Entscheidungsgewalt letztendlich der SVV zu überlassen, unter der Prämisse, dass diese Rechenschaft über die gefällten Entscheidungen abgeben muss. Auch dem Bürgerentscheid wurde als eine Variante zugestimmt. An einem solchen Entscheid könnte allerdings problematisch sein, so der Einwurf einiger Befragter, dass oft über ein ganzes Paket entschieden wird. Besser wäre es, über einzelne Sachverhalte abzustimmen. Einige plädierten dafür, ein neues Verfahren zu entwickeln, wobei zu beachten sei, dass die Stadtverordneten adäquat beteiligt werden müssten, um den Bestand des Projektes zu sichern.

Grundsätzlich fürchten einige Vereine, dass der Bürgerhaushalt ein Schauplatz für Lobbykämpfe werden könnte, da starke Organisationsgruppen die Veranstaltung als Bühne benutzen könnten. Zudem könnten sich etablierte große Vereine besser durchsetzen als kleinere Interessengemeinschaften. Der Bürgerhaushalt müsse jedoch so konzipiert sein, dass Bürger und Verantwortliche sich zusammensetzen und versuchen, sich zu einigen. Es könne nicht darum gehen – wie derzeit üblich –, sich gegenseitig zu bekämpfen. Zudem gibt es eine Reihe von Stimmen, die direktdemokratische Entscheidungen an sich für problematisch halten, denn diese könnten letztlich das repräsentative System untergraben. Zudem sei nur jeder Verein/Verband an seinem Wohlbefinden interessiert und versuche beim Bürgerhaushalt, seine „Schäfchen ins Trockene zu bringen“. Positiv sei, so einige Meinungen, dass die Initiierung eines derartigen direktdemokratischen Instrumentes ein repräsentatives Meinungsbild ermöglicht – vorausgesetzt, die Beteiligung ist entsprechend weit gefächert. Ansonsten könne es zu Entscheidungen kommen, die ein Großteil der Bürger gar nicht vertritt, aber im Namen des Bürgerforums durchgeführt werden. Viele Befragte betonten, dass es dauern werde, bis sich derartige direktdemokratische Instrumente bewährten.

6. Fazit

Prinzipiell sind große Teile der organisierten Bürgerschaft im Sozialraum III am Projekt eines Bürgerhaushalts interessiert. Kritik zeichnete sich jedoch gegenüber den relativ hoch angesetzten Zielen ab. Weiter wurde ebenfalls darauf hingewiesen, dass der Bürgerhaushalt bisher nicht greifbar sei. Er stellt sich derzeit eher als unabgeschlossenes Konzept bzw. Informationsveranstaltung dar. Der partizipative Gedanke hinter dem Konzept sei momentan nicht zu erkennen.

Dennoch geht die organisierte Bürgerschaft relativ realistisch mit den bisherigen Veranstaltungen um. So werden kurzfristige positive Effekte des Bürgerhaushalts nicht erwartet, langfristig jedoch erhofft. Der Bürgerhaushalt biete eine wirksamere Identifikationsmöglichkeit für die Potsdamer Bürger als die anonym empfundene Stadtverwaltung. Zudem wird im Rahmen des Bürgerhaushalts mehr Transparenz erwartet.

Insgesamt betrachtet ist der befragten organisierten Bürgerschaft ein sehr geringer Kenntnisstand über Bürgerhaushalt und Bürgerkommune zu attestieren. Bemängelt wurde eine schlechte Informationspolitik der Stadt über das Projekt. Wenig Interesse bestand bei den befragten Vereinen an gesamtstädtischen Bürgerforen. Problematisch war beispielsweise die fehlende Trennung zwischen Vereinen, die finanzielle Mittel von der Stadt erhielten und denjenigen, die keinen direkten Bezug zur Gesamtkommune besaßen.

Grundsätzlich problematisch war zudem, dass das Engagement für das Projekt „Bürgerhaushalt“ immer von den gleichen Personengruppen ausging. Dies führte zu dem häufig geäußerten Vorwurf mangelnder Repräsentativität. Außerdem wäre bei den betrachteten Vereinen eine Unterscheidung zwischen temporärem und permanentem Engagement notwendig gewesen. Hier kristallisiert sich der Grundkonflikt zwischen direkter Demokratie und repräsentativer Demokratie heraus, der auch die Diskussion um den Bürgerhaushalt mitdefiniert. Je nach Interpretation bedeutet das Konzept des Bürgerhaushalts Gewinn oder Verlust für die jeweilige Demokratieform.

Vielfach wurde kritisiert, dass vorhandene Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen der Bürgerkommune nicht oder nicht ausreichend genutzt werden. Dieser Kritik folgend wurde die Frage nach dem Nutzen eines Bürgerhaushalts gestellt. Dieser muss im Rahmen einer nüchternen Kosten-Nutzen-Kalkulation hinterfragt werden und sollte nicht per se positiv definiert werden. Zudem wurden Bedenken geäußert, dass durch das Projekt Bürgerhaushalt duale Strukturen in der organisierten Bürgerschaft entstehen könnten. Des Weiteren könne das Projekt instrumentalisiert werden und lediglich ein weiteres Gremium für die Selbstdarstellung von Einzelpersonen darstellen. Eine Gefahr, die in den Interviews regelmäßig aufgezeigt wurde, stellt die mögliche Zunahme von Fördermittelkonkurrenz dar. So müsse verhindert werden, dass gut organisierte Vereine letztendlich eigenständig über ihre Fördermittelbewilligungen entscheiden. Ebenso besteht erheblicher Bedarf an Information über Bürgerkommune und Bürgerhaushalt – auch bei den Bürgern. Die bisherigen Informationsmaßnahmen sind nicht ausreichend. Dennoch ist abschließend zu sagen, dass es

einerseits gravierende Informationsdefizite seitens der Vereine gab, dass sich andererseits aber während der Interviews Interesse am Thema „Bürgerhaushalt und Bürgerkommune“ zeigte.

Abschlussbericht Sozialraum IV

Von Silke Bartsch, Steffen Behm, Lars Düsterhöft, Julia Dutschke, Sven Höhne, Jona Hölderle, Dan Ketler, Janina Kroll, Astrid Peters und Katrin Schulze

1. Einleitung

Im Rahmen des Projektseminars führten die AG 7 und 8 eine gemeinsame Befragung von Vereinen und Verbänden durch, welche ihren Sitz im Sozialraum IV haben. Dieser umfasst neben den Stadtteilen Babelsberg Nord und Babelsberg Süd auch den statistischen Bezirk Zentrum Ost. Kriterium für die Auswahl der Organisationen war neben ihrem Sitz im besagten Sozialraum auch der Bezug ihres Wirkungskreises zur Stadt Potsdam. Darüber hinaus handelt es sich bei der Befragung um eine Zufallsstichprobe, die u. a. dem Branchenverzeichnis entnommen wurde. Unter diesen Voraussetzungen konnte eine Liste mit 25 Organisationen erstellt werden, die für eine Befragung geeignet schienen. Diese decken ein breites Wirkungsspektrum ab, welches von sportlich bis sozial ausgerichtet die verschiedensten Typen von Organisationen enthält.

Von diesen erklärten sich 13 (52 %) nach einer ersten Kontaktaufnahme zur Zusammenarbeit bereit. Für die ablehnende Haltung der verbleibenden 12 Organisationen kommen vor allem mangelndes Interesse an der Thematik der Befragung und grundsätzliche Skepsis der Organisationen zu diesem Thema in Frage. In je einem Fall wurden private Gründe des Ansprechpartners und Auflösung der Organisation als Grund für die Absage angeführt. Eine weitere Organisation reagierte auch auf mehrmalige Anfragen nicht.

Im Folgenden wurden die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften 7 und 8 in 5 Gruppen zu je zwei Personen eingeteilt, denen die Durchführung der einzelnen Interviews oblag. Die Ergebnisse des standardisierten Interviews werden in diesem Bericht später näher vorgestellt. An diesen ersten Teil der Befragung schloss sich ein weiterführendes offenes Gespräch an, in dem den Interviewpartnern zunächst die Gelegenheit gegeben wurde, sich zu den gestellten Fragen auch über die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten hinaus zu äußern. Protokolle diese Gespräche liegen vor und sind bei der Projektleitung erhältlich.

Die Ergebnisse dieses offenen Interviewteils werden im letzten Teil unseres Berichtes genauer betrachtet. Zuvor wird die Analyse der standardisierten Befragung im Sozialraum IV entsprechend des Aufbaus des Fragebogens vorgestellt. Während die Teile I bis III nur kurz in ihren Kernaussagen dargestellt werden sollen, wird sich Teil IV mit einer schrittweisen Analyse der einzelnen Fragen anschließen.

2.1 Angaben zu den Organisationen

Der erste Teil des Fragebogens zur organisierten Bürgerschaft betrifft die statistischen Angaben zur Organisation. Im folgenden Bericht werden die Angaben zusammengefasst und es wird versucht, ein Bild über die Vereinsstruktur im Sozialraum IV aufzuzeigen.

Der älteste Verein wurde bereits 1874 gegründet. Eine Konzentration von Vereinsgründungen lässt sich nach der Wiedervereinigung (1989/1990) feststellen. Hierbei muss es sich nicht immer um vollständige Neugründungen handeln, teilweise wurden schon lange bestehende Vereine aus Gründen der Kosteneinsparungen zusammengelegt. Die beiden jüngsten Vereine sind 1999 gegründet worden.

Die Mitgliederanzahl der befragten Vereine besitzt eine große Spannweite zwischen sechs bis 1.500 Mitgliedern. Die meisten Vereine bewegen sich im Bereich von 30 bis 50 Mitglieder. Es wurde darauf hingewiesen, dass zum Beispiel im Bereich Sport Probleme bezüglich des Nachwuchses bestehen, was sich aus dem Überangebot an Sportvereinen in Potsdam ergäbe.

Acht der 13 befragten Vereine sind Teil überörtlicher Dachorganisationen, die oftmals deren finanzielle Ausstattung übernehmen. Sieben Organisationen verneinten den Erhalt städtischer Zuschüsse, ein Verein hat diese beantragt. Die anderen fünf Organisationen, welche nicht Teil einer Dachorganisation sind, bekommen ebenfalls städtische Zuschüsse.

Das Prinzip der Organisation ist bei der Mehrheit der Vereine der „Gemeinnützige Verein“ und der „Eingetragene Verein“. Zusätzlich wurden unter Sonstiges ehrenamtliche Mitarbeiter, Gruppe, „Verein alten Rechts“ und GmbH genannt. Zwei der Befragten konnten uns keine Antwort geben. Von 13 befragten Vereinen sind acht nicht nur im Sozialraum IV, sondern im gesamtstädtischen Bereich tätig. Die Politikfelder sind dabei Kultur, dicht gefolgt von Sport, Soziales und Jugend. Der einzige Bereich, der nicht behandelt wird, ist „Europa“. Unter Sonstiges wurden Brandschutz, Verbraucher und Fairer Handel genannt.

Obwohl die Mehrheit der Organisationen gesamtstädtisch tätig ist, wirken nur drei Organisationen am Stadtforum Potsdam mit und zwei weitere Vereine im Stadtsportbund. Bezüglich anderer Formen der Beteiligung der Organisationen liegen die von uns befragten Organisationen im allgemeinen Trend der gesamtstädtischen Befragung. Drei Organisationen nutzen die Sitzungen der SSV und vier Organisationen die Ausschusssitzungen, zusätzlich wurden einmal die Einwohnerversammlung und einmal das Bürgerbegehren genannt.

Auffällig ist das Ergebnis bezüglich der Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in Beiräten. Es wurde nur zweimal eine gemeinsame Aktivität mit Beiräten genannt, wobei es sich um den gleichen Verein handelt (Beirat Ausländer, Beirat lokaler Aktionsplan TolDem). Den Grad der Vernetzung bestehender Zivilgremien der Stadt war daher für sechs der Befragten gar nicht einzuschätzen. Die Verbleibenden schätzen die Vernetzung als eher gering ein.

Der Umfang der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung ist stark bereichsbezogen. Im Allgemeinen ergibt sich ein positives Bild, wobei in den Interviews immer wieder auf bürokratische Hürden verwiesen wurde.

2.2 Problemanalyse „Leben in Potsdam“

Einführend ist zu sagen, dass es bei den diesbezüglichen Fragen kaum Verständnisprobleme gab. Probleme kamen allerdings bei der Unterscheidung und Einschätzung von stadtteilbezogenen und gesamtstädtischen Problemfeldern auf. Somit bleibt unklar, ob sich die gegebenen Antworten auf den gesamten Stadtbereich Potsdam oder nur auf den Sozialraum IV erstrecken. In einigen Fällen muss ebenfalls davon ausgegangen werden, dass trotz des Verweises auf die gesamtstädtische Situation eher die sozialraumspezifische Situation maßgeblich für die getroffenen Einschätzungen war.

Äußerst kritisch zu bewerten ist sowohl bei Frage 13 als auch bei Frage 14, dass bei der Bezeichnung der Antwortwerte nicht auf (wenigstens subjektiv) gleichmäßige Intervalle zwischen diesen geachtet wurde. Der Abstand von „Eher Hoch“ zu „Sehr Hoch“ ist nicht identisch mit dem Abstand von „Eher Niedrig“ zu „Niedrig“. Es müsste konsequenterweise „Sehr Niedrig“ heißen. Dies könnte durchaus zu einer verzerrten Bewertung geführt haben.

Eingangs wurde nach einer Einschätzung der Lebensqualität in Potsdam für 11 verschiedene Personengruppen gefragt. Betrachtet man die Ergebnisse für Sozialraum IV, fällt auf, dass bestimmte Personengruppen bei der Einschätzung ihrer Lebensqualität durch die organisierte Bürgerschaft eine hohe Anzahl von „keine Angaben“ aufweisen. Der größte Wert entfiel hierbei auf die Kategorie der *Ausländer*. Sechs mal wurde „keine Angabe“ gewählt, gefolgt von fünf im Befragungsbereich der *Frauen* sowie vier bei der Personengruppe der *Studenten*. Die anderen Gruppen weisen dagegen nicht mehr als dreimal den Wert „keine Angabe“ auf. Zu vermuten ist, dass keine näheren Informationen zu diesen Personengruppen vorliegen oder sich keine Meinung dazu gebildet hat.

Vergleicht man die Gesamtdaten aller Sozialräume bezüglich der *Radfahrer* mit den Daten des Sozialraumes IV, kann man eine markante Abweichung feststellen. Während diesen gesamtstädtisch eine eher schlechte Lebensqualität zugeschrieben wird, wird den Radfahrern – gemäß der Einschätzung der Vereine des Sozialraums IV - eine hohe Lebensqualität bescheinigt. Sie bildeten die einzige untersuchte Gruppe, die in der gesamtstädtischen Auswertung negativ bewertet wurde. Dies steht im Kontrast zur Bewertung der organisierten Bürgerschaft im Sozialraum IV. Zu vermuten ist deshalb, dass die Radwege im Sozialraum gut ausgebaut sind.

Die Situation der *Ausländer* in der brandenburgischen Landeshauptstadt wird im stadtweiten Durchschnitt „eher hoch“ eingeschätzt. Dagegen betrachten die Befragten des Sozialraumes IV deren Lebensqualität als eher negativ. Sechs Befragte machten keine Angaben. Fast 50 % der Befragten können oder wollen sich kein Bild von der Lebensqualität für Ausländer machen.

Die Lebensqualität von *Kindern* in Potsdam wird in allen Sozialräumen, so auch im Sozialraum IV, als positiv bewertet. Drei Befragte bewerteten die Situation von Kindern mit „niedrig“ bzw. „sehr niedrig“, während neun Befragte deren Lebensqualität in Potsdam mit „eher hoch“ beurteilten. Die Lebensqualität für *Jugendliche* wurde gesamtstädtisch positiv eingeschätzt, d. h. im Durchschnitt als hoch bewertet. Abweichend davon erhalten Jugendliche im Sozialraum IV durchschnittlich einen neutralen Wert. Dabei entfielen fünf Antworten auf „eher hoch“ und vier auf „eher niedrig“. Drei Befragte machten keine Angabe. Es ist zu vermuten, dass die Befragten hier nicht von der gesamtstädtischen Lebensqualität für Jugendliche, sondern von der in ihrem eigenen Sozialraum ausgegangen sind.

Frage 14 bat um eine Einschätzung des Handlungsbedarfs in 15 verschiedenen städtischen Angelegenheiten. Von 13 Befragten gaben 11 eine Einschätzung zum Bereich Denkmalpflege ab. Zwei machten keine Angaben. Dabei entfielen 9 von 11 Antworten auf die Werte „eher niedrig“ bzw. „eher hoch“. Je 50 % der Befragten sehen einen „eher hohen“ bzw. „eher niedrigen“ Handlungsbedarf, was bedeutet, dass die beiden Lager in ihrer Wahrnehmung der Situation der Denkmalpflege extrem auseinander liegen.

Zum Bereich Gesundheit gaben von 13 Befragten nur neun eine Einschätzung ab. Warum gerade in diesem Bereich 30 % keine Angabe machten, bleibt unklar. Auffällig ist, dass der Wert „Niedrig“ nicht gewählt wurde. Sieben von neun gegebenen Antworten, und damit auch knapp mehr als 50 % der Befragten, bewerteten den Handlungsbedarf in Sachen Gesundheit als „eher hoch“ oder „sehr hoch“.

Zum Thema der Grünflächen sehen 2/3 lediglich einen „eher niedrigen“ bzw. „niedrigen“ Handlungsbedarf, womit der Sozialraum IV im stadtweiten Durchschnitt liegt. Zum Komplex der Kultur entfielen sieben Antworten auf die Werte „eher hoch“ und vier Befragte sehen sogar einen „sehr hohen“ Handlungsbedarf, was zusammen mehr als 80 % ausmacht. Dies zeugt augenscheinlich von einem enormen Defizit im kulturellen Bereich, gleichzeitig aber auch von einem besonders ausgeprägten Kulturbewusstsein der organisierten Bürgerschaft im Raum Babelsberg.

Einen „eher hohen“ Handlungsbedarf in der Jugendarbeit sehen fünf Befragte, sechs sogar einen „sehr hohen“. Damit wird dem Bereich Jugendarbeit, gefolgt von „Soziales“ und „Kultur, Bibliotheken, Museen“ der höchste Handlungsbedarf zugesprochen. Dies deckt sich mit den Ergebnissen aus Frage 13.

Wenig Interesse besteht auf dem Gebiet des ÖPNV, nur 38 % der befragten Vereine sieht hier einen hohen Handlungsbedarf. Babelsberg weicht damit vom gesamtstädtischen Trend ab. Grund hierfür ist in erster Linie wohl die günstige Lage, verglichen mit den Randbezirken. Auch die Nahverkehrsanbindung an Berlin fällt ins Gewicht. Von 13 Befragten nahmen 12 eine Bewertung vor, wobei jeweils fünf Antworten auf die Werte „eher niedrig“ und „sehr hoch“ entfielen. Eine zunächst

vermutete Ausrichtung entlang der jeweiligen Handlungsschwerpunkte der verschiedenen Organisationen im Sozialraum IV hat sich nach der Auswertung nicht bestätigt.

Hinsichtlich des Handlungsbedarfs im Schulwesen weisen die Antworten eine breite Streuung auf. Mit „eher niedrig“ antworteten vier, mit „eher hoch“ und „sehr hoch“ jeweils drei Befragte. Das klare Votum im Bereich Jugendarbeit findet sich hier nur bedingt wieder. Anders dagegen im Bereich Soziales. Wenn auch nicht ganz so deutlich wie im Bereich Jugendarbeit, so sehen doch sieben Befragte einen „eher hohen“ und drei einen „sehr hohen“ Handlungsbedarf im Sozialbereich. Dieses klare Votum ist auch deshalb bemerkenswert, weil Babelsberg und Umgebung nicht zu den sozialen Brennpunkten der Stadt Potsdam gehören.

Bei der Frage nach dem Handlungsbedarf in Sachen Sportstätten gaben alle 13 Befragten eine Einschätzung ab. Dabei entfiel die absolute Mehrheit von 53 % auf „eher hoch“. Alle anderen Werte wurden jeweils zweimal genannt. Insgesamt sehen neun von 13 Befragten einen „eher hohen“ bis „sehr hohen“ Handlungsbedarf. Der Sozialraum IV liegt folglich im gesamtstädtischen Trend, obwohl auch hier zu vermuten ist, dass nicht die Lage in ganz Potsdam, sondern nur die im Raum Babelsberg bewertet wurde.

Zum Bereich Straßen gaben alle 13 Befragten eine Bewertung ab. Dabei zeigte sich, dass der Handlungsbedarf in diesem Bereich durchaus unterschiedlich wahrgenommen wird. Sechs Befragte antworteten mit „niedrig“ oder „eher niedrig“, sieben mit „eher hoch“ oder „sehr hoch“. Eine klare Einstellung der Babelsberger Vereine ist somit nicht auszumachen.

Acht der elf Antworten im Bereich Umwelt und Naturschutz entfielen auf die Werte „eher hoch“ bzw. „sehr hoch“. Anscheinend sieht eine deutliche Mehrheit hier einen verstärkten Handlungsbedarf. Von 13 Befragten nahmen drei keine Einschätzung zur Kategorie des Verbraucherschutzes vor. Von den Übrigen schätzten fünf den Handlungsbedarf als „eher niedrig“, einer als „niedrig“ und vier als „eher hoch“ ein. Daraus ergibt sich, dass nur ein Viertel der organisierten Bürgerschaft verstärkten Handlungsbedarf in Fragen des Verbraucherschutzes sieht. Damit decken sich die Ergebnisse des Sozialraumes IV mit den überwiegend negativen Angaben der anderen Sozialräume. Verbraucherschutz wird folglich nicht als gravierendes Problem der Stadt Potsdam gesehen.

Fast 40 % der Befragten machten keine Angaben bezüglich der Volkshochschulen, was auf ein gewisses Desinteresse in diesem Bereich schließen lässt. Von diesen Einschätzungen entfielen fünf auf „niedrig“ bzw. „eher niedrig“ und drei auf „eher hoch“. Entsprechend dem gesamtstädtischen Durchschnitt sieht auch die im Raum Babelsberg organisierte Bürgerschaft kaum Handlungsbedarf im Bereich der Volkshochschulen. Ein Grund kann vermutlich darin gesehen werden, dass kaum eine Organisation unmittelbar mit diesem Bereich in Berührung kommt, sich also kein wirkliches Bild über die diesbezügliche Situation machen kann.

Insgesamt waren die gegebenen Antworten im Bereich Wohnen breit gestreut. Bei einer Verteilung von zwei, fünf, vier und zwei auf die Werte „niedrig“, „eher niedrig“, „eher hoch“ und „sehr hoch“ ist

ein mittige Tendenz festzustellen. Obwohl daraus keine eindeutige Aussage abzulesen ist, ist der Median ähnlich gelagert wie im gesamtstädtischen Vergleich. Der Bereich Wohnen gehört damit aus Sicht der organisierten Bürgerschaft im Sozialraum IV nicht zu den Bereichen mit akutem Handlungsbedarf.

Bezüglich der Frage, wie die Einnahmesituation in Potsdam verbessert werden könne, konnten schließlich acht Fragebögen berücksichtigt werden. Fünf Befragte machten keine Angaben. Am häufigsten wurde „Weitere“ angegeben. So schlugen Befragten z. B. die „Ansiedlung von Gewerbe“ (Wirtschaftsfreundlichkeit), „Tourismus“ und „Abschaffung von Beamten“ als mögliche Einnahmequellen vor. Auf „Privatisierung“ entfielen zwei Antworten.

Bei Frage 16 ist zunächst auffällig, dass knapp 40 % (fünf von 13) der Befragten keine Angabe machten. Dies kann zum einen bedeuten, dass sie keine der angegebenen Möglichkeiten für realisierbar halten. Zum anderen könnten sie aber auch keine eigenen Ideen zur Kostensenkung des städtischen Haushaltes entwickelt haben. Die „Streichung kommunaler Leistungen“ hält keiner der Befragten für eine vernünftige Möglichkeit zur Haushaltssanierung. Anscheinend ist ein kompletter Wegfall der städtischen Leistungen für alle keine Option. Die Befragten sind eher zu einer alternativen Finanzierung solcher Leistungen bereit. Zwei Befragte gaben die „Übernahme kommunaler Leistungen durch die aktive Bürgerschaft“ als mögliche Lösung an. Vier sprachen sich für die „Förderung von privat-öffentlichen Partnerschaften aus“, um Haushaltskosten zu senken. Diese Option fand unter den gemachten Vorschlägen klar den meisten Zuspruch. Trotzdem zeigt die Verteilung der Antworten, dass mehr als die Hälfte keine der vorgegebenen Antwortmöglichkeiten gewählt hat. Hier muss intensiv über weitere Möglichkeiten der Finanzierung nachgedacht werden. Alternativ wurde zweimal der Abbau von Bürokratie als Finanzierungsmöglichkeit genannt.

2.3 Potsdam als Bürgerkommune

Im Sozialraum IV fühlen sich die Organisationen deutlich schlechter über das Projekt Bürgerkommune Potsdam informiert als in anderen Sozialräumen. Über 90 % fühlen sich sehr schlecht oder schlecht informiert während es stadtweit 60 % sind. Dies steht konträr zu dem Faktum, dass die Zusammenarbeit mit der Stadt ähnlich der des gesamtstädtischen Bereiches ist.

Die Analyse der Aussagen der Organisationen des Sozialraums IV liefern keine klaren Ergebnisse, welche Ziele sie mit einer Bürgerkommune assoziieren. Es ist schwer zu sagen, ob dies an dem geringen Informationsstand der Ansprechpartner oder an den wenigen Angaben in den Fragebögen liegt. Die Angaben sind fast gleich verteilt. Mehr Informationen und mehr Bürgerbeteiligung werden dabei zweimal, die anderen Kategorien jeweils einmal genannt. Fünf Antwortbögen (38,5 %) waren an dieser Stelle fehlerhaft, gegenüber 45 % Fehlerhaftigkeit im gesamten Untersuchungsgebiet. Es wurden jeweils mehrere Antworten gegeben, obwohl nur eine Antwort erlaubt war.

Trotz des schlechten Informationsstandes hat fast jede der befragten Organisationen Interesse, sich am Projekt „Bürgerkommune Potsdam“ zu beteiligen. Auf die Frage “Würde sich ihre Organisation an regelmäßigen Treffen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Sozialraum aktiv beteiligen?“ sagte nur eine Organisation klar nein, acht hingegen ja, drei haben sich noch nicht festgelegt. Da die konkrete Ausgestaltung des Projektes Bürgerkommune den Befragten nicht klar war, ist abzuwarten, wie die weitere Entwicklung sein wird.

Die Organisationen sind tendenziell bereit, in allen Feldern der Bürgerkommune mitzuwirken. Besonders interessant ist dabei, dass für die Organisationen des Sozialraums IV eine Mitwirkung auf gesamtstädtischer Ebene genau so wichtig ist wie bei der Gestaltung und Entwicklung im eigenen Stadtteil. Der Median der als wichtig erachteten Handlungsfelder, ist in diesem Fall in allen Bereichen gleich stark ausgeprägt. Eine Analyse aller Sozialräume zeigt hingegen eine Verschiebung zugunsten einer stadtteilbezogenen Auslegung der Wichtigkeit der Handlungsfelder. Der Median ist hier für die Entwicklung auf gesamtstädtischer Ebene 1 und für die Entwicklung im Sozialraum IV 2. Im Gegensatz zu anderen Stadtteilen beschäftigen sich die Organisationen aus Babelsberg und dem Zentrum Ost eher mit stadtteilunabhängigen Themen. Auch der Sozialraum III tendiert zu einer gesamtstädtischen Beteiligung.

Beide Stadtteile tendieren zudem zu einer Beteiligung bei den finanziellen Prioritäten der Stadt. Die Befragten im Sozialraum IV äußern sich zu 70 %, über die finanziellen Mittel mitentscheiden zu wollen.

2.4 Der Bürgerhaushalt Potsdam

Teil IV unserer Befragung konzentriert sich direkt auf den kommunalen Bürgerhaushalt und ist somit Kernpunkt unserer Analyse. Abweichend von den vorangegangenen Teilen soll dieser Komplex nun einer genaueren Betrachtung unterzogen werden.

Frage 22 zielt auf die grundsätzliche Bereitschaft der organisierten Bürgerschaft ab, am Bürgerhaushalt mitzuwirken. Bei den Interviews wurden die Schwachpunkte der Fragestellung deutlich. Zunächst stellte sich heraus, dass die Interviewpartner über den Bürgerhaushalt vollkommen unzureichend informiert waren. Beispielsweise resultierte das gesamte Wissen über den Bürgerhaushalt teilweise aus lediglich einem Zeitungsartikel. Weitere Verständnisschwierigkeiten ergaben sich aus dem Wort „Beteiligung“, da dieser Begriff das Spektrum von dem Besuch einer Informationsveranstaltung bis hin zur aktiven Mitarbeit im Prozess der Haushaltsaufstellung umfassen kann.

Sieben von 13 (53,8 %) Organisationen beantworteten diese Frage positiv. Weitere 23,1 % waren noch nicht sicher, ob sie sich an einem Bürgerhaushalt beteiligen würden. Nur drei von 13 lehnten eine Beteiligung klar ab. Diese Resultate müssen aber vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Begriffsunsicherheit gesehen werden.

Die *Frage 23* führt dies weiter aus, indem nach den Aktivitäten gefragt wird, mit denen sich die Organisationen beteiligen würden. Die größte Bereitschaft, bei sechs von sieben Vereinen, besteht bei der Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen. Die eigenen Mitglieder zu mobilisieren, bzw. an regelmäßigen Befragungen teilzunehmen, wird noch von vier Vereinen bejaht. Die geringste Bereitschaft besteht bei der Mobilisierung der Bürger und bei der Durchführung von Veranstaltungen durch die Vereine. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bei zunehmender Arbeitsintensität die Bereitschaft sich zu engagieren stark abnimmt.

Frage 24 fiel aus dem Zusammenhang mit den vorhergegangenen Fragen. Zunächst wurde die allgemeine Bereitschaft zur Teilnahme an dem Prozess des Bürgerhaushaltes abgefragt, dann die konkreten Beteiligungsformen erfragt, um dann wiederum nach dem besonders wichtigen Tätigkeitsbereichen bei diesem Prozess zu fragen. Unvorteilhaft bei der Anordnung der Frage war, dass die Vereine, die bei *Frage 22* verneinend geantwortet hatten, die darauf folgenden Fragen dennoch beantworten sollten. Allerdings sind diese Antworten bei der Auswertung der Fragebögen nicht berücksichtigt worden.

Sieben der befragten Vereine drückten den Wunsch nach mehr Transparenz über das Haushaltsverfahren und mehr Informationen über den Bürgerhaushalt aus. Weitergehende Entscheidungskompetenzen lehnen vier von sieben Vereinen ab.

Obwohl in *Frage 24* nur von einer Minderheit die Entscheidung über Haushaltsprioritäten gewünscht wird, sprechen sich in *Frage 25* 58,3 % der Bürgervereine für eine Debatte über den gesamten Haushalt aus. 41,7 % wollen lediglich über die beeinflussbaren Teile des Haushaltes diskutieren. Bei dieser Frage wurden auch die Vereine befragt, die in *Frage 22* nach einer Beteiligung an dem Prozess, selbst die Teilnahme in Form von Diskussionen ablehnten. So fehlt bei den Antworten die Möglichkeit, eine Debatte grundsätzlich abzulehnen.

In *Frage 26* wurden die Vereinsvertreter gebeten, mögliche positive Wirkungen des Bürgerhaushaltes einzuschätzen. Grundsätzlich waren die Befragten mehrheitlich der Meinung, dass alle angegebenen positiven Wirkungen des Bürgerhaushaltes eintreten könnten. Besonders optimistisch sehen die Befragten die Umsetzung von realisierbaren Vorschlägen, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und die Erarbeitung von Hilfestellungen für Entscheidungen politischer Akteure. Unsicher waren die Befragten hingegen, inwiefern ein effektiverer Mitteleinsatz der vorhandenen Gelder aus der Durchführung des Bürgerhaushaltes in Potsdam resultieren könnte. Das gleiche Meinungsbild ergibt sich zu den Thesen, dass ein Bürgerhaushalt zu einem repräsentativen Meinungsbild, zu einer besseren Qualität des städtischen Haushaltes, sowie zu einer breiteren Akzeptanz unpopulärer Sparmaßnahmen führt. Bezüglich der Frage nach einer eventuellen stärkeren Identifizierung der Bürger mit ihrer Stadt erwarten die Vereine nur eine mäßige Steigerung.

Frage 27 bezieht sich auf die möglichen Probleme eines Bürgerhaushaltes in Potsdam. Hierbei ist die organisierte Bürgerschaft, im Gegensatz zu *Frage 26*, gespalten in ihrer Meinung. Während sie die

Gefahr einer möglichen Nicht-Erfüllung der Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und einen Missbrauch des Bürgerhaushaltes als Bühne für die stark organisierten Interessen sehen, halten sie die drei weiteren möglichen Probleme für nicht gegeben. Für besonders unwahrscheinlich halten die Befragten die Möglichkeit, dass der Bürgerhaushalt im Verhältnis zu seinem Nutzen zu viel kostet. Bei lediglich einer Enthaltung erwartete nur ein befragter Verein, dass dies eher zutrifft. Dem Problem einer möglichen zeitlichen Überforderung der Stadtverwaltung sowie der möglichen Selbstdarstellung der politischen Parteien stimmt nur eine knappe Minderheit der Befragten zu.

Aus den Fragen 26 und 27 resultiert auf den ersten Blick, dass die befragten Bürgervereine positive Effekte für wahrscheinlicher als mögliche Probleme halten. Diese positive Einschätzung ist fraglich, da den interviewten Vereinen nicht die Möglichkeit gegeben wurde, weitere Probleme, die im Laufe des Prozesses auftreten könnten, zu benennen. Um die wirkliche Stimmungslage in der organisierten Bürgerschaft zu ermitteln, wäre eine offene Fragestellung nötig gewesen. Dies konnte durch ein offenes Gespräch am Ende des Interviews zum Teil kompensiert werden.

Frage 28 zielt auf die Strukturierung der künftigen Diskussion des Bürgerhaushaltes ab und wird von den befragten Vereinsvertretern klar beantwortet. 66,7 % fordern eine fachliche Orientierung der Diskussion, wohingegen lediglich 16,7 % eine territoriale Orientierung für wünschenswert halten. Die gleiche Häufigkeit ergibt sich für die Kombination beider Aspekte.

Wenige Befragte konnten sich in *Frage 29* mit dem Gedanken anfreunden, dass die Stadtverwaltung oder die Stadtverordneten eine moderierende Funktion bei der Erstellung eines Bürgerhaushaltes übernehmen sollten. Genauso unpopulär ist die Variante, dass eine auswärtige Persönlichkeit diese Rolle ausfüllen sollte. Größerer Beliebtheit erfreuen sich bekannte Bürger: 23,1 % der Vereine sprechen sich hierfür aus. Ihre eigenen Vertreter halten sie mit 30,8 % am fähigsten, eine solche Debatte zu moderieren. Es wird deutlich, dass den etablierten Akteuren der Kommune die Erfüllung dieser Aufgabe nicht wirklich zugetraut wird. Aufgrund der relativ ausgewogenen Verteilung der Antworten ist keine Gruppe klar zu favorisieren.

Die *Frage 30* konzentriert sich auf die Verfahrensweise der zukünftigen Entscheidungsfindungen über den Bürgerhaushalt. Die befragten Vereine entscheiden sich bei dieser Frage gegen einen möglichen Bürgerentscheid über Vorschläge zum Bürgerhaushalt. Die deutliche Mehrheit der Befragten (53,8 %) spricht sich für die Beibehaltung der Kompetenzen der Stadtverordneten aus. Lediglich eine Rechenschaft bezüglich der Umsetzung ihrer Vorschläge, seitens der von ihnen gewählten Politiker, möchten sie mehrheitlich gesichert sehen.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass der Teil IV der Befragung von der umfassenden Unwissenheit der Befragten zum Thema Bürgerhaushalt geprägt war. Viele Fragen hätten nur mit konkretem Wissen über den Prozess der Haushaltsaufstellung beantwortet werden können. Aus dieser Unsicherheit ergab sich oft eine Skepsis gegenüber dem gesamten Projekt.

Im Vergleich zu den Ergebnissen der Umfrage in den anderen Stadtteilen sind die Fragen 26 und 27 auffällig beantwortet worden. In Frage 26 stimmten die Babelsberger Vereine eher der Ansicht zu, dass der Prozess des Bürgerhaushaltes realisierbare Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger hervorbringen könnte. Ebenso wird angenommen, dass das bürgerschaftliche Engagement gesteigert werden kann.

Bei Frage 27, den möglichen Problemen bei der Umsetzung des Projektes, sind die Vertreter der Vereine in Babelsberg bezüglich der Rolle der Parteien optimistischer. Sie glauben nicht daran, dass diese den Bürgerhaushalt für den Zweck der Selbstdarstellung missbrauchen. Dies steht im klaren Widerspruch zu den Ergebnissen aus anderen Sozialräumen.

3. Fazit

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, schloss sich an die standardisierte Befragung ein offenes Interview an. Zunächst wurde den Befragten dabei die Möglichkeit gegeben, sich zu den gestellten Fragen auch über die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten hinaus zu äußern. Auf diesem Wege sollte dem der standardisierten Befragung innewohnenden Nachteil der begrenzten Antwortmöglichkeit Rechnung getragen werden. Kernpunkte dieses offenen Interviews waren sodann regelmäßig der Informationsstand der Organisationen zum Projekt Bürgerhaushalt zu verschiedenen Zeitpunkten, d. h. vor der Kontaktaufnahme mit der Organisation und zum Zeitpunkt der Befragung. Die Bereitschaft der Vereine und Verbände, sich zu dieser Thematik zu informieren, soll uns als Indiz für ihr Interesse an einer zukünftigen Mitwirkung am Bürgerhaushalt dienen.

Hierbei ist eine eindeutige Tendenz ersichtlich. Der überwiegende Teil der Ansprechpartner der befragten Organisationen war vor der Kontaktaufnahme über das Projekt Kommunalen Bürgerhaushalt kaum bis gar nicht informiert. Nur in wenigen Fällen war dessen grundsätzliches Konzept aus der Tageszeitung bekannt, jedoch wurde dies nicht in Verbindung zur Stadt Potsdam gesehen oder als relevant für die jeweilige Organisation eingeschätzt. In keinem Fall war das Projekt Gegenstand einer organisationsinternen Betrachtung oder Diskussion geworden. Diese Situation hatte sich, bis auf eine Ausnahme, auch bis zum Zeitpunkt der Durchführung des Interviews nicht geändert. Die Vertreter der Organisationen zeigten sich zwar aufgeschlossen, befanden sich aber nach wie vor auf gleich bleibend niedrigem Informationsniveau. Dies deutet auf ein eher geringes Interesse am Projekt Kommunalen Bürgerhaushalt hin, womit auch für die Zukunft eine ebenso geringe Mitwirkungsbereitschaft der Organisationen angenommen werden muss. Untermuert wird diese Annahme durch die Ergebnisse der Fragen 7 bis 9 (Mitwirkung an Bürgerforen, Beiräten und andere Beteiligungsformen), welche eine sehr geringe Vernetzung der befragten Organisationen mit anderen Vereinen des Sozialraums IV oder städtischen Einrichtungen aufzeigt.

Bei der einzigen besagten Ausnahme handelt es sich um einen Verein, der in der Anzahl seiner Mitglieder mit ca. 1.500 weit außerhalb des Durchschnitts von 30 – 50 im Sozialraum IV liegt. Die

interne Auseinandersetzung mit dem Kommunalen Bürgerhaushalt wurde insbesondere durch mehrmalige telefonische Rückfragen des zuständigen Mitarbeiters für Öffentlichkeitsarbeit und der Anforderung von Informationsmaterial deutlich. Natürlich ist die Fallzahl deutlich zu gering, um eine allgemeingültige Aussage zu treffen, jedoch liegt die Vermutung nahe, dass größere Organisationen mit größeren Kapazitäten eher Vorteile eines solchen Projektes für sich erkennen und eher bereit sind, diese durch aktive Mitwirkung wahrzunehmen.

Ein weiterer Befragter beklagte den Mangel an bereitgestelltem Informationsmaterial bzw. die unklare Erreichbarkeit bereitgestellter Informationen. Namentlich ist hier der Internetauftritt der Stadt Potsdam zu dieser Thematik zu nennen, der den Befragten weitgehend unbekannt war. Hierin ist gewiss ein Grund für den mangelnden Kenntnisstand zum Projekt Kommunalen Bürgerhaushalt zu sehen. Unserer Einschätzung nach ist dies jedoch nicht der ausschlaggebende Punkt. Im Gespräch mit den Vereins- und Verbandsvertretern zeigte sich die starke Neigung, das Interview als Forum für die Interessen der eigenen Organisation zu nutzen. So wurden z. B. Probleme mit der Denkmalschutzbehörde bei Bauvorhaben der Organisation beklagt, ein Fußballverein bemängelte die Zusammenarbeit der Stadt bezüglich der Bereitstellung eines Sportplatzes und ein Verein, der sich der Drogenprävention widmet, kritisiert die mangelnde finanzielle Unterstützung der Stadt in diesem Bereich. Diese Fokussierung auf Vereinsinteressen ist sicherlich zu erwarten gewesen; sie erschwert jedoch auch die Chancen einer aktiven Mitwirkung möglichst vieler Vereine am Kommunalen Bürgerhaushalt. Diese wäre nur zu optimieren, wenn möglichst viele der Organisationsinteressen bedient würden. Um dieses „Scheuklappenproblem“ zu überwinden, muss im Rahmen des Projektes die Öffentlichkeitsarbeit ausgeweitet und der grundsätzliche Nutzen eines Bürgerhaushaltes für die Stadt Potsdam insgesamt stärker unterstrichen werden.

Ähnlich wie zum Bürgerhaushalt stellt sich die Situation bezüglich Teil III der Befragung dar. So bezeichneten, auf den Kenntnisstand zur Bürgerkommune (Frage 17) angesprochen, 12 der 13 Befragten diesen als „sehr schlecht“ oder „eher schlecht“. Dies verursachte regelmäßig Unsicherheiten bei der Beantwortung der Fragen. Zu Verunsicherungen führten in einigen Fällen auch der Aufbau des Fragebogens selbst und die teilweise missverständlichen Fragen.

Auch stellte es sich als Problem heraus, im Namen des Vereins zu den angesprochenen Problemfeldern der Stadt Stellung zu beziehen. Oftmals hatte der Verein dazu keine Meinung und die Befragten waren sich unsicher darüber, ob ihre persönliche Meinung nicht eventuell das Ergebnis verfälschen könnte.

Des Weiteren ist ebenfalls eine gewisse Differenz der Antworten im Fragebogen zu denen im offenen Gespräch zu erkennen. Während bspw. acht Ansprechpartner (61,5 %) im Fragebogen angeben, sie würden sich an regelmäßigen Treffen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Sozialraum aktiv beteiligen (Frage 19), fällt der Tenor der Befragten, auf den gleichen Aspekt im offenen Interview nochmals, deutlich differenzierter aus. Wie den Befragungsprotokolle zu entnehmen

ist, ist die tatsächliche Bereitschaft zu vereinsübergreifender Zusammenarbeit eher gegenläufig zu betrachten. Der überwiegende Teil der Befragten sieht sich demzufolge zu einer aktiven Mitwirkung nicht in der Lage. Die Begründung hierfür reicht vom Mangel an Kapazitäten bis zur der Einschätzung, es fehle ein den Aufwand rechtfertigender Nutzen für die Organisation. Dieses Antwortverhalten der Befragten lässt vermuten, dass sich in der Auswertung der Fragebögen, zumindest teilweise, die Abgabe sozial erwünschter Antworten widerspiegelt.

Zusammenfassend ist zu diesem Bericht folgendes festzuhalten. Insbesondere die Beantwortung der Fragen aus den Teilen III und IV, Bürgerkommune und Bürgerhaushalt der Stadt Potsdam, war durch einen schlechten Kenntnisstand der Befragten geprägt. Daraus resultierte allgemeine Unsicherheit und Skepsis gegenüber dem Projekt Kommunalen Bürgerhaushalt. Ausgehend von dem zum Zeitpunkt der Befragung insgesamt niedrigen Niveau der Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den verschiedenen Organisation im Sozialraum IV, ist die Heranführung dieser Vereine zu einer aktiven Mitwirkung und Beteiligung am Kommunalen Bürgerhaushalt der Stadt Potsdam eine der größten Herausforderungen des Projekts.

Abschlussbericht Sozialraum V

Von Janine Braband, Oliver Döring, Peer Jürgens, Karsten Kessler, Axel Krumrey, Kathleen Liebsch, Sabine Oswald, Jürgen Stelter und Ekkehard Zunft

1. Einleitung

Dieser Bericht gibt die Ergebnisse der Befragung wieder, die im Rahmen des Projektseminars im Sozialraum V durchgeführt worden ist. Die Auswahl der Organisationen beruhte dabei vornehmlich auf der Zuordnung der Adresse der Organisation zum Sozialraum. Die befragten Institutionen wurden auch dann weiterhin berücksichtigt, wenn sich im Laufe der Befragung herausstellte, dass sie zur Kategorie „gesamstädtische Gruppen“ gehört.

Die Aufteilung dieses Berichts orientiert sich am Aufbau des Fragebogens. Dabei werden auch bedeutsame Unterschiede zu den Gesamtergebnissen der Befragung berücksichtigt.

2. Angaben zur Organisation

Im Sozialraum V (Stadtteile Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld) wurden insgesamt 18 Institutionen befragt. Über zwei Drittel davon waren Vereine, wobei die Anteile der gemeinnützigen und die eingetragenen Vereine jeweils knapp 50 % ausmachen. Eine Institution bezeichnet sich als Netzwerk ohne feste Struktur, eine andere ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Damit besteht eine breite Streuung der Organisationsstruktur. Zehn Institutionen (vor allem Sportinstitutionen) sind Teil einer Dachorganisation, neun nicht.

Ähnlich ausgeglichen stellen sich die Institutionen hinsichtlich des Schwerpunktes ihrer Tätigkeiten dar. Hier gibt jeweils ein Drittel als Schwerpunkt das gesamte Stadtgebiet, mehrere Sozialräume oder ausschließlich den Sozialraum V an. Das zeigt eine sehr ausgeglichene, wenn auch heterogene Wirkungsstruktur der Institutionen.

Insgesamt betrachtet ordnen sich die Politikfelder der im Sozialraum aktiven und befragten Institutionen in die Ergebnisse der gesamten Stadt Potsdam ein. Die wichtigsten Felder im Sozialraum sind Soziales, Jugend und Sport. Diese liegen mit deutlichem Abstand vor den anderen möglichen Feldern. Das Gebiet Soziales ist dabei mit 15 Nennungen das häufigste, gefolgt von Jugend mit 13 Nennungen. Diese beiden Bereiche sind auch die deutlichen Spitzenreiter im gesamten Stadtgebiet. Während Sport mit 13 Nennungen etwas stärker als Politikfeld benannt wurde als im Gesamttraum, ist die Kultur mit nur 8 Nennungen eher etwas unterrepräsentiert. Dafür ist das Politikfeld Stadtentwicklung mit sieben Nennungen etwas stärker im Sozialraum verbreitet als im Vergleich zu Potsdam insgesamt. Im Durchschnitt der gesamten Erhebung liegen die Politikfelder Europa, Entwicklungshilfe und Umwelt mit jeweils zwei, einer bzw. vier Nennungen. Auch im Sozialraum scheinen diese Politikfelder ein eher untergeordnetes Handlungsgebiet zu sein. Als ergänzende

Politikfelder wurden des Weiteren Bildung, Senioren und Frauen sowie Nachbarschaftstreffen genannt, wobei letzteres eher nicht als Politikfeld in Betracht kommt.

Lediglich eine Institution im Sozialraum existiert bereits seit DDR-Zeiten (Gründung 1982). Ungefähr ein Viertel wurde direkt nach der Wende in den Jahren 1990 bis 1992 ins Leben gerufen. Die eigentliche „Gründungszeit“ im Sozialraum war Mitte der 1990er Jahre. In diesen Jahren haben sich sowohl 1994 als auch 1995 jeweils vier Institutionen gegründet. Damit sind über zwei Drittel der im Sozialraum ansässigen und befragten Institutionen älter als zehn Jahre. Die Hauptzeit der Gründungen spiegeln sich auch im gesamten Bereich von Potsdam wider. Ebenso wie in Potsdam insgesamt nahm die Anzahl der Gründungen im Sozialraum Ende der 1990er Jahre wieder deutlich ab, keine der befragten Institutionen hat sich nach 1998 gegründet.

Die Mitgliederstärke der befragten Institutionen ist heterogen: Sie reicht von Kleinst-Institutionen mit weniger als 10 Mitgliedern (16 %) über Institutionen zwischen 10 und 50 Mitgliedern (48 %) und zwischen 50 und 100 Mitgliedern (16 %) bis hin zu Massen-Institutionen mit 2.500 Mitgliedern (ein Fall).

Keine der im Sozialraum V befragten Institutionen beteiligen sich an den genannten gesamtstädtischen Bürgerforen. Lediglich in der Steuerungsgruppe „Verzahnung“ (Wohngebiete Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld) und im Masterforum *Komplan* (Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld) wird eine Mitwirkung angegeben. Zwei Institutionen arbeiten in der „Bürgerinitiative am Stern“ mit, die aber kein gesamtstädtisches Bürgerforum im gefragten Sinn ist.

Abgesehen von der Beteiligung an Ausschusssitzungen der SVV (sechs Nennungen) und der Beteiligung an Bürgerbegehren (fünf Nennungen) ist auch die Mitwirkung in anderen Foren der Bürgerbeteiligung nicht ausgeprägt. Einwohneranträge werden nicht genutzt, die Beteiligung an Einwohnerversammlung bzw. Beteiligung an Fragestunden mit jeweils drei Nennungen am meisten genutzt. Als sonstige Beteiligungsformen wurden Bürgerinitiative und generelle politische Aktivität genannt.

Die Beteiligung an den Beiräten scheitert in der Regel an der Unkenntnis über diese Gremien. So macht die große Mehrheit der befragten Institutionen zu der Beteiligung keine Angaben. Lediglich im Ausländer-Beirat (sechs Nennungen) und im Senioren-Beirat (fünf Nennungen) gibt es nennenswerte Mitwirkung. Als weitere Gremien werden der Jugendhilfeausschuss und der Stadtsportbund genannt. Damit ist die Mitwirkung der befragten Institutionen an Beteiligungsforen schwächer ausgeprägt als im gesamtstädtischen Durchschnitt. Hier ist die Mitwirkung bei über 50 % eher hoch und nur bei 9 % gering. Zwangsläufig wird auch der Grad der Vernetzung der bestehenden zivilgesellschaftlichen Gremien in der Stadt Potsdam als überwiegend schlecht eingeschätzt (20 % sehr gering, 60 % eher gering). Im Gegensatz dazu wird der Zustand der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung gut eingeschätzt (eher hoch 71 %, sehr hoch 7 %). Mit dieser Einschätzung liegen die Institutionen im Durchschnitt der gesamtstädtischen Einschätzung. Auch hinsichtlich der Förderung durch die Stadt ist

kaum eine Abweichung vom gesamtstädtischen Bild zu erkennen. Während in Potsdam leicht die Zahl der Institutionen überwiegt, welche keinen Zuschuss erhalten, so ist dieses Verhältnis im Sozialraum V umgedreht.

Charakteristisch für die Organisationsstruktur der befragten organisierten Bürgerschaft im Sozialraum V ist sowohl eine ausgeprägte Heterogenität in jeglicher Hinsicht als auch eine nur in Ausnahmefällen zu erkennende Abweichung vom gesamtstädtischen Ergebnis. Besonders auffällig hierbei ist der wesentlich geringere Beteiligungsgrad an zivilgesellschaftlichen bzw. städtischen Gremien.

3. Problemanalyse „Leben in Potsdam“

Beschreibung der Ergebnisse

Eine erste Frage um die Einschätzung der Lebenssituation in Potsdam beschäftigt sich mit der Lebensqualität für bestimmte Personengruppen. Grundsätzlich festzuhalten ist dabei, dass sich für fünf von elf einzuschätzenden Gruppen keine eindeutigen Aussagen treffen lassen (Kinder, Radfahrer, Senioren, Behinderte, Fußgänger). In der Auswertung lässt sich für die Lebensqualität von Ausländern in Potsdam eine Tendenz feststellen. Von den insgesamt 17 Antwortenden schätzen diese etwa 40 % als positiv, 60 % hingegen eher schlecht ein. Bei der Beurteilung desselben Sachverhalts für Behinderte stellt sich ein unscharfes Ergebnis dar. Die Interviewpartner bewerten die Lebensbedingungen in acht Fällen eher hoch, in sechs Fällen eher niedrig. Fast ein Drittel beantwortete die Frage nicht. Das Leben für Familien in Potsdam wird von 60 % als positiv erachtet, während 40 % die Qualität mit „gering“ bewerten. Die Lebensqualität für Potsdams Frauen wird von zehn der 17 Befragten mit „eher hoch“ bis „sehr hoch“, von den übrigen sieben mit „eher gering“ gekennzeichnet. Die Situation für Fußgänger wird sehr unterschiedlich wahrgenommen. Dabei gibt ein Anteil von 50 % diese mit „eher hoch“, jeweils 18 % mit „sehr hoch“ und „sehr niedrig“ und 12 % mit „eher niedrig“ an.

Die Bedingungen für jugendliche Potsdamer werden von 60 % für eher schlecht befunden, der übrige Teil benennt sie „eher hoch“. Potsdams Lebensgüte für Kinder spiegelt kein eindeutiges Ergebnis wider. Je hälftig wird sie für „eher gering“ oder „eher hoch“ eingeschätzt. In der Auswertung zu den Personengruppen „Radfahrer“ und „Senioren“ ergibt sich ein ebenso differenziertes Bild. Während jeweils drei der Interviewten keine Aussage treffen, sind sich die Antwortenden uneinig. Zwei Drittel der Befragten sind sich jedoch über die Bedingungen für Sportler einig, die als „sehr hoch“ bis „hoch“ bewertet wird, ein Drittel benennt diese als „eher niedrig“ bis „niedrig“. Die Lebensqualität für Studenten zeigt das eindeutigste Ergebnis: 90 % der Antwortenden gaben ein positives Urteil ab.

Neben der Einschätzung der Lebensqualität für bestimmte Personengruppen waren die Interviewpartner zudem aufgefordert, den Handlungsbedarf in städtischen Angelegenheiten zu bewerten. Von den 15 städtischen Arbeitsbereichen zeigen elf ein recht klares Ergebnis. Der Handlungsbedarf im Bereich der Denkmalpflege wird von 80 % der Befragten als gering eingeschätzt,

wobei Sanssouci im Zentrum der Betrachtung steht. Es wird betont, dass ohne Einbeziehung von Schloss und Parkanlage der Bedarf eher hoch sei. Ein Viertel der Gesprächspartner antwortete nicht. Uneinigkeit herrscht in Gesundheitsangelegenheiten. Etwa die Hälfte gibt den Bedarf eher niedrig, die andere eher hoch an. Im Bereich der Pflege von Grünflächen hingegen äußern zwei Drittel wenig Notwendigkeit. Konträr dazu stellt sich das Ergebnis für kulturelle Belange, Museen und Bibliotheken dar. Hier bescheinigen zwei Drittel eher hohen bis sehr hohen Aktionsbedarf.

Ein noch deutlicheres Resultat zeigt sich in der Jugendarbeit, indem 93 % eine hohe bis sehr hohe Notwendigkeit zu handeln sehen. Der ÖPNV wird hingegen von 65 % mit geringem Bedarf belegt, wobei als Kritikpunkt von einigen Gesprächspartnern nicht behindertengerechte Straßenbahnen angemahnt werden. Knapp 60 % der Befragten werten die Situation der Radwege schlecht und sehen diesbezüglich vermehrten Handlungsbedarf. Für Potsdams Schulen wird noch größere Handlungsnotwendigkeit skizziert. In den Interviews mit den Fördervereinen und Schulen bestätigt sich dieses Ergebnis zusätzlich. Ähnliche Aussagen lassen sich für soziale Angelegenheiten treffen, wengleich die Auswertung einen noch höheren Bedarf bescheinigt (90 %). Für den Bereich der Sportstätten erscheinen 70 % der Interviewten vermehrter Handlungsbedarf. Kein klares Ergebnis liefert die erfragte Notwendigkeit eines Handelns für Straßen. Die Hälfte äußert eher erhöhte, die andere geringe Dringlichkeit. Über zwei Drittel der Interviewten sieht einen großen bis sehr großen Bedarf im Bereich Umwelt und Naturschutz, wobei es sich in den Interviews gezeigt hat, dass es sich um eine jeweils höchst subjektive Einschätzung handelte, die weniger den Besonderheiten des Sozialraums unterworfen sind, sondern auf individuelles Problembewusstsein schließen lässt. Zwiespältig erscheint das Ergebnis im Handlungsfeld Verbraucherschutz. Eine Hälfte sieht den Bedarf hoch, die andere niedrig an, während über 40 % die Frage nicht beantworten. Die Befragten geben dabei an, dass zwischen dem Verbraucherschutz und den Handlungsmöglichkeiten der Stadt Potsdam kein Bezug hergestellt werden kann. Die Antwort zum erforderlichen Handlungsbedarf der Volkshochschulen ist gespalten. Jeweils die Hälfte sieht ihn eher hoch oder niedrig an. Ein Drittel aller Interviewten entbehrt einer Aussage. Für die Wohnsituation in Potsdam geben 60 Prozent niedrigen bis sehr niedrigen Tätigkeitsbedarf an, 40 Prozent empfinden ihn hoch oder sehr hoch.

In einer weiteren Frage waren die Gesprächspartner aufgefordert, ihre Sicht auf die Verbesserung der Einnahmesituation für Potsdam zu verdeutlichen. Hierbei ergibt sich folgendes Bild: 23 % sehen in Steuererhöhungen, knapp 40 % im Verkauf von Eigentum der Stadt, 5 % in Beitragserhöhungen für kommunale Dienstleistungen und weitere 16 % in alternativen Vorschlägen Chancen für eine verbesserte Haushaltssituation. Zusätzlich vorgeschlagene Maßnahmen sind Eintrittsgelder für Potsdams Schlösser und Gärten, eine Tourismusabgabe ähnlich der Kurtaxe, erhöhtes Bußgeld für Ordnungswidrigkeiten und sorgfältigere Ergebnisabschätzung vor SVV-Entscheidungen.

In der sich inhaltlich anschließenden Nachfrage zu den Möglichkeiten der Kostensenkung im städtischen Haushalt stellt sich folgendes Ergebnis dar: Die Leistungsübernahme von Dienstleistungen

durch eine aktive Bürgerschaft befürworten 10 %, während die Stärkung öffentlich-privater Partnerschaften und alternative Vorstellungen prozentual gleich ausgeprägt favorisiert werden (26 %). Zusätzlich werden von den Antwortenden effektivere Stadtplanung, die Prüfung zweifelhafter städtischer Bauprojekte sowie die Senkung von Personal- und Verwaltungskosten als sinnvoll erachtet.

Analyse der Ergebnisse

Die Auswertung der empirischen Befunde kann aufgrund der unterschiedlichen Ergebnisse in den Einzelkategorien in einem ersten Schritt nur nacheinander erfolgen und in einem weiteren Schritt auf aussagekräftige Ergebnisse überprüft werden. Zur Frage nach der Lebensqualität für verschiedene Personengruppen in Potsdam stellt sich ein vielschichtiges Resultat dar. Die elf ausgewählten Gruppen werden in ihrem sozialen Umfeld stark variierend wahrgenommen. Für lediglich sechs Gruppierungen wird eine Tendenz durch den Fragebogen sichtbar. Dieser Trend geht jedoch in den meisten Fällen nicht über ein „40 zu 60 %-Verhältnis“ der zusammengefassten Kategorien „eher hoch“ und „hoch“, sowie „eher niedrig“ und „niedrig“ hinaus. In den Randkategorien „hoch“ und „niedrig“ lassen sich für keine der Personengruppen besonders gute bzw. schlechte Lebensverhältnisse in Potsdam erkennen. Die abgegebenen Einschätzungen zirkeln in der Hauptsache um das mittlere Antwortspektrum „eher hoch/niedrig“. Diese Feststellung lässt sich durch die Tatsache untermauern, dass sich für die übrigen vier Personengruppen ebenfalls kein einheitliches Bild darstellt (Kinder, Ausländer, Senioren und Behinderte). Die Analyse der vorliegenden Daten stellt keinen Richtungsanzeiger für eventuelle Problemlagen einzelner Bevölkerungsgruppen dar, da die Lebensqualität in der Gesamtheit aller Antworten je zur Hälfte im Spektrum „niedrig“ bis „eher niedrig“ und „sehr hoch“ bis „eher hoch“ angegeben wird.

Einen eindeutigeren Schluss lässt jedoch die Ergebnisanalyse zum Handlungsbedarf in städtischen Angelegenheiten zu. Zehn der 15 Kategorien liefern ein verwertbares Resultat. Dabei entfällt auf die Gebiete Denkmalpflege, Grünflächen, ÖPNV und Wohnen eine gering eingeschätzte (niedrige) Handlungsnotwendigkeit, während die Bereiche mit hohem Handlungsbedarf – nach Notwendigkeit vom kleinsten aufsteigend geordnet – folgende sind: Radwege, Sportstätten, Kultur/Bibliotheken/Museen, Umwelt- und Naturschutz, Schulen, Soziales, Jugendarbeit. Die Jugendarbeit wird dabei von über 50 % der Befragten sogar mit sehr dringlich (sehr hoch) eingeschätzt. Ähnliches lässt sich für die Schulen erkennen. Eine Handlungsnotwendigkeit stellt sich hier eindeutig dar.

Als Möglichkeiten für eine verbesserte Einnahmesituation werden vor allem Privatisierung und Steuererhöhungen sowie zusätzliche Vorschläge favorisiert; Verkauf von kommunalem Eigentum und Beitragserhöhungen folgen. Eine Kostensenkung im städtischen Haushalt ließe sich für über 40 % der Interviewpartner in erster Linie durch öffentlich-private Partnerschaften erreichen.

Bewertung der Ergebnisse

Wie vorangehend beschrieben, eignen sich die Daten nicht in jedem Teilbereich für verlässliche Schlussfolgerungen. Vor allem die Wahrnehmung der Interviewpartner zur Lebensqualität einzelner Bevölkerungsgruppen variiert erheblich. In einzelnen Kategorien gehen die Ergebnisse zudem nicht über eine tendenzielle Richtungsweisung hinaus, die sich häufig von einem 40/60 %-Verhältnis nicht lösen kann. Gründe dafür können in der Wahrnehmung von Interessenlagen unterschiedlichster Personengruppen liegen. Das jeweilige Eigeninteresse der Organisation blendet die Bedürfnisse anderer oft aus. Zudem sind die Ergebnisse auf ihre Repräsentativität hin kritisch zu hinterfragen, da die Gesamtanzahl der Antwortenden im Sozialraum den Wert von 20 für keine Frage übersteigt. Auch die Auswahl der Interviewpartner kann die Resultate beeinflussen.

Während der Interviews ergab sich des Weiteren Kritik an den Antwortmöglichkeiten. Die Skaleneinteilung in „eher hoch“ und „eher gering“ erwies sich als inadäquat, da die Befragten häufig eine mittlere Position zwischen beiden wählen wollten. Ferner erweckte es häufig den Eindruck, dass durch die schnelle Abfolge von 10 bzw. 15 unterschiedlichen Kategorien (bei Lebensqualität und Handlungsbedarf) die gedankliche Auseinandersetzung wenig gewissenhaft erfolgte.

4. Potsdam als Bürgerkommune

Teil III des Fragebogens (Frage 17-21) zur Befragung der aktiven Bürgerschaft in Potsdam beschäftigt sich mit dem Thema „Potsdam als Bürgerkommune“. Im folgenden Abschnitt wird auf die Auswertung und deren Ergebnisse im Sozialraum eingegangen. Besonderheiten im Antwortverhalten werden hervorgehoben. Ergänzt werden diese Aussagen mit Begründungen und Bemerkungen, welche von den Interviewpartnern während des Gespräches angefügt wurden.

Frage 17: Wie gut sind Sie über das Projekt Bürgerkommune der Stadt Potsdam informiert? Ausgangspunkt der Befragung der organisierten Bürgerschaft war die These, dass der Informationsstand zum Thema Bürgerkommune schlecht ist. In der Auswertung lassen sich zwei Punkte in der Spannweite der Antworten anführen: Zum einen eine allgemeine Unwissenheit zum Thema Bürgerkommune an sich, zum anderen Kenntnisse über den Gegenstand, aber mit defizitären Informationen in Bezug auf die Stadt Potsdam. Grundsätzlich existiert ein schlechter Informationsstand. Im Vergleich zur gesamtstädtischen Auswertung, die einen schlechten bis sehr schlechten Informationsstand bei ca. 60 % der Befragten attestiert, gaben im Sozialraum ca. 94 % an, sehr schlecht und schlecht über das Thema Bürgerkommune in Potsdam informiert zu sein. Dies wird vom gesamtstädtischen Ergebnis bestätigt.

Als Gründe für diese Unkenntnis wurde vor allem der mangelnde Informationsfluss zum Thema seitens der Stadt Potsdam genannt. Es bestätigte sich in den Befragungen, dass den Vereinen das Projekt Bürgerkommune Potsdam nicht bekannt gemacht wurde. Auch wurden mangelhafte Publikationen zum Projekt als Grund für die Nicht-Information genannt.

Es war bei den Befragten zu erkennen, dass zum Teil gewusst wurde, wo solche Informationen einzusehen sind. Als Beispiele wurden Auslagen im Bürgerhaus genannt oder auch das Internet auf den Seiten der Stadt Potsdam. Allerdings werden diese beiden Möglichkeiten der Informationsbeschaffung als unzureichend vor allem auch für Senioren bestätigt.

Die Befragungen in der organisierten Bürgerschaft ergaben aber nicht nur ein Defizit des Informationsflusses seitens der Stadt Potsdam und die damit verbundene Unkenntnis zum Thema Bürgerkommune. Es ließ sich auch ein allgemeines Interesse an dieser Thematik erkennen. Untermauert wurde dieses Interesse seitens der Vereine und der befragten Personen durch Vorschläge, wie das Informationsdefizit überwunden werden könnte. Benannt wurden hier eine bessere und aufklärende Publikation über die Lokalpresse (v. a. die kostenfreien Zeitungen am Wochenende), die für jeden Bürger der Stadt Potsdam einsehbar sind. Auch wurde die Einführung einer Art „Informations-Büro“ für jeden Stadtteil angegeben, welches den Bürgern es zeitlich erleichtern würde, an bestimmte, seinen Stadtteil oder die Gesamtstadt betreffende Informationen zu gelangen. Möglichkeiten, solche „Informations-Büros“ oder Informations-Stände zu etablieren, gibt es laut der befragten Personen schon heute. Genannt wurden Bibliotheken und Begegnungsstätten.

Frage 18: Welche Ziele assoziieren Sie mit einer Bürgerkommune Potsdam? Mangelnder Informationsstand über das Thema Bürgerkommune schränkt natürlich die Vorstellung über deren Ziele ein. Auffallend bei der Auswertung ist der hohe Anteil (11 von 19) an fehlenden Angaben bei den Befragten. Dieses lässt sich aber bei genauer Betrachtung der einzelnen Fragebögen nicht auf die Unwissenheit zum Thema Bürgerkommune zurückführen. Vielmehr ist hier ein Defizit in der Frage (es wird nach Zielen gefragt) und den genannten Antwortmöglichkeiten zu erkennen. Als Folge der vorgegebenen Antwortmöglichkeiten kam es bei den Befragten zu Mehrfachnennungen, welche bei Frage 18 nicht erwünscht waren. Somit fielen diese Fragebögen aus der Bewertung heraus.

Bei der Frage nach Zielen einer Bürgerkommune und den möglichen Antworten wurde bei diesen Befragten im Sozialraum bemerkt, dass sich für sie alle fünf vorgegebenen Ziele gegenseitig bedingen, was die Auswahl einer Antwort erschwert. So wurde angeführt, dass eine Beteiligung der Bürger nur auf Grund von mehr Informationen über städtische Angelegenheiten und somit genügend Transparenz der Entscheidungen möglich ist. Diese Beteiligung der Bürger an Entscheidungen führe bei den meisten auch zu mehr Zufriedenheit und gleichzeitig zu einer höheren Identifizierung mit der Stadt Potsdam. Nach Angaben dieser Befragten braucht Frage 18 die Möglichkeit der Mehrfachnennung, welches von den Interviewern fälschlich so angenommen wurde. Damit kam es zum Ausschluss und zur Nichtbewertung dieser Fragebögen bei dieser Antwort.

Bei den bewerteten Antworten lässt sich eine eindeutige Präferenz zur Antwortmöglichkeit 3 erkennen. Mit 62 % wird als Ziel einer Bürgerkommune Potsdam die Mehrbeteiligung der Bürger an Entscheidungen in städtischen Angelegenheiten gesehen. Dieses Ergebnis ist auch in der

Gesamtauswertung zu sehen. Eine Zunahme der Zufriedenheit der Bürger wird bei den bewerteten Antworten nicht als primäres Ziel einer Bürgerkommune benannt.

Allerdings sehen die Befragten im Zusammenhang mit der Beteiligung der Bürger an Entscheidungen auch das Problem der Aktivierung der Bürgerschaft. Es wird zu bedenken sein, dass erfahrungsgemäß die Bürger sich nur für Probleme und Aufgaben interessieren und sich aktivieren lassen, welche sie unmittelbar betreffen.

Weiterhin werden Bedenken geäußert, dass bei einer großen Bürgerbeteiligung zu viele verschiedene Meinungen und Interessen aufeinander treffen, welche eine wirkliche Entscheidungsfindung erschweren. Auch wurde von einem Befragten die Chance für eine Bürgerkommune als eher gering eingestuft, da es angesichts der vielen Akteure, u. a. zu Missgunst, Neid und Interessenegoismen führen könnte.

Trotz des in Frage 17 herausgestellten schlechten Informationsstandes haben die Befragten eine sehr belastbare Vorstellung davon, was eine Bürgerkommune bedeuten kann und welche Ziele verfolgt werden könnten. Die in der oben genannten These benannte Nichtmöglichkeit der Benennung von Zielen auf Grund von Nichtinformation über das Thema konnte somit bei den Befragten im Sozialraum nicht bestätigt werden. Allerdings relativiert das Vorgeben von Antworten auf dem Fragebogen diese Aussage, da sie in sich schon aufklärend wirken und Antworten ermöglicht.

Frage 19: Würde sich Ihre Organisation an regelmäßigen Treffen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Sozialraum aktiv beteiligen? Als These für das Antwortverhalten bei dieser Frage stand, dass bei einer existierenden Vernetzung der Vereine untereinander, eine aktive Beteiligung bejaht wird. Auffällig bei der Auswertung der Fragebögen ist, dass keiner der Befragten mit „Nein“ geantwortet hat. Vereinzelt gab es bereits Kooperationen mit anderen Vereinen und Organisationen im Sozialraum, welche allerdings nicht immer positiv weitergeführt wurden, zum Teil aus schlechten Erfahrungen, die während dieser Zusammenarbeit gemacht wurden, zum Teil aber auch aus einfachen Gründen wie zum Beispiel den Finanzen.

Dass Bedarf an der Intensivierung der aktiven Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen besteht, wird hervorgehoben, aber ebenso werden Bedenken geäußert, was die Praxis betrifft, da der Aufwand als zu groß für die Vereine vermutet wird. Bei den Befragten, die mit ca. 68 % für „Ja“ und zu 32 % für „noch offen“ antworteten, stellte sich zudem heraus, dass diese Intensivierung der Zusammenarbeit, wenn sie stattfindet, auf einer klientelorientierten und themengebundenen Basis geschehen müsste. „Noch offen“ signalisiert hier aber nicht das Abwiegen zwischen JA und NEIN, sondern die Frage nach der Ausgestaltung der Art und Weise, also des „WIE?“.

Dass keiner der Befragten auf die Frage mit „Nein“ antwortete, kann auch aus einem anderen Grund erklärt werden. Gesellschaftliche Normen, denen man auch in einer solchen Interviewzeit unterworfen

ist, könnten Auslöser für eine bewusst positive Antwort sein. Es ließe sich schlecht erklären, dass man als Verein eine Bürgerkommune in Potsdam begrüßen würde, um dann keine Teilverantwortung für das Zustandekommen zu übernehmen, wenn man vermuten kann, dass andere Interviewpartner im Sozialraum eine aktive Zusammenarbeit sofort bejahen.

Unter Beachtung der in den Interviews auch benannten Probleme in einer Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und trotz eher schlechter bis gar keiner Vernetzung untereinander, kann man, trotz Blick auf das eindeutige positive Ergebnis bei den Antworten, die oben genannte These nicht bestätigen.

Frage 20: Welche Handlungsfelder der Bürgerkommune betrachtet Ihre Organisation als besonders wichtig? Die Befragten tendierten eher bei Handlungsfeldern mit persönlichem Bezug (Verein, selbst) zu einer höheren Gewichtung. Die Punkte „Mitwirkung bei der Gestaltung und Entwicklung im Stadtteil“ und „Mitwirkung bei der Entscheidung über finanzielle Prioritäten“ zeigten eine hohe und sehr hohe Gewichtung (16-17 von 19 Befragten).

Gerade der territoriale Aspekt war für die Befragten von Bedeutung, da eine Mitwirkung im eigenen Stadtteil eine größere Wichtigkeit darstellt als eine Mitwirkung auf gesamtstädtischer Ebene. Auch wurde über das gesamte Interview davon ausgegangen, dass es sich gerade bei der Problembewältigung immer um den eigenen Stadtteil handelt. Begründet wurde dieses mit der Tatsache, dass die befragten Vereine vorrangig bis gänzlich in den Stadtteilen des Sozialraumes tätig sind und auch nur deren Probleme genauer kennen. Diese Priorität für das Mitwirken bei der Gestaltung und Entwicklung im einzelnen Stadtteil findet sich auch in der Gesamtauswertung wieder. Auch dass der finanzielle Aspekt bei der Betrachtung einer Bürgerkommune Potsdam wichtig ist, findet sich in der Gewichtung für den Punkt „Mitwirkung bei der Entscheidung über finanzielle Prioritäten“ im Sozialraum wieder. Begründend wird angeführt, dass dieses einen Knackpunkt darstellt, wenn man etwas verändern will. Jede Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeit benötigt eine finanzielle Basis, die bereitgestellt und auf Notwendigkeiten hin zugeschnitten wird. Eine Mitwirkung der Bürger bei dieser Verteilung ist deshalb wichtig.

Einen hohen Stellenwert nimmt im Sozialraum auch die Aktivierung der Bürgerschaft ein, obwohl es in vielen Gesprächen offen blieb, wie dieses realisiert werden soll. In diesem Zusammenhang klingt oft mit, dass eine Bürgerbeteiligung im Allgemeinen sehr schwierig zu organisieren sei. Es bestätigt sich in Betrachtung der Auswertung die These, dass eine Orientierung mehr zum eigenen Stadtteil hin als Handlungsfeld gesehen wird, da vor Ort die Probleme besser bekannt und gestaltbar sind.

Frage 21: Wer sollte die Aktivitäten in einer Bürgerkommune Potsdam koordinieren und als Anlaufstelle für alle Beteiligten dienen? Erfahrungen mit den verschiedenen Akteuren in Politik und Verwaltung lassen die befragten Vereine eine externe Koordinierungsstelle bevorzugen. Diese These

konnte bei der Auswertung der Antworten im Sozialraum V bestätigt werden. Die Präferenz für eine externe Koordinierungsstelle (ca. 56 % der Befragten) wurde im Gespräch nicht nur mit einem fehlenden Vertrauen in Politik und Verwaltung begründet, sondern vor allem mit dem Vertrauen darauf, dass eine solche eine objektivere und sachbezogenere Sicht auf alle Akteure hat. Voraussetzung für eine externe Koordinierungsstelle ist aber eine enge Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren Verwaltung, Politik und Bürgerschaft. Zwei Interviewpartner äußerten sich für eine Anlaufstelle auf Seiten der aktiven Bürgerschaft und begründeten es damit, dass die Bürger durch diese Aufgabe mehr in Kontakt treten und miteinander kommunizieren würden, was dem Prozess der Einführung einer Bürgerkommune hilfreich sein könnte.

5. Bürgerhaushalt Potsdam

Der vierte Fragekomplex ist, folgt man dem Thema der Studie, der wesentlichste. Er soll die Einstellungen der Befragten zum Bürgerhaushalt wiedergeben.

Gemessen an unseren Vorstellungen haben erstaunlich viele Probanden die Frage nach der Beteiligung am Bürgerhaushalt in Potsdam (Frage 22) offen gelassen. Zwar beantworteten mehr als zwei Drittel der Vereinsvertreter die Frage positiv, knapp ein Drittel – also 6 Vereine – konnten zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch noch keine Aussage treffen. Die Verteilung der Antworten im Sozialraum V ist der Verteilung aller Antworten im Erhebungsgebiet sehr ähnlich, allerdings schloss im Bereich Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld keine Organisation ihre Beteiligung am Bürgerhaushalt Potsdam von vornherein aus.

Als Gründe für die offen gehaltene Beteiligung wurden in den Interviews vor allem die fehlende Personalkapazität und die zur Verfügung stehende Zeit angeführt. Aber auch die oftmals unbekannte Begrifflichkeit des Bürgerhaushaltes veranlasste einige Befragte zur Zurückhaltung. Entsprechend der Antworten auf Frage 22 konnten für die folgenden zwei Fragen nur 13 Vereine gewertet werden, und zwar diejenigen, die sich prinzipiell zur Mitwirkung am Bürgerhaushalt bereit erklärten.

Als beste Form der Mitwirkung wurde im Sozialraum V von 84,6 % der Befragten, ähnlich wie im gesamten Erhebungsgebiet, die Teilnahme an Diskussionen zum Bürgerhaushalt gewertet. Den geringsten Zuspruch, mit nur 38,5 %, erhielt die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen. An dieser Stelle wurde die fehlende Personaldecke bzw. eingeschränkte Mobilität der Mitglieder betont. Insgesamt bestehen jedoch kaum Verteilungsunterschiede im Vergleich zum gesamten Erhebungsraum.

Auch im Sozialraum V wurde ein Vorschlag zur Mitwirkung unterbreitet, der so nicht im Fragebogen vorgegeben war. So kam bei einem Probanden die Idee auf, eventuell Schulungen durchzuführen, um die Informationen zum Bürgerhaushalt bei allen Beteiligten umfangreicher gestalten zu können bzw. zu festigen. Ein wenig überraschend war für uns, dass nur acht der 13 Antwortenden bei einer Beteiligung am Bürgerhaushalt auch mehr Informationen über selbigen erwarteten, obwohl sich im

Interview allgemein bemerkbar machte, dass ein großer Teil der Befragten keine oder nur wenige Vorstellungen vom Bürgerhaushalt hatten.

Die Hoffnung auf ein größeres Maß an Beteiligung bei der Entscheidung über die Haushaltsprioritäten teilten hier, mit 92,3 % jedoch nahezu alle Probanden, was die Unzufriedenheit mit dem Finanzmitteleinsatz in der Stadt deutlich widerspiegelt. Hier kommt auch die subjektiv empfundene eigene Benachteiligung bei der Mittelvergabe zum Ausdruck. Die mit Abstand meisten Befragten hoffen somit, dass sich die eigene Situation bzw. die Situation des Vereins durch die Mitsprache bei den Finanzzuweisungen spürbar verbessert. Hierbei treten insbesondere die Vereine, die sich mit so genannten Randsportarten beschäftigen sowie die privat unterhaltenen Seniorenvereine in den Vordergrund, da diese die derzeitige Finanzpolitik in der Stadt besonders kritisch betrachten.

Bei der Frage, worüber die künftige Haushaltsdebatte geführt werden sollte, antworteten die Befragten aus dem Sozialraum V ähnlich dem durchschnittlichen Wert für die Gesamtstadt. So wollen im Bereich Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld nahezu zwei Drittel (63,2 %) der Befragten über den gesamten Haushalt mitentscheiden, ein gutes Drittel (36,8 %) gibt sich mit den – zweifelsfrei etwas paternalistisch formulierten – beeinflussbaren Teilen des Haushaltes zufrieden. Die Gründe für die recht deutlich ausfallende Tendenz in dieser Antwort sind einfach. So war bei einigen Probanden der herrschende Ärger über die Kommunalvertreter bis hin zum Oberbürgermeister ausschlaggebend für ihre Antwort. Man hofft durch die eigene Mitsprache der vermeintlichen Geldverschwendung für politische Empfänge und zu hohen Verwaltungskosten einen Riegel verschieben zu können. Auch das geplante Niedermeyer-Bad brachte vereinzelt die Gemüter zum Kochen. Dieser Art von Fehlinvestition glaubt man nur durch den Einfluss auf den gesamten Haushalt Herr werden zu können. Bei denen, die sich auf die beeinflussbaren Teile des Haushaltes in ihrer Mitsprache beschränken wollen, schimmert ein wenig Resignation durch, was alles auf sie zukommen könnte. Sie waren aus diesem Grund schon froh darüber überhaupt mitreden zu können. Den wenigsten war allerdings das wirkliche Ausmaß des Haushaltes bekannt, sodass fortwährend Erläuterungen zur Haushaltszusammensetzung das Interview begleiten mussten.

Die in Frage 26 gegebenen Antworten zeugen im Allgemeinen von einem ziemlich großen Vertrauen in den Bürgerhaushalt. So wurde allen Antwortmöglichkeiten von der Mehrheit der im Sozialraum V Befragten zugestimmt. In diesem Sinne gehen beispielsweise 16 von 19 Probanden davon aus, dass der Bürgerhaushalt in Potsdam realisierbare Vorschläge liefern wird. Lediglich drei Vereinsvertreter sehen diese Möglichkeit etwas skeptisch und schenken den Bürgern weniger großes Vertrauen. Auch der effektive Mitteleinsatz wird beim Bürgerhaushalt angenommen. 78,9 % stimmten hier mit „trifft zu“ und „trifft eher zu“ ab. Auch hier zeigen sich lediglich drei Befragte kritisch. Den größten Zuspruch erhält die Aussage, dass ein Bürgerhaushalt in Potsdam die Identifikation jedes Einzelnen mit seiner Stadt steigern könnte. Hier wird die Hoffnung deutlich, mit einem Mehr an

Beteiligungsmöglichkeiten, auch in wesentlichen Fragen, den Bürgern nicht nur Wohnort sondern Heimat zu sein und somit mehr Engagement zu fördern.

Im Vergleich mit den Ergebnissen aus allen Sozialräumen Potsdams, wird dieser Punkt im Sozialraum V überdurchschnittlich positiv gewertet. Zu untersuchen wäre deshalb, inwieweit die Antworten mit der spezifischen Sozialstruktur im Bereich Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld in Zusammenhang stehen.

Sowohl im gesamten Erhebungsgebiet als auch im Sozialraum V wird allerdings der von den Bürgern entworfene Haushalt als Entscheidungshilfe für die Politik gewertet. Deutlich wird dadurch insbesondere, dass der Politik auch weiterhin eine wesentliche Rolle in Bezug auf den Haushalt zugedacht wird, wenn auch nicht mehr die des Alleinentscheiders.

Die deutlichste Ablehnung erfuhr die Aussage, dass der Bürgerhaushalt eine gewisse Akzeptanz unter den Bürgern für unpopuläre Entscheidungen schaffen würde. 35,3 % votierten hier für „trifft nicht“ und „trifft eher nicht“ zu. Wenngleich auch hier die zustimmenden Antworten, mit 64,7 % klar überwiegen. Als Grund für die Ablehnung dieser Aussage wurde mehrmals die eigene Menschenkenntnis angeführt, die es ermögliche zu sagen, dass die verschiedenen Charaktere der Menschen in Potsdam nicht durch einen gemeinsam entworfenen Haushalt auf einen Nenner gebracht werden könnten. Generell wurde bei dieser Frage jedoch deutlich, und einige der Probanden betonten es zudem ausdrücklich, dass die Antworten ohne fundiertes Wissen rein hypothetisch erfolgten und somit auch oftmals der Wunsch Vater des Gedanken ist.

Bedingt durch die Unkenntnis über den Bürgerhaushalt, war die Beantwortung der Frage 27 (mögliche Probleme des Bürgerhaushalts) für viele Vereine schwierig. Allgemein überraschte uns auch hier wieder die recht positive Haltung zum Bürgerhaushalt, die man daraus ablesen kann, dass wenige Probleme artikuliert wurden. 64,7 % sehen „nicht“ oder „eher nicht“, dass der Bürgerhaushalt zu viel Zeit der Stadtverordneten binden würde. Dies entspricht genau den Ergebnissen der Gesamtauswertung der Vereinsbefragungen. 23,5 % der befragten Vereine sehen aber auch eine hohe Zeitbindung.

Auf die Frage, ob der Bürgerhaushalt der Selbstdarstellung der Politiker nutzen würde, antworteten 14 von 18 Vereinen mit trifft zu bzw. trifft eher zu. Diese Tendenz ist im Vergleich zur Befragung der Politiker, hier nur 44,3 %, und auch im Vergleich zu den Gesamtergebnissen, mit 66,3 %, sehr auffallend.

Die Ergebnisse auf die Frage, ob der Bürgerhaushalt Erwartungen wecke, die er nicht erfüllen könne, sind recht ausgeglichen. Mit 42,2 %, die dies verneinen und 57,9 %, die „trifft eher zu“ und „trifft zu“ ankreuzten, kann eine leichte Tendenz festgestellt werden. Unklarheiten über die Erwartungen, bedingt durch die Unkenntnis über den Bürgerhaushalt, können teilweise das recht ausgeglichene Ergebnis erklären. Die Befürchtung der Bürgerhaushalt kostet zuviel Geld im Verhältnis zu seinem Nutzen wird von den meisten Vereinen kaum geteilt. Nur 3 Vereine favorisierten hier „trifft zu“ und „trifft eher zu“, während 82,4 % dies verneinen. Hier besteht deutlich Übereinstimmung mit den

Ergebnissen sowohl der Befragung der Verwaltung und der Politiker, als auch zu den Gesamtergebnissen der Vereinsbefragung.

Viel größer sind dagegen die Befürchtungen, der Bürgerhaushalt würde nur den Vertretern starker organisierter Interessen eine neue Bühne geben. 14 von 18 Antworten (entspricht 77,8 %) votieren für „trifft eher zu“ und „trifft zu“. Abweichungen zu den Ergebnissen der Gesamtauswertung der Vereinsbefragungen und die deutliche Tendenz der Antworten, können teilweise mit der Größe der Vereine im Sozialraum V erklärt werden. Die Vereine vertreten eher minder stark organisierte Interessen und die Vernetzung zu größeren Gruppen ist eher gering. Insgesamt konnte auch im Gespräch zu dieser Frage doch wieder die recht positive Haltung zum Bürgerhaushalt allgemein festgestellt werden.

Auf die Frage wie die Diskussion künftig strukturiert werden sollte, konnten einige Vereine, wieder bedingt durch Unkenntnis, keine klaren Antworten geben. Diese kreuzten dann eher Strukturierung nach territorialen und fachlichen Interessen an. Mit 57,9 % ist diese Antwort auch die Meistgenannte. Mit 26,3 % wird die fachlich inhaltliche Strukturierung der Strukturierung nach territorialen Interessen mit 10,5 % vorgezogen. Eine Abweichung zur Gesamtauswertung der Vereinsbefragung ist nicht feststellbar. Ein Verein machte den Vorschlag sich jedes Jahr, in einer Gesprächsrunde, neu auf das anzuwendende Verfahren zu einigen.

Befragt nach der künftigen Moderation der Debatte, lässt sich sowohl in den Antworten, als auch in den genaueren Erläuterungen dazu, eine deutliche Ablehnung der Moderation durch die Stadtverwaltung oder die Stadtverordneten, feststellen. 29,4 % der befragten Vereine favorisierten eine Moderation durch Vertreter der organisierten Bürgerschaft. 35,5 % eine Moderation durch bekannte Bürger der Stadt, die keine Stadtverordneten sind. Begründet wurde dies u. a. mit der Ansicht, dass es sich um einen Bürgerhaushalt handelt und deshalb auch die Bürger die Leitung übernehmen sollten. Dies entspricht in etwa auch den Gesamtergebnissen der Vereinsbefragung. Als Vorschläge wurden Journalisten und Potsdamer Persönlichkeiten wie Günther Jauch genannt.

Wie stellen sich die Vereine im Sozialraum V künftige Entscheidungen über den Bürgerhaushalt vor? Mit 52,9% favorisierte circa die Hälfte eine Entscheidung der Stadtverordneten, die dabei verpflichtet sind, möglichst viele Vorschläge umzusetzen und Rechenschaft über die nicht beachteten Punkte abzulegen. Gerade der Punkt der Rechenschaft war hierbei für die Befragten besonders wichtig. Im Vergleich zur Befragung der Verwaltung, der Politiker und den Gesamtergebnissen der Vereinsbefragung sprechen sich deutlich viele Vereine für andere Wege, welche die Ergebnisse der Debatte für die Stadtverordneten verbindlich machen, aus. In Prozent ausgedrückt sind das 41,2 % der befragten Vereine zu 21,6 % (Gesamtauswertung der Vereine), nur 11,8 % (Politiker) und 0 % (Verwaltung). Konkrete Vorstellungen, wie dieser Weg aussehen kann, hatten die wenigsten Vereine. Gesetzesänderungen, die die Vorschläge der Bürger für die Stadtverordneten verbindlich machen

würden, wurde z. B. vorgeschlagen. Nur ein Verein befürwortete die Möglichkeit eines Bürgerentscheids über Teile der Vorschläge zum Bürgerhaushalt.

6. Zusammenfassung

Die Befragungsergebnisse aus dem Sozialraum V weichen in allen vier Teilen des Fragebogens Organisationsstruktur, Leben in Potsdam, Bürgerkommune und Bürgerhaushalt nicht signifikant vom gesamtstädtischen Ergebnis ab. Dennoch sollen nachfolgend Besonderheiten im Sozialraum V zusammengefasst werden: Im Sozialraum V erhalten geringfügig mehr Institutionen Zuschüsse der Kommune als im Potsdamer Durchschnitt. Neben den allgemeinen Spitzenpolitikfeldern Soziales und Jugend sind Teile der Befragten im Sozialraum V verstärkt in der Stadtentwicklung aktiv. Besonders auffällig ist jedoch im Vergleich die deutlich schwächere Mitwirkung der befragten Institutionen an städtischen bzw. zivilgesellschaftlichen Beteiligungsforen.

Im Abschnitt Leben in Potsdam pendeln sich die Antworten im Sozialraum V bei der Frage nach der Lebensqualität für die meisten der aufgeführten Gruppen u. a. aufgrund der Charakteristik der Skalen-Items („eher hoch“, „eher niedrig“) zu gleichen Teilen um diese beiden Einschätzungsmöglichkeiten ein. Nur die Lebensqualität der Sportler und Studenten in der Stadt wird eindeutig als positiv bewertet. Die Frage nach der Handlungsnotwendigkeit in bestimmten Politikfeldern korreliert mit den Spitzenpolitikfeldern im Sozialraum V: Schulen, Soziales und Jugendarbeit erhielten die meisten Nennungen.

Über das Projekt Potsdam als Bürgerkommune fühlen sich im Sozialraum V mehr als 90 % mindestens schlecht informiert, also ein deutlich über der gesamtstädtischen Zahl liegender Teil. Das Vertrauen in den Bürgerhaushalt als direktdemokratisches, mehr Engagement und Identität förderndes Element im kommunalen Entscheidungsprozess ist im Sozialraum im Vergleich mit den anderen Sozialräumen überdurchschnittlich hoch. Auffällig ist bei der Frage nach Problemen des Bürgerhaushaltes, dass mehr als drei Viertel der Vertreter der organisierten Bürgerschaft im Sozialraum glauben, das Beteiligungsforum würde der Selbstdarstellung der Politiker nutzen, mehr als unter den Politikern und in Potsdam insgesamt. Obwohl ohne konkreten Vorstellungen, sprechen sich gegenüber der Befragung der Verwaltung, der Politiker und den Gesamtergebnissen viele Vereine im Sozialraum für andere Wege aus, welche die Ergebnisse des Bürgerhaushaltes für die Stadtverordneten verbindlich machen sollten.

Auch die befragte organisierte Bürgerschaft in Sozialraum V kennzeichnet eine gewichtige Diskrepanz zwischen geringem Informationsstand, was die Diskurse Bürgerkommune und speziell Bürgerhaushalt betrifft, und einem genauer zu spezifizierenden hohen Beteiligungswillen. Der mangelnde Grad der Vernetzung der Befragten untereinander in den Stadtteilen Stern, Drewitz und Kirchsteigfeld sowie mit gesamtstädtischen Gremien ist diesen bewusst und lässt diese große Hoffnungen u. a. auf die geplante Öffnung des kommunalen Entscheidungsprozesses für

zivilgesellschaftliche Akteure haben. Die gespaltene Einstellung zur Lebensqualität in Potsdam resultiert aus der unmittelbaren Lebenswirklichkeit der Befragten im Sozialraum. Im Zuge sinkender Zuschüsse und Einsparerfordernissen allerorten scheinen auch die Befragten den Bürgerhaushalt zunehmend als ein geeignetes Mittel zur Kontrolle kommunalpolitischer Akteure zu begreifen.

Abschlussbericht Sozialraum VI

Von Claudia Buß, Ivonne Dombrowski, Andreas Grigas, Roshna Mahmood, Michael Nickel, Kristina Schneider und Ike Reiter

1. Vorwort

Auf Grund der Größe des Sozialraums VI wurden zwei AGs gebildet, die eng zusammenarbeiteten. Um beim freien Teil der Befragung möglichst aussagekräftige und vergleichbare Antworten zu erhalten, wurde ein Ergänzungsfragebogen erarbeitet und bei den Interviews mit eingesetzt. Die dort enthaltenen Aussagen finden im Abschlussbericht Berücksichtigung, dienen jedoch mehrheitlich nur der Ergänzung bzw. Bestätigung der aus dem standardisierten Fragebogen abgeleiteten Ergebnisse.

Schwierigkeiten traten insbesondere bei der Organisation von Interviewterminen auf. Die von den beiden Arbeitsgruppen aufgelisteten Vereine wurden nach Vorauswahl durch die Seminarleitung systematisch über die Befragung informiert. Bei Interesse konnte i. d. R. gleich ein Termin ausgemacht werden. E-Mail- oder Faxanfragen wurden nur sehr sporadisch bis gar nicht beantwortet, so dass ein wiederholtes Anrufen oder gar persönliches Nachfragen oft unumgänglich war. Besonders schwierig war es, die Sportvereine zu erreichen bzw. zum Ausfüllen des Fragebogens zu bewegen.

Eine zweite Schwierigkeit lag in der Kürze des Befragungszeitraumes, für einige potentielle Interviewpartner konnte kein Termin gefunden werden, diese konnten daher an der Befragung nicht teilnehmen. Durch das hohe Engagement der Mitglieder der AGs konnten die Interviews erfolgreich durchgeführt werden, wobei immer zwei Studierende zum Leiten der Befragung und zum Protokollieren anwesend waren.

Weitere Schwierigkeiten gab es bei dem Ausfüllen der standardisierten Fragebögen. Die Befragten entschieden oft als Privatperson und weniger als Sprecher für ihren Verein. Bei einigen Fragen (z. B. Fragenkomplex II) wurde deren Ungenauigkeit kritisiert, so dass die Studierenden sich zu neutralen Erklärungen und Erläuterungen gezwungen sahen.

Prinzipiell kann jedoch festgehalten werden, dass die Beantwortung der standardisierten Fragebögen gut verlief und auch der freie Teil sehr interessante Ergänzungen bot. Die Erfolgsquote lag mit 19 Interviews von 36 möglichen Vereinen bei knapp über 50 %. Durch gruppeninterne Verzögerungen konnten von den 19 Fragebögen nur 15 von der Arbeitsgruppe 1 mit ausgewertet werden. Die fehlenden vier Fragebögen werden jedoch in diesen Abschlussbericht mit einbezogen.¹⁰

¹⁰ Insbesondere alle aufgeführten Tabellen basieren auf den ergänzten Daten.

2. Statistische Daten zum Sozialraum VI

In Potsdam existieren ungefähr 2.100 Vereine.¹¹ Im Schnitt, bei einer Einwohnerzahl von 146.430¹², kommen demnach 70 Bürger auf einen Verein. Der Sozialraum VI hat in den letzten 15 Jahren einen Bevölkerungsrückgang über 20 % zu verzeichnen, obwohl Potsdam insgesamt ein Bevölkerungswachstum von durchschnittlich 4,1 % verzeichnet.¹³ Dabei ist hier die höchste Bevölkerungsdichte von Potsdam festzustellen. Nach dem Geburtenknick Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre steigt die Zahl der Geburten seit 1995 wieder an. Dagegen ist jedoch bei den Jugendlichen der Altersgruppe 12 bis 15 in den Jahren 2000 bis 2004 ein dramatischer Rückgang zu verzeichnen (von 1.052 auf 556). Auch in der Altersgruppe 15-18 ist ein beständiger Rückgang festzustellen (von 1.349 auf 1024). Erst ab der Altersgruppe 21-27 ist wieder ein Zugang zu verzeichnen. Trotz Berücksichtigung des Rückgangs durch den Geburtenknick Ende der 1980er/Anfang der 1990er überrascht diese Entwicklung, liegt doch der Sozialraum VI auch im gesamtstädtischen Vergleich der Altersgruppen 0-18 an letzter Stelle (12,4 %).

Überraschend sind diese Daten insofern, als dass in den letzten Jahren sehr viel für Kinder und Jugendliche in diesem Sozialraum getan wurde. Der Versorgungsgrad an Spielflächen wird mit 87,9 %¹⁴ angegeben, mittlerweile müsste er weit höher liegen. Auch die vielen Organisationen mit Schwerpunkt Kinder- und Jugendarbeit sowie der Sport- und Betreuungsvereine, die sich ebenfalls stark auf die Jugendförderung konzentrieren, sichern (trotz Einsparungen von Betreuungspersonal bei den kommunal geförderten Einrichtungen) ein breites Angebot. Dennoch sind andere Stadtteile Potsdams für Familien/Eltern mit Kindern offensichtlich attraktiver.

Knapp die Hälfte der Einwohner des Sozialraums VI lebt in Einpersonenhaushalten, ca. 35 % in Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder. Also fast drei Viertel aller Einwohner sind bzw. leben kinderlos. Dabei spielt neben dem Zuzug innerhalb der Altersgruppe 20-30 sicherlich auch der hohe Prozentsatz an über 65-Jährigen eine große Rolle. Mit über 19 % Einwohnern in dieser Altersgruppe liegt im gesamtstädtischen Vergleich nur noch Potsdam West mit 21 % darüber. Insgesamt ist festzustellen, dass nur bei den Geburten und Kindern (0-6 Jahre), den 20- bis 30-Jährigen und bei den über 50-Jährigen ein Bevölkerungsanstieg im Sozialraum VI zu verzeichnen ist. Bei Kindern ab 9 Jahren und Jugendlichen allgemein sowie bei der großen Gruppe der 30- bis 50-Jährigen ist dagegen ein teilweise dramatischer Rückgang festzustellen.

Die mangelnde Attraktivität des Sozialraums VI könnte auf den hohen Anteil von Arbeitslosen, Wohngeld- und Sozialhilfeempfängern zurückgeführt werden. Die Arbeitslosenquote liegt mit

¹¹ Stand Dezember 2005. Leider gibt es (noch) keine offiziellen Daten, wie viele dieser Vereine im Sozialraum VI angesiedelt sind.

¹² Stand Februar 2006.

¹³ Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf die statistischen Daten der Stadtverwaltung Potsdam (Stand 31.12.2004). Wo auf andere Daten zurückgegriffen wurden, wird gesondert darauf hingewiesen.

¹⁴ Stand 31.12.2003.

12,2%¹⁵ im gesamtstädtischen Vergleich am Höchsten¹⁶ und steigt weiter an, während der Anteil der sozialversicherungspflichtigen beschäftigten Arbeitnehmer auf den derzeitigen Stand von 53,2 % gesunken ist. 5,9 % Sozialhilfeempfänger leben im Sozialraum VI, der Durchschnitt in Potsdam liegt bei 3,8 %. Die Wohngeldempfängerquote mit 11 %¹⁷ verweist auf einen hohen Anteil an sozial geförderten Wohnungen. Im Vergleich: die gesamtstädtische Quote liegt bei 8,2 %, wobei die Mehrheit auf die Stadtteile Schlaatz und Waldstadt (11,0 %) sowie Stern und Drewitz (9,8 %) fällt. Ebenso sieht es bei der Arbeitslosenquote aus. Der Vorwurf der „Ghettoisierung“ dieser Stadtteile, insbesondere des Schlaatz scheint bis heute nicht ausgeräumt zu sein – auch innerhalb der organisierten Bürgerschaft, wie bei einigen Interviews festgestellt wurde.

Zu dieser Tatsache kommt die hohe Jugendkriminalität, im Vergleich zu den anderen Sozialräumen, erschwerend hinzu. Über ein Viertel der Jugendlichen zwischen 14-17 und über ein Drittel der ab 18-Jährigen im gesamtstädtischen Vergleich sind in Betreuung der Jugendgerichtshilfe¹⁸. Fast ein Drittel aller jugendlichen Kriminellen Potsdams kommt aus dem Sozialraum VI.

Die ambulante und stationäre Unterstützung von Familien beträgt ebenfalls ein Viertel der gesamtstädtischen Betreuung.¹⁹ Zudem sind fast 10% der unter 25-Jährigen arbeitslos. Das Durchschnittsalter der Sozialhilfeempfänger liegt bei 23 Jahren.

Gerade aus diesen Gründen scheint präventive Jugendarbeit und Betreuung im Sozialraum VI von besonderem Interesse zu sein. Die Betreuungsquote liegt bei Einrichtungen für Jugendliche im Durchschnitt 1:12.²⁰

3. Fragenkomplex I: Angaben zur Organisation

Gründung & Art der Organisationen

70% der befragten Organisationen sind gemeinnützig. Ein Viertel (6) sind Sportvereine. Fünf der Organisationen sind im Bereich Kinder und Jugend tätig. Jeweils zwei Vereine kamen aus den Bereichen Beratung, Frauenpolitik und Bürgerinitiativen. Je eine Einrichtung war aus dem Gebiet Soziales und Religiöses (Siehe Grafik 2). Mit diesen Befragungen ist man damit der Vereins- und Organisationsstruktur des Sozialraumes VI gerecht geworden. (Siehe Grafik 1)

¹⁵ Stand 30.06.2004.

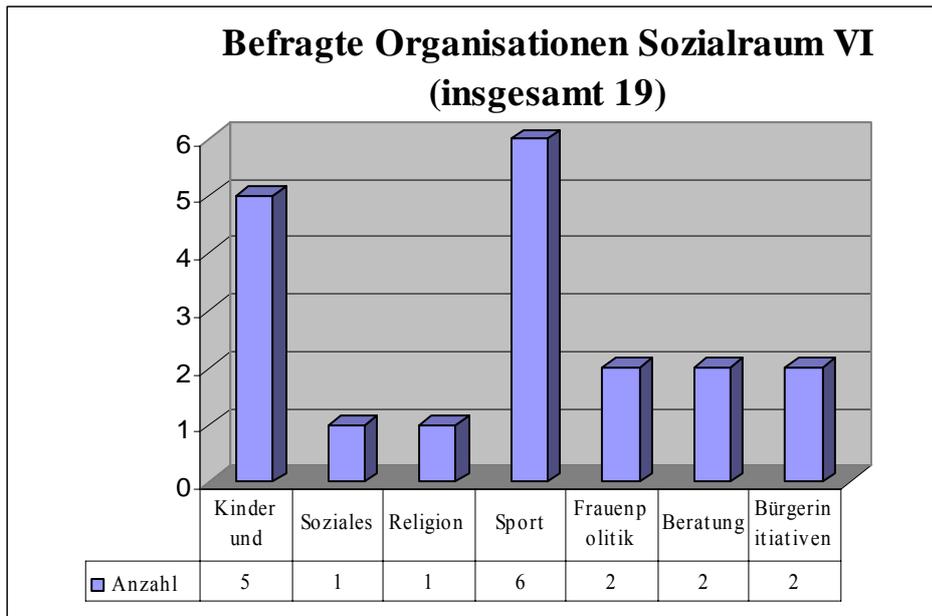
¹⁶ Diese Daten beziehen sich auf die Stadtteile Schlaatz und Waldstadt (I + II). Der Sozialraum VI umfasst dagegen noch die Stadtteile: Potsdam-Süd, Südliche Innenstadt (ohne Zentrum Ost), Templiner Vorstadt, Teltower Vorstadt, Industriegelände und Forst.

¹⁷ Stand 30.06.2004.

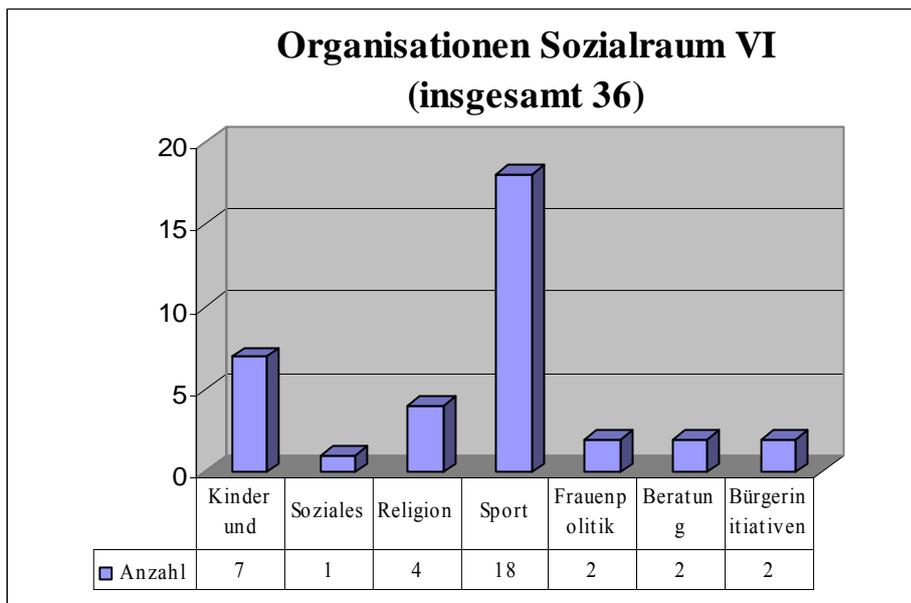
¹⁸ Stand 30.06.2004.

¹⁹ „Hilfe zur Erziehung“, Stand 30.06.2004.

²⁰ Jugendklub ALPHA im Bürgerhaus am Schlaatz, Hanns-Eisler-Klub, Otto-Nagel-Club. Die Anzahl der sozialpädagogischen Fachkräfte ist jedoch zurückgegangen (30.06.2004 je 3).



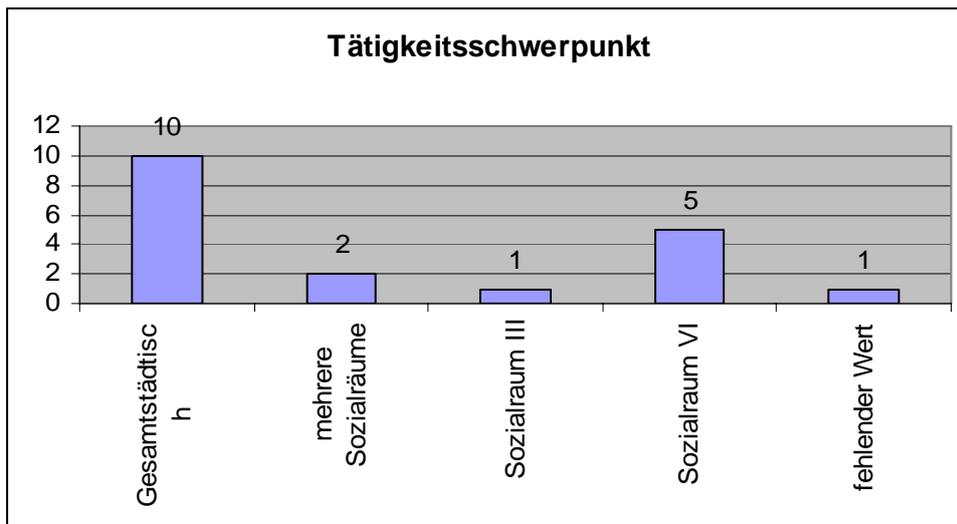
Grafik 1



Grafik 2

Die Vereine wurden fast ausschließlich nach der Wiedervereinigung gegründet. Soweit der Verein als Betriebssportgruppe oder sonstiges schon existiert hat, wurde durch die Wiedervereinigung eine Neugründung notwendig.

Eine Besonderheit dieses Sozialraum ist, dass sich über die Hälfte der Vereine als gesamtstädtisch tätig fühlen. (Siehe Grafik 3)



Grafik 3

Mitgliederdaten

Der Anteil der männlichen Mitglieder in den Organisationen ist überproportional hoch. Nur bei den Vereinen für Frauenpolitik, dem Tanzsport- und Reitverein konnte eine höhere Frauen- als Männerquote festgestellt werden. Zwei Organisationen gaben an, kein in Potsdam lebendes Mitglied bzw. Gesellschafter oder Träger zu haben. Die Trennung von Beruf und privater Betroffenheit, wie sie entstehen könnte, wenn der Lebensmittelpunkt im gleichen Sozialraum ist, wie die berufliche Tätigkeit, soll laut organisationsinternen Angaben dadurch gewährleistet werden. Vier der 19 befragten Organisationen haben keine Mitglieder, sondern nur Mitarbeiter.

Die Aufnahme in die Vereine geschieht zumeist über ein Antragsverfahren/Probezeit, wonach der Vorstand/die Mitgliederversammlung über eine Aufnahme entscheidet. Die Alterstruktur der Vereine ist gemischt, in den Sportvereinen variieren sie am meisten. Nur in einem Fall wurde von einem signifikant hohen Ausländeranteil in der Mitgliederstruktur gesprochen. Kontakte mit z. B. Spätaussiedlern aus den Staaten der GUS gab ein anderer Verein an.

Die Mitgliederzahlen variieren von 0 bis 150. Im Schnitt liegt die Zahl bei 40 Mitgliedern. Die Mitgliederfluktuation wurde im Allgemeinen als sehr gering (5-10 %) angegeben. Dies resultiert zumeist aus der wohnortnahen Möglichkeit zum Sport, in der gefestigten Wohnortsituation und den jahrelang gefestigten Vereinsstrukturen (Ausnahmen: Die Jugend(Sport)abteilungen der (Sport)vereine gaben zum Teil höhere Fluktuationen an). Die beiden Bürgerinitiativen machten in der Befragung unterschiedliche Angaben zur Fluktuation. Während die eine „geringe“ Fluktuation in ihrem Kernbereich angab, wurde von der anderen angegeben, dass die Mitgliedschaft eher problemorientiert ist: Nach der Lösung eines Problems kommt es häufig zum Ausscheiden aus dem Verein(sleben).

Finanzierung der Vereine

Grundsätzlich werden von Vereinen mit Mitgliedern Mitgliedsbeiträge erhoben. Der höchst genannte Betrag lag in der Höhe bei 120 EUR p. a. Die Sportvereine finanzieren sich zumeist aus Eigenmitteln (Mitgliedsbeiträge, Sachleistungen von Mitgliedern), bekommen Sachleistungen der Stadt (Erlass eines Mietzins für genutzte Sportanlagen²¹, haben kleinere Sponsoren/Spender²² und bekommen Geld aus den Lottomitteln des Landes Brandenburg.

Organisationen, die von der Stadt einen konkreten Auftrag zur Arbeit mit Jugendlichen, Randgruppen oder anderen sozialen Aspekten bekommen haben, erhalten dafür finanzielle Mittel. Diese sind in den letzten Jahren stark rückläufig, so dass es in **allen** besuchten Organisationen dieser Art zu Personalkürzungen/Programmkürzungen/Kürzungen der Serviceleistungen (z. B. Sprechzeiten) kam.

Vereine/Organisationen, die Teil einer überregionalen Stiftung/Organisation finanzieren sich z. T. über diese Träger oder Stiftungsvermögen. Auch alle diese Vereine gaben Probleme mit einer Unterfinanzierung an. Zum Teil auch aus eigenem Ansporn heraus (Frage wurde so nicht gestellt) gaben einzelne Vereine/Organisationen an, ihre Arbeit so auszurichten, dass sie auf möglichst viele Fördertöpfe Anspruch haben.

Aufbau der Vereine

Alle Vereine haben in Gremienwahlen regelmäßig zu bestimmende Vorstände. Diese sind ausschließlich ehrenamtlich tätig. In den Fällen der überregionalen oder als Gesellschaft organisierten Vereine sind Geschäftsführer eingesetzt, die im Auftrag des Vorstandes arbeiten. 60 % aller Befragten sind in einem Dachverband organisiert. Als Dachorganisationen wurden der Landessportbund und das Diakonisches Werk am häufigsten genannt. Weitere sind der paritätische Wohlfahrtsverband, FTV Brandenburg, Pro Familia Bundesverband und der Stadtsportbund. Die Strukturen der befragten Organisationen sind sehr unterschiedlich. Es wurden GmbHs, gemeinnützige Vereine und vom Ministerium gestellte Beratungsstellen und Initiativen befragt.

Öffentlichkeitsarbeit und PR

Bis auf eine haben alle befragten Organisationen einen Internetauftritt. Öffentlichkeitsarbeit bedeutet in den meisten Fällen, Pressemitteilungen (11 von 19), Aushänge und Schaukästen (Sportvereine). Die mündliche Weitergabe von Terminen und Neuigkeiten ist unter den befragten Vereinen weit

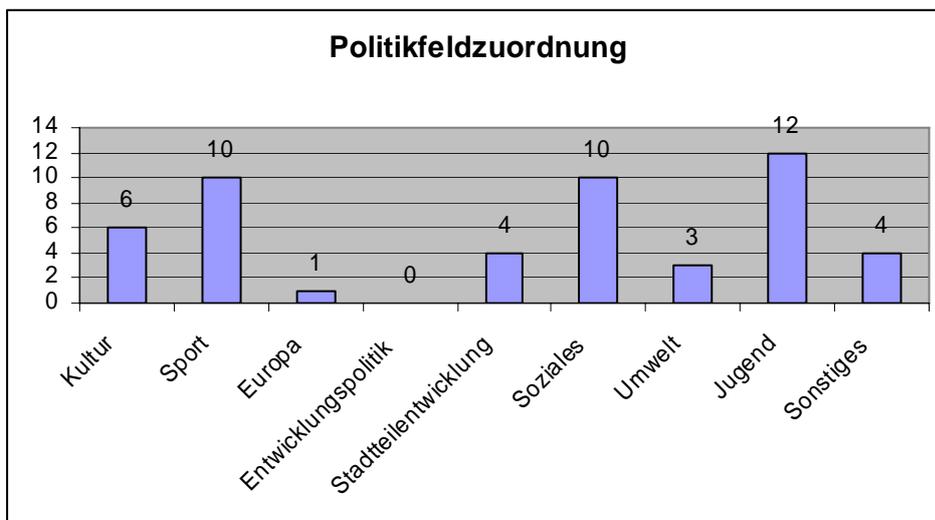
²¹ Hier ist anzumerken, dass diese Sachleistungen rückläufig sind. Der Übergang von Sportanlagen in den Kommunalen Immobilienservice führt zu neuen Mietverträgen. Die Organisationen, die sich die neuen Mieten nicht leisten können, denken an Streichung von (Sport-)Angeboten.

²² Die Mehrheit der Organisationen spricht diesbezüglich von mangelnder Bereitschaft der Firmen, öffentlich mit Spenden die Unterstützung anzuzeigen oder bedauern, dass oftmals nur eine einmalige Unterstützung aus Gründen der steuerlichen Absetzbarkeit erfolgt. Eine kontinuierliche Unterstützung wird vermisst und ist gewünscht.

verbreitet. Auf die Frage nach einer Vereinszeitung gaben lediglich zwei von 19 an, in unterschiedlichen Zyklen ein solches Kommunikationsmittel zu benutzen.

Interessenlage/Ziele

Die Interessenlage der befragten Vereine ist höchst unterschiedlich. Im Allgemeinen gaben die Befragten an, vor allem den Mitgliedern gegenüber in der Verantwortung zu stehen. Die Verantwortung gegenüber Kindern und Jugendlichen oder der Stadt gaben die Vereine an, die im Auftrag der Kommune in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind. Ebenfalls der Stadt Potsdam gegenüber in der Verantwortung zu stehen, gaben Sportvereine an. In einem Fall wurde sogar die klare satzungsgemäße Vorgabe eines auf Laien- und Breitensport fokussierten Vereinsziels angegeben. Vereine mit einer klaren Sozialraumorientierung – die beiden Bürgerinitiativen – gaben eine Verantwortung dieser gegenüber an. Daneben wurde Traditions- und Heimatpflege als weitere Vereinsziele mit angeführt. Die Organisationen im Sozialraum VI sehen ihre Tätigkeitsschwerpunkte meist den Politikfeldern Jugend, Soziales und Sport zugeordnet. Gesamtstädtisch sind als erstes die Politikfelder Soziales, Jugend und Kultur genannt worden.



Grafik 4

Bei der inhaltlichen Zuordnung zu Politikfeldern wurden die Bereiche Soziales, Kinder- und Jugendarbeit sowie Sport von über der Hälfte der befragten Vereine abgedeckt. Die Liste der im Sozialraum VI ansässigen Vereine und Organisationen mit 18 Sportvereinen und 7 an Kinder- und Jugendbetreuung orientierten Organisationen bestätigt dieses Ergebnis. Dagegen sind die anderen Bereiche stark unterbesetzt. Arbeit im Kulturbereich wurde von sechs Organisationen angegeben, wobei diese jedoch nicht als Haupt- sondern allenfalls als gleichwertige Nebenorientierung der

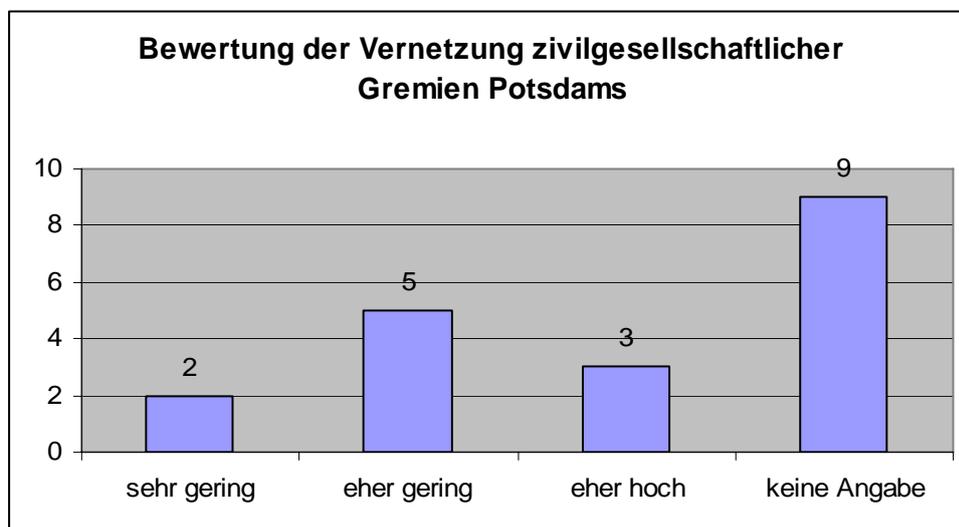
Organisationsarbeit angegeben wurde. Reine Kulturvereine gibt es im Sozialraum VI nicht. (Siehe Grafik 4)

Die Organisationen wirken kaum an gesamtstädtischen Bürgerforen mit, sondern beraten sich eher an Stammtischen und in Arbeitskreisen. Zu nennen sind hier der Stadtsporthund, Frauenstammtisch, Sportstammtisch des SSB, Regionaler Arbeitskreis, Gesprächskreis ausländischer Mitbürger. Ein Viertel der Befragten gab an, nicht vernetzt zu sein.

Die Organisationen nutzen auch sehr wenig die angebotenen Formen der kommunalen Beteiligung. Sechs Vereine gaben an, den Ausschusssitzungen der SVV beizuwohnen. Fast dieselben Vereine gaben an, dass sie an Einwohnerversammlungen und Sitzungen der SVV teilnehmen. Dies betrifft auch wieder nur ein Viertel der Vereine. Begründet wurde dieses Verhalten mit Zeitmangel und fehlendem Interesse. Ebenfalls konnte festgestellt werden, dass sich nur wenige Organisationen in Beiräten engagieren. Auch hier wurden als andere wahrgenommene Beteiligungsmöglichkeiten die Arbeitskreise genannt. Der Stadtjugendring, die AK Sucht, der Beirat zur Stadtentwicklung, die RAK und das AK Kinder und Jugend wurden dabei hervorgehoben.

Wie auch aus gesamtstädtischer Sicht wird der Vernetzungsgrad eher gering eingeschätzt. (Siehe Grafik 5) Hier muss aber darauf hingewiesen werden, dass sich die Hälfte der Befragten einer Antwort enthielten, weil sie die Frage nicht einschätzen konnten.

Über die Hälfte der Befragten sehen die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung als *gut* bis *sehr gut* an. Hier ist hinzuzufügen, dass der hohe bürokratische Aufwand jedoch immer bemängelt worden ist. Acht der Vereine erhalten städtische Zuschüsse.



Grafik 5

Auffällig ist, dass die Sportgruppen besser vernetzt sind als Jugend- oder Sozialeinrichtungen. Einrichtungen, die sich der Lehre, Weiterbildung oder allgemein der Bildung verschrieben haben, sind mittelmäßig vernetzt. Die hohe Vernetzung der Sportvereine resultiert nicht zuletzt auch aus der wirtschaftlichen Vernetzung.

Auf Nachfrage, woraus der geringe Vernetzungsgrad aus Sicht der Organisationen ableite, gaben die Organisationen als ein Problem an, dass das Vernetzungsgeflecht immer mehr durch starke Lobbyisten gesteuert wird. Diese würde verhindern, dass sich auch kleine Vereine/Organisationen sinnvoll an kommunalen Prozessen beteiligen könnten. Sichtbar wäre dies so z. B. an der Investitionspolitik im Sozialraum VI. Hier würde anscheinend nicht ansatzweise so viel Geld ausgegeben wie in den Vierteln mit „Gut- und Besserverdienenden“²³. Einige Befragten fühlten sich in dieser Hinsicht von Vertretern anderer Vereine, speziell aus anderen Stadtteilen/Sozialräumen übervorteilt und an den Rand gedrängt.

Weiterhin wurde kritisiert, dass die Beteiligung der Bürger am Entscheidungs- und Diskussionsprozess der Stadtverordneten und Stadtverwaltung selbst bisher nicht gewünscht wurde. Das zeige sich vor allem darin, dass die aktive Bürgerschaft nicht in den Beiräten oder im Stadtforum aktiv aufgenommen wird, allenfalls erhalten sie eine beratende Stimme. Ihre geringen Beteiligungsmöglichkeiten seien daher nicht echt. Die Stadt verhalte sich bisher nach Ansicht einiger Organisationen als nicht sehr am Bürger interessiert.

Partner/Konkurrenten

In der Frage der Konkurrenz gab es nur einen Verein, der durch die geographisch bedingte Nähe/der im Streit erfolgten Ausgründung des eigenen Vereins eine auf personelle Aspekte beruhende Rivalität ausmachte. Andere Vereine, vor allem die in Abhängigkeit zur Finanzausstattung der Stadt Potsdam agierenden Sozialträger, gaben an, in einer gewissen Konkurrenz um finanzielle Mittel zu stehen. Da hier der zu verteilende Betrag immer kleiner wird, wird tendenziell die Konkurrenz größer. Feste, regelmäßige Partnerschaften mit anderen Organisationen hatten die meisten Vereine kaum. Zum einen lag das an der o. g. fehlenden Bereitschaft dauerhafte (finanzielle) Unterstützungsbeziehungen einzugehen. Untereinander gaben v. a. die sozial tätigen Vereine einen messbaren Grad der Vernetzung und gegenseitiger Hilfe an. Sportvereine agierten ausschließlich einzeln und suchten nur in Ausnahmefällen eine Unterstützung und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen/Vereinen.

4. Fragenkomplex II: Leben in Potsdam

Bei der Betrachtung der ausgewerteten Ergebnisse des zweiten Teils der Interviews bedarf es zunächst einiger grundsätzlicher Anmerkungen: Vor allem die Fragen 13 und 14 bezüglich der Einschätzung der Lebensqualität bestimmter Personengruppen und dem Handlungsbedarf für entsprechende städtische Angelegenheiten sind nach dem Ergebnisstand nur schwer auszuwerten. Die persönliche Erfahrung und Betroffenheit der Interviewpartner wurde stark reflektiert, so dass Objektivität kaum gegeben ist. Lediglich in der Einschätzung von Kernbereichen der Arbeit/Interessenlage der

²³ Auf eine statistische Überprüfung dieser Aussage wurde durch den AG 11 und 12 verzichtet.

Organisationen kann von aussagekräftigen Daten ausgegangen werden (z. B. bei den Bereichen Jugend, Sport, etc.).

Beispielhaft für diese Ungenauigkeit und Widersprüchlichkeit sind z. B. die Antworten im Bereich Lebensqualität für Radfahrer, die mehr als die Hälfte der Befragten mit *eher hoch* angibt. Allerdings schätzen 35 % der Befragten den städtischen Handlungsbedarf für Radwege ebenfalls *eher hoch*, 21% sogar für *sehr hoch* ein, was nach den Angaben aus der vorherigen Frage in der Form nicht zu erwarten war.

Ein Grund für diese sich widersprechenden Angaben ist sicherlich auch darin begründet, dass viele Befragten das Einschätzungssystem von Frage 13 auch für Frage 14 übernahmen und den Umkehrschluss nicht vollzogen.²⁴ Oftmals musste durch die Studierenden auf die neue Beurteilung aufmerksam gemacht werden, die jedoch nicht immer umgesetzt wurde. Die Stellung von Fragen nach dem gleichen Bewertungsmuster gerade bei aufeinander folgenden Fragen bzw. eine exakte Präzisierung der Frage, die Verständnisprobleme ausschließt, ist daher geboten; gerade bei vielen Fragen, da hier die Konzentration der Befragten nachlässt.

Des Weiteren ist auffallend, dass zu den auf dem Fragebogen vorgegebenen Antwortmöglichkeiten in Frage 15 und in Frage 16 ca. 40 % bzw. 47 % der Befragten keine Angaben machten, sondern ausschließlich eigene Vorschläge eingebracht haben. Die Beschäftigung mit dieser Problematik schon vor der Befragung wurde aus den teilweise detaillierten und durchdachten Möglichkeiten deutlich und weist auf ein großes Interesse der organisierten Bürgerschaft an diesem Komplex auf.

Lebensqualität in Potsdam für ausgewählte Personengruppen

Die Auswertung der Einschätzung der Lebensqualität für **Ausländer** ergibt keine klare Aussage. (Siehe Grafik 6) Ca. 40 % der Befragten können zu dieser Personengruppe keine Angabe machen. Zwei Drittel der abgegebenen Einschätzungen sind der Meinung, die Lebensqualität für ausländische Mitbürger sei *eher hoch*, ein Drittel sagt *eher niedrig*. Der Grund für diese Antworten liegt nicht zuletzt in Unwissenheit bzw. dem geringen Kontakt mit ausländischen Mitbürgern begründet, wie viele der Befragten zugaben. Wie bereits unter Punkt 1. aufgeführt liegt der Ausländeranteil im Sozialraum VI bei 4,4 % und entspricht damit dem gesamtstädtischen Durchschnitt.²⁵ Die Hälfte von ihnen stammt aus Osteuropa.²⁶ Knapp 20 % stammen aus Asien und 11 % aus Ländern der Europäischen Union.

Bei der Einschätzung der Lebensqualität für **Behinderte** gaben ca. 70 % ihre Meinung ab, wobei 45 % die Lebensqualität für *eher niedrig* halten, 55 % allerdings zu *eher hoch* tendieren. Während die

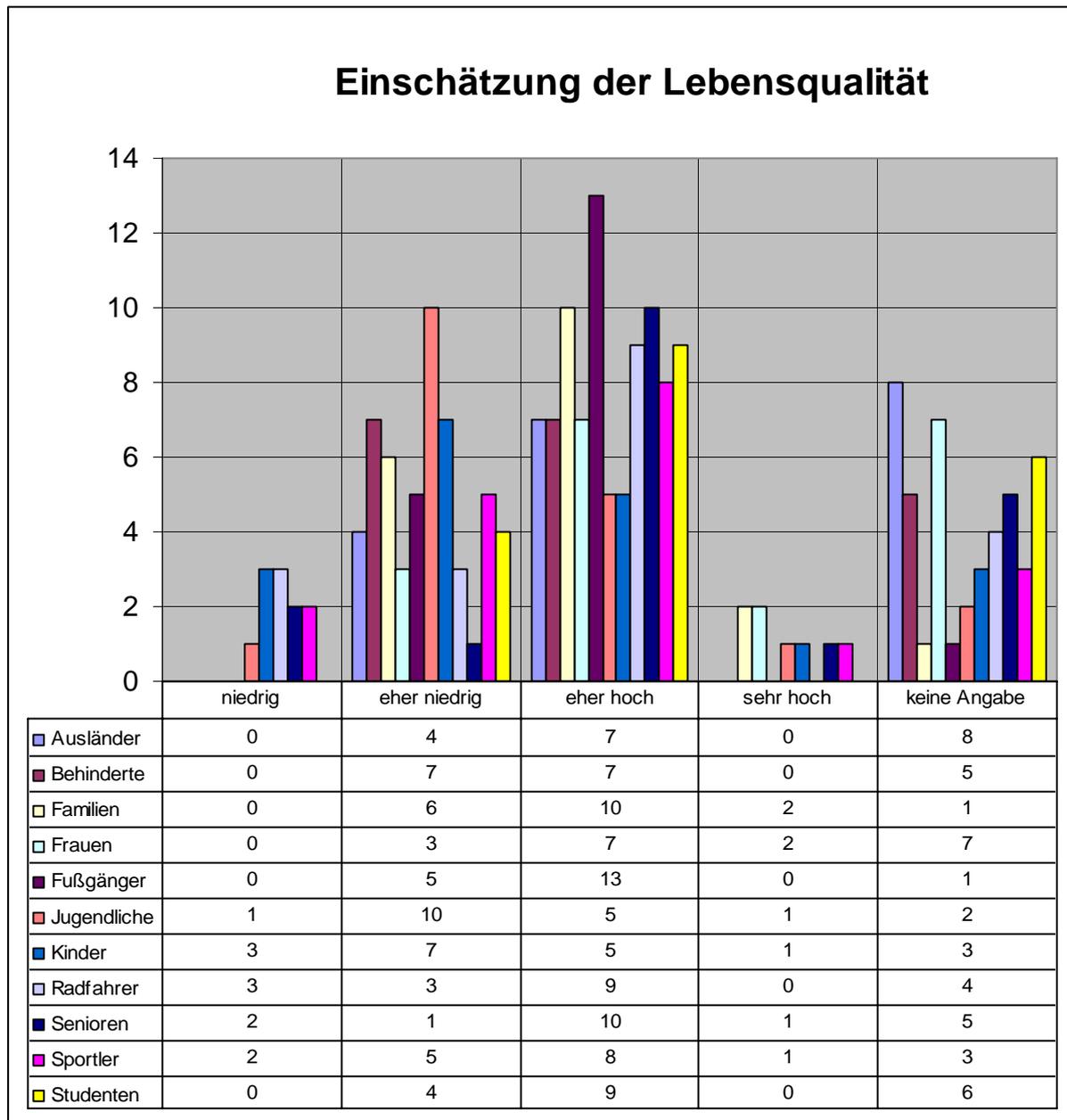
²⁴ Von den vielen Befragten wurde beim ersten Lesen der Frage 14 angenommen, sie müssten die Arbeit der Stadt in den Bereichen bewerten, anstatt den Handlungsbedarf einzuschätzen.

²⁵ s. Fußnote 3

²⁶ Es ist hier von einem hohen Anteil von Kontingent-Flüchtlingen aus den GUS-Staaten auszugehen. Genaue Daten hierzu lagen den Arbeitsgruppen nicht vor.

Lebensqualität von Ausländern mehrheitlich noch als positiv angesehen wird, trotz der großen Diskrepanzen, klaffen hier die Meinungen völlig auseinander und lassen keine klare Tendenz erkennen.

Bei der Einschätzung der Lebensqualität der **Frauen** machte gut die Hälfte der Befragten keine Angaben, während sich zu den **Fußgängern** alle Befragten ein Urteil zutrauten. Beiden wird eine positive Lebensqualität in Potsdam beschieden (70 % *eher hoch*).



Grafik 6

Bei der Einschätzung der Lebensqualität für **Kinder** und **Jugendliche** ergibt sich dagegen ein eindeutiges Bild. Gut 65 % schätzten die Lebensqualität von Jugendlichen für *eher niedrig* (davon

einer sogar *sehr niedrig*) ein. Bei den Kindern ist das Bild in etwa gleich, wenn auch moderater. Hier schätzen knapp 55 % die Lebensqualität für *eher niedrig* ein. Allgemein ergibt die Auswertung eine wenig überraschende Antwort, hält man sich die Sozialraumdaten, wie eingangs beschrieben (s. Punkt 1), vor Augen. Analog hierzu sehen 80% der Befragten auch einen *eher hohen* bis *sehr hohen* Handlungsbedarf in der Jugendarbeit. Bei diesen Antworten ist auch ein Unterschied im gesamtstädtischen Vergleich zu sehen. Während dort die Radfahrer am schlechtesten abschneiden, sind es im Sozialraum VI die Jugendlichen und Kinder.

Die Lebensqualität der Stadt Potsdam für die Gruppe der **Senioren** und **Studenten** wird allgemein sehr positiv bewertet. Zwar machen ein Drittel der Befragten zu Studenten keine Angaben, aber die abgegebenen Meinungen liegen zu 70 % bei *eher hoch*, wobei sich die Bewertung bei den Senioren sogar zum Teil noch in *sehr hoch* staffelt (ein Befragter).

Insgesamt lässt sich jedoch festhalten, dass die Lebensqualität in Potsdam insgesamt aus Sicht der Befragten mehrheitlich als *befriedigend* bis *gut* angesehen wurde. Dies zeigt auch die gesamtstädtische Auswertung.

Bewertung des Handlungsbedarfs in den städtischen Angelegenheiten

Im Bereich der Befragung zum Handlungsbedarf in bestimmten städtischen Angelegenheiten ist besonders hervorzuheben, dass in vielen Bereichen die Streuung der Einschätzungen relativ groß ist. (Siehe Grafik 7) Zum Teil schätzten die Interviewten den Handlungsbedarf in einigen Fragen zu gleichen Teilen *sehr niedrig* und *sehr hoch* ein. Für die Bereiche **Denkmalpflege** und **ÖPNV** gilt diese Feststellung nicht, denn die große Mehrheit von rund 75 % sieht hier keinen Handlungsbedarf.

Die eindeutig hervorstechenden Bereiche, bei denen die Befragten den größten Handlungsbedarf sehen, waren vorhersehbar. So wird im Sozialraum VI der Handlungsbedarf in den Bereichen **Jugendarbeit**, **Schulen**, **Soziales** und **Gesundheit** zum überwiegenden Teil als *hoch* oder *sehr hoch* eingeschätzt. Ebenso wie in den beiden anderen Bereichen gaben auch zum Themenfeld **Schulen** alle Befragten ihre Einschätzung ab und sahen hier zu 36 % sogar einen *sehr hohen* Handlungsbedarf, was häufig mit den baulichen und technischen Mängeln der städtischen Schulen begründet wurde. Ein Teil der Befragten sah allerdings auch im inhaltlichen und organisatorischen Umfeld der Schulen ein großes Defizit.

Sämtliche soziale Einrichtungen hoben in den Befragungen den Handlungsbereich in ihren Bereichen selbstverständlich hervor, auch die übrige organisierte Bürgerschaft teilt diese Einschätzung (60 % *hoch*, 14 % *sehr hoch*) ebenso wie bei der Gesundheit. (55 % *hoch*, 14 % *sehr hoch*).

Ein Beispiel für die große Streuung in den Antwortmöglichkeiten sind die **Sportstätten**. Anhand der vorangegangenen Fragestellung nach der Lebensqualität für Sportler in der Stadt, in der sich die Mehrzahl der Befragten zwar für *hoch* oder *sehr hoch* entschied, aber die Streuung mit Antworten im *niedrig-* bis *sehr niedrig*-Bereich ebenfalls groß war, erscheint die unterschiedliche Einschätzung

bezüglich des entsprechenden Handlungsbedarf nicht verwunderlich. Denn auch hier ist die Streuung groß: Fast die Hälfte schätzt den Bedarf für *hoch*, knapp 20 % sogar als *sehr hoch* ein. Allerdings ist dies nicht besonders aussagekräftig, denn über zwanzig Prozent sehen nur einen *niedrig* und gut 10 % sogar nur einen *sehr niedrigen* Handlungsbedarf für Sportstätten in der Sportstadt Potsdam.

Auch im Bereich der **Straßen** ist die Streuung der Antworten groß, wenn auch tendenziell eindeutiger. Hier scheint eine Mehrheit von 70 % die Prioritäten der Stadt anderweitig zu sehen. Handlungsbedarf bestehe kaum, während 30 % *hohen* oder *sehr hohen* Handlungsbedarf sehen.

Die letzten beiden gänzlich unauswertbaren Bereiche sind die **Grünflächen** und der Bereich **Kultur/Bibliotheken/Museen**. Hier herrscht zwischen *sehr hohem* und *sehr niedrigem* Handlungsbedarf ein ausgeglichenes Bild. Im Bereich Grünflächen sehen etwas mehr als die Hälfte *eher niedrigen* oder *niedrigen* Handlungsbedarf, dem Bereich Kultur/Bibliotheken/Museen sehen etwas mehr als 50 % *hohen* oder *sehr hohen* Bedarf. Allerdings muss man unbedingt unterstreichen, dass auch die jeweilig anderen Antworten in ganzem Spektrum vertreten waren, so dass sich keine eindeutige Tendenz erkennen lässt. Zudem wurde von den Befragten häufig gefordert, die Bibliotheken mit Kultur und Museen nicht gleich zusetzen, denn für die Bibliotheken sehen viele einen hohen Handlungsbedarf, während nach mehrheitlicher Einschätzung genug für den Kultursektor getan würde.

Der Bereich **Wohnen** wurde überwiegend positiv bewertet; hier sieht die Mehrzahl weitgehend keinen Handlungsbedarf. Unter Heranziehung der statistischen Angaben, wonach 16.310 der 17.448 Wohnungen voll ausgestattet sind²⁷, kann hier von einer objektiven Einschätzung durch die Organisationen ausgegangen werden.

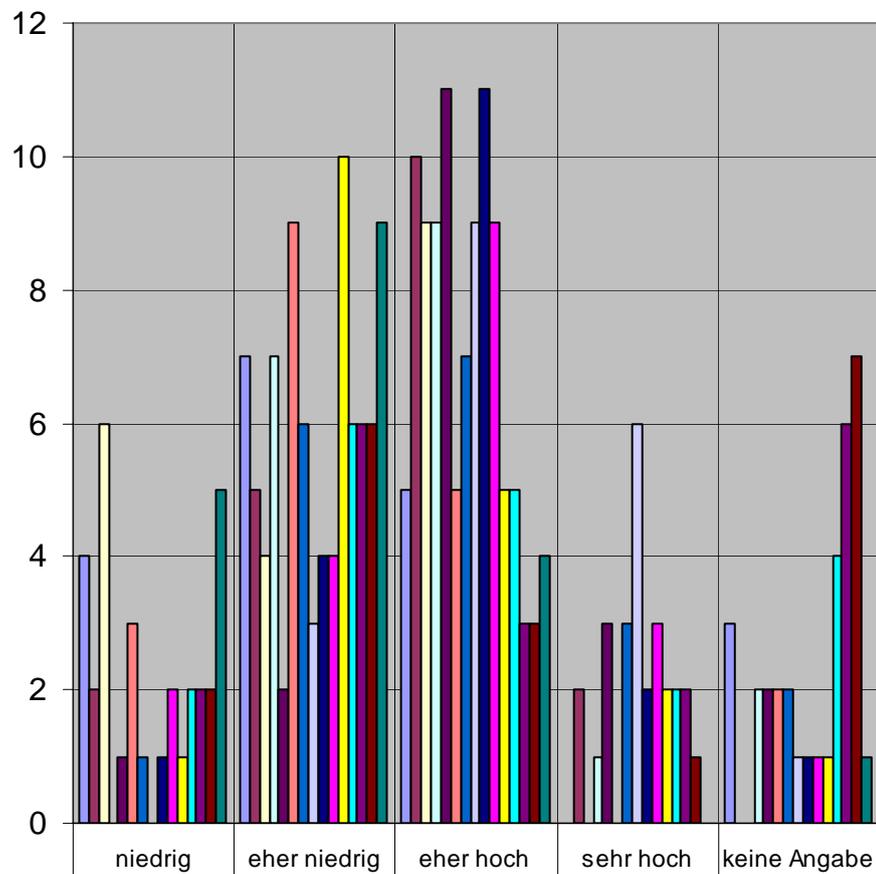
Für die übrigen Themenfelder **Volkshochschule**, **Umwelt-/ Naturschutz** und **Verbraucherschutz** lassen sich keine Angaben machen, da zum einen die Streuung der Antworten zu groß ist, zum anderen aber auch etliche Befragte – aus mangelndem Interesse oder mangelnder Information – hierzu keine Angabe getätigt haben.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht noch einmal das Problem der divergierenden Meinungen und die schlechte bis unmögliche Verwertbarkeit dieser Aussagen. Wenn man die Tatsache der falschen Bewertung aus dem Missverständnis der Frage einmal unberücksichtigt lässt, ergibt sich aus den Daten, dass der städtische Handlungsbedarf in bestimmten Bereich dennoch ganz der subjektiven Betroffenheit des Befragten zum Zeitpunkt der Befragung unterworfen ist²⁸.

²⁷ Über die Hälfte der Gebäude stammen aus den Jahren 1971-1990 und sind in dem Plattenbautenstil der damaligen DDR errichtet worden.

²⁸ So wurde der Handlungsbedarf für die Straßen überwiegend als eher niedrig angesehen. Aktuelle Befragungen ergeben jedoch bundesweit einen hohen Handlungsbedarf bei Straßen auf Grund der witterungsbedingt hervorgerufenen Schäden im letzten Monat. Eine Befragung im Februar/März 2006 hätte daher möglicherweise zu völlig anderen Aussagen/Ergebnissen geführt. Dieses Beispiel dient nur der generellen Überlegung zur objektiven Verwertbarkeit solcher Fragen.

Einschätzung des städtischen Handlungsbedarfs



	niedrig	eher niedrig	eher hoch	sehr hoch	keine Angabe
Denkmalpflege	4	7	5	0	3
Gesundheit	2	5	10	2	0
Grünflächen	6	4	9	0	0
Kultur, Bibliothek, Museen	0	7	9	1	2
Jugend	1	2	11	3	2
ÖPNV	3	9	5	0	2
Radwege	1	6	7	3	2
Schulen	0	3	9	6	1
Soziales	1	4	11	2	1
Sportstätten	2	4	9	3	1
Straßen	1	10	5	2	1
Umwelt	2	6	5	2	4
Verbraucherschutz	2	6	3	2	6
Volkshochschule	2	6	3	1	7

Grafik 7

Möglichkeiten zur Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt Potsdam

40% der Befragten enthielten sich einer Antwort auf die Frage nach den Möglichkeiten zur Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt Potsdam. Zwei Drittel gaben an, dass sich durch die Privatisierung kommunaler Leistungen die Einnahmesituation für die Stadt verbessern würde. Als andere, nicht vorgegebene Möglichkeiten wurden die Rationalisierung der Verwaltung, sinnvolle Investitionspolitik, die Ansiedlung von Industrie bzw. Gewerbe und Akzeptanz von Regionalgeld bei der Steuerzahlung genannt.

Auch bei der Frage nach Senkung der städtischen Haushaltskosten machten 47 % der Befragten keine Angaben. Von den abgegebenen Einschätzungen führten 63 % eigene Vorschläge an: Bürokratieabbau, sinnvolle Investitionspolitik²⁹, effektiveres Wirtschaften, Personalabbau in Behörden und die verbesserte Abstimmung kommunaler Maßnahmen.³⁰ Häufig wurden auch die vielen Schwerpunktsetzungen des Haushaltes bemängelt. Für die Organisationen ist oftmals keine klare Konzeption ersichtlich.

5. Fragenkomplex III – Potsdam als Bürgerkommune

Bevor auf die Fragen im Bereich *Bürgerkommune* eingegangen werden konnte, war es oftmals notwendig (bzw. wurde von den Befragten explizit erfragt), dem Befragten eine kurze und neutrale Erläuterung des Begriffes zu geben. Potsdam als Bürgerkommune und die Bürgerkommune als neues Leitbild der Verwaltung, welches mehr Transparenz, Partizipation und Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger verspricht, sowie auch die Komponente des Bürgerhaushaltes, schienen vielen Interviewpartnern allenfalls oberflächlich bekannt zu sein.

Entsprechend wenig verwunderlich ist es daher, das sich 17 von 19 Befragten über das Projekt Bürgerkommune der Stadt Potsdam **schlecht** informiert fühlten. Lediglich zwei gaben an, *eher gut* im Bilde zu sein, neun sahen sich *eher schlecht* und acht sogar *sehr schlecht* informiert. Dies bestätigt auch die gesamtstädtische Tendenz. Von einigen Befragten wurde die Informationspolitik der Stadt verantwortlich gemacht: Sie hätten weder von den Informationsveranstaltungen zum Bürgerhaushalt, noch vom Leitfaden und dem Rahmenkonzept zum Projekt Bürgerkommune gehört und wünschten sich als Vertreter der aktiven Bürgerschaft eine direktere Einladung der Stadt an ihre Vereine und Organisationen. Das Vorhaben der Stadt eine Bürgerkommune anzustreben, ist daher selbst bei den Vertretern der aktiven Bürgerschaft nicht angekommen.

Die Organisationen hatten aber häufig Vorstellungen, wie eine Bürgerkommune Potsdams aussehen könnte und brachten eigene Vorschläge ein. So könnte der Informationsfluss und die Verbreitung des Projekts/Konzepts *Bürgerkommune Potsdam* durch verschiedene Angebote unterstützt werden, wie z.

²⁹ Es sollen hierbei vor allem Doppelausgaben vermieden werden.

³⁰ Hier sollen auch die Instandhaltungskosten berücksichtigt werden.

B. durch das Internet, Broschüren usw. Auch persönliche Anrufe oder Schreiben könnten eine noch größere Beteiligung forcieren

Ein weiterer Vorschlag war, dass alle Vereine erfasst werden sollten und nach Vorlieben für bestimmte Themen befragt werden sollten. Zu diesen Themen bekämen die Vereine dann Einladungen und Informationen. Der damit verbundene hohe Kostenaufwand wäre durch die zu erwartende höhere Bürgerbeteiligung gerechtfertigt und würde sich durch den Aufbau verlässlicher Netzwerke und Ansprechpartner langfristig reduzieren.

Dagegen glauben die Organisationen, die keine Zukunft in der Bürgerkommune sehen, dass sich die Mehrheit der Bürger nicht für die Belange der Stadt interessiert oder dass diese Form der Beteiligung keine bessere Kooperationsform darstellt.

Bei der Beantwortung der Frage 18 kam es zu einer hohen Fehlerquote.³¹ Dies lag vor allem in den Anfangsfehlern der Arbeitsgruppen begründet. Die Bezeichnung „welche Ziele“ führte zunächst auch innerhalb der Arbeitsgruppen zu der irrigen Annahme, es wären Mehrfachnennungen möglich. Gleichzeitig war es später schwierig, die Befragten zu einer einzigen konkreten Aussage zu motivieren. Von vielen wurden alle Ziele gleichwertig angesehen. Oft wurden auch noch eigene Vorschläge mit eingebracht. Tendenziell lässt sich jedoch feststellen, dass die meisten für mehr **Transparenz der Entscheidungen** plädierten, während die Identifikation mit der Stadt Potsdam nur eine untergeordnete Rolle spielte.³²

Die überwiegende Mehrheit der Interviewten erklärte sich bereit, sich mit ihrer Organisation an Treffen mit anderen zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen im Sozialraum aktiv zu beteiligen. Während 12 von 19 Befragten diese Bereitschaft äußerten, waren drei dagegen und drei weitere unentschlossen. In den offenen Gesprächen wurde dieses Ergebnis bestätigt. Die Mehrheit der Befragten stand grundsätzlich einer engeren Zusammenarbeit mit anderen Organisationen aufgeschlossen gegenüber, obwohl bislang z. B. die Sportvereine oft nur mit ihren Dachverbänden und dem Stadtsportbund in engerer Verbindung stehen.

³¹ Diese Meinung wird jedoch nicht von allen Mitgliedern der AGs geteilt. Es wurde die Auffassung vertreten, dass die Frage 18 durchaus Mehrfachantworten zulässt, da sie sonst von ihrer ganzen Konzeption her unsinnig sei, da sich die Antworten ja nicht ausschließen. Wertet man die Frage 18 unter diesem Aspekt aus, so gelangt man zu folgendem Ergebnis: Assoziiert wurde die Bürgerkommune Potsdam am stärksten mit dem Ziel mehr Demokratie und mehr Bürgerbeteiligung. Darauf folgten mehr Transparenz und mehr Informationen. Von den fünf Zielen des Leitfadens Bürgerkommune lag die Gewichtung aus Sicht der befragten aktiven Bürger somit vor allem auf dem Beteiligungs- (direkte Demokratie) und dem Informations- und Kontrollaspekt (Transparenz und Information). Ein Drittel der Befragten blieb allerdings die Antwort ganz schuldig, was auf eine mangelnde Information über das Projekt Bürgerkommune zurückzuführen sein könnte. Tendenziell lässt sich jedoch feststellen, dass die meisten für mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung sowie mehr Transparenz der Entscheidungen plädierten, während die Identifikation mit der Stadt Potsdam eine untergeordnete Rolle spielte.

³² Als riskant für das Projekt Bürgerkommune wurde dabei gesehen, dass die Beteiligung nur von Akademikern ausgehe. Um dieses Argument zu untermauern, wurde angeführt, dass heute schon viele der Vorsitzenden der Vereine/Organisationen Akademiker seien, die meist sogar aus dem Verwaltungssystem der Stadt kamen. Diese würden sich daher sehr gut in der Finanzbürokratie auskennen und daraus resultierend einen Vorteil gegenüber anderen Organisationen haben. Die Angst vor Lobbyismus und Übervorteilung wurde auch hier spürbar.

Die Handlungsfelder der Bürgerkommune, die als *eher hoch* bis *sehr hoch* eingestuft wurden, waren die Mitwirkung bei der Gestaltung und Entwicklung auf gesamtstädtischer Ebene, die Mitwirkung bei der Stadtteilentwicklung und die Mitwirkung bei der Entscheidung über finanzielle Prioritäten. Die Mitwirkung bei der Entwicklung im Stadtteil wurde dabei öfter als besonders wichtig eingestuft (Siehe Tabelle 1). Dies deckt sich auch mit gesamtstädtischen Tendenzen. Die gesamtstädtische Mitwirkung als Handlungsfeld der Bürgerkommune sahen 13 von 19 der befragten Organisation als wichtig an, vier der Befragten machten keine Angaben, was mitunter darauf zurückzuführen ist, dass ihre Vereine nur im Stadtteil arbeiten und sie ein gesamtstädtisches Handlungsfeld aus der Perspektive ihrer Organisation nicht sahen. (Siehe Grafik 8)

	Mitwirkung gesamt- städtische Ebene	Mitwirkung Stadtteil- entwicklung	Mitwirkung finanzielle Prioritäten	Mitwirkung Verbesserung Bürgerorientierung	Mitwirkung Aktivierung Bürgerschaft
niedrig	1	2	1	1	2
eher niedrig	1	3	3	6	3
eher hoch	12	6	10	8	6
sehr hoch	1	8	4	3	6
k. A.	4	0	1	1	2
Insgesamt	19	19	19	19	19

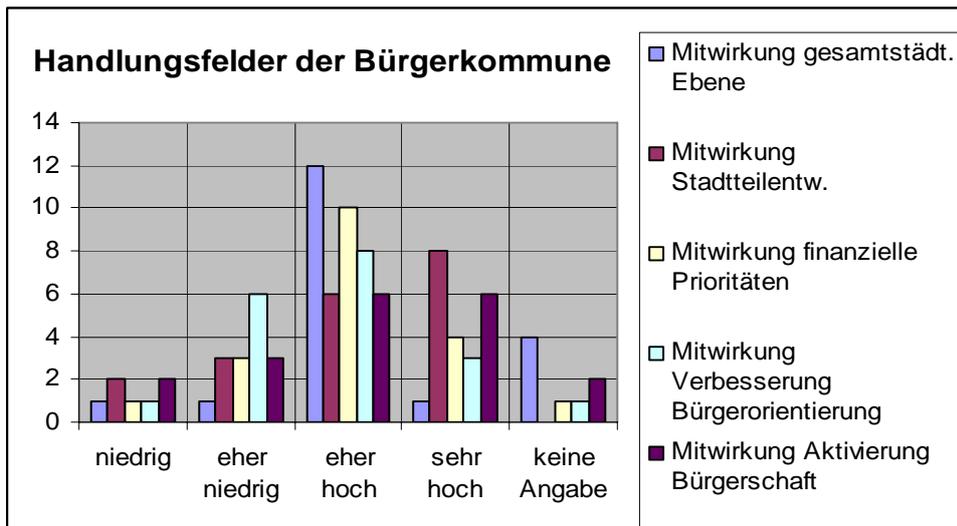
Tabelle 1

Die Aktivierung der Bürgerschaft sah ebenfalls eine Mehrheit der Befragten als wichtiges Aufgabengebiet der Bürgerkommune. Die Mehrheit der Befragten wünschten sich in dem Zusammenhang mehr Kooperationsformen zwischen Politik, Verwaltung und Bürger. Hier wurde besonders der Wunsch nach mehr Diskussion und die bessere Durchsetzung von (vorgeschlagenen) Projekten deutlich.³³

Bei der Verbesserung der Bürgerorientierung der städtischen Verwaltung spaltete sich das Meinungsbild: Insgesamt elf sahen darin ein wichtiges und sehr wichtiges Handlungsfeld, sieben fanden es dagegen eher unwichtig oder unwichtig. Diese Einschätzung hing offenbar oft mit den persönlichen Erfahrungen der Organisationsvorstände mit der städtischen Verwaltung zusammen.³⁴

³³ Ein entsprechender Vorschlag war z. B. die Bildung/Schaffung eines entsprechenden Forums/Versammlung als mögliche neue Kooperationsform. In dem Fall wurde ein Management der Wohngebiete vorgeschlagen, die jedoch nicht mit einer Bürgersprechstunde vergleichbar sei, sondern als Diskussions- und Informationsplattform diene solle.

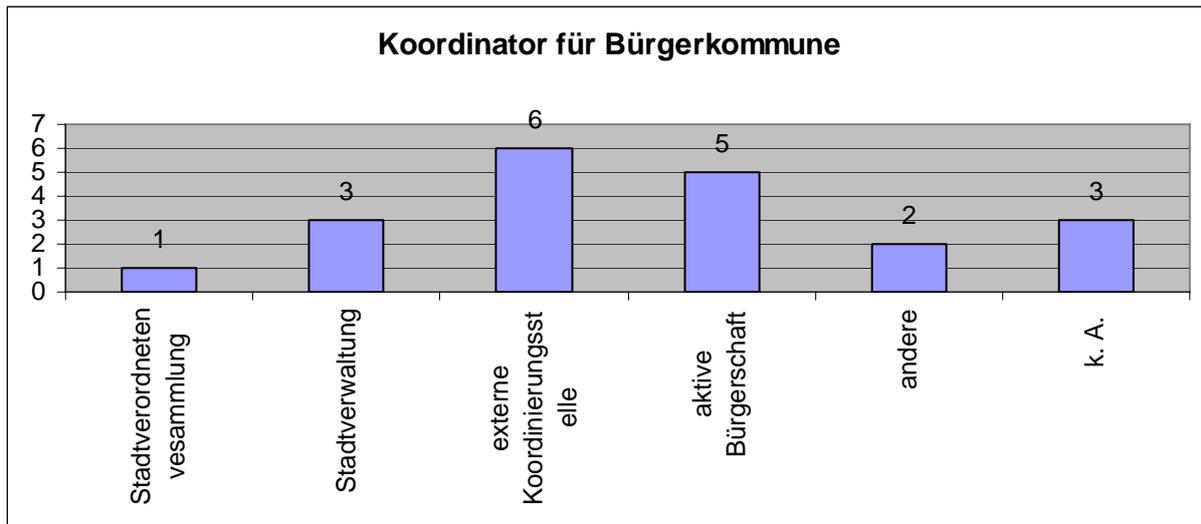
³⁴ Zu erwähnen sei hierbei noch, dass diesbezüglich die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt mehrheitlich als positiv hervorgehoben wurde, während jedoch insgesamt der Bürokratisierung und die damit verbundene bürger-



Grafik 8

Die meisten Befragten waren der Ansicht, dass die Aktivitäten in einer Bürgerkommune Potsdam entweder von einer externen Koordinierungsstelle oder von der aktiven Bürgerschaft selbst koordiniert werden sollen. (Siehe Grafik 9) Insgesamt elf von 19 der Befragten äußerten sich in dieser Richtung. Drei sahen die Koordinierung bei der Stadtverwaltung und nur ein Interviewpartner bei der Stadtverordnetenversammlung. Die Gründe für diese Entscheidungen lagen zum Teil darin, dass nach Ansicht der Befragten Entscheidungen oft nach den persönlichen Präferenzen der Stadtverwaltung/der Stadtverordneten getroffen würden. Durch eine externe Koordinierungsstelle oder der Koordinierung durch die aktive Bürgerschaft hoffen viele, durch dieses mehr an Partizipation – nicht zuletzt durch die doch nicht unbeträchtliche Macht des Koordinators – die Stadtverordneten zu besseren strategischen Entscheidungen bewegen zu können.

und organisationsunfreundliche Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden, z. B. in Bezug auf die Dauer von Bearbeitung von Anträgen, etc. kritisiert wurde.



Grafik 9

Insgesamt lässt sich festhalten, dass es innerhalb der aktiven Bürgerschaft das Gefühl gab, über die Bürgerkommune nicht richtig informiert worden zu sein. Das Wissen darüber war dementsprechend unsicher. Der Wille zur aktiven Mitwirkung ist jedoch da und recht stark ausgeprägt, was sich auch in der assoziierten Zielstellung von mehr direkter Demokratie zeigt. Auch die Aufgabe der Koordinierung möchten die meisten Befragten bei der aktiven Bürgerschaft selbst oder einer neutralen, externen Koordinierungsstelle sehen.³⁵

6. Fragenkomplex VI – Bürgerhaushalt Potsdam

Beteiligung am Bürgerhaushalt

Im Sozialraum VI ist der Wille zur Beteiligung am Bürgerhaushalt **enorm hoch**. Während 64% aller Organisationen in Potsdam sich zu einer Beteiligung bereit erklärten, waren es in diesem Sozialraum fast alle. Lediglich ein Verein sagte Nein.³⁶ Die Organisationen würden sich durch die Teilnahme an den Diskussionen, durch Mitgliedermobilisierung und durch die Teilnahme an Befragungen am ehesten beteiligen. Aber die Mehrheit ist auch bereit, sich aktiv einzubringen, z. B. bei der Mobilisierung der Bürger, als Beispiel wurde hier die Informationsverteilung genannt. 12 der 19 Vereine würden an Veranstaltungen mitwirken, sechs würden auch eigene durchführen³⁷.

Diese Ergebnisse spiegeln den Trend im gesamtstädtischen Vergleich wieder. Besonders wichtig ist den Vereinen dabei, mehr Transparenz über das Haushaltsverfahren zu bekommen. (Siehe Grafik 10) Überraschenderweise steht die Beteiligung an den Entscheidungen über Haushaltsprioritäten mit zehn

³⁵ Für die Zukunft wünschen sich aber auch viele der Befragten, dass die Bürgerkommune (aber auch der Bürgerhaushalt) von den Organisationen Potsdams geleitet werden soll, denn jede Einzelperson habe die Möglichkeit, sich in Netzwerken usw. zu engagieren. Sie hoffen dadurch, eine zu große Interessenstreuung und Ideenbekundung zu vermeiden.

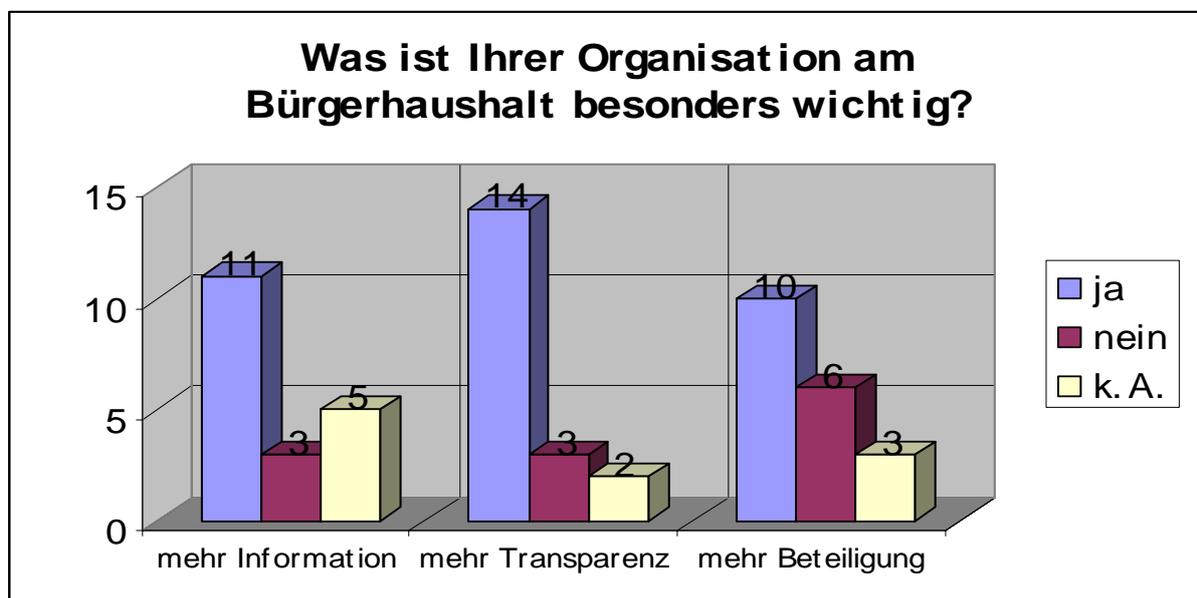
³⁶ Hier wurde das geringe Interesse an diesem Projekt von vornherein bekundet. Dies könnte an der familiären Struktur des Vereins liegen bzw. am mangelnden Interesse an gesamtstädtischen Belangen.

³⁷ Dabei wurden immer wieder die Bürgerhäuser als (möglicher) Veranstaltungsort genannt.

Zustimmungen an letzter Stelle, wenn auch sehr knapp. Doch bei der Verneinung wird es deutlicher. Sechs Vereine führen diesen Punkt nicht als besonders wichtig an. Den Organisationen ist also die Information/Diskussion über das Haushaltsverfahren wichtiger als die Entscheidungskompetenz.

Die Mehrheit (13) der Organisationen möchten dabei über den ganzen Haushalt debattieren. Als Begründung wurde genannt, dass viele Organisationen befürchten, dass die Diskussion nur über den beeinflussbaren Teil auch nur kurzfristige Veränderungen mit sich bringen würde. Sie möchten aber langwährige Entscheidungen und strategische Weichenstellungen fällen.

Nur fünf Vereine hielten die beeinflussbaren Teile des Haushaltes für wichtiger. Gesamtstädtisch ist auch hier einen Unterschied zu verzeichnen, denn hier wollen nur 56,8 % über den gesamten Haushalt diskutieren. Im Sozialraum VI sind es 70 %.³⁸



Grafik 10

Wirkungen des Bürgerhaushaltes

Die Vereine sind dem Bürgerhaushalt gegenüber aufgeschlossen. Bei der Schätzung möglicher positiver Wirkung des Bürgerhaushaltes halten 15 Vereine realisierbare Vorschläge und Entscheidungshilfen für die Politik möglich. Über 70 % der Organisationen gehen davon aus, dass der Bürgerhaushalt zu mehr Identifikation mit der Stadt führen wird und so auch mehr bürgerliches Engagement entsteht. Nur rund 50 % der Vereine glauben, dass sich ein repräsentatives Meinungsbild,

³⁸ Hier wurden weitere Vorschläge für die Umsetzung gegeben: So sei die organisierte Bürgerschaft als zusätzliches (Kontroll-)Gremium denkbar, um Fehl Ausgaben zu minimieren. Es solle aber zugleich darauf geachtet werden, dass die Entscheidungen über den Haushalt nicht durch die zusätzlichen Akteure komplizierter werde. Die Befragten sehen sich mehrheitlich in der Rolle des Fragers. Sie möchten mehr Information, um die Ausgaben und Investitionen hinterfragen zu können. Sie sind sich darüber im Klaren, dass es natürlich auch Sachzwänge gibt. Einige sind besonders an der Erklärung der Investitionen für die einzelnen Sozialräumen interessiert.

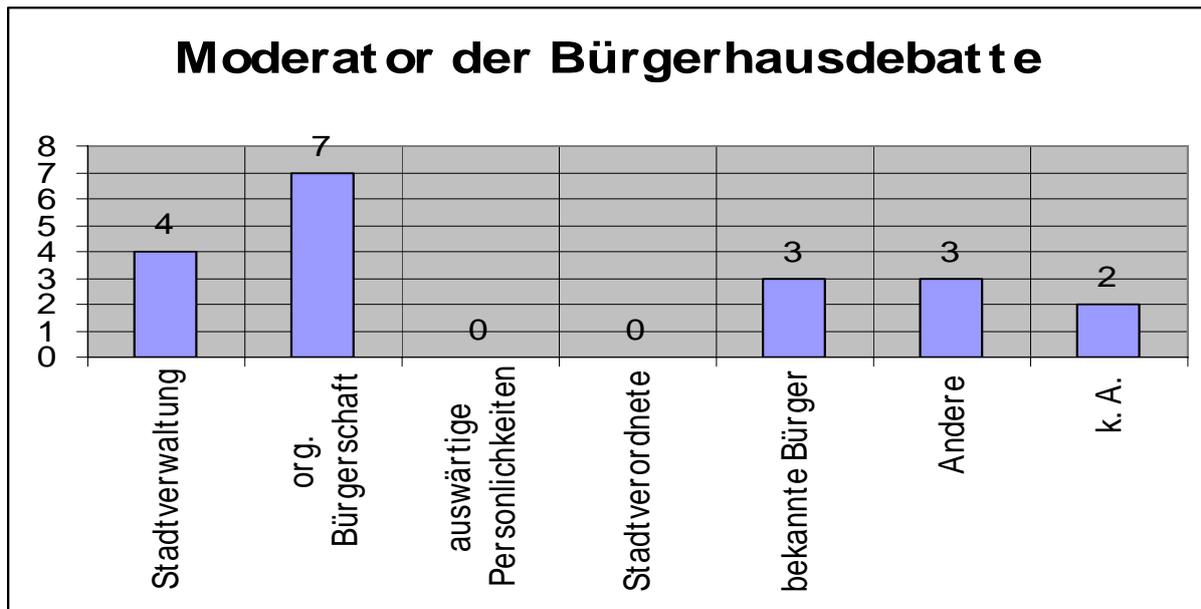
unpopuläre Sparmaßnahmen, ein effektiverer Mitteleinsatz oder die Qualität des Haushaltes verbessert würden. Die möglichen Probleme des Bürgerhaushaltes werden, wie auch gesamtstädtisch, bei der Selbstdarstellung der Parteien, bei der Nichterfüllung von Erwartungen gesehen oder aber auch darin, dass sich nur starke Vertretungen durchsetzen werden. Dass der Bürgerhaushalt zuviel Zeit der Stadtverwaltung bindet oder zuviel Geld im Verhältnis zu seinem möglichen Nutzen kostet, wurde von wenigen Vereinen als mögliches Problem betrachtet. Hierbei ist zu beachten, dass bei diesen Fragen, sieben der Vereine keine Angaben machten, weil sie es nicht einschätzen konnten.

Im Gespräch sahen einige Befragten noch die generelle Finanzierung dieses Projekts als problematisch an („leere Kassen der Kommune“) oder wiesen darauf hin, dass dies ein sehr langwieriger und aufwändiger Prozess sei und der Nutzen noch nicht absehbar wäre – insbesondere im Hinblick auf ein mögliches Scheitern. Weiterhin wird von einigen Befragten trotz des Zugeständnisses, dass durch den Bürgerhaushalt mehr Informationen dem Bürger zufließen, bezweifelt, dass sich letztlich mehr Bürger an den Projekten Bürgerkommune oder Bürgerhaushalt beteiligen.

Zukünftige Ausgestaltung des Bürgerhaushaltes

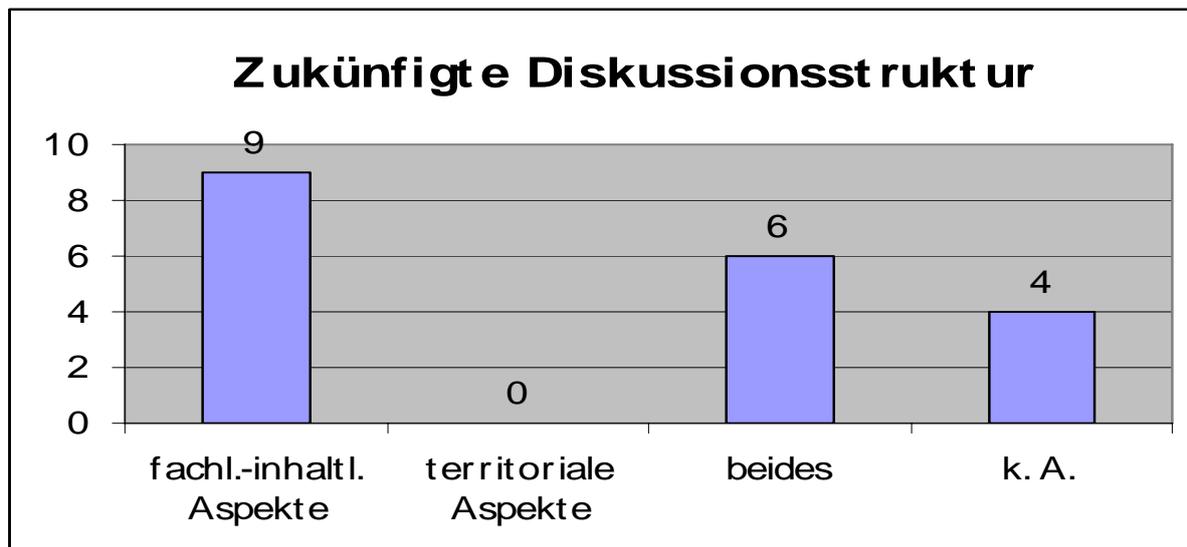
Die Befragung in der gesamten Stadt Potsdam kommt zu dem Resultat, dass der Bürgerhaushalt zukünftig von Vertretern der organisierten Bürgerschaft oder von bekannten Bürgern moderiert werden sollte. (Siehe Grafik 11) Im Sozialraum VI sind sich die Vereine uneinig. Vier möchten eine Moderation durch die Stadtverwaltung, sieben sind für Vertreter der organisierten Bürgerschaft, drei für bekannte Bürger der Stadt und drei haben andere Vorschläge unterbreitet³⁹. Die Ablehnung der Stadtverordneten als Moderator wurde sehr deutlich. Ebenso sollen sich keine auswärtigen Bürger dieser Aufgabe widmen.

³⁹ Weitere Vorschläge: Der Bürgermeister oder „neutrale“ Bürger der Stadt, die nicht zwangsläufig bekannt sein müssen, aber vor allem nicht organisiert sind.



Grafik 11

Bei der Strukturierung der künftigen Diskussion des Bürgerhaushaltes sind neun von 19 Vereinen für eine Ausrichtung nach fachlich- inhaltlichen Aspekten.⁴⁰ Sechs Vereine sind dagegen für eine Mischform, in der sowohl nach fachlich-inhaltlichen als auch nach territorialen Aspekten⁴¹ diskutiert werden soll. Hier zu bemerken, dass besonders Vereine im sozialen, Kinder- und Jugendbereich eine fachliche Diskussion befürworten. (Siehe Grafik 12)

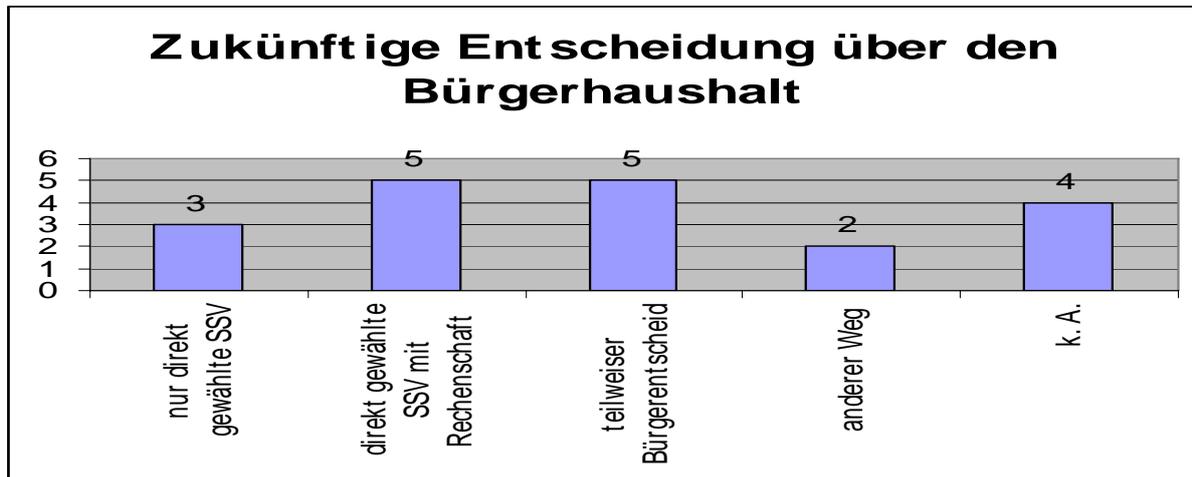


Grafik 12

⁴⁰ Erst Fachforen, dann gesamtstädtische Diskussion.

⁴¹ Erst Stadtteildiskussion, dann gesamtstädtische Diskussion.

Bei der Frage nach den Vorstellungen der befragten Vereine über künftige Entscheidungen über den Bürgerhaushalt, haben sich zu gleichen Teilen je fünf Organisationen dafür ausgesprochen, dass zum einen die direkt gewählte Stadtverordnetenversammlung die letzte Entscheidungsgewalt behalten soll, die jedoch verpflichtet wird, soviel wie möglich von den Bürgervorschlägen umzusetzen und darüber Rechenschaft abzulegen und zum anderen für einen teilweisen Bürgerentscheid. (Siehe Grafik 13)



Grafik 13

Die Begründungen bei Nachfragen für diese Antworten waren sehr unterschiedlich. Die drei Organisationen, die für eine alleinige Entscheidungsbefugnis der SSV führten an, dass die Bundesrepublik eine repräsentative Demokratie ist und dies auch befürwortet wird.

Die fünf Organisationen, die ebenfalls die endgültige Entscheidung bei den Stadtverordneten sehen, sind der Meinung, dass die Wahl allein nicht ausreicht und die direkt gewählten Vertreter sich weiterhin an den Interessen der Bürger zu orientieren haben. Dies sei über die Berücksichtigung von Bürgervorschlägen und der Rechenschaftspflicht am ehesten zu.

Für den teilweisen Bürgerentscheid wurde sich ausgesprochen, um strategische Dinge den Bürgern zu überlassen. Hier wurden sogar konkrete Vorschläge, wie dies stattfinden könnte, gemacht. Zwei Organisationen sprachen sich für eine Abstimmung per Internet und eine Organisation für Briefwahl aus.

Zwei Vereine waren der Ansicht, dass ein anderer Weg gefunden werden muss, der die Ergebnisse der Debatte über den Bürgerhaushalt für die Stadtverordneten verbindlich macht. Für eine Organisation ist eine Bürgerkommune gar nicht notwendig, da es schon genug demokratische Strukturen gibt. Es sollte daher bei schwierigen Entscheidungen, bei denen sich die Politik nicht einig ist, die Bürger befragt werden. Im gesamtstädtischen Vergleich sind ähnliche Tendenzen zu erkennen. Hier bevorzugen allerdings 50 % der Vereine, dass die SVV entscheiden soll, aber Rechenschaft ablegen muss.

Exkurs: Spezifische Probleme der Vereine

Wir haben im Anschluss an den standardisierten Fragebogen den Organisationen die Frage gestellt, welche besonderen Probleme speziell ihre Organisation habe:

Die Sportvereine bemängelten mehrheitlich, dass die Politik den Sport nicht überall gleich fördern würde, so würde z. B. der öffentlichkeitswirksamere Profisport dem Breitensport gegenüber bevorzugt. Bisher sei die Förderung des Sports personellen Schwankungen ausgesetzt gewesen. Politik lasse in diesem Fall Lobbyismus zu. Es sollte zukünftig darauf geachtet werden, dass Vereine, die schon viel Geld haben, nicht noch mehr gefördert werden (z. B. im Fußball). Des Weiteren machten sie darauf aufmerksam, dass Geld nicht nur für die Investition an sich geplant werden müsse, sondern auch für die Instandhaltung übrig sein sollte. Hier wurden besonders die Sporthallen benannt.

Die Bürgerhäuser und Initiativen sahen die häufig vorgefasste Meinung der Verwaltung als einen großen Kritikpunkt an. Diese werde hauptsächlich von Klischees und Vorurteile über die Organisation oder den Stadtteil⁴² beherrscht.

Die Vereine im sozialen und Kinder- und Jugendbereich sahen besonders das Haushaltssicherungskonzept für nicht richtig an. Die Vereine hätten dadurch Probleme, sich zu halten. Durch die minimalistische Förderung seien viele „zum Sterben“ verurteilt. Hier sei eine Unehrlichkeit der Politik vorhanden. Proklamiert würde, dass die Politik/die Politiker viel für die Familien täten, die tatsächliche Umsetzung dann aber scheitere bzw. nur halbherzig bewerkstelligt würde. Die Förderung für nur ein Jahr sei schlecht für die langfristige Planung. Besonders bei der Personalplanung entstünden als Resultat Probleme bei der Motivation. Zwei- oder Mehrjahrespläne sollten daher möglich sein. Des Weiteren arbeite die Verwaltung viel zu langsam und mit zu viel Aufwand (z. B. bei den Finanzen). Es sollten daher pauschalere Kosten vereinbart werden können; im Bereich Personal sei dies sehr wichtig.

Im sozialen Bereich gäbe es immer Konkurrenz, da die kleineren Vereine/Organisationen so jederzeit „ins Aus“ geraten können. Hier könnten auch Qualitätsstandards weiterhelfen. Jugendarbeit sei nach der momentanen Sachlage oft nur noch durch ehrenamtliches Engagement möglich, so dass auch hier die Beteiligungsmöglichkeiten vereinfacht werden sollten.

7. Zusammenfassung

Als Fazit unserer Arbeit für das Projektseminar lässt sich ziehen, dass die organisierte Bürgerschaft der Stadt Potsdam den Willen und die Bereitschaft zur aktiven Mitgestaltung am Projekt Bürgerkommune besitzt, sich aber von der auf diesem Gebiet schlechten Informationspolitik der Stadt Potsdam im Stich gelassen fühlen. Der Begriff der Bürgerkommune musste den meisten der Interviewten explizit erläutert werden, da er diesen oftmals gänzlich unbekannt war. Nach der Klärung

⁴² Hier sei noch einmal an den Vorwurf/die Meinung erinnert, der Sozialraum VI, speziell der Schlaatz, entwickle/zeige „Ghetto“-ähnliche Tendenzen.

dieses Begriffs wurde die oberste Maxime deutlich, nach der diese handeln solle: Transparenz der Entscheidungen.

Auch sollte der Politik die latente Skepsis gegenüber „denen da oben“ ernsthaft zu denken geben. Die Mehrzahl der Befragten befürwortete, dass die Aktivitäten in einer Bürgerkommune entweder von einer externen Koordinierungsstelle oder von der aktiven Bürgerschaft selbst koordiniert werden sollte, nicht jedoch von der Stadtverwaltung oder der SVV. Die Befürchtung, dass Entscheidungen nach persönlichen Präferenzen der Stadtverwaltung/der Stadtverordneten getroffen werden würden, lässt den Nährboden für Politikverdrossenheit und radikale Wahltendenzen gedeihen. Daher wünscht sich die Mehrzahl der Befragten eine bessere Kooperation zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern.

Nach der Transparenz der Entscheidungen war der Mehrzahl der Befragten die Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt Potsdam das zweitwichtigste Anliegen. Die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten höflich übergehend, hatten die meisten der Interviewten prompt eigene Antworten parat, wie die Einnahmesituation der Stadt Potsdam zu verbessern sei: Bürokratieabbau, Rationalisierung der Verwaltung, sinnvolle Investitionspolitik, effektiveres Wirtschaften, Abstimmung kommunaler Maßnahmen und Personalabbau in Behörden. Darüber hinaus wurden die vielen Schwerpunktsetzungen des Haushaltes bemängelt, eine klare Konzeption sei oftmals nicht ersichtlich.

Als Handlungsfelder der Bürgerkommune, die von der Mehrzahl der Befragten als besonders wichtig empfunden wurden, sind die Mitwirkung bei der Gestaltung und Entwicklung auf gesamtstädtischer Ebene, die Mitwirkung bei der Stadtteilentwicklung, die Mitwirkung bei der Entscheidung über finanzielle Prioritäten und vor allem die Mitwirkung bei der Entwicklung im Stadtteil hervorzuheben.

Alles in allem wünschen sich die aktiven Bürger der Stadt Potsdam eine stärkere Aktivierung der Bürgerschaft im Sinne der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Nur auf diesem Wege lässt sich der Erfolg des Projektes Bürgerkommune für die Stadt Potsdam gewährleisten.

Abschlussbericht Gesamtstädtische Gruppen

Von Michael Hoppe, Erik Miczynski, Charlotte Runow, Thomas Vogelpohl und Kerstin Weißert

1. Einleitung

Zwischen dem 29. November 2005 und dem 13. Januar 2006 führte unsere Arbeitsgruppe mit Vertretern von in der gesamten Stadt Potsdam tätigen Organisationen insgesamt 14 Interviews durch. Deren Ziel war es, Kenntnisstand, Erwartungen und Forderungen bzw. Ansichten und Meinungen der gesamtstädtischen Gruppen bezüglich des Projektes einer Bürgerkommune bzw. eines Bürgerhaushalts in Potsdam zu eruieren. Dazu sollten Organisationen unterschiedlichster Größe und Struktur aus verschiedenen Politikfeldern (Sport, Umwelt, Kultur, Jugend- und Sozialbereich etc.) befragt werden, um ein möglichst umfassendes Spektrum der Potsdamer Verbändelandschaft abbilden zu können. Die Ergebnisse dieser Interviews sollen in dem vorliegenden Bericht kurz dargestellt werden.

Analog zum verwendeten Fragebogen des Projektseminars werden dazu in Kapitel 2 kurz die allgemeinen Angaben zu den Organisationen ausgewertet. Anschließend soll beschrieben werden, wie die gesamtstädtischen Gruppen die Lebensqualität für bestimmte Personengruppen in Potsdam einschätzen und bei welchen städtischen Angelegenheiten sie erhöhten Handlungsbedarf sehen (Kapitel 3). In Kapitel 4 werden dann der Informationsstand und die grundsätzlichen Einstellungen und Positionen der befragten Gruppen zum Thema „Potsdam als Bürgerkommune“ aufgezeigt, während im darauf folgenden Kapitel 5 explizit auf die Beteiligungsbereitschaft und die Meinungen und Wünsche der Organisationen in Bezug auf den Bürgerhaushalt in Potsdam eingegangen wird. In jedem dieser Kapitel soll besonders auf auffällige und vom Gesamtergebnis der Befragungen der organisierten Bürgerschaft abweichende Antworten hingewiesen und versucht werden, Interpretationsansätze für diese Resultate zu liefern. Zum Schluss des Berichts werden die Ergebnisse kurz zusammengefasst und in einem Fazit beurteilt (Kapitel 6).

Vorausschickend ist noch zu sagen, dass im Rahmen des Seminars und dieses Berichts keine vollständige Analyse der Meinungen und Einstellungen der gesamtstädtischen Gruppen zur Bürgerkommune bzw. zum Bürgerhaushalt in Potsdam erarbeitet werden konnte und somit kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann.

2. Angaben zu den Organisationen

Von den befragten Organisationen wurden 57,2 % in der Zeit von 1990 bis 1993 gegründet. Damit lässt sich klar ein Schwerpunkt erkennen. Die Extreme liegen zwar bei 1988 und 2004, allerdings gab es Anfang der 1990er Jahre einen wahren Gründungsboom. Im Vergleich mit der Gesamterhebung liegen die gesamtstädtischen Organisationen damit genau in der Norm, da in ganz Potsdam vor allem in den Jahren 1990 und 1991 neue Organisationen gegründet wurden. Die Frage nach der

Mitgliederzahl ergab, dass die meisten befragten Vereine unter 50 Mitglieder (63,6%) haben, Ausnahmen stellen dabei selbstverständlich Sportvereine dar mit weit höheren Mitgliederzahlen.

Eine knappe Mehrheit der befragten Vereine (57,1 %) ist Teil einer übergeordneten Dachorganisation (vor allem auf Landes- oder Bundesebene). 42,9 % der befragten Vereine sind gemeinnützig organisiert und der Organisationsauswahl gemäß sind 92,9 % gesamtstädtisch tätig, lediglich eine Organisation und damit 7,1% beschränkt ihre Arbeit auf nur einen Sozialraum. Die Politikfelder, in denen die gesamtstädtischen Organisationen überwiegend tätig sind: Soziales (71,4 %), Jugend (50 %) und Kultur (42,9 %). Diese stimmen damit mit dem Gesamtbild überein. Überraschend ist, dass das Politikfeld Sport nur zu 28,6 % benannt wurde und auch in der Gesamtübersicht nicht zu den Spitzenreitern gehört. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass durch die möglichen Mehrfachnennungen Sportvereine neben dem Politikfeld Sport ebenfalls Soziales, Jugend und möglicherweise auch Kultur angegeben haben, wohingegen andere Organisationen mit Schwerpunkt Soziales, Jugend oder Kultur kaum Sport zusätzlich angeben konnten.

Wie für Organisationen mit gesamtstädtischem Tätigkeitsfeld nicht überraschend, wirkt ein sehr großer Teil an Bürgerforen mit. Die Zahl von 78,6% der Vereine, die mit solchen Foren zusammenarbeiten, ist eine klare Aussage für übergreifende Kommunikation und drückt den Bedarf nach Vernetzung der Arbeit aus. Auffällig ist jedoch, dass die getroffene Auswahl der Bürgerforen für den Fragebogen lediglich 25,7% abdeckt, wobei der größere Teil, nämlich 50% in anderen Foren, bzw. Stammtischen o. ä. aktiv ist. Genannt wurden dabei u. a. Energiestammtisch, Seniorenforen, Forum Bildende Kunst, Frauenstammtisch, Gesunde Stadt, Gesundheitsring und Verkehrstisch. Als andere Beteiligungsformen werden vor allem „Teilnahme an Ausschusssitzungen der SVV“ und „Teilnahme an Sitzungen der SVV“ genutzt, welche die gesamtstädtischen Organisationen ähnlich häufig genannt haben, wie andere Organisationen in den Sozialräumen und passt somit ins Gesamtbild. Es fällt allerdings auf, dass die genannten Formen der Beteiligung vor allem passive Informationsmöglichkeiten sind und aktive Verfahren wie Bürgerbegehren oder Einwohneranträge, entschieden seltener zur Partizipation gewählt werden.

Die Frage nach Mitgliedschaft bzw. Mitarbeit in Beiräten haben auffallend viele Organisationen nicht beantworten, bzw. keine Antwort geben können (78,6 %). Die Organisationen, die positive Antworten geben konnten, haben größtenteils nur gemeinsame Aktivitäten mit Beiräten durchgeführt, wobei kein Beirat besonders heraus sticht. Mitgliedschaften gibt es nur wenige. Daraus ergibt sich, dass die Arbeit in oder mit Beiräten scheinbar nicht als Erfolg versprechend gewertet wird, allerdings kann auch Unwissenheit der Befragten der Grund für das wenig aussagekräftige Antwortergebnis sein.

Während bezüglich des Vernetzungsgrades der zivilgesellschaftlichen Gremien die Bewertung in der Gesamterhebung eher zu einem geringen Vernetzungsgrad („eher gering“ 54,4 %, „sehr gering“ 13,2 % = 67,6 % gesamt) tendiert, so stellt sich das Bild für die gesamtstädtischen Organisationen leicht abgewandelt dar: Keine Organisation schätzt den Vernetzungsgrad als „sehr gering“ ein.

Die Angaben der gesamtstädtischen Gruppen mit jeweils 45,5 % bei „eher gering“ und „eher hoch“ halten sich die Waage, bedenkt man jedoch, dass 9,1 % „sehr hoch“ angegeben haben, so ergibt sich eine positive Tendenz für einen eher hohen Vernetzungsgrad. Diese Abweichung ist allerdings nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass gesamtstädtisch tätige Organisationen von Natur aus bessere Vernetzungsmöglichkeiten haben, als Organisationen, die in nur einem Sozialraum wirken.

Bei der Bewertung der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung liegen die gesamtstädtischen Organisationen ebenfalls positiv über der Gesamttendenz, allerdings ist die Grundeinschätzung gleich, nämlich ein „eher hoher“ Vernetzungsgrad (Gesamt: 55,7 %, gesamtstädtisch: 64,3 %). Berücksichtigt man die Antworten für „sehr hoch“, so ergibt sich das positive Bild noch deutlicher (Gesamt 73,9 %, gesamtstädtisch 78,6 %). Die Stadtverwaltung geht scheinbar in sehr gutem Maße auf die Organisationen ein. Der überwiegende Teil der befragten Organisationen (64,3 %) wird von der Stadt bezuschusst, was zumindest einen Erklärungsansatz für die insgesamt positive Bewertung des Zustandes der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung bieten könnte.

3. Problemanalyse Leben in Potsdam

Der zweite Teil des Fragebogens gibt Aufschluss über das Leben in Potsdam und die Möglichkeiten zur Einnahmenerhöhung und Ausgabensenkung im Stadthaushalt anhand einer Problemanalyse aus der Sicht der gesamtstädtischen Organisationen. Zu den Fragen 13 und 14, die Informationen zur Lebensqualität und zum Handlungsbedarf in Potsdam liefern, gaben die befragten Organisationen zu Bedenken, dass pauschalisierte Angaben in diesem Fragenteil kaum möglich sind, da die Problemfelder von Stadtteil zu Stadtteil unterschiedlich ausfallen. Ebenso müsse man bei der Frage 13 innerhalb der jeweiligen Gruppe mehr differenzieren. So ist zum Beispiel die Lebenssituation für Behinderte in Potsdam stark abhängig von der Art der Behinderung. Fast ein Drittel der Befragten wollten als Nichtbetroffene bzw. Außenstehende keine Angaben zu einzelnen Punkten der Frage 13 machen. Insgesamt beurteilten die gesamtstädtischen Organisationen die Lebensqualität in Potsdam als sehr gut und spiegelten somit den Trend der Gesamtstatistik aller befragten Organisationen wieder. Jedoch bewerteten die gesamtstädtischen Organisationen nicht nur die Lebensqualität für Radfahrer, sondern auch die für Ausländer und Behinderte als schlecht.

Fußgänger und Radfahrer haben wegen der vielen Baumaßnahmen „viel zu leiden“ und die Situation für Behinderte in Potsdam ist speziell durch zu hohe Bordsteine eher unbefriedigend. Des Weiteren wurde angemerkt, dass insbesondere bei den Senioren eine Kluft zwischen reich (= gute Lebensqualität) und arm (= schlechte Lebensqualität) besteht. Dieser Umstand zeigt sich fast täglich bei der Arbeit des Seniorenbeirates. Darüber hinaus wird eine hohe Dunkelziffer an armen Senioren vermutet.

Als ein Indiz für die gute Lebensqualität für Familien wurde die hohe Zuzugsrate junger Familien erwähnt. Die Lebensqualität für Studenten sei hoch wegen der Universität, nicht wegen der Stadt. Es

wurde bemängelt, dass die Lebensqualität für Arbeitslose in der Problemanalyse nicht hinterfragt wurde. Wenig Handlungsbedarf sehen die gesamtstädtischen Organisationen bei der Denkmalpflege, den Grünflächen und den Volkshochschulen, was sich fast mit der Gesamtstatistik deckt. Abweichungen gab es in den Bereichen Wohnen und Verbraucherschutz, wo nach Meinung der Befragten auch Handlungsbedarf besteht. Im Gegensatz dazu sehen die Befragten insbesondere bei der Jugendarbeit, dem Schulbereich, den Radwegen und Straßen, dem Natur- und Umweltschutz und dem Sozialen sehr großen Handlungsbedarf.

Im Bereich des Sozialen müssten vor allem die Problemfelder, wie zum Beispiel die Asylbewerber und Obdachlosen, mehr Aufmerksamkeit bekommen. Besonders verbesserungswürdig in der Jugendarbeit ist der Bereich der Jobsuche, aber auch vorgegebene Qualitätsstandards (z. B. drei Sozialarbeiter pro Einrichtung) werden nicht oder werden in Zukunft nicht mehr erreicht, so dass die Situation der Jugendlichen in Potsdam momentan auf der Kippe steht. Ebenfalls verbesserungswürdig ist der Bereich Natur- und Umweltschutz bei städtebaulichen Maßnahmen, Stichwort: Ortsumgehung Golm. Im Bereich Wohnen wurde angemerkt, dass zwar genügend Wohnraum vorhanden ist, aber innerstädtisch bei den Mietpreisen noch gehandelt werden muss. Den Bereich Grünflächen muss man differenzierter betrachten, da bei den städtischen Grünflächen großer Handlungsbedarf besteht. Vielerorts gibt es Beschwerden über die Verschmutzung bzw. über den allgemein schlechten Zustand der städtischen Grünflächen.

Bezüglich der Frage nach der Einnahmesituation für die Stadt könnte diese laut einem Drittel der Befragten durch die Privatisierung kommunaler Leistungen verbessert werden. Ein Zehntel der Befragten sprach sich für den Verkauf kommunalen Eigentums aus und wiederum ein Zehntel sah Steuererhöhungen, wobei nur bestimmte Steuern erhöht werden sollten, als eine Möglichkeit an. Jedoch sollen die Gelder nicht für die Haushaltssanierung benutzt werden. Fast die Hälfte machte eigene Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt Potsdam: bessere Schuldeneintreibung, gerechtere Mittelverteilung, keine Verschwendung und eine reformierte Verteilung der Steuergelder. Ein weiterer Vorschlag betraf die Einführung einer Nahverkehrsabgabe für Kfz-Halter, die wiederum die Einnahmen im Bereich ÖPNV erhöhen und damit die Ausgaben der Stadt senken würde. Angemahnt wurde, dass auch städtische GmbHs gewinnbringend arbeiten und nicht ständig aus dem Haushalt bezuschusst werden sollten. Abgelehnt wurde die Erhöhung der Gebühren für kommunale Leistungen und die Erhöhung der Beiträge für die Nutzung kommunaler Infrastruktur zur Verbesserung der Einnahmen.

Das Ergebnis der Befragung der gesamtstädtischen Organisationen entspricht somit in seiner relativ hohen Befürwortung der Privatisierung kommunaler Leistungen und anderer, nicht im Fragebogen enthaltener Vorschläge voll und ganz der Gesamtstatistik aller befragten Organisationen. Die Senkung der Kosten im städtischen Haushalt, nach der in Frage 16 gefragt wurde, könnte laut 7,1 % der Befragten durch die Förderung von privat-öffentlichen Partnerschaften geschehen. Die Übernahme

kommunaler Leistungen durch die Bürgerschaft und die Streichung kommunaler Leistungen sei absolut fehl am Platz und wurde von niemandem gefordert. Doch 28,6 % der Befragten stimmten keiner der vorgegebenen Möglichkeiten zur Ausgabenreduktion zu und machten eigene Vorschläge.

Es wird eine rationelle Verwaltung, d. h. seriöse Verwaltung, und das Aus für Prestigebauten gefordert. Eine Kostensenkung bzw. Verbesserung der Einnahmesituation wäre nur durch eine bessere Umverteilung, klarere Prioritätensetzung beim Mitteleinsatz und die Nutzung von Synergieeffekten möglich. Die Konzepte und die Umsetzung der öffentlichen Einrichtungen und Investitionen müssen verbessert werden. Die Bürger sollten an den Entscheidungen und an der Ausarbeitung beteiligt werden. Es könnte z. B. das studentische Potential verstärkt genutzt werden (Diplom- oder Magisterarbeiten).

Besonders wichtig ist demnach die Abstimmung von Großprojekten mit der Bürgerschaft, ein negatives Beispiel ist das Spaßbad. Insbesondere wurde zur Kürzung der Beamtenbezüge und zur Verringerung der Förderung von Prestigeprojekten angehalten. Aber auch die Verbesserung der Schuldentilgung und die Verringerung der Investitionsquote könnten den Haushalt entlasten. Außerdem wird angeführt, dass es in Potsdam viele Feste gibt, die nicht besucht werden. Kulturförderung ist wichtig, aber nur, wenn sie auch genutzt wird. Die Bürgerschaft sollte mehr aktiviert werden, so hat zum Beispiel der Stadtsporthaus bereits die Pflege bzw. die Wartung diverser Sportstätten übernommen. Dieses Modell könnte auch auf andere Bereiche übertragen werden. Ebenso sollte das Ehrenamt mehr durch eine freiere Hand in der ehrenamtlichen Tätigkeit, also weniger Verwaltung, gefördert werden.

Überraschend bei der Auswertung der Beantwortung dieser Frage ist vor allem, dass 64,3 % der befragten Organisationen keine Antwort gaben, während dies in der Gesamtheit der interviewten Gruppen nur 37,9 % taten. Über Gründe für diese Zurückhaltung der gesamtstädtischen Gruppen zu der Frage der Kostensenkung im städtischen Haushalt kann man nur spekulieren. Es fällt auf, dass die Mehrzahl der Gruppen auf die vorhergehende, die Einnahmesituation betreffende Frage durchaus antwortete (64,3 %). So könnte geschlossen werden, dass die meisten der gesamtstädtischen Gruppen eine Verbesserung der Haushaltssituation, die eher über die Einnahmen- als über die Ausgabenseite bewerkstelligt wird, bevorzugen würden.

4. Potsdam als Bürgerkommune

Im Verlauf der Durchführung der Interviews hat sich gezeigt, dass die gesamtstädtisch aktiven Gruppen überwiegend gut bis sehr gut über das Projekt Bürgerkommune der Stadt Potsdam informiert sind. Während sich 57,1 % der Befragten „eher gut“ und 14,3 % der Befragten sogar „sehr gut“ informiert fühlen, sehen sich 7,1 % als „eher schlecht“ bzw. 21,4 % als „sehr schlecht“ informiert. Vergleicht man dieses Ergebnis mit dem Durchschnitt aller befragten Organisationen, so zeigt sich eine signifikante Diskrepanz zwischen den gesamtstädtisch tätigen Organisationen und dem Rest der

befragten organisierten Bürgerschaft. So schätzen sich ca. 60 % aller in Potsdam befragten Organisationen als schlecht informiert ein, während sich über 70 % der gesamtstädtisch tätigen Akteure gut informiert fühlen.

Informationsstand über das Projekt Bürgerkommune

Über die Gründe für diesen bemerkenswert unterschiedlichen Informationsstand lässt sich nur spekulieren. Ein Grund für den hohen Informationsstand der gesamtstädtischen Organisationen könnte die regelmäßige Teilnahme von rund 71 % der befragten Organisationen an Ausschusssitzungen der SVV bzw. die regelmäßige Teilnahme von 64 % der Befragten an Sitzungen der SVV sein, denn rund 95 % der Politiker in Potsdam sind gut über das Projekt Bürgerkommune informiert. Daher ist anzunehmen, dass das Projekt Bürgerkommune im politischen Diskurs eine große Rolle spielt und damit auch Teilnehmer an (Ausschuss-)Sitzungen der SVV vom guten Informationsstand der Politiker profitieren.

Trotz des relativ hohen Informationsniveaus innerhalb der gesamtstädtisch tätigen Gruppen konnte die Frage nach der Ziellozierung seitens dieser Gruppe in Bezug auf die Bürgerkommune aufgrund eines Fehlers im Fragebogen nicht aussagekräftig geklärt werden, da 57 % der Befragten Mehrfachnennungen vornahmen (nicht im Sinne der eigentlichen Intention dieser Frage – es sollte geklärt werden, welches der vorgegebenen Ziele oder ob gar andere Ziele höchste Priorität bei der Bürgerschaft haben). Von den lediglich sechs gültigen Antworten, sahen vier die größere Bürgerbeteiligung als wichtigstes Ziel der Bürgerkommune an (entspricht 66,7 %). Die restlichen 33,3% betrachteten mehr Transparenz als wichtigstes Ziel der Bürgerkommune. Damit scheinen die gesamtstädtisch tätigen Gruppen im Gesamttrend zu liegen, wo knapp 43 % der größeren Bürgerbeteiligung als Ziel der Bürgerkommune ihre höchste Priorität gaben (gefolgt von mehr Transparenz mit 23 % der gültigen Antworten). Ein größeres Maß an Bürgerbeteiligung scheint also das Hauptziel der Potsdamer Bürgerschaft bezüglich einer Bürgerkommune zu sein.

Auf die Frage hin, ob sich die jeweilige Organisation an Treffen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Sozialraum beteiligen würde, gaben 85,7 % der Befragten an, dass sie dies tun würden. Wie oben bereits erwähnt, sind über 70 % der gesamtstädtischen Akteure gut über den Bürgerhaushalt informiert. Betrachtet man beide Werte im Zusammenhang, so könnte man daraus schließen, dass ein guter Informationsstand eine hohe Bereitschaft zur Beteiligung mit sich zieht. Das Projekt Bürgerkommune erreicht also bei gut informierten Gruppen einen hohen Grad der Akzeptanz. Im Umkehrschluss würde dies bedeuten, dass die Information der Bevölkerung noch effektiver und breit gefächerter stattfinden muss als bisher, um das Projekt Bürgerkommune voranzutreiben.

Grundsätzlich betrachten die gesamtstädtischen Gruppen alle nachgefragten Handlungsfelder der Bürgerkommune als „wichtig“ bis „sehr wichtig“. Die Mitwirkung/Gestaltung auf gesamtstädtischer Ebene ist ihnen erwartungsgemäß besonders wichtig, weil dies in der Natur der jeweiligen Aufgabenfelder der befragten Organisationen liegt. Hier liegt die Einstufung weit über dem

Durchschnitt der gesamten befragten Potsdamer Bürgerschaft. Die Mitwirkung/Gestaltung im Stadtteil wird ebenfalls als wichtig angesehen, liegt aber unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Auffällig bei der Wichtigkeit der Handlungsfelder ist, dass die gesamtstädtischen Gruppen alle nachgefragten Handlungsfelder der Bürgerkommune als wichtiger einstufen als der Durchschnitt der gesamten Potsdamer Bürgerschaft.

Wichtigkeit der Handlungsfelder der Bürgerkommune

Jeweils ca. 31 % der Befragten sprechen sich für eine externe Koordinierungsstelle und für die Stadtverwaltung als Anlauf- bzw. Koordinierungsstelle einer Potsdamer Bürgerkommune aus. Dies liegt im gesamtstädtischen Durchschnitt. Im Falle der Stadtverwaltung ist das Ergebnis leicht überdurchschnittlich (31,8 % zu 22 % bei der gesamten Bürgerschaft). Beim Vergleich des Ergebnisses der gesamtstädtischen Gruppen mit dem Ergebnis der gesamten Bürgerschaft Potsdams in Bezug auf die „Wahl“ der Koordinierungsstelle bietet sich dennoch ein in etwa homogenes Bild.

5. Bürgerhaushalt Potsdam

Dem vierten Teil der Befragung kommt eine besondere Bedeutung zu, da es sich hier um das eigentliche Thema, um den eigentlichen Grund der Befragung handelt. Umso wichtiger ist es festzuhalten, dass der Informationsstand der 14 befragten Organisationen höchst unterschiedlich war. Zunächst muss noch darauf hingewiesen werden, dass der Begriff ‚Bürgerhaushalt‘ von einem Befragten stark kritisiert wurde. Bürgerhaushalt, so der Befragte, impliziere, dass der Haushalt direkt von den Bürgern aufgestellt werde. Sowohl die gut Informierten, als auch die nur unzureichend Informierten wollen sich zu großen Teilen am Bürgerhaushalt beteiligen. 12 der 14 der Befragten wollen sich sicher beteiligen, bei einer Organisation ist die Beteiligung noch fraglich und nur eine Organisation zeigt keine Bereitschaft sich auf das Projekt Bürgerhaushalt einzulassen.

Bereitschaft, sich an einem Bürgerhaushalt zu beteiligen

Es lässt sich festhalten, dass die gesamtstädtischen Gruppen (85,7 %) im Vergleich zu allen befragten Organisationen (64 %), eher bereit sind, am Bürgerhaushalt mitzuwirken. Die Bereitschaft, sich tatsächlich zu beteiligen, variiert allerdings stark: so sind zwar 12 befragte Organisationen grundsätzlich bereit sich an der Diskussion zu beteiligen, aber nur fünf Organisationen könnten sich vorstellen eigene Veranstaltungen zum Thema Bürgerhaushalt durchzuführen.

Die Tendenz, dass gesamtstädtische Gruppen bereit sind sich zu beteiligen, zeigt sich auch bei den Fragen nach der Mitgliedermobilisierung, der Mitwirkung an Veranstaltung und bei der Frage nach der Teilnahme an einer Befragung. Bei den Fragen nach aktiver Leistungserbringung und nach Bürgermobilisierung sinkt die Bereitschaft jedoch auf die Hälfte der befragten Organisationen. Zwei

der befragten Organisationen könnten sich jedoch darüber hinaus auch vorstellen, bei einem Bürgerbegehren mitzuwirken oder sich bei der Koordination der Veranstaltungen einzubringen.

Form der Beteiligung am Bürgerhaushalt

Im Vergleich zu allen befragten Gruppen ist auffällig, dass die Bereitschaft der gesamtstädtischen Gruppen mitzuarbeiten höher ist. Jedoch sind die Tendenzen vergleichbar: Mitarbeit ist grundsätzlich für große Teile der befragten Organisationen vorstellbar, die Bereitschaft Eigeninitiative zu ergreifen ist dagegen schwächer ausgeprägt. Als besonders wichtig in Zusammenhang mit dem Bürgerhaushalt wird speziell der Punkt „Mehr Transparenz über das Haushaltsverfahren schaffen“ erachtet:

78,6 % der Befragten sehen diesen als einen der wichtigsten Punkte ihres Engagements. Ein Befragter betonte, dass die bereits erschienenen Broschüren zum Thema Bürgerhaushalt dringend überarbeitet werden sollten. Diese seien verwirrend und nicht dazu geeignet, Transparenz zu schaffen. Laut 71,4 % der Befragten kommt dem Punkt „Mehr Beteiligung an Entscheidungen über Haushaltsprioritäten“ eine besondere Bedeutung zu. Zwei Befragte erinnerten an diesem Punkt an das Spaßbad. Eine Entscheidung, so der Tenor, die bei einem Bürgerhaushalt so nicht getroffen worden wäre. Für die Hälfte der Befragten ist „Mehr Information über den Bürgerhaushalt“ ein entscheidendes Ziel bei der Ausrichtung ihrer Aktivitäten hinsichtlich eines Bürgerhaushaltes. Im Großen und Ganzen stimmen die gesamtstädtischen Gruppen hier mit der Gesamtheit der befragten Gruppen überein.

Elf der 14 befragten Organisationen, das heißt 78,6 %, befürworten eine Diskussion, die über den gesamten Haushalt geführt wird. Einige der Organisationen betonen, dass sie sich so einen besseren Einblick in die Abläufe der Haushaltdebatte versprechen. Im Unterschied zur gesamten befragten Bürgerschaft, die nur zu 60 % eine Diskussion über den gesamten Haushalt bevorzugen würde, wünschen sich lediglich 21,4 % der gesamtstädtischen Gruppen, dass die Debatte nur über die tatsächlich beeinflussbaren Teile des Haushaltes geführt wird.

Bei der Frage nach möglichen positiven Effekten eines Bürgerhaushaltes der Stadt Potsdam sind die Befragten zu großen Teilen der Meinung, dass diese wahrscheinlich sind. Besonders deutlich wird dieser Optimismus bei der Frage, ob der Bürgerhaushalt zu mehr Identität mit der Stadt führen könnte: über 90 % der gesamtstädtischen Organisationen bejahen diese These (d. h. antworten mit „trifft eher zu“ oder „trifft zu“). Das gleiche Bild zeigt sich auch bei der Frage danach, ob der Bürgerhaushalt eine Entscheidungshilfe für die Politik darstelle: auch hier sagen über 90% der Befragten, dass sie dieser Aussage zustimmen. Bei allen anderen Fragen wie nach effektivem Mitteleinsatz, nach bürgerschaftlichem Engagement, nach der Verbesserung des städtischen Haushaltes und nach der Akzeptanz von unpopulären Sparmaßnahmen sehen die befragten Organisationen ebenfalls positive Effekte. Bei der Frage nach dem repräsentativen Meinungsbild sind zwar 50 % der Organisationen der Meinung, dass sich dieses ergeben wird, allerdings betonten diejenigen Gruppen, die eine andere Meinung vertreten, explizit, dass sie es für unmöglich erachten, ein repräsentatives Meinungsbild auf Grund des Bürgerhaushaltes zu erstellen. Im Vergleich zu allen befragten Gruppen, die beispielsweise die positive Wirkung des Bürgerhaushaltes auf die Identifikation der Bürger mit der Stadt schwächer einschätzen, sind die gesamtstädtischen Gruppen etwas optimistischer gestimmt.

Probleme des Bürgerhaushaltes werden darin gesehen, dass Parteien und Politiker ihn dazu nutzen werden, sich selbst darzustellen. Hierin ist die Angst zu sehen, dass es zu keinen vernünftigen Diskussionen kommen kann. Immerhin 50 % der Befragten befürchten, dass sich lediglich organisiertes Interesse durchsetzen kann und Randgruppen keinerlei Beachtung zukommen wird. Vehement allerdings wird der These widersprochen, dass der Bürgerhaushalt zu viel Zeit und zu viel Geld kosten wird. Nur 21,4 % der Befragten sehen hierin ein mögliches Problem. Der Aussage, dass der Bürgerhaushalt zu viel Zeit der Stadtverwaltung bindet, können lediglich 28,3% der Befragten zustimmen.

Der Großteil der Befragten sieht hierin keinerlei Problem. Ausgeglichen zeigt sich das Meinungsbild bei der Frage nach der Nichterfüllung der Erwartungen. Dieses Problem wird von der Hälfte der befragten Organisationen gesehen. Analog zur vorhergehenden Frage bewertete die Gesamtheit der befragten Organisationen die möglichen Probleme des Bürgerhaushaltes etwas pessimistischer als die gesamtstädtischen Gruppen dies taten.

Die überwältigende Mehrheit von 85,7 % der Befragten befürwortet, dass die Diskussion des Bürgerhaushaltes sowohl nach territorialen als auch nach fachlichinhaltlichen Aspekten strukturiert werden wird. Da es sich um gesamtstädtische Gruppen handelt, verwundert diese Antwort ebenso wenig wie der größere Wunsch der gesamten organisierten Bürgerschaft, die Diskussion nur nach territorialen (12,8 %) bzw. fachlich-inhaltlichen (30,9 %) Aspekten zu strukturieren. Einige befragte Gruppen wiesen zudem ausdrücklich darauf hin, dass man bei der Diskussion über den Bürgerhaushalt auf bestehende Strukturen der organisierten Bürgerschaft zurückgreifen sollte.

Die Frage nach der Moderation der Bürgerhaushaltsdebatte macht deutlich, dass diese auf keinen Fall von der Stadtverwaltung oder Stadtverordneten übernommen werden sollte. Nur 14,3 % sprachen sich für die Stadtverwaltung aus und lediglich 9,1 % befürworteten eine Moderation durch Stadtverordnete. 21,4 % sprachen sich dafür aus, dass die Moderation von einer bekannten Persönlichkeit der Stadt, die kein Mitglied der SSV ist, übernommen werden sollte. Im Gegensatz zum Gesamttrend befürworten nur 7,1 % der gesamtstädtischen Gruppen eine Moderation von Vertretern der organisierten Bürgerschaft. Im Vergleich hierzu: 20,5 % aller befragten Gruppen befürworten diese.

Moderation der Bürgerhaushaltsdebatte

Obwohl die Antworten auf diese Frage sehr aufgesplittert sind, wird deutlich, dass eine Moderation von einer externen Persönlichkeit bzw. Experten oder einem bekannten und kompetenten Bürger der Stadt gehalten werden sollte. Dies entspricht der Ansicht aller befragten Gruppen.

Auf die Frage, wie sich die Organisationen die künftige Entscheidung über den Bürgerhaushalt vorstellen, antworten 50 %, dass weiterhin die SVV als direkt gewählte Bürgerschaft entscheiden sollte, jedoch auf die Vorschläge der Bürger eingehen müsse und Rechenschaft über ihre Entscheidungen abzulegen habe. 21,4 % befürworten einen anderen Weg, der die Entscheidungen über

den Bürgerhaushalt für die Stadtverordneten verbindlich macht. Der Vorschlag, die Entscheidung zumindest teilweise über einen Bürgerentscheid zu fällen, findet mit 14,3 % nur eine geringe Zustimmung. Eine befragte Organisation betonte zudem, dass Bürgerentscheide negativ besetzt seien. Hier würde immer der Eindruck entstehen, dass das Ergebnis von vornherein feststehe. Mit 7,1 % nur eine geringe Zustimmung findet die Antwortmöglichkeit, dass die Stadtverordnetenversammlung, die nicht an die Vorschläge der Bürgerschaft gebunden ist, entscheidet. Die Ansicht der gesamtstädtischen Gruppen entspricht somit weitestgehend dem Gesamtergebnis der befragten Gruppen. Es wird deutlich, dass die gesamtstädtischen Gruppen sich viel von einem Bürgerhaushalt der Stadt Potsdam versprechen. Insgesamt sind sie diesem Projekt gegenüber positiv eingestellt und sind sich durchaus auch im Klaren darüber, dass sie Engagement zeigen müssen.

6. Zusammenfassung und Fazit

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die interviewten gesamtstädtischen Gruppen dem Projekt „Bürgerkommune“ bzw. „Bürgerhaushalt“ in Potsdam durchaus offen gegenüberstehen. Zwar entsprechen die Antwortergebnisse zu einem beträchtlichen Teil den Ergebnissen aus den Befragungen der Gesamtheit der Gruppen, jedoch zeigt sich gerade in den vom Gesamttrend abweichenden Antworten der gesamtstädtischen Gruppen eine positivere und optimistischere Tendenz als bei den anderen Gruppen. Besonders deutlich wird dies bei der Einschätzung des Vernetzungsgrades der zivilgesellschaftlichen Gremien in Potsdam, bei der Frage nach der Wichtigkeit der Handlungsfelder und dem Informationsstand über das Projekt Bürgerkommune oder bei der Bereitschaft, sich aktiv an einem Bürgerhaushalt der Stadt Potsdam zu beteiligen. In all diesen Punkten zeichnen sich die gesamtstädtischen Gruppen, im Vergleich zum Resultat der Interviews aller Gruppen, durch überdurchschnittlich hohe Werte aus. Erklärungsansätze für dieses Ergebnis können zum einen der anzunehmende, höhere Professionalisierungsgrad der gesamtstädtischen Gruppen, zum anderen die schwächere territoriale Eingrenzung der Aktivitäten gegenüber den restlichen befragten Gruppen bieten.

Trotz dieser erfreulichen Bilanz der Befragungen der gesamtstädtischen Gruppen ist es wichtig, zu erwähnen, dass viele Vertreter der Organisationen auch Befürchtungen und Skepsis bezüglich des Projektes Bürgerkommune bzw. Bürgerhaushaltes in Potsdam äußerten. Die Hauptgefahr, die hierbei gesehen wird, ist eine unzulängliche, halbherzige Umsetzung der Pläne. So wird befürchtet, dass der Bürgerhaushalt von Politikern, der Verwaltung oder starken Interessengruppen missbraucht werden könnte. Ein „Alibi-Bürgerhaushalt“, der nicht den Bürger in Mittelpunkt des Geschehens stellt, könnte eine wirkliche Partizipation der Bürger und die Umsetzung des Prinzips der direkten Demokratie eher gefährdet. Um dies zu verhindern, sei es von besonderer Wichtigkeit, den Bürgern bewusst zu machen, über welche Rechte sie verfügen und diese auch zu nutzen. Darüber hinaus sollten Werte wie Offenheit und Ehrlichkeit und die Verbindlichkeit und Transparenz der Entscheidungen groß

geschrieben werden, um Verantwortung und Akzeptanz der Bürger für das Projekt Bürgerkommune bzw. den Bürgerhaushalt überhaupt erst zu ermöglichen.

Abschließend kann somit gesagt werden, dass das Projekt Bürgerkommune und der Bürgerhaushalt zwar sehr interessant für die gesamtstädtischen Gruppen in Potsdam sind und ihnen auch eine große Bedeutung beigemessen wird. Für eine wirklich erfolgreiche Umsetzung des Projektes ist von den Fürsprechern des Projektes jedoch noch ein wenig Überzeugungs- und Vertrauensarbeit bei den Vertretern der Vereine und Organisationen nötig, um so die positive und optimistische Grundhaltung der gesamtstädtischen Gruppen für ein Engagement zu nutzen, das für die Bürgerkommune bzw. den Bürgerhaushalt von essentiellen Charakter ist.

Abschlussbericht SSV-Ausschüsse

Von Niels Haberlandt, Sabine Lehmann, Michael Plazek, Sabine Merkel und Christian Schmidt

1. Einleitung

Im Rahmen der Befragung zum kommunalen Bürgerhaushalt lag der Fokus unserer AG auf dem Bereich der Politik. Wir interviewten die Vertreter der Ausschüsse der SVV Potsdam. Aus der Grundgesamtheit aller Mitglieder der Ausschüsse entschieden wir uns dabei für die ausschließliche Befragung der zehn Ausschussvorsitzenden (Siehe Anlage 2). Diese erschienen uns einerseits als Repräsentanten der Ausschüsse am besten geeignet. Außerdem erwarteten wir von ihnen als Sitzungsleiter der jeweiligen Ausschüsse, den vorgesehenen Ablauf der Ausschusssitzungen, die den Bürgerhaushalt behandeln, am ehesten einschätzen zu können. Schließlich kann den Ausschussvorsitzenden auch im Verhältnis von Bürger, Politik und Verwaltung ein zentraler Platz zugewiesen werden, spiegeln sie doch einerseits die politischen Verhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung wider und nehmen andererseits als Vorsitzende der thematischen Ausschüsse eine interessante Sonderrolle als „Experten“ ein.

In der Interviewphase fiel die vorsichtige Haltung der Befragten auf, auch wirklich in ihrer Funktion als Ausschussvorsitzender bzw. als Vertreter des Ausschusses zu sprechen. Die Sicht des Ausschusses zu vertreten, scheuten viele Akteure. Oft wurde bei den Ausführungen betont, dass man eine Privatmeinung vertrete und nicht für den gesamten Ausschuss sprechen könne. Man verwies dabei auf die fehlende Praxis und sieht sich erst am Beginn eines längeren Prozesses, zu dem noch keine wirkliche Bestandsaufnahme möglich ist.

Ein Grund für diese überaus vorsichtige Haltung ist wohl auch in dem Zeitpunkt der Befragung zu suchen. Lediglich im Hauptausschuss war bereits ausführlich und regelmäßig der Themenkomplex „Bürgerkommune und Bürgerhaushalt“ diskutiert worden. In den einzelnen Fachausschüssen dagegen sollte die Diskussion erst in einer der nächsten Sitzungen stattfinden, nachdem den Ausschüssen von der Stadtverwaltung die einzelnen Vorschläge und Ergebnisse aus den Bürgerhaushaltsversammlungen zur Verfügung gestellt wurden. Eine Befragung zu einem späteren Zeitpunkt wäre daher sicherlich angemessener gewesen.

Alle Ausschussvorsitzenden wurden von unserer Gruppe persönlich mit Hilfe des standardisierten Fragebogens und einiger offenen Fragen interviewt.⁴³ Lediglich ein Ausschussvorsitzender konnte aufgrund von Terminproblemen nur telefonisch befragt werden.

⁴³ Die AG nutzte dabei im offenen Teil der Interviews einen Katalog mit folgenden Fragen: Kennen Sie das Konzept der „Bürgerkommune? Was verstehen Sie unter dem Konzept der „Bürgerhaushalt“? Haben sie an den Veranstaltungen zum Bürgerhaushalt teilgenommen? Woher wussten sie von diesen Veranstaltungen? Entsprechen die Veranstaltungen ihren Erwartungen? Ist in ihrem Ausschuss das Thema Bürgerhaushalt

Die Gliederung unseres AG-Berichts ist an die Gliederungsform des standardisierten Fragebogens angepasst. Nacheinander werden zunächst die Antworten zu den Themenkomplexen „Problemanalyse Leben in Potsdam“, „Bürgerkommune Potsdam“ und „Bürgerhaushalt Potsdam“ ausgewertet und analysiert. Anschließend werden die wesentlichen Erkenntnisse aus den Antworten im offenen Teil unserer Befragung skizziert. Im Fazit werden schließlich die wichtigsten Ergebnisse der Befragung der Ausschussvorsitzenden noch einmal zusammengefasst.

2. Lebensqualität in Potsdam und städtischer Handlungsbedarf

Bei der Einschätzung der Lebensqualität unterschiedlicher sozialer Gruppen von Potsdamern hatten auffällig viele Befragte Schwierigkeiten, überhaupt Unterschiede auszumachen. Im Ergebnis wird die Lebensqualität der angegebenen Personengruppen von den Ausschüssen, bis auf eine Ausnahme, als hoch eingeschätzt. Einzig die Lebensqualität von Radfahrern wird niedrig eingeschätzt. (Siehe Abb. 1)

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	niedrig	1	10,0	11,1	11,1
	eher niedrig	6	60,0	66,7	77,8
	Hoch	2	20,0	22,2	100,0
	Gesamt	9	90,0	100,0	
Fehlend	99	1	10,0		
Gesamt		10	100,0		

Abbildung 1: Lebensqualität Radfahrer aus Sicht der Ausschüsse

Übereinstimmung findet sich hier im Vergleich von Bürger, Politik und Verwaltung mit der Einschätzung der organisierten Bürgerschaft. Allein die Verwaltung schätzt die Lebensqualität von Radfahrern als hoch ein.

Der städtische Handlungsbedarf wird aus Sicht der Ausschüsse in den Bereichen Umweltschutz, Verbraucherschutz, Volkshochschule und Wohnen niedrig bewertet und in der Vergleichsauswertung von Bürgern und Verwaltung geteilt. (Siehe Abb. 2) Ein hoher Handlungsbedarf wird bei Radfahrern gesehen, was mit der Einschätzung zur niedrigen Lebensqualität der Potsdamer Radfahrer korrespondiert. Bemerkenswert ist das überdurchschnittlich hohe Plädoyer der Ausschüsse für einen sehr hohen Handlungsbedarf im Bereich Schule. Demgegenüber steht die hohe Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen, bedenkt man, dass diese bis zu acht Stunden am Tag in der Schule verbringen. Die Schule wird darüber hinaus von einigen Ausschussmitgliedern in ihrer Rolle als

behandelt worden? Welche Verbesserungsmöglichkeiten bzw. auch Probleme sehen sie beim jetzigen Verlauf des Projekts Bürgerhaushalt? Haben sie noch Anmerkungen?

möglicher Multiplikator für die Bürgerkommune und für den Bürgerhaushalt als ausbaufähiges Instrument erkannt.

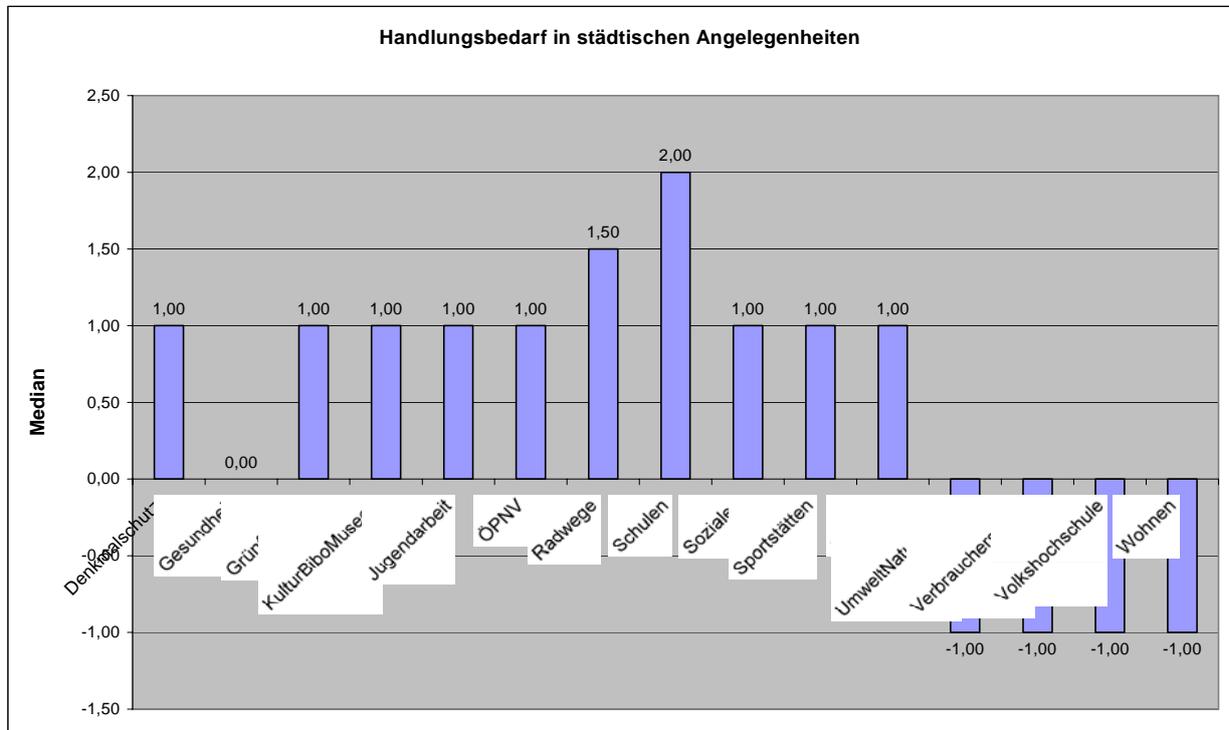


Abbildung 2: Handlungsbedarf in städtischen Angelegenheiten

Konträre Bewertungen finden wir in der Vergleichsauswertung von Bürgern – Politik – Verwaltung in den Bereichen Denkmalschutz, Gesundheit, Grünflächen, Straßen und Umweltschutz. Während die organisierte Bürgerschaft einen niedrigen Handlungsbedarf in diesen Bereichen sieht, schätzt die Politik ein, dass hier ein hoher Handlungsbedarf vorliegt. Auch im Bereich Gesundheit liegen gegensätzliche Antworten vor, der Handlungsbedarf wird von der Politik, im Gegensatz zur organisierten Bürgerschaft als niedrig eingeschätzt.

Neben der häufigen Nennung der Privatisierung öffentlicher Leistungen kam es im Bereich der Verbesserung der Situation des städtischen Haushalts zur zahlreichen Nennung weiterer Vorschläge. Auffällig dabei ist, dass wirtschaftliche Gesichtspunkte im Vordergrund stehen wie zum Beispiel eine verstärkte Gewerbeansiedlung und eine Verbesserung der Wirtschaftsförderung.

In der Vergleichsauswertung von organisierter Bürgerschaft, Politik und Verwaltung wurde mehrheitlich Privatisierung als adäquates Mittel zur Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt gesehen. Einigkeit besteht außerdem bei allen drei Akteursgruppen in der Ablehnung der Streichung von kommunalen Leistungen. (Siehe Abb. 3)

Ansonsten finden wir kaum Überraschungen in diesem Bereich: Die Verwaltung wünscht sich eine Steigerung des bürgerschaftlichen Engagements, die Bürger eine Rationalisierung der Verwaltung und die Politik fordert einen stärkeren Fokus auf die Wirtschaft.

Auf dem Gebiet der Kostensenkung könnte auch hier nach mehrheitlicher Meinung der Ausschüsse die Förderung von privat-öffentlichen Partnerschaften helfen, den städtischen Haushalt auszugleichen. Auch in dieser Frage wurde der Raum für weitere Antworten außerhalb des Fragebogens überdurchschnittlich stark von Politik und Bürgern genutzt. Die Prüfung von Investitionsprojekten wurde verstärkt gefordert, doch bezogen sich die Ausschussvorsitzenden auf strittige Großprojekte wie Stadtschloss und Spaßbad, welche bereits durch die SVV beschlossen wurden. Streichungen kommunaler Leistungen werden von der Politik nicht in Betracht gezogen, eher die Übernahme dieser Leistungen durch die Bürgerschaft sowie durch Bund und Land.

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	PPP	4	40,0	44,4	44,4
	Leistungen	1	10,0	11,1	55,6
	Weitere	4	40,0	44,4	100,0
	Gesamt	9	90,0	100,0	
Fehlend	fehlender Wert	1	10,0		
Gesamt		10	100,0		

Abbildung 3: Wie könnten Kosten im städtischen Haushalt gesenkt werden?

3. Potsdam als Bürgerkommune

Der zweite Teil des Fragebogens „Politik und Verwaltung“ beschäftigte sich mit dem Kenntnisstand und den Einstellungen der Ausschussvorsitzenden zum Projekt „Bürgerkommune“ in dessen Rahmen der Bürgerhaushalt in Potsdam stattfindet. Gefragt wurde im Einzelnen, wie gut sich diese über das Projekt Bürgerkommune der Stadt Potsdam informiert fühlen, welche Ziele sie mit diesem Projekt assoziieren, welche Handlungsfelder der Bürgerkommune als besonders wichtig erachtet werden und an welchem Ort die Aktivitäten einer Bürgerkommune Potsdam koordiniert werden sollen.

Die große Mehrheit der Ausschussvorsitzenden fühlt sich demnach gut über das Thema „Bürgerkommune Potsdam“ informiert. (Siehe Abb. 4) 60 % der Befragten antworteten bei dieser Frage mit „eher gut“, 30 % der Befragten sogar mit „sehr gut“. Nur ein einziger Ausschussvorsitzender wählte sich „eher schlecht“ informiert. Dieses Ergebnis korrespondiert mit dem gefühlten Kenntnisstand der befragten Verwaltungsmitarbeiter, die sich selbst ebenfalls als „gut“ oder „sehr gut“ informiert einschätzen. Demgegenüber gibt es in der organisierten Bürgerschaft, wo

sich mehr als zwei Drittel der Befragten „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“ informiert fühlen, ein großes Informationsdefizit.

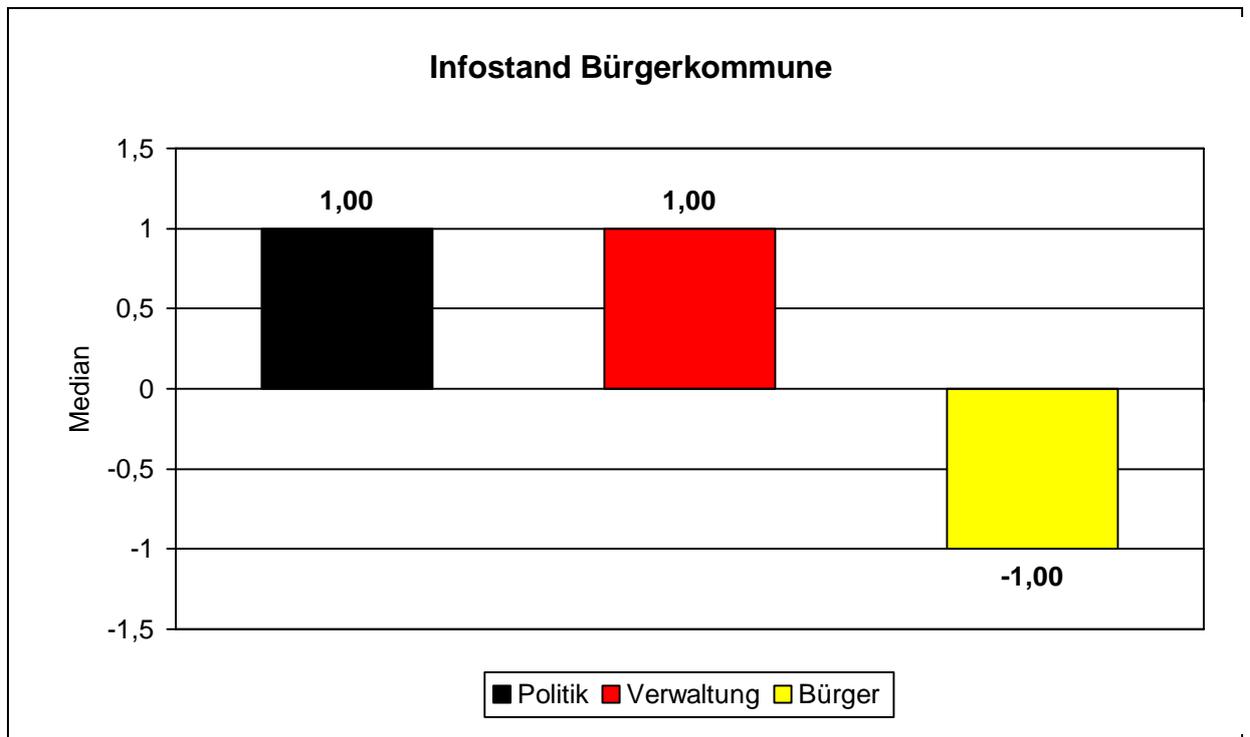


Abbildung 4: Informationsstand Bürgerkommune (Vergleich)

Auf Nachfrage konnten auch die Ausschussvorsitzenden jedoch teilweise keine weiteren Ausführungen zum Konzept der Bürgerkommune machen. Die wenigen Ausführungen beschränkten sich auf die Nennung von abstrakten Zielen einer Bürgerkommune; Handlungsfelder oder Instrumente (fernab des Bürgerhaushalts) wurden nicht aufgeführt. Auffällig war „als Gegenreflex“ eine starke Betonung der Bedeutung der repräsentativen Demokratie, wenn als Ziel der Bürgerkommune eine stärkere Entscheidungsbeteiligung der Bürger genannt wurde. Dies könnte als Befürchtung eines schwindenden parlamentarischen Einflusses in einer Bürgerkommune interpretiert werden.

In Frage 6 wurden den Ausschussvorsitzenden bestimmte Ziele vorgegeben, die man mit einer Bürgerkommune Potsdam assoziieren kann. Gefragt nach einem prioritären Ziel entschieden sich fünf Befragte für die Antwort „Mehr Beteiligung der Bürger an der Entscheidung städtischer Angelegenheiten“. Die Antworten „Mehr Transparenz der Entscheidungen“, „Mehr Information der Bürger über städtische Angelegenheiten“ und „Eine höhere Identifizierung der Bürger mit Ihrer Stadt“ wurden jeweils nur einmal als wichtigstes Ziel der Bürgerkommune Potsdam genannt. Zwei Befragte konnten sich nicht für eine Priorität entscheiden, niemand favorisierte die Antwort „Mehr Zufriedenheit der Bürger“. Interessant ist hierbei die Übereinstimmung mit der befragten organisierten Bürgerschaft, die ebenfalls eine größere Entscheidungsbeteiligung der Bürger in städtischen

Angelegenheiten als oberstes Ziel einer Bürgerkommune ansieht. Im Kontrast dazu stehen die Antworten der befragten Verwaltungsmitarbeiter, die am häufigsten das abstrakte (von keinem Ausschussvorsitzenden genannte) Ziel „Mehr Zufriedenheit der Bürger“ mit der Bürgerkommune assoziierten.

Frage 7 beinhaltete die fünf verschiedenen Handlungsfelder der Bürgerkommune Potsdam, die in dem von der Verwaltung ausgearbeiteten Leitfaden „Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune“ aufgeführt werden. Die Befragten sollten angeben, welche dieser Handlungsfelder sie als besonders wichtig erachten. (Siehe Abb. 5) Im Ergebnis wurden fast alle Handlungsfelder mehrheitlich in ihrer Bedeutung als „eher hoch“ oder „sehr hoch“ eingestuft. Lediglich das Handlungsfeld „Mitwirkung bei der Entscheidung über finanzielle Prioritäten“ betrachtete die Hälfte der Befragten als (eher) niedrig in seiner Bedeutung. Vor dem Hintergrund, dass auch das Instrument des Bürgerhaushalts eben diesem Handlungsfeld zuzuordnen ist, stellt dies sicherlich ein interessantes Ergebnis dar. Vergleicht man dieses mit den Antworten der organisierten Bürgerschaft, welche die Bedeutung dieses Handlungsfeldes zu mehr als zwei Dritteln als eher hoch oder sehr hoch einstufen, werden weitere Fragen für die zukünftige Gestaltung des Bürgerhaushalts aufgeworfen.

Die Handlungsfelder „Mitwirkung bei der Verbesserung der Bürgerorientierung der städtischen Verwaltung“ sowie „Mitwirkung bei der Aktivierung der Bürgerschaft“ werden von 90 % der Ausschussvorsitzenden als wichtig erachtet. Interessant ist die Abstufung bei den Handlungsfeldern „Mitwirkung bei der Gestaltung und Entwicklung auf gesamtstädtischer Ebene“ und „Mitwirkung bei der Gestaltung und Entwicklung im Stadtteil“.

Während die Bedeutung der Mitwirkung im Stadtteil von 70 % der Befragten als sehr hoch eingestuft wird, sehen nur 10 % Befragten eine ähnliche Bedeutung für die Mitwirkung auf gesamtstädtischer Ebene. 40 % stufen diese sogar als eher niedrig ein. Diese Priorität für eine Mitwirkung im Stadtteil wird von den befragten Verwaltungsmitarbeitern und Bürgern geteilt, die Verwaltung erachtet die Bedeutung der Mitwirkung auf gesamtstädtischer Ebene mehrheitlich niedrig.

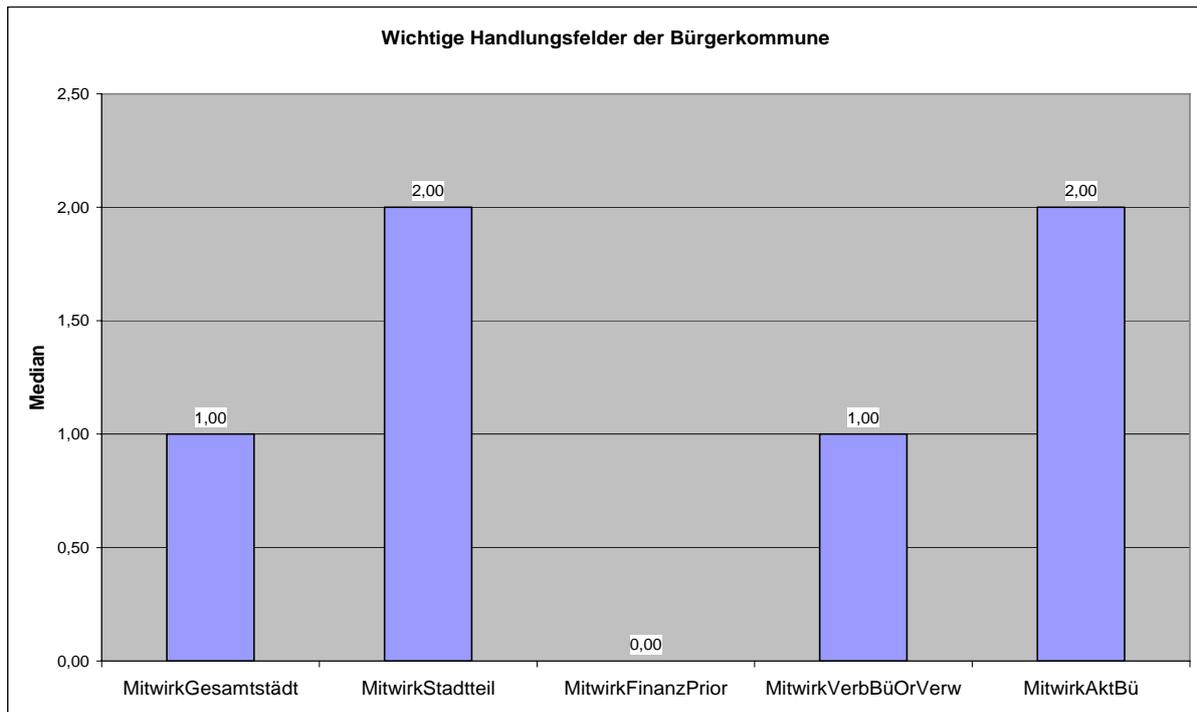


Abbildung 5: Wichtige Handlungsfelder der Bürgerkommune

Schließlich wurden die Ausschussvorsitzenden nach einer geeigneten Anlaufstelle gefragt, welche alle Aktivitäten in einer Bürgerkommune Potsdam koordinieren sollte. (Siehe Abb. 6) Mehrheitlich wurde hier die Stadtverwaltung als am besten geeignete Koordinierungsstelle genannt. Sechs der zehn Befragten befürworteten diese Lösung. Zwei Befragte favorisierten die aktive Bürgerschaft als Anlaufstelle, ein Befragter wünschte sich eine Zusammenarbeit zwischen aktiver Bürgerschaft, den Beiräten und einer externen Koordinierungsstelle. Die Stadtverordnetenversammlung sah niemand als bestmögliche Lösung an.

Eine Übereinstimmung lässt sich bei dieser Frage mit den Antworten der befragten Verwaltungsmitarbeiter finden. Im Kontrast dazu stehen allerdings die Vorstellungen der organisierten Bürgerschaft, die sich mehrheitlich eine externe Koordinierungsstelle oder die aktive Bürgerschaft als Anlaufstelle wünschen. Zum Ausdruck kommt hierbei sicherlich eine große generelle Skepsis der organisierten Bürgerschaft gegenüber der Stadtverwaltung. Soll, wie von den Ausschussvorsitzenden favorisiert, die Stadtverwaltung weiterhin als Anlaufstelle innerhalb des Projekts „Bürgerkommune“ agieren, sind sicherlich Maßnahmen zur Verringerung dieser Skepsis erforderlich.

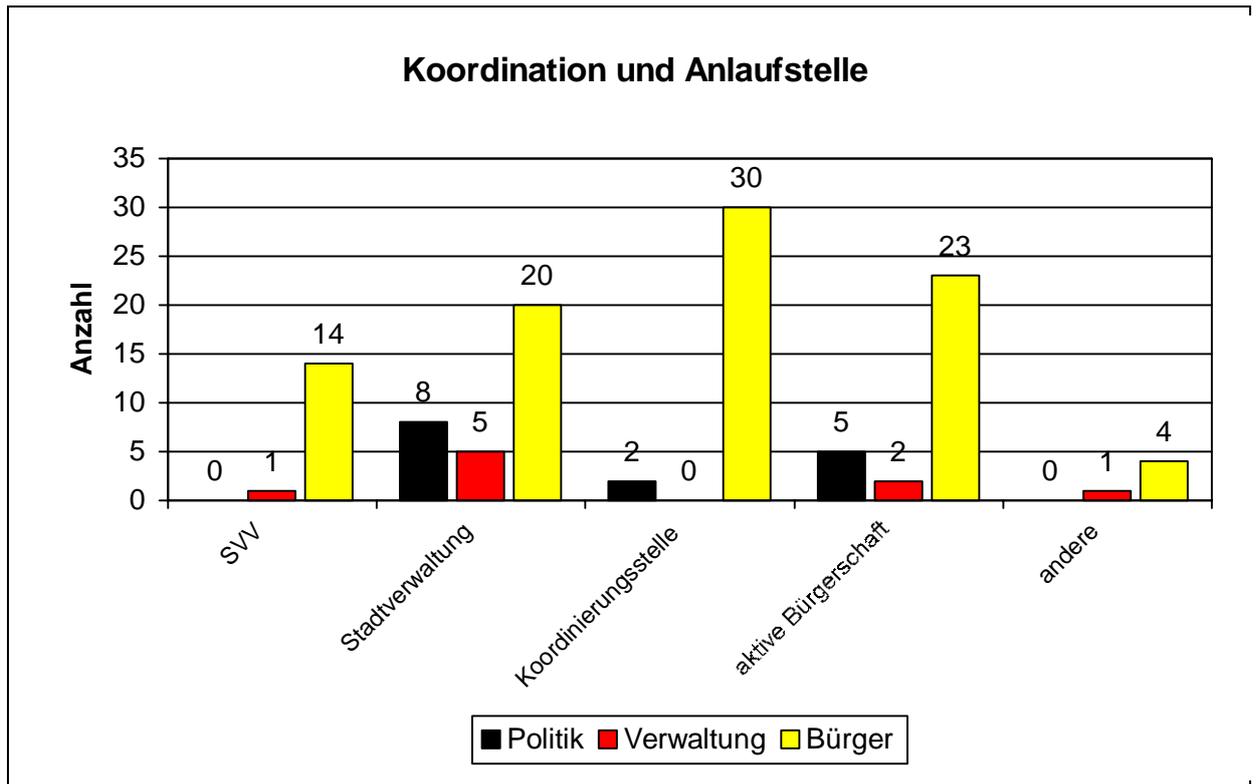


Abbildung 6: Koordination und Anlaufstelle (Vergleich)

4. Bürgerhaushalt Potsdam

Der dritte Teil des Fragebogens „Politik und Verwaltung“ beschäftigte sich mit den spezifischen Einstellungen der Vorsitzenden der Ausschüsse der SVV zum Bürgerhaushalt Potsdam. Die Frage Neun beinhaltete die Bewertung der Ausschussvorsitzenden, was ihnen beim Bürgerhaushalt besonders wichtig erscheint. Mehrfachnennungen waren hierbei möglich.

Nach Auswertung dieser Fragestellung sind die wichtigsten Zwecke des Bürgerhaushaltes, mehr Transparenz über das eigentliche Haushaltsverfahren beim Bürger zu erzeugen sowie diesem mehr Partizipation an den Entscheidungen über Prioritäten im Haushalt zu erlauben. Ebenfalls von Bedeutung sind das Erzeugen und Transportieren von mehr Informationen über den Bürgerhaushalt in die Bürgerschaft. Dieses Ergebnis stellt keine große Überraschung bezüglich der Einstellung der Ausschussvorsitzenden gegenüber dem Nutzen und Zweck des Bürgerhaushaltes dar. Die angeführten Punkte wurden entsprechend bereits vorab im Konzept der „Bürgerkommune“ als Ziele definiert.

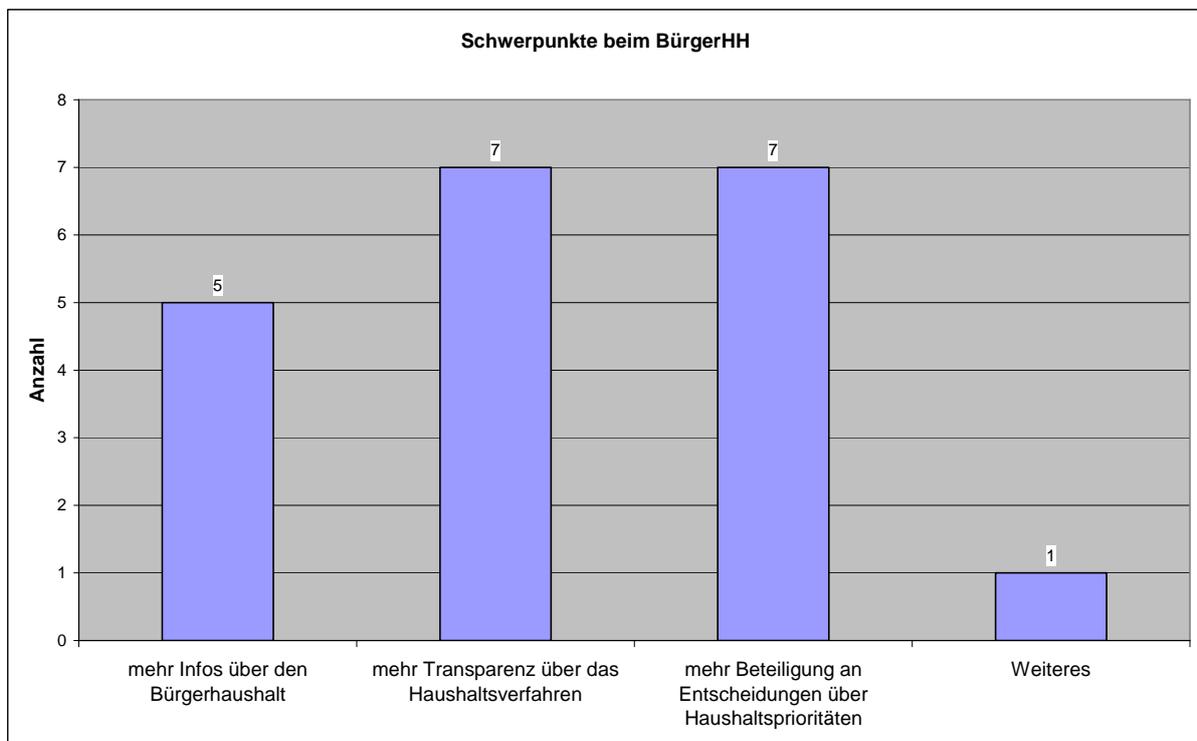


Abbildung 7: Schwerpunkte beim Bürgerhaushalt

Äußerst interessant sind die Antworten auf die zehnte Frage, welche Teile des Haushaltes Gegenstand des Bürgerhaushaltes sein sollten. (Siehe Abb. 8) Die überwiegende Mehrheit der zehn Ausschussvorsitzenden sprach sich für die Diskussion über den Gesamthaushalt aus, wohl wissend, dass dessen größter Teil aufgrund von Pflichtaufgaben nicht veränderbar ist. Dieser Weg wurde offenbar gewählt, um der Bürgerschaft besser vermitteln zu können, dass nur wenige Teile des Haushaltes beeinflussbar sind. Drei der Befragten wollen die Debatte nur über Teile des Haushaltes

führen. Im Gespräch äußerten diese Bedenken gegenüber dem Bürgerhaushalt und beriefen sich auf das Prinzip der repräsentativen Demokratie, in dem die gewählten Stadtvertreter letztlich die Haushaltssouveränität ausüben.

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig gesamter Haushalt	7	70,0	70,0	70,0
über beeinflussbare Teile des Haushaltes	3	30,0	30,0	100,0
Gesamt	10	100,0	100,0	

Abbildung 8: Gegenstand der Bürgerhaushaltdebatte

In der elften Frage sollten die Ausschussvorsitzenden eine Einschätzung über mögliche positive Wirkungen des Bürgerhaushalts abgeben. (Siehe Abb. 9) Mögliche Rückschlüsse auf ein Ergebnis lässt hierbei bereits die Frage neun zu. Ähnliche Bewertungen und Aussagen wurden auch in diesem Bereich getroffen.

Die Mehrheit der Befragten erwartet kaum realisierbare Vorschläge seitens der Bürgerschaft. Das liegt mit großer Wahrscheinlichkeit daran, dass die Vorsitzenden die Sach- und Fachkompetenz der Bürgerschaft als zu gering einschätzen. Sie hätten nicht die notwendige Fachkompetenz, um an der Haushaltsdebatte qualifiziert partizipieren zu können. Die allgemeine Skepsis, bezogen auf das Projekt, wird an dieser Stelle besonders deutlich.

Außerordentlich gering ist auch die Auffassung ausgeprägt, dass der Bürgerhaushalt zu einem effektiveren Mitteleinsatz führen könnte. Andererseits erwarten die Ausschussvorsitzenden eine höhere Identifikation der Bürger mit der Stadt Potsdam. Diese Annahme erscheint aus unserer Sicht paradox, da nicht viel vom Bürger erwartet wird, dessen Vorschläge kaum Berücksichtigung finden sollen und dies dennoch zur Entwicklung eines höheren Identifikationsgrades beim Bürger führen soll. Dieses Ergebnis entbehrt einer gewissen Logik und ist nicht schlüssig.

Das Gros der Befragten erwartet zwar ein repräsentatives Meinungsbild. In den Gesprächen mit den Vorsitzenden wurde allerdings oft geäußert, dass man enttäuscht sei von der Beteiligung der Bürger an den bereits stattgefundenen Informationsveranstaltungen. Somit ist ein repräsentatives Meinungsbild kaum zu erwarten. Trotzdem sieht die Mehrheit die Möglichkeit gegeben, dass sich ein stärkeres bürgerschaftliches Engagement entwickeln könnte. Dies impliziert allerdings keine Verbesserung der Qualität des städtischen Haushaltes. Unter anderem ist hier möglicherweise die Überlegung von Bedeutung, dass Laien nicht ausreichend kompetent am Haushaltsverfahren mitwirken können.

Optimistisch zeigen sich die Ausschussvorsitzenden dennoch dahingehend, dass ihnen und der Politik allgemein dadurch eine Entscheidungshilfe geboten werden könnte. Auf diese Art ist es möglich,

schon vorab ein öffentliches Stimmungsbild einzufangen und dieses von Beginn an in den Entscheidungsprozess einfließen zu lassen. Dass auf dem Wege des Bürgerhaushaltes eine Entwicklung zu mehr Akzeptanz bezüglich unpopulärer Sparmaßnahmen eintreten könnte, liegt nicht in der Erwartungshaltung der Ausschussvorsitzenden.

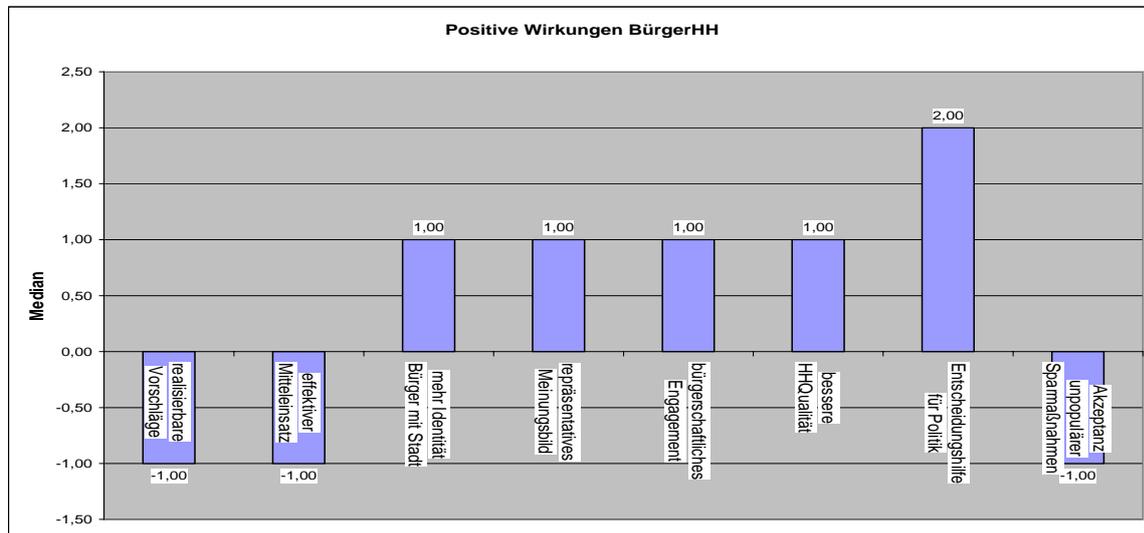


Abbildung 9: Positive Wirkungen des Bürgerhaushaltes

Die Einstellung zu möglichen Problemen des Bürgerhaushaltes sollte in der nächsten Frage beleuchtet werden. (Siehe Abb. 10) Dass dieses Projekt zu viel Zeit beziehungsweise Ressourcen in der Verwaltung beansprucht, glauben die wenigsten der Ausschussvorsitzenden. Eine Selbstdarstellung von Politikern beziehungsweise einzelnen Parteien im Zuge des Bürgerhaushaltes erwarten sie kaum. Sicherlich ist das eine Einschätzung aufgrund der Tatsache, dass alle Befragten selbst politisch aktiv in Ausschüssen und der SVV tätig sind und sich selbst keine Selbstdarstellung vorwerfen möchte. Stellte man diese Frage den Bürgern, dürfte sich die Verteilung eher zu einer Zustimmung in diesem Sachverhalt verlagern.

Es wird jedoch angenommen, dass der Bürgerhaushalt Erwartungen bei den Bürgerinnen und Bürgern weckt, die nicht erfüllt werden können. Dieser pessimistischen Einschätzung widerspricht die vorher aufgestellte optimistische Einstellung, dass der Bürgerhaushalt zu mehr Akzeptanz und Vertrauen bezüglich der Arbeit der Kommunalpolitiker führen könnte. Außerdem wird wiederholt deutlich, dass die Vorschläge der Bürgerschaft oft nicht in die Haushaltsplanung integriert werden können. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis und damit verbundene Effizienz werden hingegen von allen Befragten positiv beurteilt, was nach den vorherigen Antworten sicherlich eine überraschende Einschätzung darstellt. Die Ausschussvorsitzenden erwarten überdies mehrheitlich nicht, dass der Bürgerhaushalt nur den Vertretern starker organisierter Interessen, wie beispielsweise den etablierten Bürgerinitiativen, eine Plattform bieten wird.

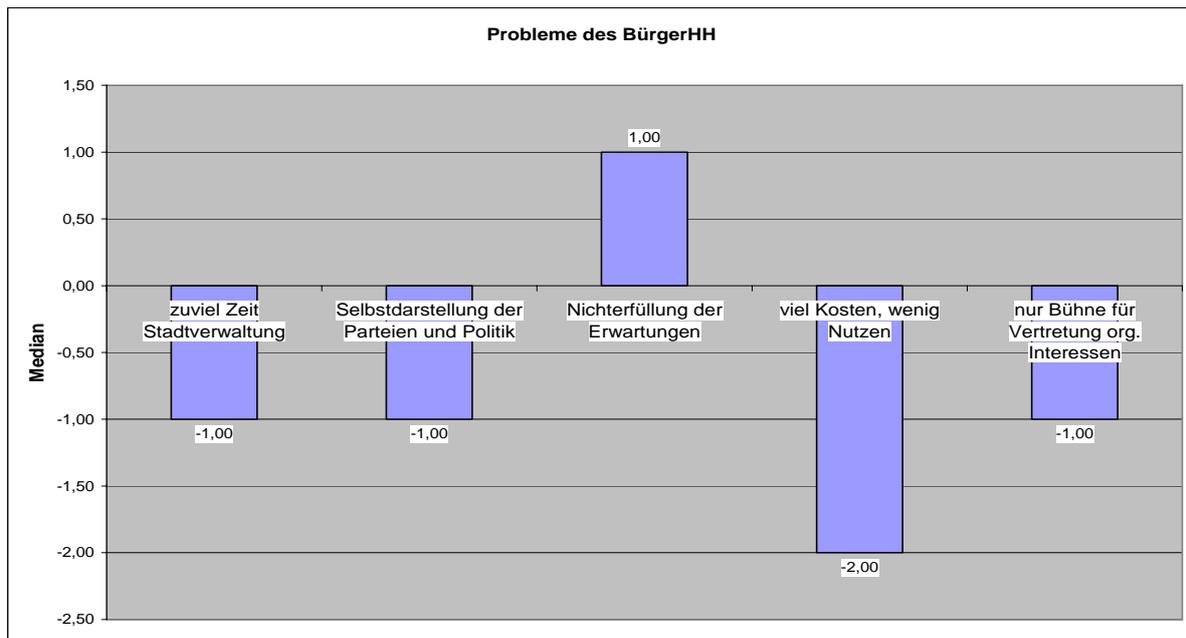


Abbildung 10: Probleme des Bürgerhaushaltes

Die Frage nach der Strukturierung der künftigen Diskussion des Bürgerhaushaltes zeigt ein recht deutliches Ergebnis. (Siehe Abb. 11) Die Debatte soll zukünftig nach überwiegender Ansicht der Ausschussvorsitzenden sowohl nach territorialen als auch fachlich- inhaltlichen Aspekten geführt werden. Es besteht Konsens darin, zunächst im kleineren Kreise, beispielsweise in Stadtteildiskussionen oder Fachforen, zu diskutieren und dann anschließend die gesamtstädtische Diskussion zu führen. Andere Vorschläge zur weiteren Verfahrensweise wurden nicht unterbreitet. Auf Nachfrage bezüglich einer sinnvollen künftigen Struktur der Bürgerhaushaltsdebatten bevorzugten die Vorsitzenden Diskussionen in den Sozialräumen bzw. in kleinen Gruppen, um dann später die Ergebnisse gesamtstädtisch zusammenzufassen. Die Größe Potsdams und die verhältnismäßig hohe Einwohnerzahl wurden hierfür als Gründe angeführt. Auf diese Weise soll die Übersichtlichkeit der Debatte erhalten bleiben.

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig territoriale Interessen	3	30,0	30,0	30,0
fachlich inhaltliche Aspekte	1	10,0	10,0	40,0
territoriale Interessen und fachlich inhaltliche Aspekte	6	60,0	60,0	100,0
Gesamt	10	100,0	100,0	

Abbildung 11: künftige Struktur der Bürgerhaushaltsdebatten

Erwartungsgemäß auf Befindlichkeiten stieß man bei der Frage nach der Moderation der künftigen Bürgerhaushaltsdebatte. (Siehe Abb. 12) Einigkeit herrscht demnach bei den Ausschussvorsitzenden darüber, dass keine Stadtverordneten die Moderation übernehmen sollten, da dies die Bürgerschaft nicht wünscht. Dies liegt an möglichen persönlichen Disparitäten beziehungsweise der in Potsdam allgemein zu spürenden „Politikerverdrossenheit“. Weiterhin soll nicht das Gefühl vermittelt werden, dass Stadtverordnete die Debatte aufgrund der Moderatorentätigkeit dominieren könnten. Attraktiv für die Bürgerschaft erscheint den Ausschussvorsitzenden ein Moderator, der ein bekannter Bürger der Stadt Potsdam ist, jedoch kein Mandat zur SVV innehat. Möglicherweise bringe der Bürger dem Prominenten mehr Vertrauen entgegen. Auch könne bei diesen „Lokalprominenten“ eine größere Neutralität als bei Stadtverordneten erwartet werden.

Beinahe in gleichem Maße geeignet sind aus Sicht der Ausschussvorsitzenden Medienvertreter oder qualifizierte, neutrale Mediatoren, um die künftige Debatte zu leiten. Die Gründe dafür sind sicher ähnlich der Präferenz gegenüber bekannten Bürgern der Stadt. Eventuell wird den Medienvertretern noch mehr Vertrauen von den Bürgern entgegengebracht, da diese einen hohen Bekanntheitsgrad und gegebenenfalls Sympathie in der Bevölkerung genießen.

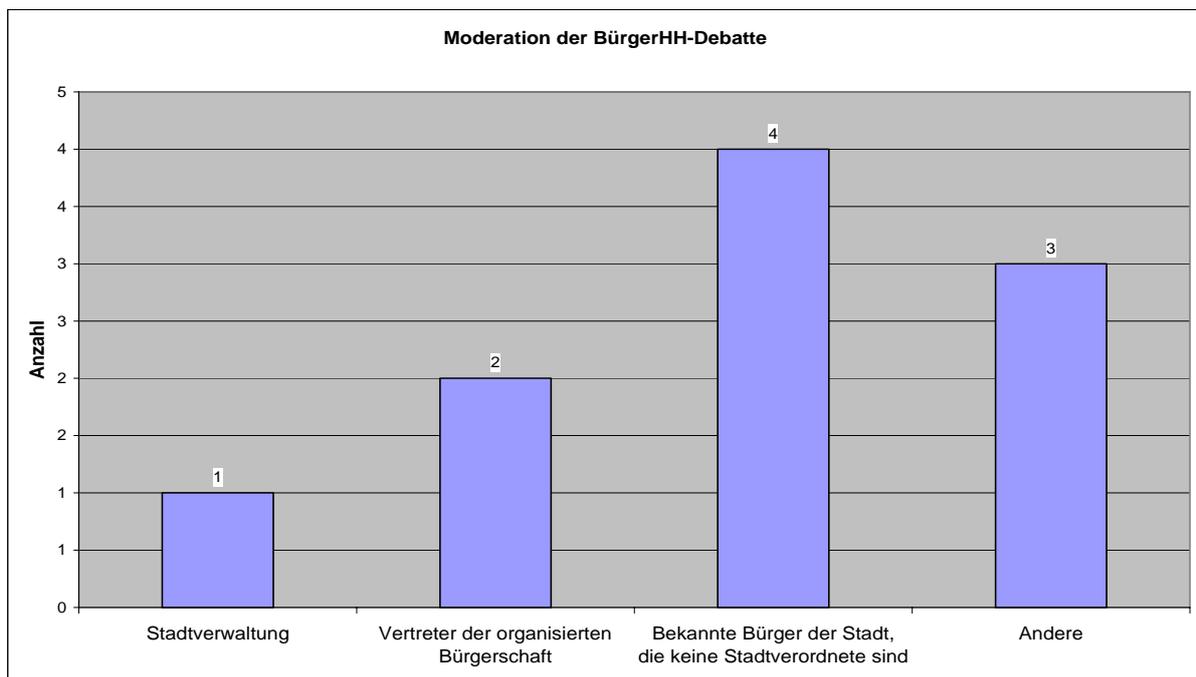


Abbildung 12: Moderation der Bürgerhaushaltsdebatte

Die Entscheidungssouveränität über den Bürgerhaushalt sehen acht der zehn befragten Ausschussvorsitzenden bei der SVV. Allerdings sollte sie sich verpflichten, so viele Bürger-

Vorschläge wie möglich umzusetzen und Rechenschaft darüber abzulegen, warum bestimmte Vorschläge der Bürgerschaft nicht berücksichtigt wurden. (Siehe Abb. 13)

Dieses Ergebnis macht deutlich, dass die Mandatsträger sich die letztendliche Entscheidung nicht nehmen lassen wollen und aus unserer Sicht auch nicht können. Sie sind es, die als gewählte Stadtvertreter auch die Haushaltssouveränität innehaben müssen, sich gleichzeitig allerdings auch auf Zugeständnisse zu einer möglichen Rechenschaft einlassen sollten.

Nur zwei der Ausschussvorsitzenden fordern einen anderen Weg, der die Ergebnisse der Debatte über den Bürgerhaushalt für die Stadtverordneten verbindlich macht. Wie dieser aussehen könnte, blieb dagegen in den Gesprächen unbeantwortet.

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig direkt gewählte Bürgerschaft, Bürgervorschläge, Rechenschaft anderer Weg, verbindliche Entscheidung des Bürgerhaushalts	8	80,0	80,0	80,0
Gesamt	10	100,0	100,0	100,0

Abbildung 13: Künftiger Entscheidungsweg über den Bürgerhaushalt

5. Auswertung des offenen Frageteils Bürgerhaushalt Potsdam

Um die Befragung der Vorsitzenden der verschiedenen Ausschüsse der Stadt Potsdam auch qualitativ hochwertig umzusetzen, folgte auf den geschlossenen Fragebogen eine offene Befragung. Damit ergab sich für jeden Interviewten die Möglichkeit, sich nochmals zum Bürgerhaushalt zu äußern, allerdings auf eher individueller Ebene. Es konnten auch Punkte angesprochen und angemerkt werden, die im Fragebogen nicht konkret behandelt wurden. Den Rahmen für die Befragung gaben sieben wesentliche Fragen. Am Ende konnten die Politiker noch ein zusammenfassendes Statement abgeben.

Als Grundlage wurde die Frage gestellt, was unter dem Begriff der Bürgerkommune verstanden wird und ob das Konzept schon bekannt sei. Allen Befragten war das Konzept bekannt, auch wenn bei einigen nur in Grundzügen. Der Begriff Bürgerkommune wurde immer ähnlich definiert, mit diesem Projekt seien die größere Einbeziehung der Bürger und deren Mitwirkung erwünscht. Wesentlich sei auch die Transparenz der Prozesse für den Bürger, besonders im Bereich Verwaltung und in der Haushaltspolitik.

Daraufhin wurde die Thematik vertieft, indem darauf eingegangen werden sollte, welche Verbesserungen, aber auch Nachteile mit dem Bürgerhaushalt verbunden sind: Die Frage sollte insbesondere auch in Bezug zum jeweiligen Ausschuss beantwortet werden. Dabei wurde deutlich, dass fast alle Befragten davon ausgehen, dass von Seiten der Bürger ein größeres Verständnis für die kommunalen Entscheidungsprozesse zu erwarten sein wird. Auch würde damit eine Imageverbesserung für die Stadt Potsdam erreicht werden, die sich durch eine verbesserte Bürgerfreundlichkeit auszeichne. Allerdings wurden hier bei der Mehrheit der Befragten mehr negative Faktoren benannt. Gemutmaßt wurde, dass letztendlich die Beteiligung der Bürger zwar realisierbar sei, aber zu befürchten ist, dass die Vorschläge keine Berücksichtigung finden werden. Hinzu käme der Faktor, dass auch innerhalb der Bürgerhaushaltsdebatten die Interessenartikulation und deren Durchsetzung stark geprägt sein werden vom finanziellen Spielraum der einzelnen Interessengruppen. Das heißt, es käme zu einer verstärkten Lobby-Politik.

Hier wäre es nach Meinung der Befragten von größter Wichtigkeit, die Stadt bei der Ausgestaltung der Bürgerhaushaltsversammlungen in die einzelnen Stadtteile oder Sozialräume einzuteilen, um Spielräume auch für diejenigen Bürger und Bürgergruppen zu schaffen, die über eine geringere Lobby verfügen. Die Steuerungsfragen sind hierbei allerdings noch weitestgehend ungeklärt.

Auch sprach sich etwa die Hälfte der Befragten weiterhin für eine Vertreterpolitik aus, da es unrealistisch sei anzunehmen, dass auf das Bedürfnis jedes einzelnen Bürgers eingegangen werden könne. Die Verantwortlichkeiten sollten somit weiterhin beibehalten werden. Die Ausschussvorsitzenden wurden weiterhin befragt, ob sie an den bisher stattgefundenen Info-Veranstaltungen zum Bürgerhaushalt in Potsdam teilgenommen haben und wie ihr Eindruck diesbezüglich war. Der Großteil der Befragten war leider nicht anwesend. Einige waren nach ihrer Aussage absichtlich nicht anwesend, weil sie die Auffassung vertreten, dass die Bürgerhaushaltsdebatten auch personell nicht von der Politik dominiert sein solle, andere nannten Termenschwierigkeiten als Grund ihrer Abwesenheit. In den Fraktionssitzungen hätte man aber erfahren, dass der Anteil der Stadtverordneten, der Verwaltungsmitarbeiter und der „üblichen Verdächtigen“ überwogen habe und der „einfache“ Bürger unterrepräsentiert gewesen sei. Es wurde in diesem Zusammenhang spekuliert, dass der Informationsfluss für die Info-Veranstaltungen zu gering war bzw. die Veranstaltungen zu ungünstigen Zeiten stattfanden.

Mit der Frage, wie die Befragten ihre Interessenlage bezüglich des kommunalen Bürgerhaushaltes hinsichtlich ihres Ausschusses kennzeichnen, wurde deutlich, dass in einigen Ausschüssen die Beteiligung für den Bürger nicht möglich ist. So beispielsweise im Rechnungsprüfungsausschuss: Dieser errechnet und erarbeitet die Haushaltsergebnisse. Es handelt sich hierbei nicht um Entwürfe, somit ist ein Mitwirken der Bürger nicht realisierbar. Auch im Petitionsausschuss dürfte sich eine Berücksichtigung von Ergebnissen aus dem Bürgerhaushalt schwierig gestalten. Viele andere Ausschussvorsitzende betonten dagegen, dass es sich insbesondere bei vielen

Investitionsentscheidungen, die der jeweilige Ausschuss diskutiere, durchaus als hilfreich erweisen könnte, wenn sich der einzelne Bürger beteiligen kann. Auch wurde darauf eingegangen, ob es in den verschiedenen Ausschüssen hinsichtlich des Bürgerhaushaltes eine Diskussion gab und ob eine Bereitschaft zur Mitarbeit vorhanden sei.

In den meisten Ausschüssen wurde noch nicht über den Bürgerhaushalt diskutiert, meist wurde Zeitmangel als Grund dafür angegeben. Bei den Diskussionen der anderen Ausschüsse sei grundsätzlich Interesse und Bereitschaft zur Mitwirkung gegeben gewesen, allerdings fehle es nach Meinung einiger Vorsitzender noch an ausreichend Informationen. Wie man auch einigen Presseartikeln der letzten Tage entnehmen kann, besteht ein großes Problem darin, dass in den Ausschüssen noch keine Klarheit herrscht, wie mit den einzelnen Vorschlägen aus den Bürgerhaushaltsdebatten umzugehen sei.

In der Befragung wurde auch auf die Zusammenarbeit der Ausschüsse mit der Stadtverwaltung in Bezug auf den Bürgerhaushalt eingegangen: Nach Meinung der Befragten versucht sich die Verwaltung dieser neuen Aufgabe zu stellen, auch informiert sie die Ausschüsse über Neuigkeiten in diesem Prozess. Allerdings entstand auch der Eindruck, dass es sich bei der Umsetzung des Bürgerhaushaltes für die Verwaltung um eine reine Formsache handele, die eben mitbearbeitet werden müsse.

Es wurden im Verlauf der einzelnen Interviews auch Verbesserungsvorschläge gemacht, wie z. B. die Einteilung Stadt Potsdam in Stadtteile oder Sozialräume zur leichteren Realisierung der Bürgerhaushaltsdebatten. Von einem Ausschussvorsitzenden wurde darüber hinaus von sehr anregenden Erfahrungen aus der französischen Partnerstadt Bobigny berichtet. Dort würden den Bürgern im Rahmen des Bürgerhaushaltes verschiedene Investitionsalternativen zur Verfügung gestellt werden, über welche die Bürger dann auch abschließend entscheiden könnten. Dies könnte auch ein Ansatz für zukünftige Bürgerhaushalte in Potsdam sein. Auch sollte nach Meinung der Befragten mehr in den Prozess der Meinungsbildung investiert werden, da dieser die entscheidende Grundlage bilde.

Betrachtet man die verschiedenen Aussagen, wird das Konzept des Bürgerhaushaltes für die Stadt Potsdam durchaus positiv aufgenommen, allerdings ist den Beteiligten auch das damit verbundene Ausmaß an zusätzlicher Arbeit bewusst. Es wird gefordert, gesammelte Erfahrungen anderer Projekte dieser Art noch stärker einfließen zu lassen. Es müssen ein Grundverständnis und die Akzeptanz für bestimmte Entscheidungen vorhanden sein, um den Bürgerhaushalt zu realisieren. Dabei ist das Stichwort, welches sich wie ein roter Faden durch die verschiedenen Befragungen zieht, immer wieder eine verbesserte Bürgerfreundlichkeit innerhalb des Projektes. Dies beziehe sich sowohl auf die Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld als auch auf die Ausgestaltung der Bürgerhaushaltsdebatten an sich. Allerdings wird anhand der gegebenen Argumente auch deutlich, dass es viel Aufholbedarf gibt, um

das Projekt erfolgreich zu realisieren. Gibt man dem Ganzen einen zeitlichen Rahmen, sprachen einige Ausschussvorsitzende von mehreren (ca. vier) Jahren.

6. Fazit

Die geführten Interviews brachten uns zunächst einmal einen lebendigen Einblick in die Realpolitik auf kommunaler Ebene. Wir erlebten dieses Projekt somit auch als nützliche Chance, Theorie und Praxis miteinander zu verknüpfen und wichtige Akteure der Stadtpolitik persönlich kennen zu lernen.

Unterschiedliche Probleme bereitete die Vereinbarung von Interviewterminen. So war es beispielsweise bei Politikern aus dem eher linken Spektrum kaum problematisch, schnell und zeitnah Termine zu bekommen. Schwieriger gestaltete sich dies schon bei Vertretern der anderen Fraktionen. Oft wartete man mehrere Tage auf Rückmeldung und der vorgeschlagene Termin war dann alles andere als zeitnah. Schon im Vorfeld der Interviews konnten somit erste Schlüsse gezogen werden, welche Bedeutung die einzelnen Politiker dem Projekt des Bürgerhaushalts beimessen. Ein Ausschussvorsitzender wollte sich zunächst gar nicht mit uns treffen, da er vom kommunalen Bürgerhaushalt insgesamt wenig erwartete und ihm seine kostbare Zeit damit vertan erschien. Nach einem intensiven Telefongespräch war dieser dann doch zu einem Treffen bereit, wobei uns hierbei sein Selbstverständnis eines gewählten Vertreters der Bürgerschaft stark verwunderte.

Wie erwartet gestalteten sich auch die Antworten zu den einzelnen Fragen sehr differenziert und natürlich durchaus parteipolitisch geprägt. Oft war zu beobachten, dass die Befragten trotz vorheriger Einweisung, Probleme mit dem Ausfüllen des Fragebogens hatten. Aus Sicht der Kommunalpolitiker waren einige Fragen zu unscharf formuliert oder es waren nur Einfachantworten möglich, wo sie gerne mehrere Kreuze gemacht hätten.

Insgesamt herrschte Konsens darüber, dass für die Umsetzung des Bürgerhaushaltes weitere Maßnahmen getroffen werden müssen und die Informationspolitik verbesserungswürdig ist. Auch wir in der Arbeitsgruppe sehen Defizite im Bereich Öffentlichkeitsarbeit.

Einige Vorschläge zur Verbesserung der Gestaltung der Bürgerhaushaltsdebatten sollten in den weiteren Diskussionen berücksichtigt werden. Dies betrifft insbesondere eine Strukturierung der Debatten nach territorialen Aspekten und eine Orientierung an dem Modell der Partnerstadt Bobigny. Schließlich sollte aus Sicht der Ausschüsse auch so schnell wie möglich Klarheit darüber bestehen, wie in den einzelnen Ausschüssen mit den Ergebnissen der Bürgerhaushaltsdebatten umgegangen werden soll.

Abschlussbericht Politische Parteien

Von Marcus Faber, Kevin Heidenreich, Michael Schlecker, Christian Schnepf und Daniel Seiffert

1. Einleitung

Mit diesem Bericht werden die Daten aus den Befragungen mit allen neun in der Potsdamer SVV vertretenden Fraktionen und Wählergruppen zusammengefasst und einer kurzen Bewertung unterzogen. Der Struktur des standardisierten Fragebogens folgend, gliedert sich der Bericht in drei Teile. Eingangs steht dabei eine kurze *Problemanalyse zum Leben in Potsdam*, gefolgt von Teil Zwei zur Thematik *Potsdam als Bürgerkommune* und einem Fragenkomplex zum *Bürgerhaushalt Potsdam*. Ergänzend fließen zusätzliche Anmerkungen zur Thematik sowie parteispezifische Erklärungen, die im standardisierten Fragebogen nicht berücksichtigt werden konnten in den Bericht mit ein.

Ziel ist eine allgemeine Verortung gegebenenfalls divergierender Positionen der einzelnen politischen Parteien zum Prozess der Einführung des Bürgerhaushalts. Wo liegen im gesamten politischen Spektrum Gemeinsamkeiten, wo Unterschiede in Hinblick auf die Umsetzung des Bürgerhaushalts? Inwieweit stellt sich, zwei Jahre nach dem mehrheitlich gefassten Beschluss, die Idee eines Beteiligungshaushalts in Potsdam auch über die parteilichen Grenzen hinweg noch als konsensfähig heraus? Hieraus leitet sich ferner die Antwort auf die Frage ab, inwieweit die Einführung eines kommunalen Haushalts von und für die Bürger der Stadt Potsdam auch weiterhin politisch gewollt und somit einvernehmlich getragen und forciert wird?

2. Leben in Potsdam

Der Teil 1 des Fragebogens beschäftigt sich vor den konkreten Fragestellungen zum Bürgerhaushalt und der Bürgerkommune mit eher allgemeinen Einschätzungen der neun befragten Parteien⁴⁴ zur Lebensqualität verschiedener Personengruppen in Potsdam sowie dem Handlungsbedarf hinsichtlich wichtiger städtischer Angelegenheiten. Ferner erfolgt eine Eruiierung der von der jeweiligen Partei präferenzierten Problemlösungsstrategien zur Verbesserung von Einnahmesituation und Kostensenkung des Haushalts der Stadt Potsdam.

Frage 1: Wie schätzen sie die Lebensqualität in Potsdam für folgende Personengruppen ein?

Im Durchschnitt wird die Lebensqualität für die Personengruppen *Familien, Frauen, Kinder, Senioren, Sportler und Studenten* als „eher hoch“ eingeschätzt. Hingegen dazu scheinen die Vertreter der einzelnen Parteien die Lebensqualität für *Ausländer* und *Radfahrer* als „eher niedrig“ zu empfinden. Der Vertreter der DVU machte zur Personengruppe *Ausländer* keine Angabe. Von der Wählergruppe

⁴⁴ Der Begriff Parteien subsumiert in diesem Bericht alle in der Potsdamer SVV vertretenen Fraktionen sowie das *BürgerBündnis* und *Die Anderen*, welche sich als Wahlvereinigung bzw. Wählergruppe definieren.

„Die Anderen“ wurde die Fragestellung gänzlich unbeantwortet gelassen. Die Ergebnisse zu den einzelnen Personengruppen zusammenfassend, lässt sich hinsichtlich der *Lebensqualität* der Potsdamer eine eher positive Bewertung durch die etablierten Parteien in der SVV (Bündnis90/Die Grünen, DieLinke.PDS, FDP, CDU und SPD) konstatieren. Demgegenüber sehen die Vertreter von DVU und BürgerBündnis die Lebensqualität der Potsdamer im Allgemeinen als „eher niedrig“ an.

Frage 2: Wie bewerten sie den Handlungsbedarf in den städtischen Angelegenheiten?

Abgesehen von den Bereichen *Denkmalpflege*, *Gesundheit* und *Wohnen*, bei denen der Handlungsbedarf im Querschnitt durchweg „eher niedrig“ eingestuft wurde, sehen parteiübergreifend alle Befragten einen „eher hohen“ bis „sehr hohen“ Handlungsbedarf in allen weiteren vorgegebenen Feldern der städtischen Angelegenheiten. Ein außergewöhnlich hoher Handlungsbedarf und insofern eine besondere Priorität wird den *Schulen* und nachfolgend der *Jugendarbeit* beigemessen. Im Gegensatz zu allen anderen befragten Parteien schätzt die DVU den Handlungsbedarf im Bereich der *Denkmalpflege* „sehr hoch“ ein. Als einzige Partei bewertet die SPD den Handlungsbedarf in den Bereichen *Kultur/Bibliotheken/Museen* „eher niedrig“.

Frage 3: Wie könnte die Einnahmesituation für die Stadt verbessert werden?⁴⁵

Zur Verbesserung der Einnahmesituation Potsdams empfiehlt die Familienpartei *Steuererhöhungen*, beispielsweise die Einführung respektive Erhöhung einer Hundesteuer. Die FDP hingegen setzt eindeutig auf eine *Privatisierung kommunaler Leistungen*. Gemeinsamkeiten hinsichtlich ihrer Vorschläge zur Einnahmeverbesserung weisen DieLinke.PDS und DVU auf. Beide setzen mit ihren Vorschlägen auf eine *verstärkte Ansiedlungspolitik*, wobei die DVU explizit die Gewerbeansiedlung vorantreiben will. Bündnis90/DieGrünen zielen vor allem auf die *Erhöhung der Gebühren für kommunale Leistungen* (Geburtsurkunden), obgleich auch eine *Erhöhung der Beiträge für die Nutzung kommunaler Infrastruktur* in Frage käme. Die SPD setzt wie die FDP auf *Privatisierung kommunaler Leistungen* und ferner auf die *Erhöhung der Beiträge kommunaler Infrastruktur*. Auch das BürgerBündnis sieht in dem *Verkauf kommunalen Eigentums* eine Möglichkeit die Einnahmesituation zu verbessern, wobei gleichsam die *Privatisierung kommunaler Leistungen* angedacht wird.

Infolge der methodologisch unzulässigen Mehrfachnennungen (ohne Prioritätensetzung) ergibt sich im Hinblick auf die Angaben der CDU eine Kombination verschiedener Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmesituation. Ohne wertende Abstufung wurden genannt: der *Verkauf kommunalen Eigentums*,

⁴⁵ Bei den Fragen 3 und 4 gestaltet sich die Auswertung methodologisch schwierig. Die erfasste Datenmenge ist nicht eindeutig, da von den Vertretern der Parteien CDU, SPD, DVU, BürgerBündnis und „Die Anderen“ Mehrfachnennungen getätigt wurden. Mithin konnten die Angaben in der statistischen Erhebung als „fehlende Werte“ nicht berücksichtigt werden. In die statistische Auswertung sind daher nur die Ergebnisse von den Parteien DieLinke.PDS, Bündnis90/Die Grünen, FDP und Familienpartei als relevante Werte eingegangen.

die Privatisierung kommunaler Leistungen, die Erhöhung der Beiträge für die Nutzung kommunaler Infrastruktur. Die Partei „Die Anderen“ gab keinerlei Lösungsvorschläge an.

Frage 4: Wie könnten die Kosten im städtischen Haushalt gesenkt werden?

Auf Grundlage der statistischen Auswertung lässt sich konstatieren, dass drei Viertel der Parteien mit statistisch verwertbaren Antworten unabhängig von dem vorgegeben Kostensenkungsvorschlägen eigene Vorschläge einbrachten. So wurden unter *Weiteres* genannt: *Effektivierung kommunaler Leistungen* (DieLinke.PDS), *kommunalen Anteil an Baukosten reduzieren* (Stadtschloss) (Familienpartei), *Senkung des Verwaltungsaufwands, Effizienz erhöhen ohne Personalabbau* (Bündnis90/Die Grünen).

Die FDP präferiert die *Förderung von privat-öffentlichen Partnerschaften* als Mittel zur Kostensenkung. Damit steht die FDP nicht alleine, denn sowohl DVU, CDU als auch *BürgerBündnis* und SPD geben die Förderung von privat-öffentlichen Partnerschaften in der Kombination mit weiteren Mitteln als Möglichkeit zur Kostensenkung an. Als zweites häufiger angegebenes weiteres Mittel wurde die *Effektivierung bzw. Verschlankung der Verwaltung* einhellig von DieLinke.PDS über das Bündnis90/Die Grünen, „Die Anderen“, dem BürgerBündnis bis hin zur DVU angegeben. Bündnis90/ DieGrünen forderten in diesem Punkte jedoch die *Senkung des Verwaltungsaufwands* ohne jedwede Form von Personalabbau zu bewerkstelligen. Ein gleichsam probates Mittel zur Kostensenkung sehen die Parteien SPD, CDU, „Die Anderen“ und das BürgerBündnis in der *Förderung der Übernahme kommunaler Leistungen durch die aktive Bürgerschaft*. Wie auch die Familienpartei fordert die Gruppe "Die Anderen" eine *Reduzierung des kommunalen Anteils an Baukosten*. Konkret wurden dabei das Stadtschloss und die Garnisonkirche genannt. Im Hinblick auf die gesammelten Daten lässt sich keine eindeutige Prämisse bei den jeweils präferierten Mittel zu einer Kostensenkung feststellen. So geht auch die CDU nicht nur mit allen vorgegebenen Vorschlägen zur Kostensenkung konform, sondern sieht zusätzlich hierzu weitere Kostensenkungsmittel in einem *aktiven Cash-Management* zwischen allen städtischen Bereichen und einem *optimierter Personaleinsatz*.

3. Bürgerkommune

In diesem Abschnitt wird überwiegend auf die Sicht der Parteien zur Thematik „Potsdam als Bürgerkommune“ eingegangen. Der Fokus liegt dabei auf der Auswertung des standardisierten Fragebogens, wobei einige Aspekte des offenen Teils der Interviews mit eingebracht werden.

Frage 5: Wie gut sind Sie über das Projekt Bürgerkommune der Stadt Potsdam informiert?

Erwartungsgemäß sind alle in der SVV Potsdam vertretenen Parteien über das Projekt Bürgerkommune mindestens „eher gut“ informiert, wobei die Vertreter vom BürgerBündnis, „Die

Anderen“, und DieLinke.PDS angaben, dass sie „sehr gut“ mit der Thematik vertraut sind. Allerdings wurde insbesondere bei den offenen Interviewfragen ein differenziertes Verständnis von dem Begriff Bürgerkommune deutlich. Davon ausgehend gibt es unterschiedliche Ansichten über die Entwicklung einer Bürgerkommune. Während der Vertreter der FDP die Bürgerkommune als nicht realistisch betrachtet, da auch zukünftig die Verwaltung und die Stadtverordneten als Repräsentanten der Bürger auftreten sollten, stehen alle anderen Parteien der Idee der Bürgerkommune zumindest positiv gegenüber. Dabei reicht die Bandbreite der „Wunschvorstellung“ von einer noch besseren Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements verbunden mit der Vermittlung, dass Potsdam eine „Bürgerstadt für die Bürger“ ist (CDU), über die Position, die Bürger in alle Belange mit einzubeziehen ohne die Letztverantwortung aus der Hand zu geben (SPD), eine direkte Bürgerbeteiligung nach dem Schweizer Vorbild zu schaffen (DVU), den Bürger selber gestalten zu lassen (Bündnis90/DieGrünen), bis zur Annäherung an das Ideal („Die Anderen“), sodass die Bürger sowohl Einfluss (Entscheidungsfunktion), als auch eine Kontrollfunktion ausüben (BürgerBündnis).

Frage 6: Welche Ziele assoziieren Sie mit einer Bürgerkommune Potsdam?

Unter Einbeziehung der genannten Mehrfachantworten waren fünf Vertreter der Parteien der Ansicht, dass ein konkretes Ziel die erhöhte Beteiligung der Bürger an der Entscheidung städtischer Angelegenheiten ist. Unter Beteiligung verstehen einige Parteien (u. a. CDU, FDP) nicht unbedingt das tatsächliche Entscheiden der Bürger oder gar die Bindung der SVV an diese, sondern tatsächlich nur eine größere Beteiligung. Jeweils vier Vertreter betrachten die Punkte: mehr Information der Bürger über städtische Angelegenheiten, eine größere Zufriedenheit der Bürger, sowie eine höhere Identifizierung der Bürger mit Ihrer Stadt als Ziel. Nur drei Vertreter sehen eine größere Transparenz der Entscheidungen als Ziel der Bürgerkommune in Potsdam.

Von einigen Vertretern (u. a. CDU) wurde betont, dass in der Fragestellung nur positive Ziele aufgeführt wurden. So führte der Vertreter vom BürgerBündnis die „Einführung eines Schattenhaushaltes“ als ein konkret mit der Bürgerkommune assoziiertes Ziel an. Unter der Antwortmöglichkeit „Andere“ wurden mit der „stärkeren Rechtfertigung von Haushaltsentscheidungen“ und dem „Entdecken von Sparlücken“ ebenfalls zwei Aspekte von der Gruppierung „Die Anderen“ eingebracht, die eigentlich dem Bürgerhaushalt zuzuordnen sind. Anscheinend wurde in den Parteien überwiegend über einen Bürgerhaushalt und weniger über die darüber hinausgehende Bürgerkommune diskutiert. Auffällig war ferner die geringe Kenntnis über Projekte von Bürgerkommunen in anderen Städten.

Frage 7: Welche Handlungsfelder der Bürgerkommune betrachtet Ihre Organisation als besonders wichtig?

Alle Parteien stufen das Handlungsfeld „Mitwirkung bei der Gestaltung und Entwicklung im Stadtteil“ als „eher hoch“ bzw. „sehr hoch“ ein, wohingegen die Bedeutung der „Mitwirkung bei der Gestaltung und Entwicklung auf gesamtstädtischer Ebene“ bei der CDU, FDP und SPD als „eher niedrig“ und bei den anderen Parteien als „eher hoch“ bzw. „sehr hoch“ angesehen wird. Bei den weiteren Handlungsfeldern ist ebenfalls eine unterschiedliche Beurteilung der jeweiligen Bedeutung festzustellen. So messen Familienpartei, BürgerBündnis und FDP der „Mitwirkung bei der Entscheidung über finanzielle Prioritäten“ eine zumindest „eher niedrige“ Wichtigkeit bei, wohingegen CDU, SPD, "Die Anderen", DieLinke.PDS und die Bündnis90/DieGrünen diesem Feld zumindest eine „eher hohe“ Wichtigkeit zuschreiben. Bei der „Mitwirkung bei der Verbesserung der Bürgerorientierung der städtischen Verwaltung“ sehen CDU, Bündnis90/DieGrünen und BürgerBündnis im Gegensatz zu den anderen Parteien eine „eher niedrige“ Bedeutung.

Die Wichtigkeit der „Mitwirkung bei der Aktivierung der Bürgerschaft“ sehen alle Parteien – bis auf CDU und überraschenderweise Bündnis90/DieGrünen – als zumindest „eher hoch“ an. Diese Sichtweise der CDU verwundert nicht, da ihr Vertreter auf das insgesamt beeindruckend hohe bürgerschaftliche Engagement in vielen Bereichen in Potsdam verweist und die Idee der Bürgerkommune als Aufsattlung auf etwas bereits Bestehendes artikuliert. Von daher erklärt dies vielleicht auch, dass einzig die CDU die Mehrheit der Handlungsfelder als nicht so wichtig ansieht und nur die Mitwirkung im Stadtteil und die Mitentscheidung über die finanziellen Prioritäten als eher wichtig angibt. Im Gegensatz dazu stehen die Gruppierung „Die Anderen“, die die Bedeutung aller Handlungsfelder als „sehr hoch“ ansieht, sowie DieLinke.PDS, die allen Feldern mindestens ein „eher hoch“ beimisst und die Familienpartei die bis auf den Aspekt der finanziellen Prioritäten (niedrig) alle Felder mit „sehr hoch“ angab.

Frage 8: Wer sollte die Aktivitäten in einer Bürgerkommune Potsdam koordinieren und als Anlaufstelle für alle Beteiligten dienen?

Eine einheitliche Sichtweise ist bei den Parteien hinsichtlich dieser Frage nur in dem Punkt erkennbar, dass die SVV nicht als Koordinator und Anlaufstelle dienen soll. Jeweils drei Vertreter gaben die „Stadtverwaltung“ (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DieLinke.PDS) und die „aktiven Bürgerschaft“ (CDU, Familienpartei, BürgerBündnis) als Antwort an. Zwei Vertreter bevorzugten eine „externe Koordinierungsstelle“ (FDP, DVU) Der Vertreter der Gruppierung „Die Anderen“ machte den Vorschlag ein Konstrukt aus Stadtverwaltung, externer Koordinierungsstelle und aktiver Bürgerschaft zu bilden. Insgesamt ist die Mehrheit gegen eine Führungsrolle der Stadtverwaltung. Wenn die Politik (SVV) oder die Verwaltung im Projekt eine führende Rolle spiele, insbesondere als Anlaufstelle fungieren, befürchten viele Befragte eine skeptische Reaktion der Bürger. Die Ernsthaftigkeit des Projektes wäre in Frage gestellt und das Engagement der Bürger könnte sinken.

Anmerkungen zur Bürgerkommune

Im offenen Interviewteil wurden alle Vertreter der Parteien gefragt, ob sich die Verwirklichung einer Bürgerkommune an einem Leitbild orientieren solle bzw. ein solches in der Partei bereits existiere. Die Mehrheit der Parteien hat kein Leitbild für die Stadt Potsdam. Einige Vertreter äußerten sich ablehnend zur Vorgabe eines Leitbildes. Die Bürgerkommune müsse sich selber entwickeln und ein Leitbild sich eventuell innerhalb des Prozesses herauskristallisiert (Die Anderen, DVU, Familienpartei, Bündnis 90/Die Grünen). Für den Entwurf eines Leitbildes sprach sich der Vertreter der FDP aus, während DieLinke.PDS auf den Beschluss des Parteitags sowie ihre kommunalpolitischen Leitlinien verwies. Konkrete Vorstellungen äußerte zum einen der CDU-Vertreter, der das Leitbild sinngemäß wie folgt definierte: *„Das Bekenntnis und die Hinwendung zu Potsdam, ein bürgerliches Flair im Sinne wachsender bürgerlicher und sozialer Strukturen in den verschiedenen Bereichen (Kultur, Nachbarschaft etc.) soll wachsen.“* Zum anderen drückte der Vertreter vom BürgerBündnis das Leitbild folgendermaßen aus: *„Eine lebenswerte und liebenswerte Stadt Potsdam. Dies beinhaltet u. a. soziale Gerechtigkeit, eine grüne Stadt und eine kritisch interessierte Bürgerschaft.“*

Aufgrund der recht unterschiedlichen Sichtweise der Bürgerkommune – sowohl hinsichtlich der Definition, als auch der gewünschten Entwicklung – ist es schwer abzuschätzen, inwieweit ein Grundkonsens unter den Parteien besteht. Während der FDP-Vertreter die Bürgerkommune faktisch als nicht notwendig erachtet und in ihr momentan mehr Aufwand als Verbesserungen sieht, äußerte der CDU-Vertreter sich dahingehend, dass die Bürger vielleicht animiert werden, bestehende Institutionen und Vereinigungen stärker zu nutzen oder mitzuarbeiten. Die SPD-Vertreterin betonte die Erhöhung der Zufriedenheit und Akzeptanz politischer Entscheidungen, wenn Sachen einfacher und unbürokratischer entschieden werden. Der Vertreter der Familienpartei hob das Entstehen zusätzlicher Ideen durch die Bürgerkommune hervor. Während der DVU-Vertreter noch keine Prognose bezüglich möglicher Auswirkungen der Bürgerkommune abgeben mochte, bemerkte der Vertreter von "Die Anderen", dass die Bürger punktuell in bestimmten Bereichen aktiv mitgestalten sollten, „denn was die Stadtverordneten können, können die Bürger auch“. Der BürgerBündnis-Vertreter betonte ferner, dass neben einer höheren Akzeptanz eine aktivere politische Bürgerschaft entstehen kann, der Vertreter von den Bündnis90/DieGrünen verwies auf das Vermeiden von Fehlentwicklungen, das Produzieren von praktischen vorteilhaften Lösungen sowie besseren Entscheidungen und der Vertreter von DieLinke.PDS meinte, man soll dem Bürger etwas zutrauen, reale Möglichkeiten der Mitarbeit schaffen und damit die Identifikation mit der Kommune und der Stadtpolitik erhöhen.

Ferner äußerten aber gerade die Parteien, die eine merkliche Ergänzung der bisherigen Entscheidungsformen mit direktdemokratischen und kooperativen Formen der Demokratie befürworten, sich skeptisch bezüglich der tatsächlichen (Teil-)Realisierung Ihrer Vorstellungen.

4. Bürgerhaushalt

In diesem Abschnitt wird überwiegend auf die Sicht der Parteien (und Wählergemeinschaften) zur Thematik „Bürgerhaushalt Potsdam“ eingegangen. Der Fokus liegt dabei auf den Ergebnissen des standardisierten Fragebogens, wobei einige Aspekte aus dem offenen Teil der Interviews mit eingebracht werden.

Frage 9: Was ist beim Bürgerhaushalt besonders wichtig?

Nahezu allen Parteien ist eine Verbesserung der Transparenz am Haushaltsverfahren durch den Bürgerhaushalt besonders wichtig. Dagegen bezeichnete nur etwa die Hälfte der Parteien (fünf von neun) die Möglichkeit, mehr Informationen zum Haushalt zu erhalten, als einen zentralen Punkt. Auch eine mögliche Beteiligung der Bürger an Entscheidungen über die Prioritäten im Haushalt wurde nur von vier Parteien als wichtig erachtet. Bei Bündnis90/DieGrünen spielt die Transparenz, ebenso wie die verbesserten Informationsmöglichkeiten eine untergeordnete Rolle. Stattdessen ist die Beteiligung an den Entscheidungen der wichtigste Faktor in Bezug auf den Bürgerhaushalt. Als einzige Partei hat die DVU neben den zur Auswahl stehenden Antwortmöglichkeiten noch einen weiteren, ihrer Ansicht nach wichtigen Punkt angegeben. So ist ihrer Ansicht nach vor allem die verstärkte Motivation zu bürgerschaftlichen Engagement ein wichtiger Aspekt des Bürgerhaushaltes. Bei allen Parteien wurde aber im Laufe der Gespräche deutlich, dass es mehrere positive, unabhängig voneinander vorliegende Aspekte gibt, die zusammengefasst die wenigen negativen Probleme ausgleichen.

Frage 10: Worüber sollte die Debatte zum Bürgerhaushalt geführt werden?

Hier zeigt sich Uneinigkeit zwischen den Parteien. Bei der Frage, ob man den gesamten Verwaltungs- und Vermögenshaushalt inklusive der Investitionen in das Konzept des Bürgerhaushaltes einbeziehen sollte oder stattdessen nur den beeinflussbaren Teil des Haushaltes berücksichtigt, sind die Parteien in zwei Lager gespalten. Die Linkspartei, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und das BürgerBündnis sprechen sich für Entscheidungen über den Gesamthaushalt aus, damit strategische Weichenstellungen für die Zukunft bei den Beratungen mit einbezogen werden. Dagegen sind CDU, Familienpartei, FDP und DVU der Meinung, dass nur der beeinflussbare Teil des Haushaltes mit in die Debatte über den Bürgerhaushalt mit einfließen sollte. Im offenen Gespräch wurde von vielen Parteien deutlich hervorgehoben, dass dem Haushalt durch Bund und Länder Grenzen gesetzt sind und der Gestaltungsspielraum stark eingeschränkt ist. Dementsprechend kann ein Bürgerhaushalt auch nur einen kleinen Teil des Haushaltes beeinflussen. Einzig die Partei "Die Andere" konnte hierzu keine Angaben machen, da noch keine klare Abgrenzung vorliegt, wie der Gestaltungsspielraum aussehen soll.

Frage 11: Wie schätzen Sie folgende möglichen positiven Wirkungen des Bürgerhaushaltes ein?

Die meisten Parteien sehen eine verstärkte Identifikation der Bürger mit der Stadt Potsdam durch den Bürgerhaushalt. Nur die Parteien „Die Anderen“ und die DVU stehen diesem Punkt eher skeptisch gegenüber. Auch bezüglich des bürgerschaftlichen Engagements sehen die meisten Parteien, bis auf CDU, „Die Anderen“ und Familienpartei, eine positive Auswirkung. Keinen eindeutigen Vorteil sehen die meisten Parteien dagegen beim Mitteleinsatz. Nur Linkspartei und Bündnis90/DieGrünen gehen davon aus, dass der Bürgerhaushalt zu einem effizienteren Einsatz der Mittel führen könne.

Ein unklares Meinungsbild ergibt sich aus der Frage, ob der Bürgerhaushalt realisierbare Vorschläge liefern kann. CDU, Familienpartei, „Die Anderen“ und DVU sind in der Frage eher skeptisch, die anderen fünf Parteien können sich dagegen praxisnahe Vorschläge durchaus vorstellen. Kritikpunkt hier war vor allem die auseinander gehenden Präferenzen der Bürger, die zu einseitigen Vorschlägen führen könnten und deren Realisierung nicht wünschenswert ist. Auch eine mögliche Entscheidungshilfe für die Politik und eine verbesserte Akzeptanz für unpopuläre Sparmaßnahmen werden nicht eindeutig beantwortet, die Meinungen der Parteien gehen hier auseinander.

Frage 12: Wie bewerten Sie folgende mögliche Probleme des Bürgerhaushaltes?

Die Parteien sehen vor allem ihre eigene mögliche Selbstdarstellung als Problem des Bürgerhaushaltes an. Außer Bündnis 90/Die Grünen, BürgerBündnis und „Die Anderen“ gaben alle Parteien an, dass der Bürgerhaushalt zur Profilierung von Politikern und Parteien ausgenutzt werden könnte. Auch befürchten fast alle Parteien, mit Ausnahme von der Linkspartei und der Familienpartei, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern Erwartungen geweckt werden, die nicht erfüllt werden können.

Den Fragen, ob der Bürgerhaushalt zu viel Zeit für die Stadtverwaltung beanspruchen könnte und ob es zu viel Geld im Verhältnis zum Nutzen kostet, stimmen die meisten Parteien allerdings nicht zu. Dagegen sieht vor allem die FDP diese beiden Punkte eher kritisch. Die Problematik, dass der Bürgerhaushalt nur Vertretern von stark organisierten Interessen eine Bühne bietet, sehen fünf Parteien. Die Linkspartei, Bündnis 90/Die Grünen und BürgerBündnis sehen hier keine größeren Konflikte. Sie sind der Ansicht, dass auch weniger stark organisierte Interessen im Bürgerhaushalt berücksichtigt werden.

Frage 13: Wie sollte die künftige Diskussion des Bürgerhaushalts strukturiert werden?

Die Mehrheit der politischen Parteien ist hier der Auffassung, dass die Diskussion zukünftig sowohl nach inhaltlichen als auch nach territorialen Gesichtspunkten geführt werden sollte. Lediglich die Wählergemeinschaft "Die Anderen" vertritt die Ansicht, dass die Problematisierungsprozesse sich allein entlang der Inhalte zu organisieren hätten.

An Stellungnahmen im offenen Teil, beispielsweise der Vertreterin der SPD, wird aber klar dass auch eine „objektive, gesamtstädtische“ Perspektive gewünscht wird. Um diese spezifischen Interessen der einfachen Bürgerschaft unverfälscht dargestellt zu bekommen, hofft der Vertreter der FDP, dass sich die Parteien aus dem laufenden Prozess des Bürgerhaushalts weitgehend heraushalten. Hier sieht auch der Vertreter der CDU eine Gefahr.

Ziel der, von vielen Parteien gewünschten, territorialen Differenzierung ist auch die Verbreiterung der Basis des bürgerschaftlichen Engagements. So meint der Vertreter der CDU zwar „auch alle Parteien sind in der ganzen Stadt organisiert und bieten sich als Ansprechpartner für die Bürger an“, generell wird jedoch gehofft über diese wohnortnahe Strukturierung des Bürgerhaushalts wieder mehr Bürger für die Belange ihrer Stadt zu interessieren. So erhofft sich das BürgerBündnis über die territoriale auch eine inhaltliche Differenzierung, indem es davon ausgeht dass in den einzelnen Sozialräumen jeweils die spezifischen „Brennpunkte“ angesprochen würden, und sich so eine inhaltliche Spezialisierung einstellt, die gleichzeitig die wirklichen Bedürfnisse der Bürger reflektiert.

Frage 14: Wer sollte die Bürgerhaushaltsdebatte künftig moderieren?

Bei den Antworten der Politik ist an erster Stelle beachtenswert dass kein Parteivertreter die Stadtverordneten als die geeigneten Moderatoren der Bürgerhaushaltsdiskussion empfindet. Andererseits wird eine Vorliebe für bekannte Bürger der Stadt Potsdam deutlich, zu denen sich eventuell auch führende Mitglieder der Stadtratsfraktion zählen. In erster Linie ist hier aber an Persönlichkeiten aus Funk und Fernsehen gedacht. An zweiter Stelle unter den gewünschten Moderatoren rangiert bereits die Antwortoption „Andere Antworten“, die intensiver genutzt wurde. Dies spiegelt sehr differente Ansichten wieder. Hier gehen die Vorstellungen von einem „ausgewogen besetztem Gremium aus Verwaltung, Politik und Bürgern“ (BürgerBündnis), über reine „unabhängige Expertengremien“ (DVU) bis hin zu einer Moderation durch den Kämmerer der Stadt (CDU). Diese Mischung spricht gegen ein verfestigtes Meinungsbild und für eine hohe Meinungsvielfalt in dieser Frage. Abschließend bleibt anzumerken, dass die befragten Parteienvertreter zu über 15 % sogar die sonst eher in einem Spannungsverhältnis zu ihr stehende Verwaltung für einen geeigneten Moderator halten, während in der Verwaltung hingegen keiner einen Stadtverordneten als Diskussionsmoderatoren heran ziehen will.

Frage 15: Wie stellen Sie sich die künftige Entscheidung über den Bürgerhaushalt vor?

Die Frage nach der künftigen letztendliche Entscheidungskompetenz ist zentral für den Charakter des Bürgerhaushalts. Eine überwältigende Mehrheit von über 60 % der befragten Vertreter der Politik spricht sich für jene Variante aus, die sowohl der SVV als auch den Bürgern Mitbestimmungskompetenzen offen hält. Die letztendliche Entscheidung der SVV mit der Verpflichtung zur Ablegung einer Rechenschaft zu ihrer Entscheidung, in Bezug auf die Vorschläge

der Bürger, ist der Favorit. Hier gibt es jedoch interessante Unterschiede zwischen den politischen Lagern. Während die etablierten und “bürgerlichen“ Parteien, wie FDP und CDU, aber auch die SPD, die freie Entscheidung der gewählten SVV aufrecht erhalten wissen möchten, tendieren eher “linke“ Parteien und Gruppen zur Einschränkung der souveränen Entscheidungsfindung in der SVV. So bevorzugen Grüne und PDS die Mehrheitsvariante der SVV-Entscheidung mit Rechenschaft, die DVU, als rechtes Pendant, könnte sich sogar vorstellen, die Alternativen den Bürgern direkt zur Abstimmung vorzulegen.

5. Fazit

Abschließend lässt sich festhalten, dass die meisten Parteien mittels des Bürgerhaushaltes vor allem mehr Transparenz im Haushaltsverfahren schaffen wollen. Allerdings wird eine Beteiligung an Entscheidungen über die Haushaltsprioritäten als weniger wichtig angesehen. Das Projekt Bürgerhaushalt soll ferner dazu dienen, die Bürger mit mehr Information über den städtischen Haushalt zu versorgen. Dies impliziert auch die Akzeptanz seitens der Bürger von finanzpolitischen Realitäten, wie etwaigen Haushaltslöchern und leeren Kassen. Gleichwohl bleibt an dieser Stelle anzumerken, dass die Mehrheit der Parteien ein damit herbeigeführtes Verständnis für unpopuläre Sparmaßnahmen als positive Nebenwirkung des Bürgerhaushaltes für kaum möglich hält. Zudem glauben die politischen Parteien nicht an eine wirkliche Verbesserung der Qualität des Haushalts durch eine Bürgerbeteiligung. Ebenso skeptisch wird ferner die tatsächliche Effektivierung des Mitteleinsatzes bewertet. Jedoch sehen sie ein positives Element des Bürgerhaushaltes in der Aktivierung der Bürgerschaft und mithin eine stärkere Identifizierung der Bürger mit ihrer Stadt.

Uneinigkeit herrscht in der Frage, wie groß der Einfluss der Bürger auf den Haushalt mittels einer gesteigerten Partizipation der Bürger tatsächlich sein soll. Die Trennungslinie verläuft an diesem Punkt grob gesehen zwischen den politischen Lagern Links und Rechts. Wo die Linkspartei, Bündnis 90/Die Grünen und die SPD der Auffassung sind, dass die Debatte über den gesamten Haushalt der Stadt (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt einschließlich der Investition) geführt werden sollte, halten CDU, Familienpartei, FDP und DVU die Debatte nur über jene Teile des Haushaltes für nützlich, die beeinflussbar sind. Als durchaus positiv anzumerken ist, dass zwei Drittel aller Parteien ihre Rolle im Prozess des Bürgerhaushaltes durchaus kritisch sehen und selbst die Gefahr erkennen, den Bürgerhaushalt als Bühne zur Selbstdarstellung eigener parteilicher Interessen zu missbrauchen. Auch wenn bisherige Schwächen des Prozesses erkannt werden, so bescheinigt die Mehrheit der Parteienlandschaft dem Projekt ein insgesamt positives Urteil. Als Fazit bleibt: Der Bürgerhaushalt ist in der Wahrnehmung der politischen Parteien keinesfalls nur ein Kostenverursacher, der wenig Nutzen bringt. Vielmehr sehen die politischen Akteure in ihm ein probates Mittel, durch die erhoffte stärkere Partizipation der Bürger mehr Identifikation mit der Stadt und stärkere Transparenz zu erreichen. In demokratiethoretischer Hinsicht fördern sie damit eine höhere Output-Legitimität, auch wenn eine

damit einhergehende qualitative Verbesserung sowie eine Effektivitätssteigerung des städtischen Haushalts von ihnen als eher unwahrscheinlich angesehen werden.

Die Frage der prozessualen Umsetzung der Entscheidungsfindung im Bürgerhaushaltsmodell wird von der Politik nicht einhellig beantwortet. Das Bürgerhaushaltsmodell der Stadt Potsdam wurde zwar mit überwältigender Mehrheit in der SVV verabschiedet, jedoch scheint dabei jede politische Gruppierung ihren ganz eigenen „Bürgerhaushalt“ im Kopf gehabt zu haben. Je mehr sich diese Idee nun aber in die Phase der Umsetzung begibt, werden praktische Fragen relevant, die den Ausgang des Versuchs maßgeblich beeinflussen werden. Anhand der vielen unterschiedlichen strukturellen Organisationsformen ist davon auszugehen, dass der angesprochene ursprüngliche Konsens dabei auf eine harte Probe gestellt werden wird. Dieser prozessualen Fragestellungen müssen sich die politischen Akteure schnellstens zuwenden und einer Lösung zuführen, wollen sie das Projekt „Bürgerhaushalt Potsdam“ weiterhin konstruktiv und einvernehmlich verfolgen. Denn als gemeinschaftliche Aufgabe von Politik, Verwaltung und aktiver Bürgerschaft steht der Bürgerhaushalt auf eben diesen drei Säulen. Nur durch eine lebhaft öffentliche Diskussion und eine auf gemeinsamen Konsens gerichtete Kooperation zwischen jenen tragenden Säulen, wird der Bürgerhaushalt in seiner Zukunft auf einem soliden Fundament stehen können.

Der durch die Realisierung des Projekts Bürgerhaushalt angestoßene Prozess der vermehrten Interaktion zwischen den drei grundlegenden Akteuren eines Bürgerhaushalts – Politik, Verwaltung, Bürgerschaft – wird ein erster Schritt hin zu einer Bürgerkommune getan, deren Leitziele mehr Diskussion und Kooperation, mehr Teilnahme, bürgerorientierte Verwaltung, die Schaffung umfangreicher Beteiligungsmöglichkeiten und letztendlich transparentes Verwaltungs- und Politikhandeln sind.

Abschlussbericht Stadtverwaltung

Von Guido Jahncke, Michael Kreutzer, Daniel Karbe, Roman Piffrement und Moritz Schnitger

1. Einleitung:

Dieser Abschlussbericht setzt sich mit der Stadtverwaltung und ihrer Sicht auf das Projekt Bürgerhaushalt auseinander. Dazu wurden im Zeitraum Dezember 2005 bis Anfang Februar 2006 Interviews mit Mitarbeitern der Stadtverwaltung aus verschiedenen Fachbereichen geführt.

Das Erkenntnisinteresse war dabei die Umsetzung des SVV-Beschlusses zum Bürgerhaushalt in Potsdam durch die Stadtverwaltung. Hierbei hat sich die AG 14 auf folgende drei Kernfragen konzentriert:

- Welche Vorstellungen hat die Verwaltung vom Bürgerhaushalt (decken sich diese mit den im SVV-Beschluss geäußerten)?
- Wie verlief die Umsetzung des SVV-Beschlusses bisher und wie wird dies von der Verwaltung bewertet?
- Welche Veränderungen am Konzept würden die Verwaltungsmitarbeiter für die Zukunft vorschlagen?

Entscheidend schien uns dabei herauszufinden, ob die Verwaltung den Bürgerhaushalt auch als ihr eigenes oder als von der Politik vorgegebenes Projekt empfindet, da dies für die Motivation solch ein Projekt umzusetzen entscheidend ist.

A. Methodik

Die Interviews gliederten sich in zwei Teile: Befragung mit standardisiertem Interviewbogen sowie ein qualitatives Interview mit Interviewleitfaden. Dazu wurde von der Projektleitung ein standardisierter Fragebogen vorgegeben, welcher sich in folgende drei Teile gliederte: Problemanalyse „Leben in Potsdam“, Potsdam als Bürgerkommune sowie Bürgerhaushalt in Potsdam.

Zum qualitativen Interview hat die AG 14 selbstständig einen Interviewleitfaden entworfen, der sich in seiner Gliederung an den oben genannten drei Kernfragen orientierte und zum Ziel hatte, möglichst genaue Informationen zu deren Beantwortung zu generieren. Der Leitfaden sollte die Interviews dazu in folgende Fragekomplexe gliedern:

Vorstellungen vom Konzept Bürgerhaushalt innerhalb der Verwaltung

- Bild vom Bürgerhaushalt – Welche Ziele, Vorteile, etc. verbindet der Befragte ganz generell mit dem Bürgerhaushalt?
- Nutzen – Welchen Nutzen verspricht sich dieser davon für seinen eigenen Arbeitbereich/die Verwaltung insgesamt/die Politik/und die Bürger?

- Rollenverständnis - Welche Rolle/Aufgabe weist er innerhalb des Projekts den einzelnen Akteursgruppen (Verwaltung/Politik/Bürger) zu?
- Legitimität – Hält der Befragte das Konzept des Bürgerhaushalts, Bürger an Entscheidungen über den Haushalt in einem standardisierten Verfahren zu beteiligen, überhaupt für legitim?

Umsetzung des SVV-Beschluss

- Informationsfluss in Verwaltung – Wie wurde das Konzept des Bürgerhaushalts von Politik zur Verwaltung und in dieser kommuniziert und wie wird dies vom Befragten bewertet?
- Erarbeitung Umsetzungskonzept – Wie wurde die Verwaltung beteiligt und wie bewertet der Befragte den Einfluss der Verwaltung auf das Umsetzungskonzept?

Durchführung Umsetzungskonzept

- Informationsfluss zum Bürger – Wie wurde das Konzept gegenüber den Bürgern kommuniziert und wie bewertet dies der Befragte?
- Akzeptanz Beteiligte – Wie schätzt der Befragte die Akzeptanz des Bürgerhaushalts bei den drei Akteursgruppen ein?
- Praktikabilität – Wie bewertet der Befragte die Praktikabilität der Instrumente des Bürgerhaushalts für die Akteursgruppen?
- Verbesserungsvorschläge - Welche Veränderungen würde der Befragte für die Zukunft in Bezug auf Erarbeitung und Umsetzung des Bürgerhaushaltskonzepts vornehmen?

Angefragt wurde bei allen Beteiligten der Projektgruppe Bürgerkommune, wobei Interviews mit 13 von 19 beteiligten Mitarbeitern durchgeführt wurden. Bei den sechs nicht durchgeführten Interviews lagen Termenschwierigkeiten oder Desinteresse seitens der Mitarbeiter vor. Zu bedauern ist dies aus Sicht der AG 14 hinsichtlich der Fachbereiche Verwaltungsmanagement und besonders Marketing, da der Bürgerhaushalt entweder eng mit diesem Fachbereich verknüpft ist (Verwaltungsmanagement) oder sich bei der Umsetzung gerade Probleme im vom Fachbereich abgedeckten Aufgabenbereich ergeben haben (Marketing). Bei den Interviewten handelte es sich zum einen um die direkt mit der Umsetzung des Bürgerhaushalts betraute Projektleitung und zum anderen um die Ansprechpartner in den einzelnen Fachbereichen.

Problematisch war, dass es sich bei den Interviewpartnern ausschließlich um Projektbeteiligte handelte. Seitens der AG 14 bestand daher eine gewisse Skepsis dahingehend, ob Fragen nach den bisherigen Umsetzungsbemühungen und deren Bewertung auch mit dem nötigen Abstand beantwortet werden können. Da die Mitglieder der Projektgruppe die einzigen sind, die bisher im Rahmen ihrer Arbeit in Kontakt mit dem Bürgerhaushalt getreten sind und somit Fragen mit der nötigen Tiefe beantworten konnten, war dies nicht zu vermeiden.

Jedoch hat die AG 14 durch die geführten Interviews und die zum Teil sehr selbstkritischen Antworten den Eindruck gewonnen, dass die Projektbeteiligten durchaus die Mängel an der bisherigen Umsetzung erkannt haben und sich auch offen damit auseinandersetzen. Auch wurde diese Problematik dadurch entschärft, dass sich viele der Fachbereiche, die nicht in die Konzeption des Projekts involviert waren, nicht als Projektverantwortliche empfunden haben.

B. Datenlage

Bei den für den Abschlußbericht genutzten Daten handelt es sich um eine relativ kleine Stichprobe. Besonders die Daten aus den qualitativen Interviews sind teilweise nur schwer als repräsentativ einzuordnen. Probleme bei der Auswertung der qualitativen Interviews ergaben sich besonders dadurch, dass die Befragten zum Teil sehr unterschiedliche Aspekte der Fragestellung angesprochen haben, wodurch sich bei manchen Fragen eine Vielzahl verschiedener Antworten ergab. Eine Zusammenfassung zu einer Antworttendenz konnte in diesem Fall nicht vorgenommen werden.

Auch machte sich die Unerfahrenheit der Mitglieder der AG 14 im Führen von Interviews besonders bei Fragen bemerkbar, deren Intention sich den Befragten nicht auf Anhieb erschloss und bei denen es darauf ankam, die hinsichtlich der Fragestellung relevanten Informationen aus den Befragten „herauszukitzeln“. Auf Grund der geringen Anzahl ähnlicher Antworten war eine Verallgemeinerung zum Teil schwierig.

Bei einigen Fragen haben wir uns daher auf die Antworten konzentriert, welche uns relevant erschienen oder innerhalb der Gruppe darüber diskutiert, welchen Eindruck wir grundsätzlich bei den Interviewfragen bezüglich bestimmter Antworttendenzen gewonnen hatten. Die Zusammenfassung der Interviews besteht daher nicht allein auf einem repräsentativen Vergleich der Antworten, sondern ist auch geprägt durch subjektives Abwägen der gegebenen Antworten und der grundsätzlichen Eindrücke aus den Interviews.

Bei der Auswertung wurde sich auf die Daten aus den qualitativen Interviews konzentriert und Ergebnisse aus den Befragungen nur ergänzend hinzugezogen, wenn sich eine Überschneidung mit den Kernfragen ergab, was aber auf Grund der unterschiedlichen Intentionen der zwei Interviewteile nur bezüglich des dritten Teils der Befragung (Bürgerhaushalt in Potsdam) der Fall war.

2. Abschlussbericht

Der Abschlußbericht gliedert sich nach den drei Kernfragen und schließt mit einem zusammenfassenden Fazit ab, in das noch einmal eine Bewertung der Ergebnisse durch die AG 14 einfließt.

Vorstellungen vom Konzept Bürgerhaushalt innerhalb der Verwaltung

Bild des Bürgerhaushaltes

In einer einführenden Frage an die Verwaltungsmitarbeiter zum Bürgerhaushalt nannte ein Großteil folgende Punkte, welche sie spontan mit dem Konzept assoziierten. Als Hauptziel stellte sich die Erhöhung der Transparenz im Rahmen des Haushalts für die Bürger heraus. Darunter verstehen die Befragten folgende Vorstellungen: Der Bürger könne in die Planung des städtischen Haushaltes einbezogen werden, was ein verbessertes Verständnis für die komplexe Fachmaterie und die damit verbundenen Zwänge bei der Entscheidungsfindung für Politik und Verwaltung bewirke. Dies könne – so einige Befragte – zu einer Aktivierung der Potsdamer hin zu mehr Engagement führen. Ein Befragter äußerte, er könne sich durchaus vorstellen, dass ein Prioritätenabgleich von Bürgern und Verwaltung möglich sei, um so perspektivisch die Kernaufgaben der Gemeinde zu bestimmen.

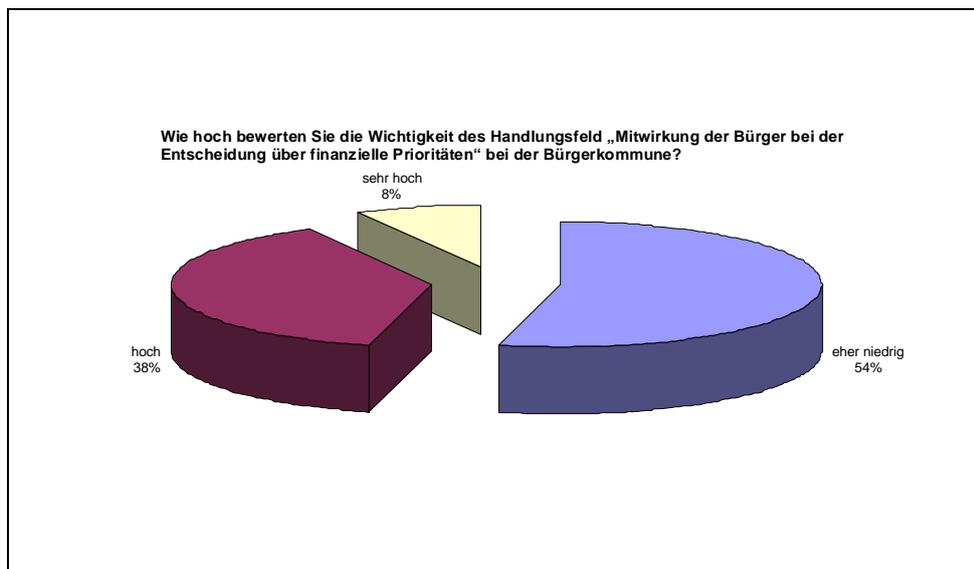


Abb. 1: Eine Mehrheit der Befragten sieht die Mitwirkung der Bürger bei Prioritätensetzungen in Finanzfragen als eher unwichtig.

Zu diesen Vorstellungen zeigt sich andererseits vereinzelt eine kritische Distanz der Befragten, die sich folgendermaßen formulieren lässt. Erstens führt die Neuartigkeit des Konzepts zu Unsicherheit der Verwaltungsmitarbeiter. Diese sehen sich mit dem gegenwärtigen Aufgabenbestand durchaus bis an die Arbeitsgrenzen ausgelastet und neigen daher dazu, jede Verfahrensänderung eher kritisch und als zusätzliche Belastung zu empfinden. In diesem Sinne äußerte sich ein Interviewter und bezeichnete den Bürgerhaushalt in der jetzigen Form als „moderne Baustelle“. Ein anderer stellte fest, dass „der Druck auf die Verwaltung nicht zu groß werden darf, da sonst Gegendruck entsteht.“

Zweitens ist nach Meinung fast aller Befragten sowohl in der Konzeptions- als auch in der Umsetzungsphase der Umgestaltung des bisherigen Haushaltsverfahrens ein durchaus diskussionsreicher und „unharmonischer Prozess“ zu erwarten. Oft genannt wurde die Möglichkeit, dass organisierte Akteure von politischer und zivilgesellschaftlicher Seite, den Bürgerhaushalt zu einer neuen Plattform zur Durchsetzung ihrer Interessen instrumentalisieren.

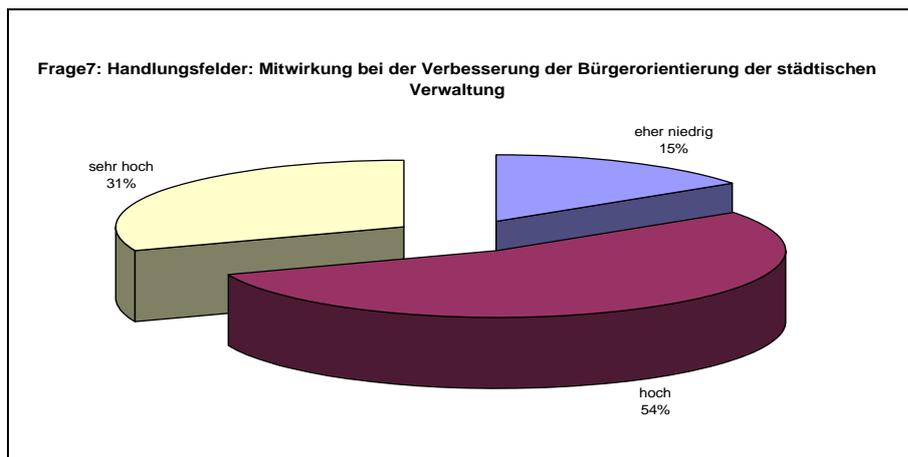


Abb. 2: Eine große Mehrheit der Befragten sieht das Handlungsfeld der Bürgerkommune „Verbesserung der Bürgerorientierung der Verwaltung“ als hoch bis sehr hoch.

Für eine Vielzahl von Bürgern sind nach Meinung der Befragten Verfahren der städtischen Behörden nicht nachvollziehbar. Die Hälfte der Interviewten sieht in dem Konzept des Bürgerhaushalts für ihren eigenen Arbeitsbereich und die Verwaltung insgesamt eine Chance, ein konkretes Verständnis gerade für kontroverse Verwaltungsentscheidungen zu fördern (z. B. bezüglich der kommunalen Steuereinnahmen und der Unterscheidung von freiwilligen und pflichtigen städtischen Aufgaben). Außerdem äußerten zwei Verwaltungsmitarbeiter die Hoffnung, die Bürger könnten ihre Ansprüche an kommunale Leistungen reduzieren. Ein Befragter hält es für denkbar, eine Beschleunigung von Verwaltungsverfahren zu erreichen. Aus dem erhöhten Problembewusstsein der Bürger folgt für einen Großteil der Befragten auch, dass eine Veränderung der Mentalität der Verwalter hin zu mehr Bürgernähe möglich ist. Dazu meinte ein Interviewter: „Es soll den Verwaltungsmitarbeitern die Augen geöffnet bzw. der Blick erweitert werden.“

Auf die Frage, welchen Nutzen die Befragten für die Politik in diesem Konzept sehen, betonten diese, dass sich der erwartete Transparenzgewinn auch auf die politischen Akteure beziehen lässt. Danach ist vermehrt die Einsicht in die geringen finanziellen Spielräume der Stadtverordneten und die daraus folgenden Zwängen möglich, wodurch die kontroversen politischen Entscheidungen an Legitimität gegenüber dem Bürger gewinnen könnten.

Den konkreten Nutzen für die Bürger konnten die Verwaltungsmitarbeiter anfangs nicht klar benennen. So gab ein Mitarbeiter an: „Wir sind doch auch so schon da für den Bürger, da braucht es keine extra Veranstaltungen. Die Bürger können doch kommen, wenn sie was wollen.“ Erst im Verlauf der Gespräche konkretisierten die meisten einen Vorteil. Dieser liege in der Einbringung des Bürgers auf der stadtteilorientierten Ebene, wo dieser „am besten wissen, was zu tun ist“.

Aufgaben der Akteure

Laut Meinung aller befragten Personen ist die Rolle der Verwaltung zentral. Sie müsse die „Organisation, Koordination und Moderation des Gesamtprojekts übernehmen.“ Dabei sei es aber entscheidend, „den Bürger nicht aus dem Auge zu verlieren und sich ständig mit ihm rückzukoppeln.“ Bemerkenswert ist, dass auf die Frage, welche Aufgaben dem Bürger innerhalb des Konzeptes zukommen sollten, sich keiner der Befragten explizit äußerte. Vielmehr sehe man die Rolle des Bürgers bei der Ausarbeitung bis jetzt in einer „schauenden und abwartenden“ Position. Zu den Aufgaben der Politik wurden keine Vorstellungen geäußert.

Legitimität des Bürgerhaushalts

Die Befragten erachten zwar den Bürgerhaushalt in seiner jetzigen Form für legitim, jedoch ist eine Steigerung der Teilnehmerzahl zukünftig notwendig, um die Entscheidungen zukünftig tragfähiger zu machen. Eine Vielzahl von Antworten sprach hierbei die eher geringe Beteiligung von Bürgern bei den durchgeführten Veranstaltungen des letzten Jahres an. Gefahren für die Legitimität werden hinsichtlich der Benachteiligung von einzelnen, unorganisierten Bürgerinteressen und verdeckter Einflusserrhöhung von organisierten Interessenvertretungen gesehen.

Umsetzung des SVV-Beschlusses

Um die Umsetzung des Bürgerhaushalts bewerten zu können, bedarf es des Vergleichs der politischen Zielvorgaben mit dem bisher Erreichten. Die politischen Zielvorgaben finden sich im Beschluss der SVV vom 05.05.2004. Im späteren Verlauf entwickelte die Potsdamer Stadtverwaltung auf dieser Grundlage, im Rahmen des übergeordneten Projekts Bürgerkommune, ein Konzeptpapier für einen Bürgerhaushalt in Verbindung zur Haushaltsaufstellung für das Jahr 2006.

Zur Ausarbeitung des Gesamtprojekts als auch des Teilprojektes fasste die Projektleitung im Geschäftsbereich 1 – Zentrale Steuerungsunterstützung – Mitarbeiter aus anderen Fachbereichen in der Projektgruppe Bürgerkommune zusammen. Die Aufgabe bestand im Wesentlichen in der Ausarbeitung des Bürgerhaushaltsentwurfs. Ferner richtete man in Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam zwei Praktikantenstellen ein, die mit Absolventen der Politikwissenschaften besetzt wurden.⁴⁶

Die eigentliche Ausarbeitung des Konzeptes für den Bürgerhaushalt fand innerhalb der Projektleitung durch Mitarbeiter des Geschäftsbereichs 1 statt. Anschließend wurde dieses mit den für das Projekt besonders relevanten Fachbereichen Haushalt und Finanzen, Marketing, Verwaltungsmanagement und in der Sicherheitskonferenz abgestimmt. Im September 2005 wurde das ausgearbeitete Konzept der SVV vorgestellt. Anschließend fand die konkrete Umsetzung in Form der beiden Veranstaltungen mit

⁴⁶ Siehe deren Bericht in dieser Publikation.

den Bürgern statt (1. „Ziele und Prioritäten 2006“ im Oktober, 2. „Diskussion und Vorschläge im November), wobei hierfür die Ansprechpartner der jeweiligen Fachbereiche, die in den Foren vorgestellt werden sollten, in die Vorbereitung miteinbezogen wurden. Für die Bewertung der getätigten Aussagen ist von Bedeutung, welche Position der Interviewte innerhalb der Verwaltung innehat und wie stark er in die Ausarbeitung der Konzeption involviert war.

Allgemein lässt sich feststellen, dass der Großteil der Befragten das Projekt zwar als von der Politik angestoßenes, in der Konzeption und Umsetzung jedoch als verwaltungseigenes Projekt betrachtet. Kritik wurde besonders am Informationsfluss und der marginalen Einbindung der Fachbereiche geäußert. Auch die fehlende Steuerung durch die Politik und besonders die mangelhafte Aktivierung der Bürger wurden als problematisch empfunden.

Informationsfluss zum Bürgerhaushalt

So gut wie alle Befragten haben den Informationsfluss zum Bürger als nicht optimal wahrgenommen und führen darauf auch die geringen Teilnehmerzahlen bei den Informationsveranstaltungen zurück. Dies wurde besonders bezüglich der eingebrachten Vorschläge als „Vorschläge der Bürger“ hinsichtlich der Legitimität, als gravierendes Problem bezeichnet. Für die Zukunft sieht ein Großteil der Befragten den Erfolg des Projekts eng damit verbunden, die Zahl der Teilnehmer drastisch zu erhöhen. Eine konkrete Zahl, ab der Veranstaltungen als einigermaßen repräsentativ und damit legitim zu erachten sind, ist laut den Befragten schwer zu bestimmen. Allerdings wurde dazu auch die Einzelmeinung geäußert, dass es bei verbessertem Marketing grundsätzlich jedem Bürger möglich wäre, sich am Bürgerhaushalt zu beteiligen und damit diejenigen, die wirklich daran interessiert sind, auch teilnehmen werden. Die Letztentscheidung bleibe der Politik überlassen, die durch Wahlen dazu legitimiert ist.

Der Informationsfluss von Politik zu Verwaltung, in Form von klaren Zielvorgaben, vor allem zu den Informationen die man sich vom Bürgerhaushalt erhofft, wurde durchgehend bemängelt. Die Verwaltungsmitarbeiter fühlten sich teilweise etwas allein gelassen mit der Erarbeitung des Konzeptes und waren sich unklar darüber, was genau die Politik eigentlich vom Projekt erwartet.

Auch innerhalb der Verwaltung ist der Informationsfluss massiver Kritik ausgesetzt. Vor allem die Vertreter der Fachbereiche, welche erst bei der Planung der Informationsveranstaltungen wirklich involviert wurden, kritisierten, nicht ausreichend mit den Zielen und Umsetzungsschritten vertraut zu sein und daher keine klare Vorstellung vom gesamten Projekt zu haben. Auch wurde der informelle Austausch gegenüber dem offiziellen von einigen „besser Informierten“ als sehr viel entscheidender gewertet. Eine Ausnahme zu diesen Punkten bilden die direkt in die Ausarbeitung des Bürgerhaushalts Involvierten. Das Projekt wird daher nicht als Gesamtprojekt der Verwaltung sondern als Projekt der Projektleitung wahrgenommen.

Erarbeitung des Umsetzungskonzeptes

Je nach Beteiligung an der Ausarbeitung des Bürgerhaushaltskonzeptes unterscheiden sich auch die Beurteilungen der Konzeptausarbeitung. Diese reichen von „Nichtbeteiligung“ über „teilweise Involvierung“ bis zur „selbständigen Ausarbeitung des Konzeptes durch die Verwaltung“. Vor allem die nicht direkt involvierten Fachbereiche fühlten sich kaum integriert. Deutlich wurde auch der immense Zeitdruck, den die an der Umsetzung des Konzeptes Beteiligten verspürten, welcher von den meisten als schädlich für ein solch anspruchsvolles Projekt empfunden wurde.

Akzeptanz

Generell bleibt bei der Frage nach der Akzeptanz des Bürgerhaushaltsprojekts festzustellen, dass die Verwaltung laut den Befragten in die Gruppe der Optimisten und die Gruppe der Pessimisten zu unterteilen ist. Dies gilt prinzipiell auch für die Politiker und Bürger.

Innerhalb der Verwaltung geht ein Großteil der Befragten davon aus, dass sich diese in zwei Lager teilt. Einmal die Gruppe von Befürwortern, die das Projekt als Erweiterung der Möglichkeiten von Verwaltungshandeln sehen. Dies prophezeien dem Ganzen jedoch einige Anläufe, bis es zufrieden stellende Ergebnisse hervorbringen wird. Zum anderen die Gruppe der Pessimisten, die den Bürgerhaushalt als ein weiteres von der Politik aufgedrücktes Projekt betrachten, welches nur zu Mehrarbeit führt und die eigentlichen Verwaltungsabläufe nicht verbessern wird. Über die Gewichtung der Gruppen innerhalb der Verwaltung waren sich die Befragten uneinig. Allerdings wurde auch geäußert, dass es selbst in der Gruppe der Optimisten einige Stimmen gibt, die davor warnen, die Verwaltung mit zu vielen Projekten neben ihren originären Aufgaben zu belasten.

Hier wurde vor allem die fehlende Steuerung durch die Politik geäußert. In diesem Zusammenhang wurde der Politik auch vorgeworfen, sie engagiere sich zu wenig für das von allen Fraktionen gewünschte Projekt des Bürgerhaushalts. Besonders die von den Bürgern genannten Vorschläge, die verwaltungstechnisch umsetzbar wären, seien nicht ausreichend diskutiert worden und hätten somit auch nicht in den aktuellen Haushalt 2006 einfließen können. Grundsätzlich fragen sich die Mitarbeiter, wie ernsthaft es der Politik wirklich mit dem Projekt Bürgerhaushalt ist.

Zum Großteil wurde die Befürchtung geäußert, das auch der Bürgerhaushalt nur „die üblichen Verdächtigen“ erreichen wird, wobei jedoch eine kleinere Gruppe von Optimisten davon ausgeht, Verbesserung des Informationsflusses und der Instrumente vorausgesetzt, dass darüber hinaus auch bisher wenig engagierte Bürger aktiviert werden können.

Praktikabilität

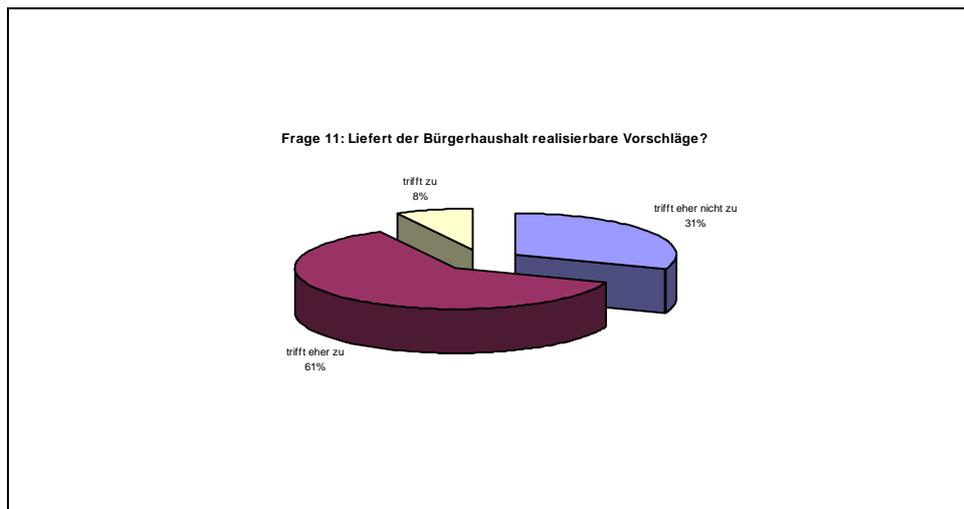


Abb. 3: Eine deutliche Mehrheit der Befragten erwartet, dass der Bürgerhaushalt realisierbare Vorschläge liefert.

Grundsätzlich wurden die Instrumente von der Verwaltung relativ gut praktikabel beurteilt, solange man ihnen eine gewisse Entwicklungszeit zugesteht. Als problematisch wurde z. T. der Zeitdruck empfunden, unter dem die verschiedenen Schritte der Umsetzung durchgeführt wurden, so dass sehr wenig Zeit blieb diese gründlich vorzubereiten. Als schwierig wurde zudem von einem Teil der Interviewten die Aufbereitung der Prioritätenlisten für die Veranstaltungen empfunden.

Probleme für die Politik sahen die Befragten bezüglich der Vorschläge der Bürger. Diese wurden als zu unkonkret wahrgenommen, um sie in Entscheidungen zu übersetzen (z.B. „soziale Infrastruktur“). Hierbei wurde von einem Großteil der Befragten die gesamtstädtische Perspektive als zu komplex für den Bürger identifiziert. Außerdem wurde deren fehlender Einblick in die Materie als Hindernis für eine Formulierung von praktisch umsetzbaren Vorschlägen bezeichnet. Gestützt sahen einige Verwaltungsmitarbeiter diese Annahme durch die Vorschläge die für den Haushalt 2006 eingegangen sind. Auch die als zu hoch empfundenen Erwartungen der Bürger an das Instrument Bürgerhaushalt, empfanden einige Befragte als großes Problem, da dadurch schnell Enttäuschungen und damit Motivationsverluste entstehen können.

3. Verbesserungsvorschläge

Wie bei solch einem anspruchsvollen Projekt kaum anders zu erwarten, ist das Gelingen des Bürgerhaushalts abhängig von der Qualität der Kommunikation der beteiligten Akteure. Die Herausforderung beginnt bei der schlichten Information möglichst breiter Schichten der Potsdamer Bevölkerung und reicht über die Angleichung der Erwartungshaltungen bis hin zur Abstimmung der verantwortlichen Entscheidungsträger. Gerade in der momentan laufenden Konzeptions- und

Umsetzungsphase spielt für die Verwaltung als Koordinator des Projektes die Einbindung und Motivation der verwaltungsinternen und -externen Partner die zentrale Rolle.

Information und Motivation der Mitarbeiter spielt eine entscheidende Rolle

Die große Anzahl an Nennungen der Interviewten in diesem Bereich zeugt von der hohen Bedeutung der internen Zusammenarbeit. Der direkte positive Zusammenhang zwischen Informationsstand und Motivationsgrad der einzelnen Mitarbeiter wurde durch die Befragten klar herausgestellt. Eine konkrete Aufgabe an die interne Vermittlung des Bürgerhaushalts besteht nach einigen Aussagen darin, den Mitarbeitern die Befürchtung vor zusätzlicher Arbeitsbelastung zu nehmen und ihnen stattdessen die Chancen zu eröffnen, die sich mit den Veränderungen ergeben. Zum Beispiel sollte man ihnen vermitteln, dass eine höhere Arbeitsqualität durch die Einbeziehung der Kenntnisse der Bevölkerung vor Ort erreicht werden kann. Mehrfach genannt wurde, die Kommunikation „von oben nach unten“ sowie zwischen der Projektleitung und den Fachbereichen auszubauen.

Marketing und Öffentlichkeitsarbeit verbessern

In Bezug auf das Marketing und die Öffentlichkeitsarbeit gab es eine ganze Reihe von kritischen Äußerungen. Neben dem allgemeinen Wunsch nach mehr und besserer Medienarbeit in den klassischen Printmedien und dem Internetauftritt wurde ein einheitliches Konzept der Pressestelle hierfür gefordert. Die Bürger sollten in einer verständlichen Sprache angesprochen werden, unterschiedliche Wege sind notwendig, um die verschiedenen Zielgruppen zu erreichen. Außerdem sollten die Stadtwerke-Zeitung, Plakate und Potsdam TV noch stärker genutzt werden. Vorgeschlagen wurde auch die Abstimmung per Internet von zu Hause aus. Um die geringe Beteiligung der Bürger an den Informationsveranstaltungen zu verbessern, betonte ein Mitarbeiter die Notwendigkeit von Wiederholungen, bis der Prozess die nötige Eigendynamik gewinnt. Ein anderer betonte, dass geschickte Wahl der Termine und gute Vorbereitung sehr wichtig seien.

Im Vergleich zu ähnlichen Vorhaben in NRW oder Berlin Lichtenberg, wurde die geringe finanzielle Ausstattung des Potsdamer Bürgerhaushaltprojektes hervorgehoben. Dazu wurde vorgeschlagen sich zwecks Unterstützung an größere Stiftungen, das Land, etc. zu wenden. Hierzu zählt auch der Vorschlag, z.B. Postwurfsendungen durch Sponsoren zu finanzieren.

Klare Zielvorgaben und kontinuierliche Beschäftigung seitens der Politik

Die Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung sowie die Identifikation der Stadtverordneten mit dem Bürgerhaushalt wurde mehrfach als verbesserungswürdig angesehen. Vor allem klare Zielvorgaben und kontinuierliche Beschäftigung seitens der Politik mit dem Projekt wurden betont.

Bürgernähe durch Dezentralisierung

Die bereits vorgesehene Dezentralisierung des Bürgerhaushaltes in die verschiedenen Sozialräume der Stadt wurde mehrfach vorgeschlagen. Die Themen sollen nicht aus gesamtstädtischer Sicht betrachtet werden, sondern in den vorhandenen Bürgerhäusern solle stadtteilnah, zum Beispiel von fachkundigen Bürgern in Fachforen diskutiert werden. Dies könnte dann nicht nur das Problem der geringen Beteiligung lösen helfen, sondern auch die Angemessenheit der Verbesserungsvorschläge der Bürger erhöhen. Vor Ort könne man dann auch auf die Kenntnisse und Erfahrungen wichtiger etablierter Organisationen wie z. Bsp. AWO, Kirche oder SV Babelsberg mit einzubeziehen.

Bürgernähe durch inhaltliche Begrenzung

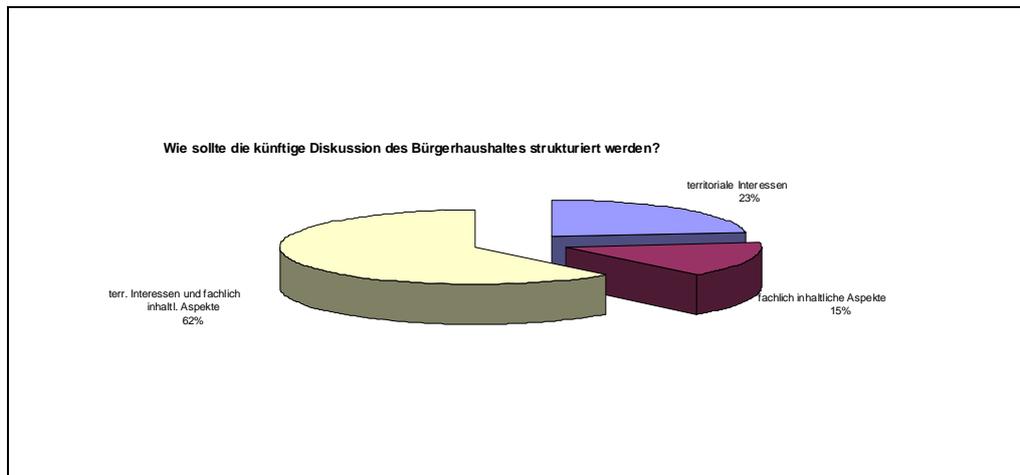


Abb. 4: Eine deutliche Mehrheit der Befragten würde die künftige Diskussion zum Bürgerhaushalt sowohl nach inhaltlichen als auch nach territorialen Aspekten strukturieren.

Neben dem Ruf nach stadtteilbezogenen Foren wurde auch insgesamt eine inhaltliche Begrenzung angemahnt. Vorgeschlagen wurde eine Gliederung nach fachlich-inhaltlichen Aspekten, da dies für die Beteiligten relativ vertraut ist und man so einen besseren Überblick über die Materie behält. Es wird davon ausgegangen, dass das Interesse bei Aufzeigen der möglichen Handlungsspielräume des Bürgers steigt, sowie dass kleinteiligere Maßnahmen konsensfähiger sind. Vorgeschlagen wurde außerdem, fachbereichsspezifische Tage mit Experten und Bürgern zu veranstalten. Dabei sollen 4 bis 5 Schwerpunktthemen pro Bereich besprochen und innerhalb einer Woche durchgeführt werden. Denkbar wäre z.B. ein „Gesundheitstag“.

Koordinierungsstelle, Moderation und Projektdokumentation in externe Hände geben

Abschließend sollen einige konkrete Vorschläge aufgeführt werden. Mehrfach genannt und wohl auch von zentraler Bedeutung ist die Aussage, dass der Bürgerhaushalt nicht als Verwaltungsprojekt bzw. als Legitimation bisheriger Politik mit anderen Mitteln aufgefasst werden sollte. Daher wurde angemahnt, die Koordinierungsstelle des Projektes möglichst außerhalb der Verwaltung anzusiedeln.

Als Vorbild könne das Stadtforum dienen, das sich als eine Art Runder Tisch sachkundiger Bürger mittlerweile in Potsdam etabliert hat. Auch die Moderation und die Projektdokumentation soll nach Möglichkeit extern organisiert werden, um mehr Unabhängigkeit zu gewährleisten.

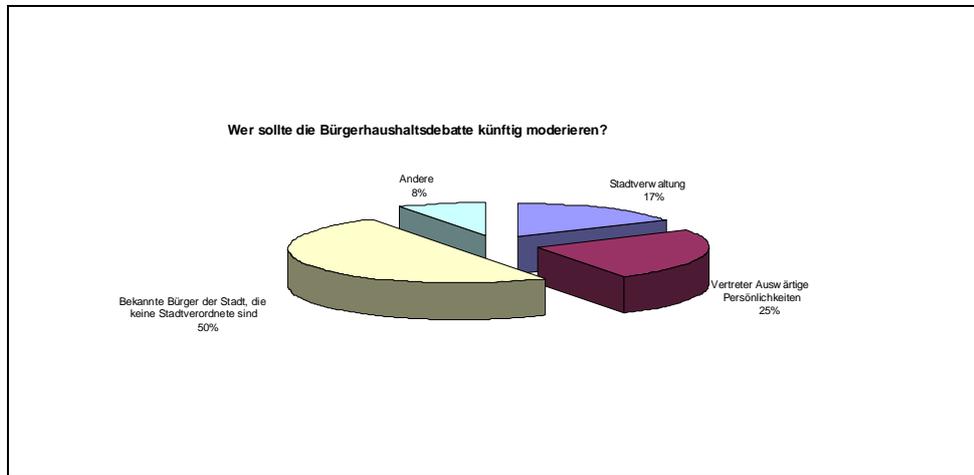


Abb. 5: 17 % der Befragten würden die künftige Diskussion zum Bürgerhaushalt durch die Stadtverwaltung moderieren lassen.

4. Fazit

Grundsätzlich teilen wir die Auffassung, dass solch ein Projekt eine gewisse Anlaufphase braucht, bis sich die Akteure eingespielt haben und für alle klar wird, welche Ziele verfolgt werden sollen und welche Voraussetzungen dafür zu schaffen sind. Vor allem unter Berücksichtigung der relativ geringen finanziellen und personellen Ressourcen schätzen wir die Entwicklung des Potsdamer Bürgerhaushaltsprojektes bisher als positiv ein. Allerdings sind uns bei der Auswertung der Interviews einige, aus unserer Sicht entscheidende Punkte aufgefallen, auf die wir in unserem Fazit noch einmal näher eingehen möchten.

Diese Auffälligkeiten lassen sich in zwei Kategorien teilen. Zum einen finden sich die üblichen Probleme, mit denen jedes Projekt zu kämpfen hat, welches neben den zahlreichen anderen wichtigen Aufgaben der Verwaltung Aufmerksamkeit und knapp bemessene Zeit bindet. Zum anderen geht es jedoch um projektspezifische Problemlagen, an welche im weiteren Verlauf wahrscheinlich in anderer Art und Weise herangegangen werden sollte.

Typische Probleme

Bezüglich der für uns entscheidenden Frage nach der Identifikation der Verwaltungsmitarbeiter mit dem Projekt haben die Interviews ein differenziertes Bild hervorgebracht. Zwar empfindet die Verwaltung insgesamt das Projekt nicht als etwas von der Politik „aufgezwungenes“; die eigentlich starke Identifikation konzentriert sich jedoch spürbar im Kreis der Projektleitung. Die Fachbereiche, in deren Aufgabenbereiche im weiteren Verlauf Auswirkungen des Bürgerhaushalts fallen werden,

scheinen das Thema noch nicht so angenommen zu haben, wie es schon jetzt erforderlich wäre. Bei vielen Mitarbeitern fehlen klare Vorstellungen davon, was die Ziele des Bürgerhaushalts sind.

Die Problematik bei jedem Projekt, welches in seiner Umsetzung später auf die Mitwirkung einer Vielzahl von Leuten angewiesen ist, besteht in der Abwägung zwischen Effizienz bei der Erarbeitung durch eine kleine Zahl von Mitarbeitern einerseits und andererseits der Motivation der Projektbeteiligten durch Einbindung möglichst vieler von Anfang an. Da vor allem in der Erarbeitungsphase unter den Gegebenheiten knapper zeitlicher und finanzieller Ressourcen dieser Zielkonflikt meist zu Gunsten der Effizienz entschieden wird, finden sich hier schwer optimale Lösungen. Jedoch kann eine Projektleitung einiges tun, um die übrigen Beteiligten möglichst gut einzubinden und zu motivieren.

Die in größeren Organisationen weit verbreitete negative Koordination, also die Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, und deren problematische Auswirkungen haben sich hier zum Teil lehrbuchhaft dargestellt. Aus unserer Sicht wird noch zu wenig getan, um den übrigen Verwaltungsmitarbeitern das Projekt zu vermitteln. Hier ist vor allem auf die späte Einbindung der Ansprechpartner aus den Fachbereichen hinzuweisen.

Verstärkt wurde dies dadurch, dass seitens der Politik keine klaren Zielvorgaben gemacht wurden, an denen sich die Verwaltung hätte orientieren können. Zudem entstand bei den Mitarbeitern der Eindruck, dass das Projekt auf der Prioritätenliste der Politik nicht unbedingt hoch eingeordnet ist. Dies hatte zur Folge, dass die Befragten nicht den Druck empfanden, sich intensiv mit dem Projekt und seinen Zielen auseinander zusetzen. Gerade diejenigen Stadtverordneten, die den ersten Anschub zu dem Bürgerhaushaltvorhaben gegeben haben, sollten noch klarer formulieren, welche Ziele sie mit dem Bürgerhaushalt verfolgen und deutlicher dokumentieren, wie wichtig ihnen das Projekt ist.

Projektspezifische Probleme

Als grundsätzliches Hindernis fällt die Skepsis gegenüber weitergehender Mitentscheidungen durch die Bürgerschaft auf. Vielmehr sehen die Befragten im Bürgerhaushalt ein Mittel, um dem Bürger die beengten Handlungsspielräume von Politik und Verwaltung zu verdeutlichen und generell das Haushaltsaufstellungsverfahren transparent zu machen. Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen der statistischen Auswertung, nach der die meisten Verwaltungsmitarbeiter sich vom Bürgerhaushalt eher mehr Transparenz von Entscheidungen für die Bürger erhoffen, als dass sie davon ausgehen, dass andersherum realisierbare Vorschläge geliefert werden. Die Aufgabe des Bürgerhaushalts wird kaum im Setzen finanzieller Prioritäten gesehen. Es fragt sich, ob dies auf die interne Kommunikation oder auf die skeptische Grundhaltung vieler Verwaltungsmitarbeiter zurück zu führen ist.

Die vom Großteil der Verwaltungsmitarbeiter kritisierte Öffentlichkeitsarbeit stellt auch nach unserer Ansicht ein zentrales Problem zu sein. Die weitest gehende Beschränkung auf die klassische Pressearbeit und die Stadtwerke-Zeitung stellt sich aus unserer Sicht als ungenügend dar. In den

Gesprächen kamen zu diesem Punkt jedoch nur wenige konkrete Verbesserungsvorschläge, die über ein „besseres Marketing“ hinausgehen. Es ist der Eindruck entstanden, dass Ideen bzw. Erfahrungen bezüglich der Aktivierung der Bürger innerhalb der Verwaltung nur bedingt vorhanden sind. Vielleicht sollte man externe Partner hinzuziehen, um deren Erfahrungen nutzbar zu machen. Überhaupt halten wir es für nützlich, verschiedene Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit vergleichbarer Projekte zu analysieren.

Anzumerken ist, dass die im Vergleich zu ähnlichen Projekten in anderen Kommunen doch erheblich geringeren finanziellen Ressourcen, die Möglichkeiten, eine eigentliche Marketingkampagne zu fahren, stark begrenzt haben. Hier sollte man versuchen, ähnlich wie z.B. in Berlin Lichtenberg, externe Partner wie die politischen Stiftungen, die Landesregierung, prominente Bürger oder Unternehmen an das Projekt zu binden, auch um deutlich mehr mediale Aufmerksamkeit erlangen. Auch der Vorschlag, einen bekannten Bürger als Schirmherr oder Moderator zu gewinnen, wäre nachdenkenswert.

Die thematische und lokale Begrenzung der Veranstaltungen und Themen, wie sie im zweiten Jahr vorgenommen werden soll, erscheint auch uns als Grundvoraussetzung, um die Diskussionen konkreter und überschaubarer zu gestalten und den Bürgern die Möglichkeit zu geben, eigene auch konkret umsetzbare Vorschläge zu unterbreiten.

Aufhorchen lässt die Tatsache, dass viele der Befragten die Gefahr sehen, dass der Bürgerhaushalt durch die gut organisierten Interessengruppen dominiert werden könnte. Die auch mit der Komplexität mancher Themen verbundene soziale Selektivität stellt ein grundsätzliches Problem dar. Dieser Aspekt verschärft sich dadurch, dass kaum Vorschläge zu erkennen sind, dem entgegenzuwirken. Hier scheint auch der Bürgerhaushalt keine Patentlösung zu sein. Immerhin kann dem „Lobbyismusverdacht“ durch eine möglichst breite Aktivierung der „Normalbürger“ und eine unabhängige Moderation entgegengewirkt werden.

Das Projekt Bürgerhaushalt befindet sich in Potsdam in einer fortgeschrittenen Phase der Information und der Konzeptfindung. In diesen Tagen war der Tagespresse zu entnehmen, dass der Bürgerhaushalt und die Bürgerkommune bereits argumentativ genutzt werden, um daran die städtische Verwaltungspolitik zu messen. Hier wächst also schon jetzt der Erwartungsdruck auf die Verwaltung. Welchen Weg der Prozess zum Bürgerhaushalt von den bisherigen Ansätzen in der kommenden Umsetzungsphase nimmt, hängt auch davon ab, inwiefern die Fraktionen der SVV sich das Thema Bürgerhaushalt weiter aneignen und gemeinsam mit der Verwaltung behutsam vorantreiben. Um den interessierten Bürgern der Stadt, also sozusagen den Brückenköpfen des Bürgerhaushalts in der Bevölkerung, zu demonstrieren, dass man es ernst meint mit dem Vorhaben, sollten Verwaltung und Politik intensiver als bisher auf eine klare Zielsetzung und praktikable Umsetzung hinarbeiten.

Abschlussbericht Vergleich Bürgerhaushalt Potsdam und Bezirksamt Berlin-Lichtenberg

Von Mario Doerwald, Anja Schröter, Björn Schulz, Dana Träder und Sebastian Weise

1. Einleitung

Lokale Demokratie befindet sich im Wandel. Die Rollenvergabe des „klassischen“ kommunalen Kräfterdreiecks Politik, Verwaltung und Bürger wird hinterfragt. Nachdem im Rahmen von kommunalen Verwaltungsreformprozessen Konzepte wie das Neue Steuerungsmodell (NSM) und Teile des aus der Ökonomie kommenden New Public Management (NPM) Anfang der 1990er Jahre implementiert wurden, wandelte sich das klassische Leitbild der deutschen Kommune als „Ordnungskommune“ in Richtung „Dienstleistungskommune“ (vgl. Banner 1998). Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre fällt die Aufmerksamkeit innerhalb des oben beschriebenen kommunalen Dreiergespanns zunehmend auf den Akteur des Bürgers. Dieser Entwicklung Rechnung tragend, spricht BANNER in seinem Gesamtkonzept bezüglich dem Wandel des Leitbildes der deutschen Kommune von einer weiteren Entwicklung von der „Dienstleistungskommune“ zur „Bürgerkommune“ (vgl. ebd.).

Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig. Eine Grundlage dafür besteht allerdings in dem sich seit den letzten Jahrzehnten vollziehenden gesellschaftlichen Wertewandel. KLAGES und GENSICKE konnten in einer repräsentativen Erhebung⁴⁷ nachweisen, dass sich die typischen Charakteristika des Bürgers von Untertänigkeit zum Staat in den 1960er Jahren zu mehr Selbstverantwortlichkeit und Individualisierung an der Schwelle zum 21. Jahrhundert gewandelt haben (vgl. Klages/Gensicke 1999). Besonders in ihrem sozialen Nahraum wollen Bürger Entscheidungen über sie unmittelbar betreffende Veränderungen des Lebensumfeldes nicht allein einer „Ordnungsbehörde“ (Ordnungskommune) oder einem „Dienstleistungsunternehmen“ (Dienstleistungskommune) überlassen. Vielmehr fordern sie diesbezüglich stärkere Partizipationsrechte (Bürgerkommune).

Gab es für die Reformmaßnahmen der 1990er Jahre mit dem NSM konkrete Konzepte zur Umsetzung eines Leitbildes der Dienstleistungskommune, so fehlen diese im Zusammenhang mit der Diskussion um die Bürgerkommune. BOGUMIL und HOLTKAMP bringen dieses Problem mit folgender Aussage auf den Punkt: „Mit der Bürgerkommune ist es so ähnlich wie mit dem Ungeheuer von Loch Ness – alle reden darüber, aber noch keiner hat sie gesehen.“ (Bogumil/Holtkamp 2001). In ihrem

⁴⁷ Die Erhebung „Wertewandel in den 90er Jahren“, die im Frühsommer 1997 bei ca. 3.000 Personen innerhalb der erwachsenden Bevölkerung durchgeführt wurde, war Teil des Forschungsprojektes „Wertewandel in Deutschland in den neunziger Jahren“, das am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer unter der Leitung von Prof. Dr. Helmut Klages und unter Mitarbeit von Dipl.-Philosoph Dr. rer. publ. Thomas Gensicke in den Jahren 1995 bis 1999 durchgeführt wurde.

ersten Systemisierungsvorschlag zur Bürgerkommune sehen BOGUMIL und HOLTKAMP die besondere Qualität der Bürgerkommune „[...] in der Neugestaltung des Kräftedreiecks zwischen Bürgern, Kommunalvertretung und Verwaltung. Es geht um die Ergänzung *repräsentativer* Entscheidungsformen mit *direktdemokratischen* und *kooperativen*⁴⁸ Formen der Demokratie“ (ebd.). Dabei fassen sie folgende Zielvorstellungen (vgl. ebd.) der Bürgerkommune zusammen:

- höhere Bürgerzufriedenheit mit kommunalen Dienstleistungen und Planungsprojekten (Akzeptanz);
- stärkere Teilnahme der Bürger an der demokratischen Willensbildung und Revitalisierung der kommunalen Demokratie (Demokratisierung);
- stärkere Hilfsbereitschaft der Bürger untereinander und die Identifikation mit der Stadt stärken (Solidarität und Identität);
- Entlastung der kommunalen Haushalte durch Bürgerbeteiligung (Effizienz);
- bessere Politikergebnisse im Sinne der politischen Zielsetzungen (Effektivität).

Im Gegensatz zum Mythos des Ungeheuers von Loch Ness beginnt sich die erst so unnahbare Bürgerkommune nach und nach aufzuklären bzw. sich mit Inhalten zu füllen. In Deutschland haben bereits viele Kommunen die Bürgerkommune zu ihrem Leitbild erklärt. So auch die beiden hier untersuchten kommunalen Verwaltungseinheiten, die Stadt Potsdam (Land Brandenburg) und der Stadtbezirk Lichtenberg (Land Berlin). Dabei ist den Kommunen/Verwaltungseinheiten durchaus bewusst, dass es sich bei der Umsetzung der Bürgerkommune um einen langfristigen Reformprozess handelt. In beiden Fällen wurde Anfang 2004 das Ziel ausgerufen, sich „auf dem Weg zur Bürgerkommune“⁴⁹ (Potsdam) zu befinden bzw. die „Vision der Bürgerkommune“⁵⁰ (Lichtenberg) zu verfolgen. Sowohl die Stadt Potsdam wie auch der Berliner Stadtbezirk Lichtenberg haben in ihre Konzeption zur Bürgerkommune das Projekt eines *Bürgerhaushaltes* eingebettet. Bei diesem (neuen) Instrument der partizipativen Demokratie geht es darum, dass der kommunale Haushalt zunächst offengelegt wird, damit mehr Transparenz für die Bürger geschaffen wird und letztendlich die Bürger innerhalb eines bestimmten Verfahrens zumindest den investiven Teil des Haushaltes mitbestimmen und entscheiden.

Als „Mutter“ der Bürgerhaushalts-Idee kann heute unumstritten die südbrasilianische Stadt Porto Alegre gelten, in der seit 1989 die Bürger der Stadt an dieser Form der partizipativen Haushaltsaufstellung teilnehmen können. Nicht nur in Brasilien selbst fand die Idee des

⁴⁸ Hierunter werden nicht gesetzlich vorgeschriebene, also freiwillige, dialogisch orientierte und auf kooperative Problemlösungen angelegte Verfahren der Bürger- und Verbändebeiträge an der Politikformulierung und an der Politikumsetzung verstanden. Diese Verfahren richten sich auf kommunaler Ebene sowohl an einzelne Bürger als auch an Vereine, Initiativen und Verbände (vgl. Bogumil 2000, S. 221).

⁴⁹ <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10020686/282600/>

⁵⁰ http://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de/discoursemachine.php?view=detail&id_item=131

Bürgerhaushaltes schnelle Nachahmung. Beispiele für heutige Bürgerhaushalte finden sich u. a. in Christchurch (Neuseeland), Barcelona (Spanien) oder Saint-Denis (Frankreich). In Deutschland wurde der Bürgerhaushalt Ende der 1990er Jahre von einzelnen Kommunen ernsthaft aufgegriffen. Das bisher größte Bürgerhaushalts-Projekt führte in den Jahren 2000-2004 das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen zusammen mit der Bertelsmann-Stiftung in insgesamt sechs Kommunen durch.⁵¹

Am 18. Oktober 2005 fiel mit der ersten Bürgerversammlung der Startschuss für den „Bürgerhaushalt 2006“ der Stadt Potsdam. Die Universität Potsdam begleitet im Rahmen eines Projektseminars unter der Leitung von Prof. Dr. Heiz Kleger und Dr. habil. Jochen Franzke den Prozess des Potsdamer Bürgerhaushaltes. Aufgabe dieses Teilberichtes ist es nun, das Potsdamer Bürgerhaushaltsprojekt mit dem zeitlich relativ parallel laufenden Bürgerhaushaltsprojekt des Bezirkes Berlin-Lichtenberg zu vergleichen. Neben einem deskriptiven Ansatz, mittels dessen ein Vergleich der Entstehungsgeschichten der beiden Projekte und die jeweiligen Organisationsstrukturen und Prozessabläufe erreicht werden soll, folgt eine qualitative Auswertung der beiden Haushaltsprojekte. Diese orientiert sich an Vergleichskriterien, die im sich hieran anschließenden Kapitel zunächst zu bestimmen sind. Aufgrund der unterschiedlichen Rechtsstellung der Stadt Potsdam und des Stadtbezirkes Berlin-Lichtenberg müssen im nachfolgenden Teil die haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen der beiden kommunalen Verwaltungseinheiten erarbeitet werden bevor die deskriptive Analyse und die qualitative Auswertung folgen.

2. Qualitätsmaßstäbe

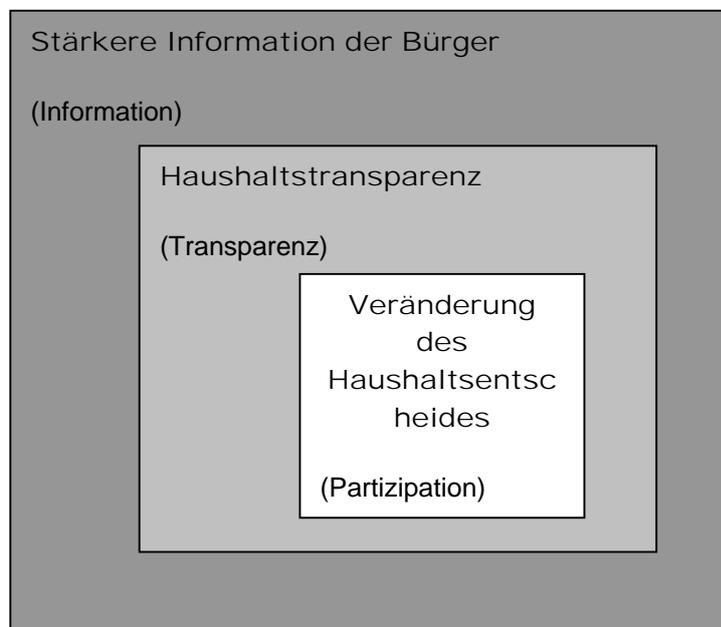
An dieser Stelle muss zunächst der Frage nachgegangen werden, nach welchen Kriterien ein zumindest in Deutschland neu eingeführtes Partizipationsprojekt wie der Bürgerhaushalt evaluiert werden kann. Und darüber hinaus stellt sich für den vorliegenden Bericht die spezielle Frage wie man zwei (parallel laufende) Projekte miteinander vergleicht. Wann ist ein Bürgerhaushalt „erfolgreich“, wie misst man diesen „Erfolg“? Bei einem solchen Vergleich wie er hier vorgenommen wird, liegt eine deskriptive Betrachtung der beiden Partizipationsprojekte am nahe. Das Problem bei einem solchen Herangehen sind mangelnde Aussagen bezüglich der „Qualität“ eines Untersuchungsgegenstandes. Ziel dieses Abschnittes ist es daher, Qualitätsmaßstäbe für einen Bürgerhaushalt festzulegen und Kategorien zu ermitteln, anhand derer die beiden hier untersuchten Bürgerhaushaltsprojekte qualitativ verglichen werden können.

Da es sich bei dem Bürgerhaushalt um ein Instrument innerhalb der Konzeption der Bürgerkommune handelt, sind die Zielvorstellungen dieselben. Die besondere Qualität des Bürgerhaushaltes liegt nun nach Meinung der Autoren des vorliegenden Berichtes zunächst einmal in einer *stärkeren Information*

⁵¹ Es handelt sich dabei um Castrop-Rauxel, Hamm, Hilden, Vlotho, Emsdetten und Monheim (s. <http://www.buergerhaushalt-nrw.de/>)

der Bürger durch die Verwaltung und die Politik. (Siehe Abb. 1) Der Bürgerhaushalt kann also von Seiten der Verwaltung wie auch der Politik dazu verwendet werden, näher an den Bürger heran zu treten und aktive Informationspolitik zu betreiben. Auf einer tiefer gehenden Ebene soll der Bürgerhaushalt *mehr Transparenz im Haushaltsverfahren* schaffen. Der Haushalt soll „lesbar“⁵² gemacht werden, leicht verständlich aufbereitet werden, so dass ein größeres Verständnis des Haushaltes der eigenen Kommune/Verwaltungseinheit für die Bürger geschaffen wird. Auf einer dritten Ebene soll der Bürgerhaushalt letztendlich zu einer *Veränderung des Haushaltsentscheidendes* führen. Die Bürger müssen bei der Haushaltsaufstellung „echte“ Mitentscheidungsmöglichkeiten erlangen, wobei die Politik eine Verpflichtung eingehen muss, die die Umsetzung dieser Bürgerentscheidungen garantiert.

Abbildung 1: Qualitätsmaßstäbe des Bürgerhaushaltes



Eigene Darstellung

Diese Qualitätsmaßstäbe des Bürgerhaushaltes sollen im vorliegenden Vergleich sowohl auf die Konzeption als auch auf die Implementation der Projekte bezogen werden.⁵³ Zunächst sollen die beiden Konzepte der Bürgerhaushaltsprojekte der Stadt Potsdam und des Stadtbezirkes Berlin-Lichtenberg untersucht werden. Es soll festgestellt werden, inwiefern die Konzeptionen auf die drei Qualitätsmaßstäbe Information, Transparenz und Partizipation ausgerichtet sind, und welche Verständnisse des Bürgerhaushaltes in den beiden untersuchten kommunalen Verwaltungseinheiten

⁵² vgl. Bürgerhaushalt in Großstädten. Workshop "Bürgerhaushalt für Berliner Bezirke: Lesbar, verständlich, für und mit Bürgerinnen und Bürger" (http://www.bpb.de/veranstaltungen/VP1J4W,0,B%FCrgerhaushalt_in_Gro%DFst%E4dten.html)

⁵³ Siehe Kapitel 5 in dieses Berichts.

vorliegen. Im Anschluss soll das Moment der Implementation näher betrachtet werden. Insbesondere wird zum Einen die Informationspolitik / Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der beiden Bürgerhaushaltsprozesse bewertet und zum Anderen geprüft, in welchem Umfang die organisierte Bürgerschaft bzw. die Zivilgesellschaft in den Prozess mit eingebunden wurde/wird. Abschließend müssten die Wirkungen der beiden Projekte ermittelt und bewertet werden. Dieser Teil kann zu diesem Zeitpunkt jedoch nur relativ spekulativ gehalten werden. Zum einen, weil der Prozess in beiden Untersuchungsgebieten noch nicht beendet ist,⁵⁴ und zum anderen, weil viele Wirkungen sich langfristig einstellen werden und zu diesem frühen Zeitpunkt noch nicht zu erfassen sind. Deshalb fließt dieser Teil in die abschließende Bilanz ohne gesonderte Kennzeichnung mit ein.

3. Haushaltsrechtliche Grundlagen

Die haushaltsrechtlichen Grundlagen des Bezirkes Berlin-Lichtenberg und der Brandenburger Landeshauptstadt Potsdam sind grundlegend verschieden. So kann z.B. die Potsdamer Stadtverwaltung eigenhändig über die Neuaufnahme von Krediten entscheiden (max. bis zur Höhe der getätigten Investitionen), Lichtenberg aber bleibt abhängig von den Zuweisungen des Landes Berlin. Der Umfang beider Haushalte ist mit jeweils ca. 500 Mio. Euro ähnlich. Die Anzahl der zu versorgenden Einwohner ist jedoch sehr unterschiedlich (Potsdam ca. 150.000, Lichtenberg ca. 250.000).

3.1. Potsdam

Die Stadt Potsdam kann in eigener Verantwortung einen jährlichen Haushaltsplan aufstellen. In diesem werden sämtliche Einnahmen und Ausgaben, Kreditaufnahmen und Investitionen aufgeführt. Der Potsdamer Haushalt ist jedoch abhängig von sog. Schlüsselzuweisungen des Bundes und des Landes Brandenburg. Aufgrund der geringer ausfallenden Zuweisungen des Bundes, ausbleibender Steuereinnahmen und gewachsener Aufgabenlast erhöhte sich das „erwirtschaftete“ Defizit der Stadt in den letzten Jahren stark auf über 150 Mio. Euro an Kassen- und kommunalen Krediten.

Der Potsdamer Haushalt von 2006 hat ein Einnahmenvolumen von ca. 452 Mio. Euro (z. B. kommunale Steuern, Gebühren, Entgelte und Bußgelder). Die Ausgaben belaufen sich auf etwa 494 Mio. Euro (z. B. für Soziales und Straßenbau). Der Haushalt ist in einen Vermögens- und einen Verwaltungshaushalt unterteilt. Um die Kreditaufnahme zu senken und die angehäuften Schulden der Stadt abzutragen, wurden verschiedene Ansätze diskutiert. Man entschied sich unter anderem für das Haushaltssicherungskonzept (HSK) und das Konzept der Bürgerkommune, um unpopuläre Streichungen besser verständlich zu machen.

⁵⁴ Man befindet sich in beiden Fällen in den Haushaltsberatungen bezüglich der Vorschläge der Bürger. Die Haushaltsentscheide in den gewählten Vertretungen stehen noch aus. (Stand: 28.02.2006)

3.2. Berlin-Lichtenberg

Der Bezirk Lichtenberg ist keine selbstständige Kommune und darf deshalb auch keine Steuern erheben. Der Berliner Senat entscheidet maßgeblich über den Umfang und die Verwendung der zugewiesenen Haushaltsmittel. Die Verteilung erfolgt auf Grundlage einer, von der Senatsverwaltung für Finanzen berechneten und daraufhin zugewiesenen, sog. Globalsumme. Aufgrund dieser Zuweisung und anhand zentraler Leitlinien stellt jeder Bezirk eigenverantwortlich einen Haushaltsplan auf. Dies ist festgelegt in der Landeshaushaltsordnung vom 20. November 1995.

Seit 2001 erfolgt die Zuweisung auf Basis der mittleren Verwaltungskosten der Bezirke (Budgetierungsprinzip). Liegen die Ausgaben des Bezirks unterhalb dieser Zuweisungen, kann er überschüssiges Geld in eigener Verantwortlichkeit verwenden. Die Bezirke befinden sich untereinander in einem Wettbewerb um mehr Effektivität und Qualität der Dienstleistungserbringung. Nach Abzug der Aufwendung für die laufenden Pflichtaufgaben (in 2006 ca. 484,8 Mio. Euro) bleibt eine vergleichsweise geringe Summe (in 2006 ca. 30 Mio. Euro) zur Finanzierung der durch den Bezirk steuerbaren Aufgaben. Dazu gehören unter anderem Kultureinrichtungen, Sportstätten sowie Jugendförderung und Grünflächenpflege. Insgesamt sind im so genannten Produkthaushalt von ca. 300 „Produkten“ nur 36 durch den Bezirk steuerbar und damit für eine Diskussion im Rahmen des Bürgerhaushaltes interessant. In Zeiten finanzieller Einbußen sollen die Bürger eigenverantwortlich mit Hilfe des aufgestellten Produktkataloges Prioritäten setzen, und Haushaltsbereiche auswählen, die finanziell beschnitten werden können und Bereiche benennen, in denen keine Kürzungen erfolgen sollen.

4. Deskriptive Analyse

4.1. Entstehung der Projekte

4.1.1. Potsdam

Idee: Mit dem Beschluss der SVV vom 6. Mai 2004 wurde der Bürgermeister aufgefordert *„die verschiedenen Partizipationselemente, die es bereits in der Stadt gibt, zu einem sinnvollen Konzept [zusammenzufügen] und durch Elemente des Bürgerhaushaltes [zu ergänzen].“*⁵⁵ Der Potsdamer Bürgerhaushalt ist Teil des Projektes „Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune“.

Motive/Ziele: Auf drei zentralen Veranstaltungen (18.10.2005; 2.11.2005; 11.11.2005) sollten die Potsdamer Bürger für die angespannte finanzielle Lage der Stadt sensibilisiert werden. Eine aktive Beteiligung an der Debatte zum Haushalt ist ausdrücklich erwünscht. Information über den Haushalt, Grenzen der Gestaltungsmöglichkeiten und etwaige Strategien zur Verbesserung der gesamten Haushaltslage waren die Kernziele der Veranstaltungen im Jahr 2005. Den Bürgerinnen und Bürgern

⁵⁵ Beschluss der Potsdamer SVV: 04/SVV/0133

soll ein Forum zur Diskussion über die Verwendung öffentlicher Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Akzeptanz auch unbeliebte Sparmaßnahmen zu unterstützen, soll durch eine transparente Darstellung der Haushaltslage gesteigert werden (Potsdam 2005).

4.1.2. Berlin-Lichtenberg

Idee: Um die angespannte Haushaltssituation in Lichtenberg zu verbessern bzw. für die Bürger nachvollziehbarer zu gestalten, versuchten Mitarbeiter der Verwaltung und die Bezirksbürgermeisterin Lichtenbergs, Christina Emmrich (Die Linke/PDS), beruhend auf den Grundsätzen des Bürgerhaushaltsprojektes der brasilianischen Stadt Porto Alegre, die Idee der Bürgerkommune in Lichtenberg zu etablieren (Emmrich 2006). In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) wurde ein Modellprojekt zur schrittweisen Öffnung der Verwaltung und nachhaltigen Aktivierung der Bürgerschaft erarbeitet. Um festzustellen, ob eine grundsätzliche Bereitschaft der politischen Verantwortlichen und der Verwaltung zur Umsetzung des Projektes bestand, wurden umfangreiche Vorgespräche geführt (Reich 2006).

Motive/Ziele: Ziel ist es die Bürger zur aktiven Gestaltung öffentlicher Aufgaben zu animieren. Um Finanzmittel effizient und zielgerichtet einsetzen zu können, sollen die Bürger Schwerpunkte bei der Gestaltung des Haushaltes setzen dürfen. Zusammen mit diesen möchte die Verwaltung komplexe Probleme diskutieren und neue Lösungsstrategien erarbeiten (LB 2005). Steuerbare Aufgaben sollen nicht länger am Bürger „vorbeigeplant“ werden, sondern Wege eröffnet , die dem aktiven und interessierten Bürger Mitarbeits- und Entscheidungsmöglichkeiten eröffnen.

4.2. Organisationsstruktur und Prozess

4.2.1. Potsdam

Organe/Gremien: In Potsdam ist diesbezüglich keine wirkliche Organstruktur zu erkennen, zwar gibt es Verantwortliche für die Bürgerkommune, doch sind dabei keine klaren Gremien für den Bürgerhaushalt ersichtlich.

Die Haushaltsplanaufstellung 2006 folgte folgendem Zeitplan:

- 01.06.2005 Eckwertebeschluss Stadtverordnetenversammlung
- 18.10.2005 Erste Veranstaltung Bürgerhaushalt
- 02.11.2005 Einbringung der Haushaltssatzung in die Stadtverordnetenversammlung, Veröffentlichung der Broschüre „Bürgerhaushalt in Potsdam 2006“
- 11.11.2005 Zweite Veranstaltung Bürgerhaushalt, Übergabe der „Liste der Bürger“ an die Fraktionen, Ausschüsse und Ortsbeiräte zur Verwendung in den Dezembersitzungen
- Nov / Dez 05 Sitzungen der Ortsbeiräte
- Nov / Dez 05 Sitzungen der Fachausschüsse
- 11.01.2006 Sondersitzung Stadtverordnetenversammlung

Der Bürgerhaushalt ist hier als zentraler Prozess anzusehen und soll in drei Phasen umgesetzt werden. Die erste umfasst die Information der Bürger über den Haushalt bzw. Haushaltsentwurf, um mehr Transparenz und Einblick vermitteln zu können. In der zweiten soll den Bürgern die Möglichkeit der Meinungsäußerung gegeben werden, was beispielsweise durch Diskussionsveranstaltungen am 18.10.05 und 11.11.05 umgesetzt wurde. Dabei sollten die Bürger 20 „Sparschweinvorschläge“ machen, um Prioritäten zu setzen und Verzichtbares aufzuzeigen. In vier Foren verdeutlichten des Weiteren die einzelnen Geschäftsbereiche ihre aktuellen Projekte und Interessen. Bei der zweiten Veranstaltung dienten wiederum vier Foren als Orientierung, die diesmal an die Ergebnisse eines einer Lokalzeitung beigefügten Fragebogens angelehnt waren. Die eingebrachten 56 Vorschläge und Anregungen wurden als „Liste der Bürgerinnen und Bürger“ den Stadtverordneten, Fraktionen und Ausschüssen für die Haushaltsberatungen 2006 am 7. Dezember 2005 durch die Verwaltung übergeben. Am 11.1.06 fand eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung statt, um u. a. über die Haushaltssatzung zu beschließen. Schließlich muss in der dritten Phase nach der Beschlussfassung über den Haushalt am 2. März 2006 bei einer weiteren Bürgerversammlung den Bürgern öffentlich erläutert werden wie mit den Anregungen verfahren wurde.

Informationsarbeit: Um die Bürger über das Projekt zu informieren, wurden verschiedene Möglichkeiten genutzt, so wurde ein Artikel in der Wohnungsverwaltungsgesellschafts-Zeitung „Wohnen in Potsdam“, sowie in der Stadtwerke-Zeitung „Quartett“ veröffentlicht, dem im September ein Informationsblatt „Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune“ beigefügt war, welches auch einen Fragebogen über die Informationswünsche der Bürger enthielt.

Die *Internetseite* zum Bürgerhaushalt Potsdam ist auf der Homepage der Landeshauptstadt www.potsdam.de unter einem Link zu finden. Sie enthält im Wesentlichen Informationen zum Haushalt inklusive der entsprechenden Broschüre und Ankündigung von Terminen, sowie Informationen zum Verlauf der Bürgerversammlungen. Außerdem erhält man Einblick in das Rahmenkonzept und den Leitfaden des Projektes.

Des Weiteren wurde die *Broschüre* „Bürgerhaushalt in Potsdam 2005“ in Umlauf gebracht. Sie behandelt hauptsächlich Fragen zum Haushalt und dessen Zusammensetzung. In den Darstellungen zeigen sich die beiden Bürgerversammlungen zum Haushalt eingebettet in den üblichen politischen Prozess der Haushaltsbeschließung. Dabei wird der Bürgerhaushalt auch als Teil des Gesamtprojekts der Bürgerkommune dargestellt, außerdem werden ausgesuchte Schwerpunkte näher erläutert. Ein *Haushalts-ABC* gibt zum Abschluss einen knappen Überblick zu den verwendeten (Fach)Begriffen.

4.2.2. Berlin-Lichtenberg

Eine Reihe von Organen bzw. Gremien waren am Bürgerhaushaltprojekt beteiligt. (Siehe Abb. 3) In den Kommunikationsprozess sind auf verschiedenste Art ca. 40 Mitwirkende eingebunden. Den Kern bildet die Projekt- und Steuerungsgruppe. Die Bürger im Redaktionsteam wurden, nach kurzer

Vorstellung, bei den dezentralen Bürgerversammlungen als Vertreter einzelner Stadtteile gewählt. Der Zeitplan des Bürgerhaushaltsprojektes umfasst folgende Phasen: Juli 2006 Umfrage, 24.9.05 – 21.01.06 Bürgerversammlungen und Mai 2006 Abstimmung von Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung.

Abbildung 3 Organe/Gremien des Bürgerhaushaltsprojekts Berlin-Lichtenberg

Gremium	Akteure	Aufgabe
Projektgruppe	Ch. Emmrich, E.-U. Reich + Zwei Mitarbeiter der Verwaltung	Planung/Koordination/Kommunikation
Redaktionsteam	Mitarbeiter der Verwaltung + 10 Bürger	Zusammenstellen der Gesamtliste von Vorschlägen
Wissenschaftliche Begleitung	Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin Fachhochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	Durchführung der Umfragen Begleitung der dezentralen Bürgerversammlungen

Quelle: Eigene Darstellung

Den Auftakt des Projektes bildete Mitte Juli 2005 eine *Umfrage*, bei der 10.000 per Losverfahren ausgewählte Lichtenberger Bürger einen Fragebogen erhielten. Darin wurden Vorschläge zur Mittelverteilung im Bezirk sowie Aussagen zum Leben und zur Zufriedenheit der Bürger erfragt. Diese ersten Angaben wurden ausgewertet und ließen schon erste Rückschlüsse auf Schwerpunkte zu. Daraufhin folgten insgesamt sieben Bürgerversammlungen. Bei der ersten (zentralen) Informationsveranstaltung am 24. September 2005 wurde über den Haushaltsplan und den Bürgerhaushalt, sowie die zur Debatte stehenden Produkte informiert.

Des Weiteren fanden vom 27. Oktober bis 1. November 2005 fünf dezentrale Stadtteilversammlungen statt, bei denen die Bürger Vorschläge unterbreiten konnten, wofür im Bezirk Geld aufgewendet werden sollte. Diese wurden teilweise in Gruppen beraten, bevor sie von den anwesenden Bürgern durch ein Punktesystem in eine Rangliste gebracht wurden. Die 20 bestbewerteten Vorschläge aus jeder Bürgerversammlung, sowie weitere 20 online abgegebene, diskutierte und beurteilte Vorschläge wurden vom Redaktionsteam auf einer Liste der 120 Besten zusammengestellt. Sie wurden den Bürgern am 21. Januar 2006 bei der Abschlussveranstaltung, im Internet und per Fragebogen zur Abstimmung vorgelegt. Eine „Hitliste“ entstand, die der Bezirksverordnetenversammlung überreicht wurde.

Die Bezirksverordneten lassen die Vorschläge der Bürger in ihre Haushaltberatungen einfließen, damit sie schließlich von der Verwaltung in den Nachtragshaushalt 2007 eingearbeitet werden können. Über diesen wird im Mai 2006 von Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung abgestimmt. Die Politiker haben über angenommene und abgelehnte Vorschläge öffentlich Rechenschaft abzulegen.

Informationsarbeit: Die Lichtenberger Bürger wurden auf verschiedenste Weise über das Projekt informiert: über Aushänge, Ankündigungen der Verwaltung und ausführliche Beiträge in den im Bezirk gängigen Zeitungen (Lichtenberger Rathausnachrichten, Berliner Woche, Berliner Abendblatt, etc.) und überregionaler Presse, wie dem Neuen Deutschland, sowie durch das Versenden von Einladungen, durch Broschüren und das Internet. Auch der in Berlin ansässige öffentlich-rechtliche Kanal RBB wurde als Informationsmedium gewonnen.

Zur Information über den Bürgerhaushalt hat das Bezirksamt Lichtenberg eine *Broschüre* „Alles, was zählt“ herausgegeben, die im Rathaus, den Bürgerämtern und auf Veranstaltungen ausgelegt wurde. Auf wenigen Seiten wird über die Grundlagen des Bürgerhaushaltes informiert, wie die Beteiligung der Bürger aussieht und ein Einblick in den allgemeinen Haushalt des Bezirks gegeben. Ferner weist die Broschüre ein Produktbeispiel und einen groben Zeitplan auf. Über die einzelnen Bürgerforen informieren ausliegende Flyer, so auch zu der abschließenden Veranstaltung, auf der alle eingegangenen Vorschläge zur Abstimmung stehen.

Auf der *Homepage* www.bürgerhaushalt-lichtenberg.de kann der Bürger jeden einzelnen Schritt des Bürgerhaushalts chronologisch und aktuell mitverfolgen und auch mit beeinflussen. Man wird hier umfangreich über Idee und Ziele des Projektes informiert. Ebenso wird dem Bürger aufgeschlüsselt über welche Bereiche er mitentscheiden kann und wie die Verteilung von ca. 30 Millionen Euro von statten gehen soll. Unter verschiedenen Links wird er entsprechend in die Materie eingeführt. Darunter beispielsweise „Ursprung des Bürgerhaushalts in Brasilien“, „Personen und Interviews“, „Unser Haushalt“, „Kleines Haushalts-ABC“, „Was können sie entscheiden?“ und „Was passiert mit ihren Vorschlägen?“ etc.. Unter dem Gesichtspunkt „Dialog und Entscheidung“ werden noch einmal die Möglichkeiten der aktiven Beteiligung aufgezeigt. Neben Informationen zu den Veranstaltungen gibt es eine interaktive Diskussionsplattform. Innerhalb des Online-Dialogs wurden Beiträge und Vorschläge der Bürgerversammlungen aufgelistet, er ließ aber auch weitere Vorschläge seitens der User zu und ermöglicht es, bereits vorliegende zu kommentieren. Auch über diese stimmten die Bürger ab, so dass 20 davon in die Liste des Redaktionsteams aufgenommen werden konnten.

5. Auswertung

5.1. Konzeption

5.1.1. Politisch-konzeptioneller Kontext der Bürgerhaushaltprojekte in Potsdam und Berlin-Lichtenberg

Am Anfang der hier untersuchten Bürgerhaushaltsprojekte stand die Ausarbeitung eines umfassenden Konzepts, das, orientiert an wissenschaftlichen Erkenntnissen und bisherigen praktischen Erfahrungen, die jeweilige Zielsetzung umreißen und das weitere Vorgehen strukturieren sollte. Die folgende Analyse dieser beiden Konzepte bezieht sich zunächst auf das jeweilige Verständnis eines Bürgerhaushaltes. Im Anschluss wird die Kohärenz der Zielsetzungen, sowie im Vergleich, die Effektivität der jeweiligen Vorgehensweise diskutiert. Es wird Bezug genommen auf allgemein zugängliche Dokumente und Broschüren, aber auch Interviews, die mit den Verantwortlichen im Zeitraum von Dezember 2005 bis Januar 2006 geführt wurden.

Die Landeshauptstadt Potsdam integriert den Bürgerhaushalt in das übergeordnete Projekt der Bürgerkommune, das mit einem Beschluss der SVV vom 05. Mai 2004 eingesetzt wurde: „Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung bis zur Sitzung im Dezember 2004 ein Konzept ‚Bürgerkommune Potsdam‘ vorzulegen. Darin sollen die verschiedenen Partizipationselemente, die es bereits in der Stadt Potsdam gibt, zu einem sinnvollen Konzept zusammengefügt und durch Elemente des Bürgerhaushaltes ergänzt werden.“⁵⁶ In den folgenden Monaten entwickelte die Verwaltung ein entsprechendes Rahmenkonzept und legte im September 2005 einen *Leitfaden für die Bürgerkommune Potsdam* vor.

Das Bürgerhaushaltsprojekt Berlin-Lichtenberg geht zurück auf die AG-Bürgerhaushalt der Agenda 21-Initiative der Stadt Berlin. Am Anfang stand, zwecks wissenschaftlicher Begleitung und umfangreicher Diskussionen, die Ansprache und Einbeziehung der BpB, sowie parteinaher Stiftungen. Zudem wurden die Bezirksbürgermeister, Stadträte und die Spitzen der Verwaltungen eingebunden. Waren die anfänglichen Ansätze örtlich vor allem auf den Bezirk Mitte konzentriert, bewarb sich 2003/2004 Lichtenberg erfolgreich für ein Modellprojekt im Rahmen der ausgegebenen Neuordnungagenda. Unterstützt durch einen Workshop der BpB zum Thema *Bürgerhaushalt in Großstädten* im September 2004, wodurch die wissenschaftliche Begleitung gesichert wurde, begann das Projekt mit einstimmig gefassten Beschlüssen der BVV. Ein im Anschluss gebildetes und aus Verwaltungsmitarbeitern und Bürger bestehendes Team erarbeitete von Januar bis April 2005 ein Verfahren zur Durchführung des Projekts. Es folgte im März 2005 die entsprechende Beschlussfassung der BVV: „Das Bezirksamt bittet die BVV, die Vorlage ‚Konzeption des Bezirksamtes Lichtenberg zur Gemeinwesenentwicklung‘, in der beiliegenden Fassung zu

⁵⁶ 04/SVV/0133

beschließen. Die Konzeption wurde überarbeitet und berücksichtigt die Vorschläge, die in der öffentlichen Diskussion getätigt wurden. Zielsetzung ist ein abgestimmtes Konzept, beschlossen von der BVV, zur Fortentwicklung der Gemeinwesenarbeit durch Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Vernetzung mit den sozialen und kulturellen Angeboten von öffentlichen und freien Trägern in den Stadtteilen des Bezirkes als Grundlage der weiteren Arbeit.⁵⁷

Sowohl in Potsdam als auch in Berlin-Lichtenberg wurde der Bürgerhaushalt im Rahmen bestehender kommunaler Projekte zur Erhöhung der Bürgerbeteiligung und Stärkung der Zivilgesellschaft beschlossen. Diese, zumindest konzeptionell vorhandene Einbettung verknüpft die Mobilisierung der Bürgerschaft mit übergeordneten Zielen der Stadt oder des Bezirks und erleichtert prinzipiell die Identifizierung von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung mit dem Verfahren (Herzberg 2005: 10).

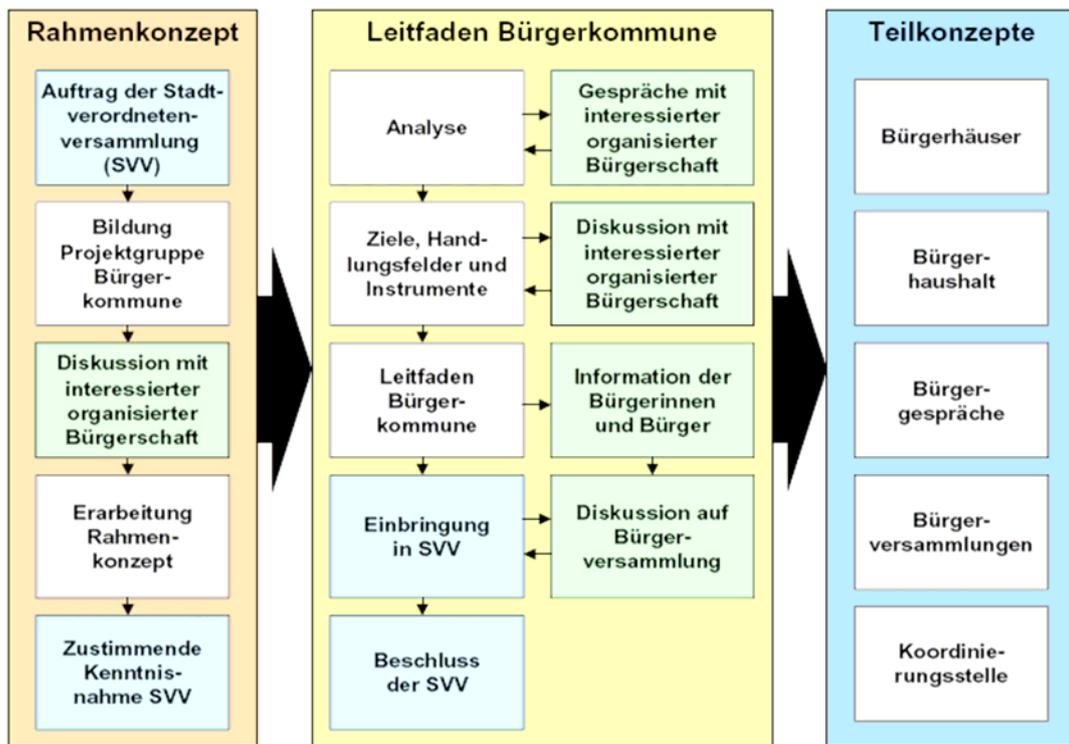
5.1.2. Der Bürgerhaushalt in Potsdam – Informieren über das Unmögliche

Der Potsdamer Bürgerhaushalt ist integriert in das umfassendere Projekt einer Bürgerkommune, das sich maßgeblich an den Erkenntnissen und Vorgaben der dazu eingesetzten Enquête-Kommission *Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements* des 14. Deutschen Bundestags orientiert (Rahmenkonzept 2004: 3). Der Kommissionsbericht empfiehlt eine bürgerorientierte Gestaltung der Verwaltungsstrukturen, durch die die Bürger nicht nur einen ausgeweiteten Zugriff auf Informations- und Beratungsangebote erhalten, sondern beispielsweise durch die Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen, Mediation oder Monitoring Partizipationsmöglichkeiten bereitgestellt werden (Deutscher Bundestag DS 14/8900, 2002: 326-27). Der Begriff Bürgerkommune steht damit für die Ablösung der traditionellen Innenansicht zugunsten einer Außenorientierung. Das heißt, Ausgangspunkt der Veränderung des Politik- und Verwaltungsverhaltens soll nicht mehr die Frage sein, wie die Verwaltung ihre Leistungen am einfachsten und korrektesten erstellt, sondern welchen Nutzen die kommunalen Angebote und Leistungen für die Bürgerschaft haben und wie dieser optimiert werden kann.

Die Broschüre *Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune – Rahmenkonzept* (2004: 7) thematisiert zunächst explizit die bestehende Haushaltskrise der Stadt und die mit einer stärkeren Einbindung der Bürger intendierte Effizienzsteigerung im Haushalt, d. h. vor allem die Entlastung desselben. Der im August 2005 veröffentlichte, weitergehende *Entwurf eines Leitfadens für die Bürgerkommune Potsdam* konkretisiert die Zielsetzung und definiert gleichzeitig einen Maßstab, an dem das Potsdamer Bürgerhaushaltsprojekt zunächst zu bewerten ist, bevor der externe Vergleich mit dem Bezirk Berlin-Lichtenberg herangezogen werden kann. (Siehe Abb. 2)

⁵⁷ DS/1322/V

Abbildung 2: Schritte auf dem Weg zur Bürgerkommune in Potsdam



Quelle: Leitfaden 2005: 27

Der Leitfaden erwähnt den Bürgerhaushalt unter den Punkten der *Beteiligung* und *Zufriedenheit*. „Potsdamer Bürgerinnen und Bürger sollen an Problemlösungen und Entscheidungen mitwirken. Mit der Schaffung von zentralen Ansprechpartnern und einer Koordinierungsstelle kann die Mitgestaltung und Kooperation effektiver gestaltet werden. Das vorhandene bürgerschaftliche Engagement wird damit in seiner Arbeit unterstützt. Mit der Schaffung weiterer partizipativer Elemente, wie z.B. des Bürgerhaushaltes, wird den Bürgerinnen und Bürgern eine aktivere Teilnahme an der Gestaltung ihrer Stadt ermöglicht.“ (Leitfaden 2005: 15) „Potsdamer Bürgerinnen und Bürger sollen mit Ihrer Stadt zufrieden sein. Mit ihrer frühzeitigen Einbeziehung kann schon vor einer zu fällenden Entscheidung steuernd eingegriffen werden. Auftretende Probleme können bei der Entstehung in Angriff genommen werden, wobei man hier auch auf die Kooperation untereinander angewiesen sein wird. Um das Verwaltungshandeln für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbarer und verständlicher zu gestalten, sollte dies im Rahmen von Auswertungen, wie z.B. beim Bürgerhaushalt, erfolgen.“ (Leitfaden 2005: 16)

Im Entwurf heißt es weiter: „Der jährliche Haushalt einer Stadt ist eines der wichtigsten Mittel um ihre Entwicklung zu steuern. Die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei der Entscheidung über finanzielle Prioritäten wird im Rahmen des Bürgerhaushaltes realisiert. Der Bürgerhaushalt ist ein wesentliches Element auf dem Weg zur Bürgerkommune.“ (Leitfaden 2005: 17) Damit zielt der

Potsdamer Bürgerhaushalt von der Grundintention her auf eine Aktivierung der Bevölkerung, die gestalterischen Aspekte in haushaltspolitischen Fragen werden hervorgehoben, wie nicht zuletzt auch das Problem einer verbesserten Transparenz.

Der Umsetzung des Bürgerhaushalts liegt in Potsdam ein Modell von drei Phasen zugrunde (Leitfaden 2005: 18). Zunächst steht eine möglichst breite Streuung von Informationen über das Vorhaben und die Finanzsituation der Stadt im Mittelpunkt, die verständliche Darstellung der Grundstrukturen eines kommunalen Haushaltsplanes sowie die inhaltlichen Schwerpunkte der gemeindlichen Erfüllung von Aufgaben und zukünftigen Investitionen. Eine bürgerfreundliche Aufbereitung einzelner Elemente des Haushalts soll die wirkungsvolle Beteiligung der Bürgerschaft gewährleisten. Konzeptionell kann dieser Schritt mit dem Schlagwort *Transparenz* zusammengefasst werden.

In der zweiten Phase erhalten die Bürger die Möglichkeit, ihre individuellen Präferenzen bei der Verteilung der öffentlichen Gelder zu artikulieren. Diese Beratungen sollten sich laut Entwurf auf die Ausgabenseite konzentrieren, können jedoch auch durch Vorschläge zur Steigerung von Einnahmen ergänzt werden. Nicht zuletzt werden in dieser Phase der Konsultation oder *Mitgestaltung* auch Fragen der Haushaltskonsolidierung erörtert. In der letzten Phase der Evaluierung wird durch Übernahme von Vorschlägen aus der Mitte der Bürgerschaft der letztlich von der SVV zu beschließende Haushaltsplan an die ermittelten Präferenzen der Bürger angenähert. So soll den Bürgern signalisiert werden, dass ihre Vorschläge Gehör gefunden haben und eine Beteiligung an den vorausgegangenen Veranstaltungen sinnvoll gewesen ist. Letztlich wird so auch die Motivation für ein langfristiges Engagement und eine dauerhafte Etablierung des Bürgerhaushaltes erreicht.

Mit dem Haushaltsentwurf 2005 wurden erste Schritte zum Bürgerhaushalt in Potsdam gemacht. Im Vordergrund stand die Information der Bevölkerung zur Haushaltslage. Auch die Erstellung des Haushaltsplans 2006 sieht hierzu lediglich Maßnahmen zur weiteren Sensibilisierung der Bürger für die Finanzen ihrer Stadt vor und versucht auf diese Weise aufzufordern, sich aktiv an der Gestaltung der Stadt zu beteiligen. Dazu wurden zwei öffentliche Veranstaltungen in Form von Frage- und Informationsforen abgehalten. Die angekündigten ersten Schritte zur Beteiligung erschöpften sich zunächst noch im Sammeln von Vorschlägen, die weder systematisch aufbereitet sind, noch in irgendeiner Form verpflichtend im Haushaltsplan eingearbeitet werden müssen. Ferner wurde betont, dass die Haushaltskonsolidierung im Vordergrund steht und hierzu entsprechende Eingaben zu machen sind. Nach Verabschiedung des Haushalts durch die SVV ist zumindest ein Rechenschaftsbericht über die Umsetzung der eingegebenen Vorschläge vorgesehen.

5.1.3. Bürgerhaushalt in Berlin-Lichtenberg – Haushaltspolitischer Sparzwang vs. Beteiligungseuphorie⁵⁸

Ebenso wie im Fall Potsdam gilt auch für Lichtenberg die Einbettung des Bürgerhaushaltes in das umfassendere Projekt einer Bürgerkommune, die als eines mehrerer Leitziele vom Bezirksamt formuliert und von den Bezirksverordneten verabschiedet wurde.⁵⁹ Im Vordergrund steht auch hier die Idee eines Gemeinwesens, in dem die Bürger direkt die Politik mitbestimmen und für die Gestaltung des öffentlichen Lebens mit Verantwortung übernehmen. Der bestehenden repräsentativen Demokratie soll ein kooperatives Element hinzugefügt werden. Im Gegenzug sollen sich die Bürger aber auch an den öffentlichen Aufgaben aktiv beteiligen und sich für das Gemeinwesen engagieren. Explizit wird das Vorgehen damit begründet, dass angesichts der komplexen Problemstellungen, vor denen der Bezirk Lichtenberg steht, Entscheidungen über die Köpfe der Bürger hinweg nicht mehr begründbar sind. Stattdessen wird Hoffnung in die Kompetenzen und Ideen der Bürger gesetzt. Emmrich beschreibt im Interview das Vorgehen wie folgt: „Bewohner und Bewohnerinnen so in die Lage versetzen, dass sie über die Veränderungen und Entscheidungen, die sich hier in diesem Bezirk vollziehen, mitsprechen und mitentscheiden können. Also nix vorgeben. Das heißt auch, dass immer wieder eine Menge an Informationen herausgegeben werden, damit die Leute wissen, wie sich was entwickelt. Wir geben dabei aber keine Entwicklungen vor, sondern wir stehen in der Diskussion und wollen wissen, wie sehen die Leute Veränderungen. Bürgerinnen und Bürger als Akteure ihrer eigenen Lebensbedingungen. Aktive Bürgerschaft.“

Zu den Zielen des Lichtenberger Bürgerhaushalts gibt die Bezirksbürgermeisterin außerdem in den *Lichtenberger Rathausnachrichten* Auskunft: „Zunächst ging es um die verständliche Darstellung, was ein Bezirkshaushaltsplan alles in sich birgt. Der zweite Aspekt war, die Bewohnerschaft Lichtenbergs dafür zu interessieren, bei den Ausgaben, die der Bezirk selbst steuern kann, als Berater mitzuwirken. Hierzu wurde ein Beteiligungsverfahren über drei Wege entwickelt – persönliche Teilnahme in Bürgerversammlungen, schriftliche Teilnahme und Interaktion im Internet. Und drittens sollte die von den Reformgesetzen geforderte Bürgernähe der Verwaltung konkret und nachhaltig umgesetzt werden.“ (RN 14.01.2006)

Entsprechend betont die Projektidee des Bürgerhaushalts in Lichtenberg erstens eine *Gestaltung* der Politik im Einvernehmen mit den Bürgern und Bürgerinnen, so dass Schwerpunkte nach deren Bedürfnissen gesetzt und die Finanzmittel effektiv und gerecht verteilt werden. Zweitens wird mehr

⁵⁸ Im folgenden Abschnitt werden Leitideen und Prinzipien des Lichtenberger Bürgerhaushalts dargestellt. Hierzu werden wiederum vom Bezirksamt veröffentlichte Dokumente, Drucksachen der Bezirksverordnetenversammlung, aber auch Interviews mit der Bezirksbürgermeisterin Frau Emmrich (am 12.01.2006) und dem Leiter des Zentralen Steuerungsdienstes Herrn Reich (am 04.01.2006) herangezogen

⁵⁹ Dazu muss gesagt werden, dass die PDS im Bezirk die absolute Mehrheit besitzt, dass heißt sowohl in der BVV wie auch im Bezirksamt. Die Bezirksbürgermeisterin Emmrich (Linke.PDS) schränkt somit ein, „[...] dass die Beschlüsse des Bezirks bezüglich einer Bürgerkommune, sich sehr stark an den Vorstellungen der Partei orientieren“.

Transparenz in Haushaltsfragen und ein besseres Verständnis für die Möglichkeiten und Grenzen der Haushaltspolitik angestrebt. Gleichzeitig beinhaltet die Programmatik zum Lichtenberger Bürgerhaushalt in einem dritten Aspekt auch eine explizite Aufforderung an die Bürger, sich an der Haushaltsdiskussion zu beteiligen und mit neuen Denkanstößen zu unbürokratischen Lösungen beizutragen. An dieser Stelle wird nicht zuletzt implizit eine *Reform der Verwaltung* thematisiert. Emmrich betont das schrittweise Vorgehen der Verantwortlichen, die zunächst die Artikulation von Interessen durch die Bürger stärken wollen und erst auf der nächsten Stufe oder vielmehr als Ziel einen *selbst organisierten Bürgerhaushalt* anstreben: „Ein Bürgerhaushalt wäre für mich dann ein Bürgerhaushalt, wenn die Bürger ihn selber moderieren, wenn Verwaltung nur noch Zulieferer von Daten wäre und Gesprächsgruppen – also, selbst organisierter Bürgerhaushalt wäre das ganz Ideale. Im Moment ist für mich ein Bürgerhaushalt, wenn aus allen Schichten der Bevölkerung Interessen artikuliert werden und wenn dann das tatsächlich auch umgesetzt wird.“

Folglich steht zunächst die effizientere Gestaltung des Haushalts im Sinne der Bürgerinteressen im Vordergrund. Emmrich räumt ein, dass zunächst kaum bis gar keine Einsparungseffekte erzielt wurden, dies allerdings schon konzeptionell begründet werden kann. Ging es doch zunächst um die Motivation der Bürger sich am Projekt zu beteiligen. Erst in einem der nächsten Schritte sind tatsächliche Sparmaßnahmen angestrebt: „Es ist auch dazu da das vorhandene Geld möglicherweise wirkungsvoller einzusetzen. Ich neige nicht dazu zu sagen, vor allem zum Sparen brauchen wir die Menschen, sondern damit das Geld wirkungsvoller eingesetzt wird. Wir haben das ja auch so gemacht. Wir haben nicht gesagt, was soll an dem vorhandenen Geld gespart werden, sondern wo soll es wirkungsvoller eingesetzt werden. Hier liegt in der Tat noch Potential für die Bürgerhaushalte der nächsten Jahre. Aber wahrscheinlich lag die geringe Anzahl von Vorschlägen zu Einsparmöglichkeiten auch an der von uns selbst gewählten Aussage: ‚Helfen Sie uns beim Geld ausgeben‘. In der ersten Fragebogenaktion hat man uns zwar mitgeteilt, in welchen Bereichen eingespart werden könnte, jedoch stehen diese Aussagen im Widerspruch zu den Vorschlägen im Internet und in den Bürgerversammlungen. Wir werden den Aspekt der Reduzierung von Ausgaben aber schon im nächsten Bürgerhaushalt deutlicher hervorheben - und warum sollte es dann nicht auch heißen: ‚Helfen Sie uns beim Sparen‘.“ (RN 14.01.2006)

Emmrich geht ferner auf die erhoffte Generierung einer stärkeren Verbundenheit zum Bezirk Lichtenberg ein, einer Art lokaler *Identität*: „... für mich ist das politische Kredo nicht nur alle Menschen mitzunehmen, sondern die Menschen kennen ihre Lebensbedingungen, was soll geändert werden und dazu brauchen wir auch Geld. Die Verbundenheit zum Kiez, zum Bezirk, zur Stadt ist die Argumentation einen Bürgerhaushalt zu machen. Erstens ist es eine Form mit Menschen ins Gespräch zu kommen – mit großen Teilen der Bevölkerung, die du so gar nicht anders hinbekommen würdest. Es entsteht eine ganz andere Atmosphäre, man bekommt ein ganz anderes Gefühl der

Zusammengehörigkeit hin, was man über das gemeinsame Beraten von Anliegen erreicht. Das soll man nicht unterschätzen.“

Da nach deutschem Recht eine direkte Abstimmung der Bürger über die kommunalen Finanzen ausgeschlossen ist und die letzte Entscheidung über den Haushaltsplan den gewählten Vertretern, das heißt in diesem Fall der BVV obliegt, hat selbige sich verpflichtet, die Vorschläge und Anregungen der Bürger im Haushaltsplan 2007 zu berücksichtigen und über Annahme oder Ablehnung einzelner Punkte *Rechenschaft* abzulegen.

5.2. Implementation

5.2.1. Öffentlichkeitsarbeit / Informationspolitik

Die Gestalter des Bürgerhaushalts in Berlin-Lichtenberg haben eine umfassendere und effektivere Öffentlichkeitsarbeit betrieben als die Potsdamer Initiatoren. Schon die ersten Umfragen weisen organisatorische Unterschiede auf, so dass der Fragebogen der Potsdamer lediglich einem Zeitungsartikel beilag und nur ein Bruchteil der Auflage den Leser überhaupt erreichte. Auch wenn über den Rücklauf keine Zahlen vorliegen, ist anzunehmen, dass dies weniger effizient war, als die Lichtenberger Methode, die Fragebögen direkt zu verschicken und telefonisch daran zu erinnern sowie Hilfe anzubieten. Dies führte zu einem ausreichenden Rücklauf von fast 15 %.

In Berlin wurde Wert darauf gelegt, in verschiedenen Zeitungen auf den Bürgerhaushalt aufmerksam gemacht zu haben. Währenddessen hat sich dies in Potsdam auf Pressemitteilungen und zwei Artikel in Werkszeitungen beschränkt, die vermutlich kaum Bürger erreicht bzw. motiviert haben.

Des Weiteren wurde in Lichtenberg bei fast jeder Veranstaltung auf das Projekt hingewiesen, sowie die *Broschüre* den Bürgern nahezu automatisch in die Hände geleitet. Sie vermittelt den Bürgern, ähnlich wie die Potsdamer Version, einen ersten Einblick besonders in die Haushaltspolitik, gibt aber auch weitere Informationen. Die Auskünfte zum Ablauf der dezentralen Bürgerversammlungen sind übersichtlich strukturiert. Themen und Zielsetzungen geben einen ersten Hinweis auf den programmatischen Ablauf der Veranstaltungen und ermöglichen den Interessierten eine gezielte Vorbereitung. Einzelne Sprechstunden mit den Verantwortlichen sind zwar nicht vorgesehen, aber es besteht die Möglichkeit der Kontaktaufnahme und Diskussion auf den fünf dezentral durchgeführten Informationsveranstaltungen. Außerdem bestand eine große Interviewbereitschaft gegenüber Interessierten.

Im Potsdamer Modell wird deutlich, dass der Bürgerhaushalt hier unter dem Aspekt der Transparenz öffentlicher Einnahmen und Ausgaben vorgestellt wird, bei dem die einzubringenden Vorschläge der Bürger hilfreich sein sollen. Insgesamt wird die Potsdamer Broschüre von Informationen zu Haushaltszusammensetzung und Schuldenlage der Stadt dominiert. Die gestalterischen Aspekte des Bürgerhaushalts werden kaum thematisiert. Ansprechpartner im Rathaus, die für Informationen zur

Verfügung stehen könnten, werden nicht genannt. Die Rolle der Bürgerversammlungen wird nicht explizit hervorgehoben, bleibt daher weitestgehend unklar und wirkt nicht besonders animierend. Dem wird die Lichtenberger Broschüre schon durch Überschriften, wie „Ihre Meinung ist gefragt“ und „Was passiert mit Ihren Vorschlägen?“ gerechter, die den Leser persönlich ansprechen und ihm das Gefühl vermitteln, dass speziell seiner Idee Bedeutung beigemessen werden soll.

Beim Vergleich der Internetseiten wird der höhere Informationsgehalt der Lichtenberger *Homepage* deutlich. Während diese vielschichtig strukturiert ist, beschränkt sich die Seite der Landeshauptstadt auf das Wesentliche. Die erwähnten Beiträge für Potsdam sind knapp gehalten und geben dem Bürger wenig Spielraum, sich mit dem Thema zu identifizieren. Die Berliner Seite hingegen stellt minutiös Personen, Idee und Ziele, Verfahren, Möglichkeiten Vorschläge, Termine und Ablauf hinsichtlich der Bürgerbeteiligung dar und eröffnet dem Interessenten mehrere Perspektiven. Über ein animiertes Banner kann der Entscheidungsfindungsprozess des Bürgerhaushaltes Schritt für Schritt nachvollzogen werden, sowie durch Links zu den einzelnen Punkten umfassende Informationen abgerufen werden können. Somit gewährt Berlin-Lichtenberg im Vergleich mehr Transparenz bezüglich des Prozesses, während Potsdam Wert auf Transparenz hinsichtlich des Haushalts legt. Die Bürgerbeteiligung ist im Vergleich zu Berlin auch insofern eingeschränkt, dass eine Teilnahme via Internet nicht möglich ist. Während Potsdam lediglich eine „verlinkte“ Seite mit Informationen bietet, konnten in Lichtenberg interaktiv Vorschläge eingebracht werden, die gleichwertig zu denen der Bürgerversammlungen behandelt wurden. Die Diskussionsplattform bot die Möglichkeit eines Online-Dialogs über jeden vorhandenen Vorschlag, so dass seit Mai 2005 485 Diskutierende mit über 922 Beiträgen registriert werden konnten. Einiges davon wurde im Potsdamer Modell zwar ansatzweise angedacht, ist aber auch nach Übergabe der Vorschlagsliste an die Verwaltung nicht erfolgt.

Die Konzeption der Lichtenberger Internetseite war mit 10.000 Euro zwar relativ kostspielig, setzt aber auch vorbildliche Maßstäbe. Da Berlin als Modellprojekt diese zur Verfügung stellt, ist die Umsetzung eines repräsentativen Internetauftritts für nachfolgende Bürgerhaushaltsprojekte nicht mehr so teuer, was die Frage aufwirft, warum Potsdam sich dieser Möglichkeit nicht bedient hat.

Das stärkere Auftreten in der Presse sowie die enorme Internetpräsenz mit ihren Beteiligungsmöglichkeiten und ihrer informativen Wirkung in Berlin-Lichtenberg schienen besser geeignet den Bürger zur Teilnahme und Mitverfolgung zu motivieren. Wer in Lichtenberg wohnt und agiert, wusste häufig zumindest um die Thematik und wurde immer wieder zur Teilnahme aufgerufen. Währenddessen scheint es in Potsdam, als finde der Prozess hinter verschlossenen Türen statt.

5.2.2. Einbeziehung der organisierten Bürgerschaft / Zivilgesellschaft

Potsdam: Aufgrund der kurzen Projektzeit ist eine umfassende Aussage über die Beteiligung der organisierten Bürgerschaft nur begrenzt möglich. In den Umfragen wurde deutlich, dass Akteure der Zivilgesellschaft nicht hinreichend mit Informationen zur Implementation des Bürgerhaushaltes

ausgestattet sind. Die durchgeführten Veranstaltungen sind, bezogen auf die Informationen über den Haushalt, ausgesprochen gut, jedoch geben sie wenig Aufschluss über Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerschaft. Ohne diese elementaren Informationen scheint das Projekt kaum durchführbar. Eine Übergabe der Gestaltungsmöglichkeiten weg von der Verwaltung und hin zur aktiven Bürgerschaft wird allem Anschein nach von den Verantwortlichen kritisch gesehen. Ähnlich wie in Lichtenberg ist ein Trend zum Lobbyismus und zur Durchsetzung von Partikularinteressen erkennbar. Wie diesem Umstand entgegengewirkt werden soll, ist offen.

Lichtenberg: Die Verantwortlichen streben eine Aktivierung der Zivilgesellschaft an. Deren Beteiligung soll auf einem Level zwischen 5-10 % verstetigt werden. Um Lobbyismus und Gruppeninteressen zu unterbinden, wurden verschiedene Ansätze diskutiert (z.B. Ausweiskontrollen/-abgleiche auf Diskussionsveranstaltungen). Aufgrund der geringen Anwendbarkeit vieler Maßnahmen wurden diese jedoch im Vorfeld verworfen. Die Verantwortlichen sehen keine Möglichkeit, Lobbyismus gänzlich zu verhindern. Stattdessen soll Partikularinteressen durch eine möglichst breite Beteiligung der Zivilgesellschaft entgegengewirkt werden. Langfristig sollen neue Impulse zur Gestaltung des Bürgerhaushaltes aus der aktiven Bürgerschaft und nicht mehr von der Verwaltung oder von den politisch Verantwortlichen kommen (Reich 2006).

6. Bilanz

Im Fall Lichtenberg hebt sich die Genese der Idee des Bürgerhaushalts bzw. der Bürgerkommune zunächst nicht wesentlich ab vom Potsdamer Entstehungsprozess. Wie Emmrich darlegt, handelt es sich hier um Leitideen, die vom Bezirksamt, d. h. der Verwaltung formuliert wurden. Die Bezirksbürgermeisterin versucht konzeptionell alle Parteien des oben genannten Kräftedreiecks in das Haushaltsprojekts einzubinden: „Wenn man plant einen Bürgerhaushalt zu machen, dann muss man alle drei Parteien des vorhin angesprochenen Kräftedreiecks heranziehen und mit einbeziehen. Es bringt nichts nur die Verwaltung hinter sich zu haben und dann hat mein keine Bürger oder die Bürger heiß zu machen und dann sagt die Verwaltung nein. Da muss man in diesem Dreieck alle drei mitnehmen.“

In ähnlicher Weise wurde auch in Potsdam der Bürgermeister und infolge dessen die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Konzepts beauftragt. Besonders ab diesem Punkt, der Ausarbeitung eines Konzepts, beginnen die Projekte jedoch auseinander zu driften.

Übergeordnetes Ziel des Lichtenberger Bürgerhaushaltes ist insbesondere die Übertragung der Organisation des Bürgerhaushaltes weg von der Verwaltung hin zur organisierten Bürgerschaft. Der Leiter des Steuerungsdienstes, Reich, beschreibt das Vorgehen als eine Art Schneeballeffekt und hofft auf eine stetige Beteiligung von etwa 5 bis 10 % der Bürger. Dementsprechend handelt es sich um ein langfristiges Projekt, das bis mindestens 2009 angelegt ist. Ein ähnliches „Endziel“ und eine vergleichbare zeitliche Planung liegen für Potsdam bisher nicht vor. Die Sicherheit eines langfristigen

Engagements der Verwaltung und Stadtführung ist aber für die Motivation der Bürgerschaft unabdingbar, da die Verfahrensweisen erst über einen längeren Zeitraum angeeignet und unter Umständen verbessert werden können. Die damit in letzter Konsequenz verbundene Reform der Verwaltungsstrukturen, bisher nur in Lichtenberg explizit einkalkuliert, ist so nicht nur ein Nebeneffekt, sondern zentraler Bestandteil eines Bürgerhaushalts, der die Verbesserung und Erweiterung von Beteiligungsmöglichkeiten, sowie eine Erhöhung der Transparenz notwendig macht und damit Aufgaben überträgt. Emmrich fasst zusammen: „Ich hoffe und bin mir ziemlich sicher, dass wir mit noch mehr Beteiligung aus der Bevölkerung rechnen können. Dabei muss es der Verwaltung gelingen, den Bürgerhaushalt so zu verankern, dass sie sich nach und nach aus der Organisation und Durchführung des Verfahrens zurückziehen kann. Sie wird in den kommenden Bürgerhaushalten aber auch weiterhin und gerne Partner und Fachmann sein.“ (RN 14.01.2006)

Mit einer verstärkten Bürgerbeteiligung, gleich ob im Rahmen eines Bürgerhaushaltes oder anderer Projekte, darf aber keinesfalls die Entlassung von Verwaltung und Politik aus ihrer Verantwortung intendiert sein. Sondern vielmehr die Stärkung des bürgerschaftlichen Elements, und dessen effektive und effiziente Integration in das formelle Entscheidungssystem. „Bürgerbeteiligung ist deshalb kein Sandkastenspiel, sondern Thema und unter Umständen auch Anlass der Verwaltungs- und Politikreformen der Kommunen“ (Oppermann/Langer 2003: 60). Verstärkte Bürgerorientierung kann deswegen nur dann gelingen, wenn sie in ein umfassendes Konzept eingebunden wird.

Die Ausarbeitung eines kohärenten Konzepts scheitert in Potsdam offensichtlich an Uneinigkeiten in genau diesem oben beschriebenen Krätedreieck. Hinsichtlich der Prioritäten bei der Aufstellung eines Bürgerhaushaltes äußert die Verwaltung die Hoffnung nach mehr Transparenz und Information, aber auch nach einer Beteiligung der Bürger an Prioritätensetzung für die Mittelverteilung. In der Befragung der politischen Vertreter verändert sich die Verteilung zuungunsten einer erhöhten Partizipation (Siehe Abb. 3).

Abbildung 3: Prioritäten des Bürgerhaushalts im Vergleich

Wichtigkeit HH Info													
		VERWALTUNG				POLITIK				BÜRGER			
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	nein	2	25,0	25,0	25,0	9	47,4	47,4	47,4	30	29,7	46,9	46,9
	ja	6	75,0	75,0	100,0	10	52,6	52,6	100,0	34	33,7	53,1	100,0
	Gesamt	8	100,0	100,0		19	100,0	100,0		64	63,4	100,0	
Fehlend	fehlender Wert	0	0,0			0	0,0			37	36,6		
	Gesamt	8	100,0			19	100,0			101	100,0		

Wichtigkeit HH-Verfahren Transparenz													
		VERWALTUNG				POLITIK				BÜRGER			
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	nein	2	25,0	25,0	25,0	4	21,1	21,1	21,1	21	20,8	32,8	32,8
	ja	6	75,0	75,0	100,0	15	78,9	78,9	100,0	43	42,6	67,2	100,0
	Gesamt	8	100,0	100,0		19	100,0	100,0		64	63,4	100,0	
Fehlend	fehlender Wert	0	0,0			0	0,0			37	36,6		
	Gesamt	8	100,0			19	100,0			101	100,0		

Wichtigkeit Beteiligung an Entscheidung über Haushaltsprioritäten													
		VERWALTUNG				POLITIK				BÜRGER			
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	nein	2	25,0	25,0	25,0	8	42,1	42,1	42,1	14	13,9	21,9	21,9
	ja	6	75,0	75,0	100,0	11	57,9	57,9	100,0	50	49,5	78,1	100,0
	Gesamt	8	100,0	100,0		19	100,0	100,0		64	63,4	100,0	
Fehlend	fehlender Wert	0	0,0			0	0,0			37	36,6		
	Gesamt	8	100,0			19	100,0			101	100,0		

In der Frage, welche Teile des Haushaltes im Rahmen eines Bürgerhaushaltes diskutiert werden sollen, besteht zwar weitestgehend Uneinigkeit innerhalb der einzelnen Akteursgruppen. Die Befürworter der Debatte über den gesamten Haushalt sind jedoch insgesamt genauso zahlreich vertreten wie jene, die lediglich eine Entscheidung über beeinflussbare Teile befürworten (Siehe Abb. 4). Entsprechend den Erfahrungen aus Lichtenberg scheint es sinnvoll, nur einen tatsächlich beeinflussbaren Teil des Haushaltes nach den Wünschen der Bürger zu verteilen, wobei selbst dieses Vorgehen in Potsdam bisher nur unzureichend umgesetzt ist.

Abbildung 4: Worüber sollte die Bürgerhaushaltdebatte geführt werden?

		VERWALTUNG				POLITIK				BÜRGER			
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	gesamter Haushalt über beeinflussbare Teile des Haushaltes Gesamt	3	37,5	42,9	42,9	11	57,9	81,1	81,1	57	56,4	80,0	80,0
		4	50,0	67,1	100,0	7	36,8	38,9	100,0	38	37,6	40,0	100,0
		7	87,5	100,0		18	94,7	100,0		95	94,1	100,0	
Fehlend	fehlender Wert	1	12,5			1	5,3			6	5,9		
Gesamt		8	100,0			19	100,0			101	100,0		

In Bewertung möglicher positiver Aspekte gehen die Antworten wiederum kaum auseinander. Auffällig bleibt jedoch, dass sowohl die Verwaltung als auch die Politik weder einen effektiveren Mitteleinsatz, noch einen qualitativ höherwertigen Haushalt erwarten (Siehe Abb. 5). In Lichtenberg wurden indes andere Erfahrungen gemacht. Zwar wurden im ersten Bürgerhaushalt keine Einsparungseffekte erreicht, jedoch ist davon auszugehen, dass die Mittel nun eher nach den Prioritäten der Bürger verteilt werden. Zielstrebiges Vorgehen, die anschauliche Aufarbeitung von Vorschlägen der Bürger, die Sicherheit einer Aufnahme von Vorschlägen mit einer bestimmten Anzahl von Unterstützern, sowie eine anschließende Rechenschaft der gewählten Vertreter sind hier ebenso unabdingbar wie eine anfängliche Zurückhaltung bezüglich Sparvorgaben.

Abbildung 5: Mögliche positive Wirkungen des Bürgerhaushaltes

		VERWALTUNG				POLITIK				BÜRGER			
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	trifft nicht zu	1	12,5	12,5	12,5	1	5,3	5,3	5,3	7	6,9	8,3	8,3
	trifft eher nicht zu	5	62,5	62,5	75,0	13	68,4	68,4	73,7	16	15,8	19,0	27,4
	trifft eher zu	2	25,0	25,0	100,0	5	26,3	26,3	100,0	32	31,7	38,1	65,5
	trifft zu	0	0,0	0,0		0	0,0	0,0		29	28,7	34,5	100,0
	Gesamt	8	100,0	100,0		19	100,0	100,0		84	83,2	100,0	
Fehlend	fehlender Wert	0	0,0			0	0,0			17	16,8		
Gesamt		8	100,0			19	100,0			101	100,0		

		VERWALTUNG				POLITIK				BÜRGER			
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	trifft nicht zu	0	0,0	0,0	0,0	1	5,3	5,6	5,6	3	3,0	3,7	3,3
	trifft eher nicht zu	6	75,0	85,7	85,7	9	47,4	50,0	55,6	22	21,8	26,8	18,9
	trifft eher zu	1	12,5	14,3	100,0	4	21,1	22,2	77,8	34	33,7	41,5	66,7
	trifft zu	0	0,0	0,0		4	21,1	22,2	100,0	23	22,8	28,0	100,0
	Gesamt	7	87,5	100,0		18	94,7	100,0		82	81,2	100,0	
Fehlend	fehlender Wert	1	12,5			1	5,3			19	18,8		
Gesamt		8	100,0			19	100,0			101	100,0		

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Potsdamer Bürgerhaushalt konzeptionell ein ambitioniertes Projekt ist, die einzelnen Akteure, insbesondere in Politik und Verwaltung ihr Handeln

aber bisher nicht den formulierten Zielen angepasst haben. Offensichtlich intendieren die einzelnen Akteure entgegen den in *Leitfaden* und *Rahmenkonzept* dargelegten Zielen jeweils anderes. Eine einheitliche Linie ist noch nicht erkennbar. Dieser Mangel scheint sich eher nicht aus dem zugrunde liegenden Konzept abzuleiten, als vielmehr aus einem fehlenden Zentrum, in dem Entscheidungen und Planung zusammenlaufen.

In Berlin-Lichtenberg war und ist dies zunächst in großem Maße die Bezirksbürgermeisterin, die einen akteurs- und lagerübergreifenden Konsens als Basis für die Umsetzung des Bürgerhaushaltsprozess erreicht hat. Eine solche Basis fehlt nach bisheriger Beobachtung in Potsdam. Darüber hinaus wurden in Berlin-Lichtenberg neue erkennbare Strukturen für den Bürgerhaushalt geschaffen. Diese sind zwar größtenteils verwaltungsintern verankert und könnten in den nächsten Jahren noch weiter in die „öffentliche Sphäre“ verlagert werden, aber angesichts des knappen zeitlichen Rahmens für die Umsetzung des Projekts ist die Lichtenberger Organisationsstruktur lobenswert. Auch in diesem Fall sucht man in Potsdam nach vergleichbaren Ansätzen vergebens.

Die Potsdamer Verantwortlichen sollten jedoch in Ihren Bemühungen nicht nachlassen. Potsdam sollte den Blick über den Tellerrand wagen. Es muss nicht der Blick über den großen Teich nach Porto Alegre sein, es reicht der Blick zum direkten Nachbarn Berlin-Lichtenberg. Dort ist sicherlich nicht die komplette Weisheit eines Bürgerhaushaltsprojekts zu finden und auch in Lichtenberg wird in der Zukunft noch mit Problemen zu rechnen sein. Aber gerade in den Bereichen Organisationsstruktur und Prozessablauf und in dem Bereich der Implementation sind in Lichtenberg sehr gute Ansätze zu erkennen, die Potsdam für sich nutzen sollte.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Banner, Gerhard 1998: Von der Ordnungskommune zur Dienstleistungs- und Bürgerkommune. Kommunale Verwaltungsmodernisierung zwischen Bürgerschaft, Markt und Staat. In: *Der Bürger im Staat*, Heft 4, S. 179-198.
- Bogumil, Jörg, Holtkamp, Lars 2001: *Das Konzept der Bürgerkommune*. Hagen.
- Deutscher Bundestag, 2002: *Bericht der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“* – DS 14/8900.
- Herzberg, Carsten 2002: *Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann*. LIT-Verlag. Münster.
- Herzberg, Carsten 2005: *Bürgerhaushalt in Großstädten – Arbeitsmaterialien für die Umsetzung*. Bundeszentrale für Politische Bildung: Bonn.
- Klages, Helmut 1984: *Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen*. Frankfurt, New York.
- Klages, H., Gensicke, T. 1999: *Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*. Speyerer Forschungsberichte 193. Speyer.
- Oppermann, Bettina/Langer, Kerstin 2003: *Verfahren und Methoden der Bürgerbeteiligung in kommunalen Politikfeldern: Leitfaden*. o. O.: o. V.
- Landeshaushaltsordnungen der Länder Berlin und Brandenburg

Broschüren:

- (Potsdam 2005) Landeshauptstadt Potsdam: Broschüre: „Bürgerhaushalt in Potsdam 2006“.

(LB 2005) Bezirksamt Lichtenberg von Berlin: „Alles was zählt – Tipps und Infos zum Bürgerhaushalt Lichtenberg“.

Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune – Rahmenkonzept (2004)

Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune – Leitfaden für die Bürgerkommune Potsdam – Entwurf (2005)

Bürgerhaushalt in Potsdam 2006 – Entwurf (2005)

Zitiertes Interview:

„*Gespart wurde noch wenig*“ – *Bürgermeisterin Christina Emmrich zieht im Interview Bilanz*, Lichtenberger Rathausnachrichten 14. Januar 2006.

Teil II

Von Porto Alegre nach Europa. Möglichkeiten und Grenzen des Bürgerhaushalts

Von Carsten Herzberg, Anja Röcke und Yves Sintomer

Der Bürgerhaushalt ist das erfolgreichste Partizipationsinstrument der letzten 15 Jahre. Nachdem er in Lateinamerika erfunden wurde, verbreitete er sich über den ganzen Globus.⁶⁰ In Europa entstanden Bürgerhaushalte gleichzeitig in sieben, meist westeuropäischen Ländern. In vier weiteren befinden sich Verfahren in Vorbereitung bzw. in einer Vorstufe. Insgesamt gibt es über 50 europäische Städte mit einem Bürgerhaushalt, dazu gehören Großstädte wie das über siebenhunderttausend Einwohner zählende Sevilla in Spanien oder Bezirke der Hauptstädte London, Paris, Rom und Berlin,⁶¹ aber auch mittlere Städte wie Hilden und Emsdetten in Deutschland und kleinere Kommunen wie Grottammare oder Altidona in Italien.⁶²

Obwohl ein Schwerpunkt der internationalen Entwicklung in Deutschland liegt und man sich hierzulande eingehend mit dem Bürgerhaushalt beschäftigt hat, weiß man wenig über die Erfahrungen andernorts. Und so stand am Anfang unserer Forschung die Frage, welche Formen des Bürgerhaushalts in Europa existieren und welche darüber hinaus möglich wären. Des Weiteren wollten wir wissen, inwiefern und unter welchen Bedingungen der Bürgerhaushalt einen Beitrag zur Modernisierung der Verwaltung, Erneuerung der Demokratie und Stärkung sozialer Gerechtigkeit leisten kann.⁶³

Im Folgenden wird die Entstehungsgeschichte des Bürgerhaushalts im brasilianischen Porto Alegre und sein Weg nach Europa beschrieben. Dabei wollen wir zeigen, dass der Bürgerhaushalt sich nicht auf *ein* Modell beschränkt, sondern unterschiedliche Formen annehmen kann. Hierzu präsentieren wir eine Typologie der Verfahren, an die sich eine Diskussion über die möglichen Wirkungen und Grenzen von Bürgerhaushalten anschließt. Parallel dazu geben wir an mehreren Stellen des Textes Hinweise zur Implementierung der verschiedenen Verfahren.

⁶⁰ Beispiele des Bürgerhaushalts gibt es heute vor allem in lateinamerikanischen Ländern und Europa, aber vereinzelt auch in Afrika und Asien.

⁶¹ London-Harrow: 211.000 Einwohner; Paris-20. Arrondissement: 180.000 Einwohner, RomXI: 140.000 Einwohner, Berlin-Lichtenberg: 252.000 Einwohner.

⁶² Hilden: 56.000 Einwohner, Emsdetten: 35.000 Einwohner, Grottammare: 14.700; Altidona 2600 Einwohner.

⁶³ In dem vorliegenden Beitrag stellen wir ausgewählte Ergebnisse unseres Forschungsprojektes „Europäische Bürgerhaushalte“ vor. Das Projekt wurde vom Centre Marc Bloch in Berlin in Kooperation mit der Humboldt-Universität zu Berlin und mit finanzieller Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt. Wir haben in Kooperation mit 14 assoziierten Forschern in zehn verschiedenen Ländern unter Anwendung der gleichen Methoden gearbeitet und dabei den Bürgerhaushalt in Europa vollständig erfasst. In 20 Städten wurde eine vertiefende Analyse durchgeführt, in über 30 weiteren wurden Grunddaten erhoben (Sintomer/Herzberg/Röcke, 2005). Die Synthese der Ergebnisse wird als Buchform voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2006 vorliegen (Sintomer/Herzberg/Röcke, 2006 i. E.).

Die Idee von Porto Alegre

Der Bürgerhaushalt wurde Ende der 1980er Jahre in Brasilien entwickelt, in einem Kontext, der sich wesentlich von der Situation in Westeuropa unterscheidet. Viele mögen bei Brasilien an Karneval, Fußball und an die Copacabana denken, womit die Bedeutung des Landes jedoch unzureichend erfasst wird. Brasilien stellt in Lateinamerika eine Regionalmacht dar, deren wichtigste Exportgüter Kaffee, Soja und andere Agrarprodukte sind. Darüber hinaus ist die heimische Wirtschaft anders als in anderen Staaten des Kontinents in der Lage, Sekundärgüter wie Radiogeräte, Computer und Maschinen zu produzieren. Nichtsdestotrotz ist Brasilien weltweit eins der Länder mit dem größten Einkommensgefälle. Während die Mehrheit der Bevölkerung in Armut lebt, stehen einige „Superreiche“ an der Spitze der Wirtschaft und der alten Agrar-Oligarchie. Politisch gesehen, handelt es sich um eine delegative Demokratie (O'Donnell 1994), was heißt, dass die verfassungsmäßig garantierten demokratischen Institutionen nicht wie vorgesehen arbeiten, weil Politik und Verwaltung von Korruption und Klientelismus gekennzeichnet sind. Gerade auf lokaler Ebene ist es gängige Praxis, dass führende Politiker in Abhängigkeit der Wirtschaft stehen und Wählerstimmen mit Geld und leeren Versprechungen gekauft werden.

Die Stadt Porto Alegre steht für einen Bruch mit dieser Tradition. Der Lebensstandard liegt über dem Durchschnitt anderer brasilianischer Städte, wozu der Bürgerhaushalt einen wesentlichen Beitrag geleistet hat. Mehr noch, er hat für eine Umkehrung der Prioritäten gesorgt: In den Quartieren der Armen wurde eine medizinische Grundversorgung eingerichtet und der Bestand an Schulen und Kindergärten ausgeweitet. Die meisten Haushalte verfügen inzwischen über einen Anschluss an das Trink- und Abwassernetz. Die Ergebnisse des Bürgerhaushalts von Porto Alegre wurden von internationalen Wissenschaftlern (Siehe Alegretti 2003, Sintomer/Gret 2005, Herzberg 2001 etc.) sowie von Weltbank und UN-Habitat (UNDP 2001) bestätigt. Der Bürgerhaushalt wird von ihnen als ein Best-practice-Beispiel lokaler Verwaltung angesehen. Was waren die Voraussetzungen für diese Entwicklung, und auf welche Weise hat der Bürgerhaushalt eine Neuverteilung ermöglicht?

Rebecca Abers (2000), eine der ersten Erforscherinnen des Bürgerhaushalts von Porto Alegre, erklärt dessen Entstehung durch ein *window of opportunity* (Fenster der guten Möglichkeiten), das sich im Jahr 1988 durch den Wahlsieg der Arbeiterpartei PT⁶⁴ öffnete. Diese stand damals noch am Anfang ihres Aufstiegs und hatte unter Beweis zu stellen, dass ihr Regierungsstil sich von dem anderer Parteien abhob. Man suchte nach einer Form, das basisdemokratische Selbstverständnis der Partei auf

⁶⁴ Die PT ist eine pluralistische Linkspartei, die ihren Ursprung in der Gewerkschaftsbewegung der 1970er Jahre hat, die vor allem im Industriegebiet um Sao Paulo mit Streiks gegen die damalige Diktatur kämpfte. Ihr schlossen sich des Weiteren Intellektuelle der Mittelschicht, Anhänger der Befreiungstheologie, Mitglieder früherer Linksparteien und linksextremistischer Gruppen sowie soziale Bewegungen in den Städten und auf dem Land an. Insbesondere die Bewegung der Landlosen Bauern galt lange Zeit als eine der aktionsfähigsten Unterstützer der Partei. Während die Hauptströmung der Partei als der Sozialdemokratie nahestehend zu beschreiben ist, gilt die PT im Bundesstaat Rio Grande do Sul, dessen Hauptstadt Porto Alegre ist, als besonders links.

die Stadtpolitik zu übertragen. Dabei wurde der Bürgerhaushalt nicht nur von der neuen Regierung forciert. Mehr Mitsprache wurde ebenso von der Zivilgesellschaft, insbesondere von den Stadtteilinitiativen, eingefordert. Zudem hatte sich die Vorgängerregierung durch Korruptionsskandale vollends kompromittiert, womit sich ein Freiraum für neue Formen der Bürgerbeteiligung öffnete. Unterstützend wirkte sich aus, dass in brasilianischen Kommunen jede neue Regierung einen Teil der Verwaltungsmitarbeiter durch eigene, überzeugte und engagierte Vertrauensleute austauschen kann. Dennoch entwickelte sich auch in Porto Alegre der Bürgerhaushalt erst nach und nach zu einer neuen Form partizipativen Regierens⁶⁵. Schwierigkeiten zu Beginn scheinen somit Teil eines jeden Bürgerhaushalts zu sein.

Wie sieht jedoch das Verfahren aus, und nach welchen Regeln funktioniert es? An dieser Stelle ist es nicht möglich, den Bürgerhaushalt von Porto Alegre detailliert zu beschreiben, stattdessen sollen die drei ihm zugrunde liegenden Prinzipien erläutert werden:

- Das erste Prinzip, die Basisdemokratie, wird durch Bürgerversammlungen in den 16 Stadtteilen verwirklicht. In diesen Versammlungen werden Prioritäten bestimmt sowie Delegierte und Repräsentanten, die die Ausarbeitung der Vorschläge weiter verfolgen, gewählt. Neben Investitionen werden im Bürgerhaushalt politische Normen für die Ausgestaltung der kommunalen Politik diskutiert, wie z.B. für die Bereiche Bildung, Gesundheit, Kultur etc. Bei der Wahl der Prioritäten gilt das Prinzip „*one man one vote*“, wonach jeder Bürger über die gleiche Zahl von Stimmen verfügt.
- Die soziale Gerechtigkeit als zweites Prinzip wird durch einen Verteilungsschlüssel umgesetzt. Die in den einzelnen Investitionsbereichen zur Verfügung stehenden Gelder werden unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl, der Qualität der vorhandenen Infrastruktur sowie der lokalen Prioritätenliste zwischen den Stadtteilen aufgeteilt. Diese drei Kriterien sorgen z. B. dafür, dass Stadtteile mit einer mangelnden Infrastruktur mehr Mittel bekommen als Gebiete, die bereits über eine hohe Lebensqualität verfügen.
- Eine Kontrolle durch die Bürgerschaft, das dritte Prinzip, wird durch Gremien wie den Rat des Bürgerhaushalts, der einmal wöchentlich für zwei Stunden zusammentritt, umgesetzt. Seine Mitglieder werden auf den Basisversammlungen der Stadtteile gewählt. Sie haben dafür zu sorgen, dass die Prioritäten der Stadtteile so weit wie es die Finanzen erlauben, in den Haushaltsplan aufgenommen werden. Die Vertreter des Bürgerhaushalts werden von unabhängigen NGOs geschult, so dass sie mit der Verwaltung in einen Prozess der Ko-Planung treten können. Der Rat des Bürgerhaushalts begleitet zudem die Vergabe von öffentlichen Aufträgen.

⁶⁵ Als im Jahr 2004 die PT nach 15 Jahren das Bürgermeisteramt an die Opposition verlor, war der Bürgerhaushalt so weit integriert, dass die neue Regierung es nicht wagte, das Verfahren abzuschaffen.

Der Bürgerhaushalt hat in Porto Alegre nicht nur zu einer Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur geführt, sondern auch zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft: Um im Bürgerhaushalt ihre Vorschläge erfolgreich zu vertreten, haben sich mehr und mehr Bürger zu Initiativen zusammengeschlossen. Dabei wurden klientelistische Strukturen weitgehend überwunden, da die neuen Organisationen die demokratischen Regeln aufnahmen, die zuvor im Bürgerhaushalt gelernt wurden. Die Idee einer Bürgerbeteiligung am Haushalt wurde inzwischen in Brasilien von den unterschiedlichsten Parteien aufgegriffen und hat sich auch auf andere Länder ausgebreitet. Mittlerweile zählt man in Lateinamerika über 200 Städte mit einem solchen Verfahren (Cabannes 2003). Weltweit ist Porto Alegre zu einem Symbol für eine neue Demokratie geworden, auf das sich globalisierungskritische Bewegungen, Vereinte Nationen und Weltbank gleichermaßen berufen. Wie aber sieht es mit der Übertragbarkeit dieses Beispiels auf Europa aus? Wie entwickelte sich hier die Idee einer Bürgerbeteiligung am Haushalt und in welchen Formen tritt sie in Erscheinung?

Was ist ein Bürgerhaushalt?

Ein erster Blick zeigt, dass es in Europa im Gegensatz zu Lateinamerika sehr unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung am Haushalt gibt. In manchen Fällen bezieht sich die Bezeichnung „Bürgerhaushalt“ lediglich auf Informationsveranstaltungen zum Haushalt, ohne eine Konsultation der Bürger zu beinhalten. Andere Beispiele wiederum, die vor Ort nicht als „Bürgerhaushalt“ bezeichnet werden, weisen mitunter ein sehr intensives Beteiligungsverfahren auf. Um den Bürgerhaushalt in vergleichender Perspektive untersuchen zu können, war es notwendig, eine eigene Definition zu erarbeiten, die einerseits klar überprüfbare Anforderungen an einen Bürgerhaushalt stellt und andererseits genügend Spielraum für Verfahren unterschiedlicher Ausprägung lässt. Für eine eindeutige Begriffsbestimmung möchten wir aus diesem Grund die nachstehenden fünf Kriterien vorschlagen (Sintomer/Herzberg/Röcke 2006). Leitend war dabei die Frage, was den Bürgerhaushalt von anderen Formen der Bürgerbeteiligung, wie z.B. der Lokalen Agenda 21 oder den Quartiersfonds, unterscheidet:

1. Im Zentrum des Bürgerhaushalts stehen finanzielle Angelegenheiten, es geht um begrenzte Ressourcen.
2. Die Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtstadt oder auf der eines Bezirks mit eigenen politischen und administrativen Kompetenzen statt. Ein Stadtteilstiftungs allein, ohne Partizipation auf der gesamtstädtischen bzw. bezirklichen Ebene, ist kein Bürgerhaushalt.
3. Es handelt sich um ein auf Dauer angelegtes und wiederholtes Verfahren. Ein einmaliges Referendum zu haushaltspolitischen Fragen ist kein Bürgerhaushalt.

4. Der Prozess beruht auf einem eigenständigen Diskussionsprozess (eine Deliberation im Sinne von Habermas, 1992). Die Miteinbeziehung von Bürgern in bestehende Verwaltungsgremien oder Institutionen der repräsentativen Demokratie stellt keinen Bürgerhaushalt dar.
5. Die Organisatoren müssen Rechenschaft in Bezug darauf ablegen, inwieweit die im Verfahren geäußerten Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden.

Wendet man diese Kriterien auf Europa an, so ist eine höchst dynamische Entwicklung zu beobachten. Innerhalb von fünf Jahren ist die Zahl der Bürgerhaushalte von sechs auf 55 gestiegen. Die Bevölkerung in Städten mit einem Bürgerhaushalt nahm noch schneller zu: Allein innerhalb der letzten zwei Jahre hat sie sich auf fast fünf Millionen Einwohner verdoppelt. In Spanien sind auf diese Weise bereits 5,2 % der Bevölkerung von einem Bürgerhaushalt betroffen, in Deutschland sind es noch 1,4 %. Im Sommer 2005 gab es hierzulande zehn Städte mit einem Bürgerhaushalt.⁶⁶ In Deutschland wurde deren Entwicklung vor allem durch Pilotprojekte gefördert, wie z.B. das Netzwerk „Kommunen der Zukunft“ (1998-2002) - einer Gemeinschaftsinitiative von Bertelsmann Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung und KGSt - und dem Projekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ (2000-2004), das vom Land Nordrhein-Westfalen und der Bertelsmann Stiftung durchgeführt wurde. Nach Beendigung der Pilotprojekte ging die Zahl der Bürgerhaushalte zunächst auf fünf zurück, derzeit erleben wir jedoch einen neuen Boom. Im Jahr 2005 sind sechs neue Bürgerhaushalte entstanden, davon die Hälfte in Berlin-Brandenburg. Potsdam hat gute Chancen, das vierte Beispiel der Region zu werden. Die Entwicklung zeigt, dass es in Deutschland eine Bewegung in Richtung einer Bürgerbeteiligung am Haushalt gibt. Wie sehen die Verfahren jedoch konkret aus, worin bestehen die Unterschiede?

Typologie der Verfahren

Im Rahmen unserer oben vorgestellten Definition haben wir verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung am Haushalt beobachtet, aus denen wir idealtypische Modelle abgeleitet haben. In der Praxis kommen diese Modelle selten vor, die meisten der existierenden Bürgerhaushalte stehen einem Idealtyp mehr oder weniger nah bzw. bilden Mischformen aus verschiedenen Modellen. Die Idealtypen können aber von Praktikern in den Kommunen herangezogen werden, um sich für das eigene Verfahren Anregungen zu holen. Unser Ziel ist es also, verschiedene Instrumente anzubieten, damit der eigene Bürgerhaushalt den Bedürfnissen und Interessen vor Ort angepasst werden kann. Hierzu haben wir insgesamt sechs Modelle definiert, die nachfolgend paarweise vorgestellt werden:

- Porto Alegre in Europa
- Bürgerhaushalt organisierter Interessen

⁶⁶ Groß-Umstadt (Hessen, 22.000 Einwohner) , Hilden (Nordrhein-Westfalen, 56.000 Einwohner), Emsdetten (Nordrhein-Westfalen, 35.000 Einwohner), Vlotho (Nordrhein-Westfalen, 21.000 Einwohner), Bonn (Nordrhein-Westfalen, 313.000 Einwohner), Cottbus (Brandenburg, 110.000 Einwohner), der Bezirk Lichtenberg (Berlin, 252.000 Einwohner), der Bezirk Treptow-Köpenick (Berlin, 233.000 Einwohner), Landau (Rheinland-Pfalz, 42.000 Einwohner) und Lübbecke (Nordrhein-Westfalen, 26.000 Einwohner).

- Community Fonds auf Quartiers- und Stadtebene
- Privat-/öffentlicher Verhandlungstisch
- Bürgernahe Partizipation
- Konsultation öffentlicher Finanzen

Um die Verfahren möglichst plastisch darzustellen, werden wir unsere Erläuterungen mit Beispielen aus der Praxis verbinden, die das Ideal natürlich jeweils nur in Ausschnitten widerspiegeln. Damit jedoch die Trennbarkeit zwischen idealtypischem Verfahren und Anwendungsbeispiel erhalten bleibt, haben wir im Anhang eine Tabelle mit einer schematischen Beschreibung der Modelle beigefügt. Ebenso ist dort eine Karte zu finden, in der die Nähe der einzelnen Städte zu den Idealtypen dargestellt wird.

Porto Alegre in Europa und Bürgerhaushalt organisierter Interessen

Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre hat manche Verfahren in Europa direkt beeinflusst, wie z.B. das der spanischen Stadt Cordoba (320.000 Einwohner). Dort wurde 2001 ein Bürgerhaushalt eingeführt, der dem brasilianischen Vorbild sehr ähnlich ist, was uns veranlasste, den aus diesem Beispiel abgeleiteten Idealtyp „Porto Alegre in Europa“ zu nennen. Das Modell wird zusammen mit dem Bürgerhaushalt der organisierten Interessen vorgestellt. Während die Beteiligung sich im ersten Idealtyp an einzelne Bürger richtet, sind im zweiten Vereine, Verbände und andere organisierte Gruppen die wesentlichen Akteure. Auch die Gegenstände der Beteiligung sind unterschiedlich: Im Modell „Porto Alegre in Europa“ geht es vor allem um Investitionen und Projekte, im Bürgerhaushalt der organisierten Interessen steht die Diskussion politischer Normen und Konzepte im Vordergrund, also z. B. Vorgaben zur inhaltlichen Ausrichtung der Wohn-, Bildungs-, Umwelt- oder Nahverkehrspolitik etc.

Ein weiterer Unterschied besteht im Umgang mit den Vorschlägen. Beim Modell „Porto Alegre in Europa“ trifft zwar formaljuristisch gesehen weiterhin die Gemeindevertretung die letzte Entscheidung über den Haushalt, doch die Verbindlichkeit zur Umsetzung der Vorschläge des Bürgerhaushalts ist sehr hoch, so dass von einer *de facto* Entscheidungskompetenz der Bürger gesprochen werden kann. Wie bei dem brasilianischen Vorbild gibt es bei diesem Verfahren für die Investitionen einen Verteilungsschlüssel. Es gelten aber nicht unbedingt die Kriterien von Porto Alegre, sondern es können andere Indikatoren, wie z. B. die Zahl der Sozialhilfeempfänger im Stadtteil, die Beteiligung an den Versammlungen oder die Beteiligung der Bürger bei der Umsetzung der Projekte, verwendet werden. Im Bürgerhaushalt der organisierten Interessen hingegen handelt es sich um eine beratende Konsultation. Zu diesem Zweck werden neue Gremien außerhalb der klassischen repräsentativen Demokratie geschaffen. Hier findet keine Prioritätensetzung statt. Verteilungskriterien gibt es bei diesem Modell ebenfalls nicht, allerdings sind Förderkriterien für bestimmte Zielgruppen möglich. Die

deliberative Qualität ist bei beiden Modellen zwischen mittel und gut anzusetzen. Diskutiert wird nicht nur im großen Plenum, sondern in überschaubaren Foren, Ausschüssen oder Delegiertengremien.

Die Stärke dieser Modelle liegt im Potenzial einer guten deliberativen Qualität, welche eine tiefer gehende Diskussion erlaubt, aus der detaillierte Vorschläge zur Lösung von Problemen oder zur Klärung wichtiger Fragen resultieren können. Das kann z. B. so weit gehen, dass von den Teilnehmern Expertisen zur Ausstattung von Schulen oder zur besseren Integration von Minderheiten erarbeitet werden. Obwohl Effekte durchaus zu beobachten sind, besteht in der Praxis noch eine Herausforderung darin, die Verfahren mit einem umfassenden, auf die ganze Verwaltung bezogenen Modernisierungsprozess zu verbinden.

Das Porto-Alegre-Modell kann in Europa darüber hinaus zu einem Konflikt zwischen der Beteiligung einzelner Bürger auf der einen Seite und organisierten Interessengruppen auf der anderen führen. Dies ist dann der Fall, wenn etablierte Vereine und Initiativen Nachteile für ihre Förderung befürchten. Für das Modell der organisierten Interessen gibt es in Europa noch kein direktes Beispiel. Der Bürgerhaushalt von Albacete (150.000 Einwohner) kann als eine Mischform beider Modelle verstanden werden: Wie bei dem Modell der organisierten Interessen sind Vereine und andere Gruppen die wichtigsten Teilnehmer, sie erstellen jedoch eine Prioritätenliste, in die auch Investitionen einbezogen werden, wie es sonst für das Modell „Porto Alegre in Europa“ typisch ist.

Community Fonds auf Quartiers- und Stadtebene und Privat-/öffentlicher Verhandlungstisch

Das Modell der Community Fonds, das man auf deutsch mit „Gemeinwesenfonds“ übersetzen könnte, und das Modell des Privat-/öffentlichen Verhandlungstischs, dessen Prinzipien in der Entwicklungspolitik internationaler Organisationen zu finden sind, spielen in Europa bisher nur eine marginale Rolle. Sie zeigen jedoch interessante Entwicklungsperspektiven für den Bürgerhaushalt hierzulande auf. Die grundlegende Gemeinsamkeit zwischen beiden Modellen besteht darin, dass es einen Fonds für Investitionen bzw. für Projekte im Sozial-, Umwelt- oder Kulturbereich etc. gibt. Ein solcher Fonds existiert z.B. in der britischen Stadt Bradford (467.000 Einwohner) und im polnischen Płock (128.000 Einwohner).

Das besondere an diesen Modellen ist, dass sie relativ unabhängig vom kommunalen Haushalt sind, weil das zur Diskussion stehende Geld nicht oder nur zum Teil von der lokalen Verwaltung kommt. Aus diesem Grund hat auch nicht die Gemeindevertretung das letzte Wort über die Annahme der Vorschläge, sondern ein Ausschuss, Komitee oder eine Delegiertenversammlung, der auch die Erstellung einer Prioritätenliste zukommt. Teilnehmer sind in beiden Verfahren organisierte Gruppen, wie Vereine, Initiativen etc. Die deliberative Qualität ist als gut einzuschätzen, da mehrere Treffen mit einem überschaubaren Teilnehmerkreis stattfinden.

Bei dem Privat-/öffentlichen Verhandlungstisch wird ein Teil des Geldes von privaten Unternehmen aufgebracht wird. In Płock beteiligt sich neben der Stadtverwaltung und dem UN-Entwicklungs-

programm das Ölonternehmen ORLEN S.A. zu 50 % an einem Fonds von insgesamt 300.000 Euro. Aufgrund der finanziellen Beteiligung ist bei diesem Modell ein Einfluss des privaten Sponsors auf die Ausgestaltung des Verfahrens zu erwarten. Im Gegensatz dazu werden die Regeln des Gemeinwesenfonds von den Teilnehmern autonom entschieden. Die Wirtschaft ist ausgeschlossen, das Geld kommt von einem nationalen Programm oder wird vom Träger selbst erwirtschaftet. Wie sich aus der Bezeichnung „Gemeinwesenfonds“ ableiten lässt, legt das Modell auf die Förderung sozial benachteiligter Gruppen Wert. So wurde 2004 in Bradford im Rahmen des *Neighbourhood Renewal Programme* ein Fonds von mehr als 875.000 Euro ausschließlich für Gruppen aus benachteiligten Quartieren angelegt, der, ähnlich wie bei dem Programm „Soziale Stadt“ in Deutschland, für Projekte in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf vorgesehen ist. Eine Besonderheit ist, dass im Idealtyp des Community Fonds die Antragsteller die Umsetzung der Projekte selbst übernehmen. Bei dem Privat-/öffentlichen Verhandlungstisch ist dies auch möglich, ist aber kein notwendiges Kriterium zur Konstruktion des Modells.

Auch diese beiden Modelle haben natürlich ihre Stärken und Schwächen. So ist die Verbindung zur lokalen Politik nur schwach oder gar nicht ausgeprägt. Immerhin bewahrt sich die Gemeindevertretung bei dem Privat-/öffentlichen Verhandlungstisch einen gewissen Einfluss, da von ihr ein Teil des Geldes aufgebracht wird. Der Einfluss des privaten Geldgebers hängt von der Höhe seines Beitrags ab: Handelt es sich um eine gleichberechtigte Finanzierung zwischen Stadt und Unternehmen oder übernimmt einer von ihnen eine dominante Rolle? Bevor diese Frage beantwortet werden kann, wäre bezüglich des deutschen Kontextes zu klären, ob hierzulande Unternehmen der Wirtschaft bereit wären, einen solchen Bürgerhaushalt zu unterstützen. Der Gemeinwesenfonds seinerseits zeigt ebenfalls neue Möglichkeiten für den Bürgerhaushalt in Deutschland auf. Hier könnten z. B. landes-, bundes- oder europaweite Programme der Stadt- und Infrastrukturförderung lokal mit einem Bürgerhaushalt verbunden werden. Dieser Prozess könnte sich dann explizit auf die Förderung von benachteiligten Vierteln bzw. Bewohnergruppen beziehen. Ein Vorteil beider Modelle ist, dass in ihnen bürgerschaftliches Engagement zum Tragen kommt, da die Betroffenen selbst an der Umsetzung der Projekte beteiligt sind.

Bürgernahe Partizipation und Konsultation über öffentliche Finanzen

Während sich Beispiele für das Modell der bürgernahen Partizipation vor allem in Frankreich finden, ist das Modell der Konsultation über öffentliche Finanzen vor allem für Bürgerhaushalte in Deutschland charakteristisch. Beide Modelle haben gemein, dass sie rein konsultativ sind. Das bedeutet, dass Ergebnisse der Diskussion von der Verwaltung und nicht von den betroffenen Bürgern selbst zusammengefasst werden. Anders als in den bisher vorgestellten Modellen finden hier bei den Idealtypen keine Abstimmung und keine Hierarchisierung der Vorschläge durch die Teilnehmer statt. Es handelt sich vielmehr um einen Prozess des „selektiven Zuhörens“, was bedeutet, dass die

Regierung bzw. Gemeindevertretung nur die Vorschläge umsetzt, die sich mit ihren eigenen Interessen im Einklang befinden. Die Zivilgesellschaft hat nur einen schwachen Einfluss auf die Ausgestaltung der Verfahren. Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Modelle keine sozialen Ziele verfolgen, weshalb Kriterien zur Verteilung von Investitionsgeldern hier nicht zu finden sind. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht darin, dass Vereine kaum eine bzw. keine verfahrensprägende Rolle spielen. Die Partizipation erfolgt durch Bürgerversammlungen, zu deren Teilnahme über Bekanntmachungen in den Medien, per Anschreiben oder durch persönliche Ansprache aufgerufen wird.⁶⁷ In Deutschland wird zur Mobilisierung (ergänzend) gerne eine Zufallsauswahl von Teilnehmern aus dem Einwohnermelderegister vorgenommen, die zum Bürgerforum eine an sie persönlich gerichtete Einladung des Bürgermeisters erhalten (Röcke 2005). Diese Methode wird u. a. in Emsdetten (35.000 Einwohner), Hilden (56.000 Einwohner), Vlotho (21.000 Einwohner) und im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick (233.000 Einwohner) angewendet.

Die Verfahren unterscheiden sich dadurch, dass das Modell der Bürgernähe, vor allem die Quartiere mit einbezieht und auf dieser Ebene auch Investitionen zum Gegenstand haben kann. Auf der Ebene der Gesamtstadt geht es hier nicht mehr um Investitionen, sondern um allgemeine normative Ziele, ohne konkrete Berechnung der Kosten, weshalb eine Kopplung mit Prozessen der strategischen Planung möglich ist. Mit dem Begriff „Bürgernähe“ sind vor allem zwei Aspekte gemeint: Zum einen bezieht er sich auf eine geografische Nähe, also auf die Partizipation der Bürger in den einzelnen Stadtteilen, zum anderen kann der Begriff für einen engen Kontakt zwischen der Gemeindeleitung und den Bürgern stehen. Nach diesem Vorbild organisiert z. B. der Bürgermeister von Bobigny (45.000 Einwohner) zweimal im Jahr offene Treffen in den Stadtteilen, bei denen er den Bewohnern Rede und Antwort steht. Bei dem Modell „Konsultation über öffentliche Finanzen“ wiederum geht es in erster Linie um eine Transparentmachung der finanziellen Situation der Stadt. Informationen zum Gesamthaushalt werden in Broschüren, im Internet und durch Pressemitteilungen erteilt. Das Modell existiert in zwei Varianten. In der einen, die am weitesten verbreitet ist, werden Dienstleistungen öffentlicher Einrichtungen und Aufgabenbereiche der Verwaltung vorgestellt. Es geht um die Einnahmen und Ausgaben von Bibliotheken, Schwimmbädern, Kindergärten bzw. Straßenreinigung, Abwasserbehandlung oder Müllentsorgung etc. Die Bürger können dann im offenen Plenum oder in spezifischen Foren ihre Anregungen äußern.

Die zweite Variante des Modells „Konsultation über öffentliche Finanzen“ hat den Ausgleich eines Haushaltsdefizits zum Ziel, wie z.B. im nordrhein-westfälischen Emsdetten, wo im Jahr 2002 den Bürgern fünf Optionen für einen ausgeglichenen Haushalt vorgestellt wurden: Kürzung von Personal-, Betriebskosten, Reduzierung freiwilliger Aufgaben, Entnahme aus der Reserve oder Anhebung von Steuern und Gebühren. Mit Hilfe eines Fragebogens konnte jeder Teilnehmer aus der Kombination der

⁶⁷ Im Berliner Bezirk Lichtenberg (252.000 Einwohner) z.B. war eine Stadtplanerin damit beauftragt, Bürger in Stadtteilzentren und auf der Straße über den Bürgerhaushalt zu informieren.

genannten Möglichkeiten einen eigenen Vorschlag erarbeiten. Aus den Einzelmeinungen wurde am Ende der Veranstaltung die Gesamtempfehlung des Bürgerforums errechnet. Die deliberative Qualität des Modells ist im Allgemeinen niedrig, da in den meisten Fällen kaum Zeit für eine tiefer gehende Diskussion zur Verfügung steht. Bei dem Modell der Bürgernähe hingegen kann die Qualität der Diskussion besser sein, weil mitunter in kleinen Gruppen gearbeitet wird, die sich über einen längeren Zeitraum mehrmals treffen.

Was das Modell „Konsultation über öffentliche Finanzen“ interessant macht, ist seine Verbindung mit dem Prozess der Verwaltungsmodernisierung. Wie lässt sich jedoch diese stärken? Möglicherweise kann hierzu die Ausweitung der Diskussion einen Beitrag leisten. Desgleichen könnte die Verwaltung konkrete Fragen vorbereiten, bei denen das Feedback der Bürger unmittelbar zur Verbesserung öffentlicher Leistungen beiträgt. Beispiel: „Sehen Sie Bereiche, wo die Straßenreinigung intensiviert werden müsste bzw. gibt es Orte, an denen Ihrer Meinung nach zu oft gekehrt wird?“ Eine Einschränkung besteht darin, dass im Modell „Konsultation über öffentliche Finanzen“ die Partizipation nur „Anhängsel“ eines umfassenden Modernisierungsprozesses ist. Darüber hinaus besteht die Bürgerbeteiligung meist nur aus ein oder zwei Veranstaltungen, nicht aber aus einem „Partizipationszyklus“, einer Reihe abgestimmter Versammlungen. Das Modell der Bürgernähe wiederum hat, wie erwähnt, einen Vorteil in der relativ guten Diskussion zwischen Bürgern und Verwaltung/Ratsmitgliedern. Als Nachteil beider Modelle ist anzusehen, dass die Verbindlichkeit bezüglich der Umsetzung der Vorschläge niedrig und die Autonomie der Zivilgesellschaft schwach ausgeprägt ist.

Wirkung und Grenzen von Bürgerhaushalten

Die Effekte des Bürgerhaushalts sind nur schwer zu verallgemeinern. Zum einen hängen sie von dem jeweiligen Modell ab, zum anderen spielen der lokale Kontext und der Wille der politisch Verantwortlichen eine wichtige Rolle. Ferner hängen die Ergebnisse davon ab, in welchem Umfang personelle und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden. In Deutschland wird Partizipation überwiegend noch als Nebensache betrachtet. Warum werden ihr nicht die gleichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt wie Bibliotheken, Schwimmbädern oder Theatern? Genau wie diese Einrichtungen braucht ein Bürgerhaushalt, der eine gewisse Wirkung erzielen soll, qualifiziertes Personal, Sachmittel und Räumlichkeiten. Eine erste Antwort lautet, dass eine solche Ausstattung nicht zusätzlich finanzierbar sei, weil die Kommunen sich in einer Finanzkrise befinden. Aber warum soll für einen Bürgerhaushalt *zusätzliches* Geld ausgegeben werden? Durch eine Umverteilung der Budgets könnte er an die Stelle anderer Projekte treten. Unsere Hypothese ist, dass der materielle und immaterielle Nutzen eines gut durchgeführten Bürgerhaushalts höher als seine Kosten ist. In diesem Sinne wird nun die Möglichkeit einer Verwaltungsmodernisierung, eines Wandels der politischen Kultur und einer Stärkung sozialer Gerechtigkeit einer näheren Betrachtung unterzogen

(Sintomer/Herzberg/Röcke 2005).⁶⁸ Um Erwartungen auf eine realistische Grundlage zu stellen, werden ebenso die Grenzen von Bürgerhaushalten aufgezeigt.

In unserem Forschungsprojekt haben wir eine Verbindung zwischen Bürgerhaushalt und der Forderung nach mehr Transparenz festgestellt. Dies bezieht sich sowohl auf den Gesamthaushalt als auch auf die Projekte des Bürgerhaushalts.⁶⁹ Bisher reichte die Transparenz aber in keinem Fall aus, damit Bürger tatsächlich in der Lage waren, die Finanzen der Stadt zu kontrollieren. Hierzu wären zusätzliche Schulungen notwendig, so dass Abrechnungen der Verwaltung geprüft werden können, wie es z. B. eine Bürgerinitiative im Pariser Vorort Châtenay-Malabry (30.000 Einwohner) getan hat. Zur Verbesserung der Kontrollfunktion wäre auch denkbar, dass eine Kommission des Bürgerhaushalts die Ausschreibung und Vergabe öffentlicher Aufträge begleitet. Über die Transparenz hinaus konnten wir vier Haupttrends der Verwaltungsmodernisierung feststellen: eine Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen durch Hinweise und Anregungen der Teilnehmer; eine bessere Zusammenarbeit von Fachbereichen der Verwaltung; eine Beschleunigung von verwaltungsinternen Abläufen sowie eine Erarbeitung von Expertisen für zentrale Fragen des öffentlichen Zusammenlebens.⁷⁰

Im Gegensatz dazu sind eine Reduzierung von Kosten sowie eine Strukturreform der Verwaltung als unmittelbare Folgen des Bürgerhaushalts eher die Ausnahme.⁷¹ Über die Wirkungen ist zudem anzuführen, dass in einigen spanischen Städten der Bürgerhaushalt indirekt Druck auf die Verwaltung ausübt, Leistungen in überschaubaren Produkten zu beschreiben, die Koordination zwischen den Fachbereichen zu verbessern sowie das Handeln der Verwaltung nach innen und nach außen transparent zu gestalten. Vor diesem Hintergrund scheint ein Erfolgskriterium des Bürgerhaushalts zu sein, die Partizipation mit einem umfassenden Modernisierungsprozess zu verbinden. Eine weitere Voraussetzung wäre eine gute Deliberation, da wir Modernisierungseffekte vor allem dort nachweisen konnten, wo, wie z.B. bei der Umsetzung des Modells „Porto Alegre in Europa“, eine ausgiebige Diskussion in Ausschüssen und Gremien möglich war.

⁶⁸ Der Bürgerhaushalt in Europa ist noch jung, weshalb noch nicht alle potenziellen Effekte tatsächlich analysiert werden konnten. Deren genaue Evaluierung würde zudem eine eigene, systematische Studie benötigen. Dies war jedoch im Rahmen unserer Forschung nicht möglich, da hier erst die Grundlagen für eine vergleichende Forschung des Bürgerhaushalts in Europa gelegt wurden (Erarbeitung von Idealtypen, Vergleich der politischen Kulturen etc.). Bei den hier vorgestellten Beispielen handelt es sich somit zwar um Veränderungen, die im Zusammenhang mit dem Bürgerhaushalt stehen, es war jedoch nicht immer mit Genauigkeit festzustellen, bis zu welchem Grad diese auf den Bürgerhaushalt selbst, oder auf andere Faktoren zurückzuführen sind. Ein weiteres Problem hinsichtlich der Wirkungen des Bürgerhaushalts betrifft die Möglichkeiten ihrer Verallgemeinerung. Die dargestellten Ergebnisse sind daher mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten.

⁶⁹ Von 20 Beispielen bezog sich bei elf die Transparenz auf den Gesamthaushalt und bei 14 auf die Projekte des Bürgerhaushalts. In acht Fällen traf darüber hinaus beides zu.

⁷⁰ Bei 20 Städten/Bezirken wurden im Detail folgende Häufigkeiten festgestellt: bessere Dienstleistungen in neun Städten; Zusammenarbeit von Fachbereichen in sieben Städten; Beschleunigung von Abläufen in sechs Städten und in drei Quartieren; Expertisen in fünf Städten und vier Quartieren.

⁷¹ Für beide Fälle konnten jeweils nur zwei Beispiele gefunden werden.

Die möglichen politischen Konsequenzen des Bürgerhaushalts sind kontrastreich. In Deutschland ist die Erwartung weit verbreitet, dass mit dem Bürgerhaushalt die Wahlbeteiligung zunimmt, wofür wir jedoch in unseren Beispielen keinerlei Belege gefunden haben. Lediglich bessere Ergebnisse für die regierende Partei konnten an manchen Orten beobachtet werden, wobei man die Gründe hierfür genauer untersuchen müsste. Ungeachtet dieser Tatsachen konnten wir gewisse Auswirkungen auf das Wissen, die Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten der beteiligten Bürger feststellen. Wo der Bürgerhaushalt z. B. durch eine gute Medienarbeit begleitet wird, hat sich in der Bevölkerung das Wissen über die kommunalen Finanzen verbessert. Freilich geht es dabei weniger um Details als um die Kenntnis der allgemeinen Haushaltslage bzw. der in Deutschland vorherrschenden Finanznot. Des Weiteren hat der Bürgerhaushalt in manchen Fällen zu einer Verbesserung der Koordination der Zivilgesellschaft geführt. Dies gilt insbesondere für die Verfahren, in denen es reguläre Treffen über einen längeren Zeitraum gibt, und nicht nur eine einzelne Veranstaltung pro Jahr. Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass der Bürgerhaushalt den Bürgern ein Verfahren bietet, mit dem sie eigene Vorschläge zur Verwendung öffentlicher Gelder einbringen können. Allerdings konnten wir beobachten, dass die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung dem Rat selten bei seinen Entscheidungen als Kompass dienen, auch wenn einige Vorschläge umgesetzt werden. Dies liegt u. a. daran, dass im Bürgerhaushalt in der Regel nicht die zentralen Fragen des Haushalts zur Debatte stehen. Wenige Ausnahmen waren lediglich in einigen südeuropäischen Beispielen zu finden. Dennoch hat der Bürgerhaushalt in manchen Fällen zu einer besseren Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgerschaft geführt. Dies ist vor allem dort von Bedeutung, wo zuvor kein Austausch stattgefunden hat. Dies gilt z. B. für den Pariser Vorort Bobigny, wo Bürgerbeteiligung zur Öffnung der seit Jahrzehnten regierenden Kommunistischen Partei beigetragen hat. Aus unseren Beobachtungen leiten wir die Hypothese ab, dass der Bürgerhaushalt nur dann positive Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten und die bürgerschaftlichen Kompetenzen der teilnehmenden Bürger hat, wenn es sich um einen kontinuierlichen Prozess handelt. Im weitgehendsten Fall integriert er die Bürger als Ko-Organisatoren des Prozesses, was durch eine Dezentralisierung der Partizipation in den Stadtteilen unterstützt werden kann.

Die Verbindung von Bürgerhaushalt und sozialer Gerechtigkeit ist in Europa noch schwach ausgeprägt. Mit der italienischen Stadt Grottammare existiert nur ein Beispiel für einen grundlegenden sozialen Wandel. Allerdings gibt es eine Reihe von Beispielen, bei denen gesellschaftliche Randgruppen integriert wurden, wie z.B. im spanischen Albacete, wo die Volksgruppe der Sinti und Roma sowie Migranten einen festen Sitz im Delegiertengremium des Bürgerhaushalts haben. Durch ihre aktive Teilnahme konnten Sinti und Roma die Errichtung eines auf ihre Bedürfnisse ausgerichteten Stadtteilzentrums erreichen, in dem u. a. Bewerbungstrainings, Räumlichkeiten für handwerkliche Tätigkeiten sowie Beratung bei Ämterangelegenheiten angeboten werden. Für Migranten wurden Thementage organisiert, auf denen Vorschläge für eine bessere Integration

erarbeitet wurden. Damit ein Bürgerhaushalt zu Effekten der sozialen Gerechtigkeit führen kann, muss von daher die Teilnahme unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und sozialer Schichten durch geeignete Verfahren gewährleistet sein. Eine Ankündigung in den Medien reicht nicht aus, vielmehr ist eine persönliche Ansprache auf der Straße oder in den bekannten Treffpunkten erforderlich. Zusätzlich könnten zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit Verteilungskriterien wie beim Modell „Porto Alegre in Europa“ genutzt werden, wie auch auf spezifische Zielgruppen ausgerichtete soziale Projekte. In Deutschland würde sich hierfür wieder eine Kooperation mit nationalen und internationalen Förderprogrammen anbieten.

Fazit

In diesem Beitrag haben wir zu zeigen versucht, dass es sich beim Bürgerhaushalt nicht um ein festgelegtes Verfahren handelt, sondern eine Vielzahl von Ausgestaltungen möglich sind. Eine gewisse Orientierung bieten die sechs beschriebenen Idealtypen, wobei es nicht darum geht, diese Modelle eins zu eins zu übernehmen, sondern sich die Elemente herauszusuchen, die für das eigene Verfahren interessant erscheinen. Wir haben aus diesem Grund Beispiele dafür gegeben, wie konkrete Maßnahmen bestimmte Effekte nach sich ziehen können. Unabhängig vom Modell ist allerdings die Frage zu stellen, welchen Stellenwert die im Bürgerhaushalt behandelten Themen haben. Es macht keinen Sinn, Bürger für ein komplexes Verfahren zu mobilisieren, wenn es darum geht, Nebensächlichkeiten zu diskutieren. Ein solcher Aufwand lohnt sich nur dann, wenn die zentralen Fragen der lokalen Haushaltspolitik angesprochen werden. Es ist zudem wichtig, zu klären, wann der geeignete Moment für die Partizipation ist. Soll die Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Eckdatenerstellung stattfinden, um ggf. Änderungen im größeren Umfang berücksichtigen zu können, oder ist es sinnvoller, sie parallel zu den Haushaltsberatungen der Gemeindevertretung zu organisieren, damit für die Bürger der Umgang mit ihren Vorschlägen zeitlich überschaubar bleibt?

Im europaweiten Vergleich fällt auf, dass gerade in Deutschland die Mitglieder der Gemeindevertretung einen Machtverlust befürchten und deswegen einem Bürgerhaushalt skeptisch gegenüber stehen. Unsere Hypothese ist hingegen, dass für eine erfolgreiche Einführung eines Bürgerhaushalts nicht nur die Bürger eine neue Rolle einnehmen, sondern ebenso die Ratsmitglieder. Für sie gilt es, den Bürgerhaushalt nicht als Konkurrenz zu sehen, sondern zu lernen, ihn als eine zusätzliche Ressource für die eigene Entscheidung zu nutzen.

Bibliografie

Abers, Rebecca, 2000: *Inventing Local Democracy. Grassroots Politics in Brazil*, Boulder/London, Lynne Rienner Publishers

- Alegretti, Giovanni, 2003: L'insegnamento di Porto Alegre. Autoprogettualità come paradigma urbano, Firenze, Alinea
- Cabannes, Yves (Hrsg.), 2003: Budget Participatif et Finances Locales. Document de Base. Réseau Urbal N° 9, Porto Alegre, PGU-ALC, European Community.
- Habermas, Jürgen, 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt a. M., Suhrkamp
- Herzberg, Carsten, 2001: Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre, Münster/Hamburg, Lit-Verlag
- O'Donnell, Guillermo, 1994: Delegative Democracy, in: Journal of Democracy, 5 (1994) 1, S. 55-69
- Röcke, Anja, 2005: Losverfahren und Demokratie. Historische und demokratietheoretische Perspektiven, Münster/Hamburg, Lit-Verlag
- UNDP, 2001: Human Development Report 2001, New York
- Sintomer, Yves/Gret, Marion, 2005: The Porto Alegre Experiment: Learning Lessons for a Better Democracy, London, Zed-Books.
- Sintomer, Yves/Herzberg, Carsten/Röcke, Anja (Hrsg.), 2005: Participatory Budgets in a European Comparative Approach. Volume II (Documents), Berlin, Centre Marc Bloch / Hans-Böckler-Stiftung / Humboldt-Universität (www.buergerhaushalt-europa.de/ ...Siehe Ergebnisse)
- 2006 (im Erscheinen): Participatory Budgets in a European Comparative Approach. Volume I

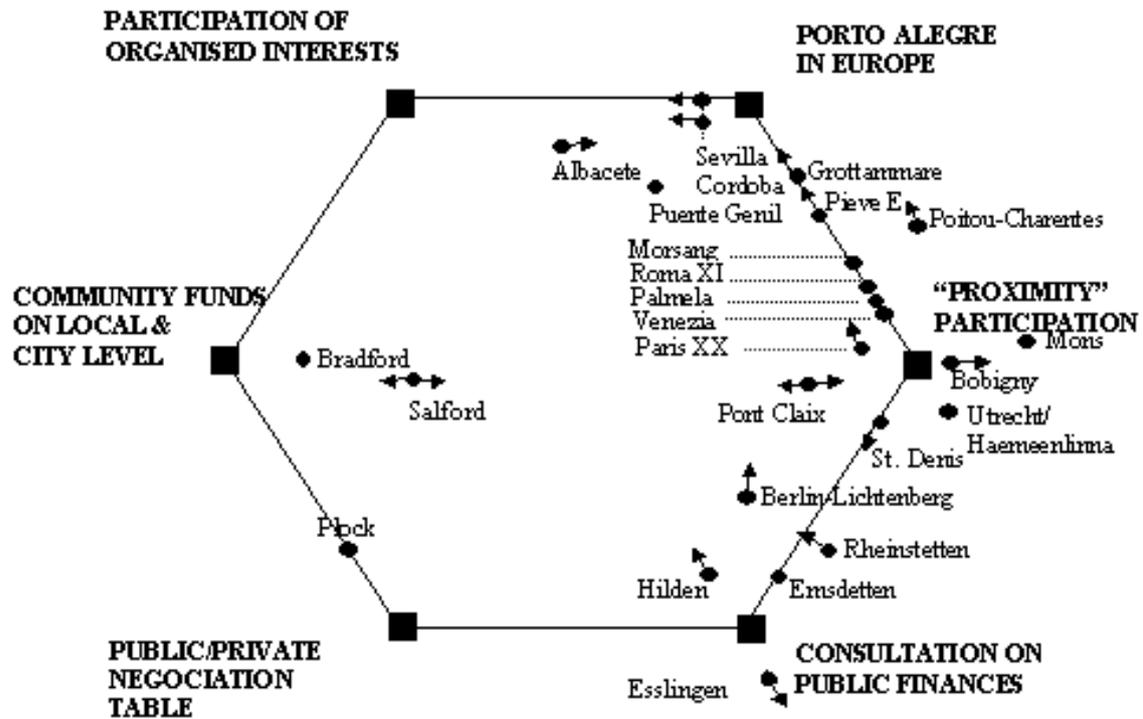
Anhang: Kriterien der Idealtypen von Bürgerhaushalten in Europa (Auszüge)

	Porto Alegre in Europa	Organisierte Interessen	Community Development	Privat-/öffentlicher Verhandlungstisch	Bürgernahe Partizipation	Konsultation öffentlicher Finanzen
Gegenstand der Diskussion	Investitionen	politische Normen, strategische Planung (Projekte)	Fonds für Investitionen und Projekte (für spezifische Gruppen, Minderheiten etc.). Mitgestalterrolle bei Umsetzung	Fonds für Investitionen und Projekte	Stadtteil: Investitionen u. Projekte Stadtebene: Projekte, (politische Normen)	Generelle Finanzsituation, einzelne Dienstleistungen, Haushaltsausgleich
Modalitäten der Diskussion	Hierarchisierung von Investitionen	Diskussion ohne Prioritätensetzung	Hierarchisierung von Investitionen und Projekten (Prioritätensetzung für die Ausrichtung der Politik des Trägers)	Hierarchisierung von Investitionen und Projekten	Diskussion ohne Hierarchisierung,	Diskussion <u>ohne</u> Hierarchisierung
Deliberative Qualität	gut	mittel bis gut	mittel bis gut	gut	niedrig bis mittel	niedrig
Existenz von Verteilungskriterien	ja	nein, aber Förderkriterien möglich	Verteilungs- oder Förderkriterien wahrscheinlich	nein, aber Förderkriterien möglich	nein	nein
Einfluss/Autonomie der Zivilgesellschaft	hoch	niedrig bis mittel	hoch	Einfluss des privaten Geldgebers	niedrig	niedrig
Teilnehmende Bürger**	aktive, organisierte (+)	organisierte	organisierte	organisierte	aktive (+ organisierte)	einfache, aktive
Einbeziehung der Wirtschaft	nein	ja, und anderer lokaler Institutionen	marginal	ja	nein	marginal

* Die Setzung von Klammern „(...)“ bedeutet, dass es sich um eine Option handelt

** einfache Bürger = durch Zufallsauswahl bestimmt; aktive Bürger = Teilnahme durch öffentliche Bekanntmachung; organisierte Bürger = Vereine, Initiativen, etc.

Typology of procedures



Verwaltung als Hemmnis: Ein Erfahrungsbericht

Von Uwe Stab

Einleitung

Bei den Diskussionen über die Umsetzung der Idee einer Bürgerkommune wird in der Regel von einem Dreiecksverhältnis zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung ausgegangen, welches als Zusammenwirken von drei gleichen Partnern gedacht wird, die sich gegenseitig respektieren.

Anhand der Prozesse innerhalb der Stadtverwaltung Potsdam während der ersten Phase des Projekts „Bürgerkommune“ soll verdeutlicht werden, dass die vorgenannte Annahme auf einem normativ überhöhten Wunschbild basiert, welches mit den tatsächlichen kulturstrukturellen Gegebenheiten kaum in Einklang zu bringen ist. Hierbei spielen neben den verwaltungstypischen Faktoren vor allem auch die kontextuellen gesellschaftlichen Bedingungen in den neuen Bundesländern eine wichtige Rolle, welche sich aus Verwaltungssicht sowohl intern als auch extern deutlich auswirken.

Die folgenden Ausführungen orientieren sich dabei an zwei zentralen Fragen:

- Wie kann die im Rahmen einer Bürgerkommune geforderte neue Ausrichtung der Akteure sowohl in Bezug auf ein fachbereichsübergreifendes Querschnittsdenken innerhalb der Verwaltung als auch hinsichtlich einer stärkeren Außenorientierung realisiert werden?
- Welche Anreizstrukturen existieren für die Verwaltungsmitarbeiter, sich an einem von der politischen Vertretung beauftragten Projekt Bürgerkommune zu beteiligen?

Während der erstgenannte Punkt auf die bestehende Verwaltungskultur mit ihren informellen Regeln ausgerichtet ist („emotional choice“), konzentriert sich die zweite, nachgeordnete Fragestellung auf die eher materiellen, funktional hilfreichen Instrumente einer dauerhaften Verhaltensänderung bei den Mitarbeitern („rational choice“).

Im Anschluss werden zunächst einige theoretische Hintergründe zur Verortung des Potsdamer Projekts in einem größeren Zusammenhang dargelegt, um anschließend an Hand konkreter Beispiele aus der praktischen Umsetzung innerhalb der Verwaltung zu belegen, dass die tatsächliche Umsetzung des Projekts an der dominanten Verwaltungskultur mit ihren ausgeprägten Schließungstendenzen nach innen und außen erheblichen Schwierigkeiten unterworfen ist. Die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen werden im vierten Kapitel zusammengefasst; in einem persönlichen Anhang werden Erfahrungen von der Mikroebene berichtet.

Theorie

Zur Einbettung der Potsdamer Stadtverwaltung bedarf es zunächst der Beschreibung der allgemeinen Rahmenbedingungen im Osten Deutschlands, die sich aus den drastischen politischen und sozialen Veränderungen der Nachwendezeit und den teilweise bereits vorhandenen, teilweise daraus resultierenden spezifischen Bedingungen in den öffentlichen Verwaltungen zusammensetzen.

Durch den überraschenden Fall der Mauer 1989 veränderten sich innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums die alltäglichen Lebensbedingungen der ostdeutschen Bevölkerung. Eine über fast ein halbes Jahrhundert verlaufende gesellschaftliche Prägung durch die dominanten staatlichen Strukturen war neuen Anforderungen ausgesetzt, welche ein hohes Maß an Anpassung in Folge des Wegfalls vertrauter Orientierungsmuster einforderten. Als zentraler Indikator für die kulturell bedingten Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland kann in diesem Zusammenhang das soziale Vertrauen innerhalb einer Gesellschaft herangezogen werden, da sich hier ein wichtiges Element der alltäglichen sozialen Beziehungen manifestiert. Die Ergebnisse des „European Social Survey“, welcher in den Jahren 2002/2003 durchgeführt wurde, weisen hierfür zwar eine weitgehende Angleichung der Vertrauensniveaus in den alten und neuen Bundesländern aus. Die zuvor angedeutete Differenz zeigt sich allerdings exemplarisch in der Frage nach dem generalisierten sozialen Vertrauen: Während in Westdeutschland 37% der Befragten die meisten Menschen als vertrauensvoll einschätzen, stimmen dieser Aussage in Ostdeutschland nur 28% zu (vgl. Kunz 2004: 206).

Neben dem generellen Vertrauen innerhalb der Gesellschaft sind einige Ergebnisse aus den Forschungen zur Verwaltungskultur in Ostdeutschland relevant, da sie den Hintergrund des konkreten Verwaltungshandelns gerade im Gegensatz zu nicht regelgebundenen Politikfeldern verdeutlichen. Insbesondere in den neu geschaffenen kommunalen Strukturen wurden die entstehenden Freiräume in soziologischer Hinsicht im Rahmen von internalisierten Verhaltensanpassungen ausgefüllt. Dazu zählt als wichtigstes Element die auffallend hohe Konsensorientierung: Wegen der ausgeprägten Tendenz zur „Streitvermeidung“ (Thumfart 2004: 71) dominiert eher vorsichtiges als forschendes Handeln; Einzelkämpfertum, distanziertes Verhalten und Konkurrenzdenken sind verpönt (vgl. Rogas 1996: 154). Diese Werte werden wiederholt als Besonderheit gerade gegenüber der als Negativhorizont dienenden westdeutschen Bürokratie als auch der westdeutschen kapitalistischen Institutionen im Allgemeinen hervorgehoben (vgl. Weinert 1995: 238). Dieses fremdreferentielle Selbstbild des flexiblen, dem Bürger zugewandten Verwaltungsmitarbeiters wird, allerdings mit deutlich paternalistischen Bezügen, als real angenommen. Mit dem in den 90er Jahren fortschreitenden Erwerb von fundiertem Fachwissen wächst jedoch auch die zunehmend als notwendig empfundene Distanz zum Bürger (ebd.) – die teilweise regelwidrige Basis von Entscheidungen wird durch regelgerechtes, bürokratisches Handeln ersetzt. Dadurch wird die eigene Institution als wichtigster Referenzrahmen aufgewertet

und der öffentliche Bereich der Bürger gerät als Bezugspunkt immer mehr in den Hintergrund. Diese Ausrichtung wird durch eine weiter bestehende strikte Hierarchieorientierung ergänzt (vgl. Kühnlein 1997: 62ff), welche als wesentlicher Teil einer Organisationsprägung „einen Handlungsrahmen bildet, der von den Handelnden in der Regel nicht reflektiert und als selbstverständlich hingenommen wird“ (Schöne/Rogas 1996: 194).

Von diesem allgemeinen Hintergrund ausgehend, sollen nun im Folgenden einige der konkreten Abläufe in dem Projekt „Bürgerkommune Potsdam“ geschildert werden.

Praxis

Das Projekt der Bürgerkommune wurde in Potsdam von an diesem Thema interessierten Stadtverordneten auf die Tagesordnung gebracht und von der Stadtverordnetenversammlung als Handlungsauftrag an die Verwaltung im Mai 2004 beschlossen. Nach einem präzisierenden Beschluss im Dezember 2004 wurde im Januar 2005 eine erste öffentliche Veranstaltung zum Bürgerhaushalt als Teil des Gesamtprojektes Bürgerkommune durchgeführt. Als Ziel wurde im März verwaltungsintern formuliert, dass die Identifikation der Bürger mit ihrer Verwaltung erhöht werden solle, um die Akzeptanz von politischen und administrativen Entscheidungen in der Bürgerschaft zu erhöhen. Ausdrücklich wurde eine erhöhte Bürgerbeteiligung als ein lediglich sekundärer Effekt benannt, da die demokratischen Aspekte dieses Projektes als weniger interessant angesehen wurden.

Wie gestaltete sich nun der begleitende Prozess in der Stadtverwaltung nach dieser initiierenden Veranstaltung? Zunächst wurde versucht, an Hand von Beispielen aus anderen Kommunen eine grobe Orientierung in diesem neuen Politikfeld zu erlangen. Es fehlte jedoch eine Zielvorgabe, welche eigenen Vorstellungen in diese erste Findungsphase einfließen sollten, denn bei der Zusammenfassung der recherchierten Ergebnisse im Mai stellte sich heraus, dass man diese gar nicht in ein notwendiges Bewertungsmuster einfügen konnte. Inzwischen war jedoch der zeitliche Druck zur Erstellung eines Leitfadens, welcher im 3. Quartal in der Stadtverordnetenversammlung beraten werden sollte, erheblich angestiegen. Bedingt durch eine zweimonatige Vorlaufphase, der jede Vorlage der Verwaltung unterliegt, wurde hier eine entsprechend rechtzeitige Bearbeitung angemahnt. Erschwerend wirkte sich in den folgenden Monaten ein weit verbreiteter Hang zum Perfektionismus aus, da sämtliche Entwürfe sowohl konzeptionell als auch im Erscheinungsbild vielfach überarbeitet wurden und grundlegende inhaltliche Fragen teilweise in den Hintergrund gerieten.

Ebenfalls im Mai wurde die Gründung der korrespondierenden „Projektgruppe“, welche sich wiederum themenspezifisch in Teilprojektgruppen aufgliedern sollte, angegangen. Die erste Sitzung ging allerdings aus zwei Gründen gründlich daneben: Zum einen wurde die informelle Hierarchieorientierung verletzt, zum anderen existierte eine gegenüber anderen Fachbereichen ungewohnte Aufforderung zur kurzfristigen Rückmeldung. Was war geschehen? Schon die

urlaubsbedingte Abwesenheit des für die Bürgerkommune zuständigen Fachbereichsleiters sorgte bei den anwesenden Bereichsleitern aus den anderen Geschäftsfeldern für Unmut, da sie sich nicht von untergeordneten Mitarbeitern in das Thema einweisen lassen wollten. Für die Gründungsveranstaltung eines in der Außenwirkung relevanten Projektes wurde die entsprechende personelle Gleichrangigkeit eingefordert – ohne die Erfüllung dieser Voraussetzung konnte eine ernsthafte inhaltliche Diskussion nicht stattfinden. Die zur Debatte gestellten Vorschläge für das weitere Vorgehen im Projekt sollten im Nachgang zur Sitzung innerhalb von wenigen Tagen schriftlich bewertet werden; vor dem Hintergrund der hierarchischen Schieflage wurde diese Anforderung zunächst konsequent ignoriert. Erst mit der Korrektur der Gleichrangigkeit im Nachgang der Sitzung konnte eine auf wechselseitiger Akzeptanz basierende Arbeitsatmosphäre etabliert werden.

Im weiteren Verlauf kam durch den übergeordneten Handlungsauftrag zur Erstellung des bereits erwähnten Leitfadens eine Gremienarbeit zu Stande, welche sich durch zwei wesentliche Elemente auszeichnete: Erstens war die Zuarbeit aus den einzelnen Bereichen von einer fachlichen Schließung gekennzeichnet, wobei „Einmischungen“ in spezifische Themenkomplexe, welche als eigene Hoheitsbereiche definiert wurden, entschieden zurückgewiesen wurden. Zweitens ufernten die Diskussionen über die endgültigen Inhalte der geplanten Broschüre teilweise zu einer internen Profilierungsshow aus, welche sich durch langatmige Erklärungen und weltanschauliche Ansätze äußerte. Der tatsächliche Erkenntnisgewinn war demgegenüber trotz zahlreicher qualifizierter Teilnehmer eher gering und musste folglich auf den nächsthöheren Ebenen der Fachbereichsleitertreffen und der Beigeordnetenkonferenzen abschließend entschieden werden. Die einzelnen Einheiten konnten sich horizontal nur schwer verständigen und waren in der Folge auf den autoritären Durchgriff von oben angewiesen, um ein fristgerechtes Ergebnis produzieren zu können. Dazu kam, dass die einzelnen Geschäfts- und Fachbereiche keine projektverantwortlichen Ansprechpartner ausgesucht hatten. Dadurch kam es immer wieder zu personellen Fluktuationen und Brüchen in der Bearbeitung von kleineren Projekteinheiten. Zusätzlich erschwerte die an sich sinnvolle interne Budgetierung das Zusammenwirken der verschiedenen Einheiten, da keine Abteilung auf den zusätzlichen Kosten sitzen bleiben wollte. Im Zusammenwirken von Arbeits-, Kosten- und Verantwortungsvermeidung kam es zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen, welche dann kurz vor dem Ende der anberaumten Fristen zu hektischen und unabgestimmten Aktivitäten führten.

Als weitere Aufgabe wurde eine stadtweite Umfrage zum Bürgerhaushalt in Angriff genommen. Während die Ausarbeitung des Fragebogens gut funktionierte und fachlich fundiert war, wurden Austeilung und Rücklauf völlig unzureichend bedacht und verliefen dementsprechend negativ. Bei der auf 70.000 Haushalte angelegten Verteilung ergab sich ein enttäuschender Rücklauf von ca. 100 Fragebögen (!). Diese eklatante Diskrepanz sowohl im Hinblick auf eine Kosten-Nutzen-Analyse als auch bezüglich der weiteren Legitimierung der zu diskutierenden Themenkomplexe

sollte sich im weiteren Verlauf als störendes Merkmal des Teilprojektes „Bürgerhaushalt“ herausstellen.

Eine bereits von Beginn an geplante öffentliche Darstellung der Bürgerkommune im Internet konnte erst nach der Sommerpause in Angriff genommen werden, da der Urlaub von einzelnen Mitarbeitern immer wieder als Grund für die Nichtbearbeitung dieses zentralen Mediums benannt wurde. Nach vereinzelt Widerständen bezüglich der Sinnhaftigkeit einer Umgestaltung der offiziellen Homepage der Landeshauptstadt Potsdam wurden mit viel Aufwand virtuelle Präsentationsseiten entworfen, welche dann im Oktober endlich in Betrieb gehen konnten. Eine damit einhergehende internetgerechte Bereitstellung von Vorlagen aus den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung, welche schon seit längerer Zeit in Bearbeitung war und im Sinne einer Bürgerkommune ein sinnvolle Ergänzung des Projektes gewesen wäre, konnte u. a. aus technischen und finanziellen Gründen auch zu diesem Zeitpunkt nicht umgesetzt werden.

Im Oktober und November wurden schließlich die ersten öffentlichen Großveranstaltungen zum Bürgerhaushalt durchgeführt. Für die jeweiligen Vorbereitungsphasen existierten detaillierte Zeitpläne mit genauen inhaltlichen Vorgaben; diese Planungen wurden jedoch kaum eingehalten, da es sehr unterschiedliche Vorstellungen über die „richtigen“ Themenfelder sowie den eigentlichen Sinn dieser Übungen gab. Verantwortlichkeiten wurden deshalb horizontal in den Geschäftsbereichen hin- und hergeschoben, um schließlich noch zeitkonsumierend auf eine offizielle Absegnung „von oben“ zu warten. Es gab ein ausgeprägtes Ausweichverhalten, da sich kaum jemand freiwillig diesen zusätzlichen Arbeiten mit ihrem als hoch eingeschätzten Risikopotenzial der öffentlichen Blamage stellen wollte. In der Folge wurden dann auftrittssichere, hochrangige Mitarbeiter bestimmt, welche vorrangig gut dokumentierte, plastische Fallbeispiele in den jeweiligen Fachforen zur Diskussion stellten. Allerdings waren nicht alle vorgestellten Maßnahmen auf eine Bürgerbeteiligung ausgerichtet, so dass eher die Information als die tatsächliche Einflussnahme im Vordergrund standen.

Trotz der erschreckend niedrigen Beteiligung von nicht organisationsgebundenen Bürgern wurde prioritär das Teilprojekt eines Bürgerhaushaltes weiterverfolgt. Hier wiederholte sich die Erfahrung aus anderen Großstädten, dass der durchschnittliche Bewohner zumeist auf sein unmittelbares Wohnumfeld fixiert ist und gesamtstädtische Themen tendenziell nur in kleineren Orten eine zufriedenstellende Beteiligung aufweisen. Die Komplexität von übergreifenden Themen in urbanen Siedlungsgebieten erfordert dagegen eine dauerhafte Beschäftigung mit den behandelten Politikfeldern; diese fundierte Arbeit wird jedoch in der Regel nur von betroffenen und interessierten Lobbygruppen geleistet, welche sich dann folgerichtig intensiv an den offenen Veranstaltungen im Bereich der Bürgerkommune beteiligen und diese in weiten Teilen dominieren. Mit der Zusammenfassung der Bürgervorschläge zum Bürgerhaushalt 2006 entbrannte jedoch ein heftiger politischer Streit zwischen den Parteien entlang der üblichen Mehr- und Minderheiten zur Beschlussfassung des Haushaltsplans; der weitgehend öffentlich ausgetragene Konflikt brachte die

Verwaltung dazu, erst einmal alle Aktivitäten zu stoppen und den Ausgang des politischen Verfahrens abzuwarten. Diese in die Administration ausstrahlende Diskreditierung des Projekts bestätigte für die Mitarbeiter außerdem den schon immer so wahrgenommenen optionalen Charakter des Projekts und führte zu einer Rückbesinnung auf die gewohnten Standardaufgaben. Die abschließenden Besprechungen und Auswertungen waren einerseits von Erleichterung über die einigermaßen reibungslosen Abläufe bei den Veranstaltungen gekennzeichnet, andererseits wurde die geringe Beteiligung als Beweis für ein schon im Vorfeld angenommenes Desinteresse der Bevölkerung benutzt, um die Vergeblichkeit des Prozesses zu beklagen.

Schlussfolgerungen

Die Potsdamer Stadtverwaltung bietet mit ihren geschilderten Eigenschaften das klassische Bild einer Administration in den neuen Bundesländern mit ihrer doppelt negativen Ausrichtung: Zum einen eine typische, überproportional starke Binnenorientierung, welche die eigenen Abläufe und die ihnen zugeschriebenen Wertigkeiten als Maßstab des täglichen Handelns verinnerlicht hat; zum anderen die übertrieben deutliche Orientierung an Hierarchieabstufungen, welche beständig bis in die informellen Beziehungen der Mitarbeiter untereinander ausstrahlt und als wertstrukturierendes Element nicht mehr bewusst wahrgenommen wird. Eine im Rahmen der Bürgerkommune geforderte horizontale Ausrichtung der säulenartigen Geschäftsbereiche untereinander stellt sich demnach als nur schwer zu überwindendes Hindernis dar.

Die von den politischen Gremien beschlossenen Aufträge werden von der Verwaltung als zuständigem Adressaten zwar aufgenommen und regelgerecht abgewickelt, aber es findet nur eine geringe Identifikation mit den getroffenen Entscheidungen statt. Dies betrifft vor allem politisch umstrittene Projekte, die nach verwaltungsinterner Einschätzung als überflüssig empfunden werden. Das Projekt „Bürgerkommune Potsdam“ wurde in der Umsetzung überwiegend als ein lediglich zusätzliche Arbeit verursachendes Vorhaben empfunden.

Nach außen, in die Bürgerschaft hinein, verstärkt sich diese Problematik nochmals: Die Bürger treten als regelungebundene Subjekte auf, welche sich nicht in gewohnte vertikale Strukturen eingruppiieren lassen. Der direkte Umgang mit der Bürgerschaft trägt also ein beängstigendes Moment in sich – die nur mäßig ausgeprägte Konfliktfähigkeit der Verwaltungsmitarbeiter sowie die Abwesenheit gewohnter Ordnungs- und Orientierungsmuster äußert sich dementsprechend im Rückzug in vertraute Umgebungsbereiche innerhalb der Verwaltung: Nur hier lassen sich überschaubare Situationen mit strukturierten Prozessen und an gleichen Werten orientierten Akteuren finden. Eine pluralistische Bürgergesellschaft mit ihren spontanen Ausschlägen stellt das genaue Gegenteil zu einer durchreglementierten Institution dar – hier stehen sich zwei grundverschiedene Einheiten gegenüber, die eine gemeinsame, verbindende Sprache kaum finden können. Die politische Ebene präsentiert sich hingegen als unentschlossenes Element zwischen Verwaltung und Bürgern: Die nur von wenigen interessierten Stadtverordneten getragene

Diskussion zum Bürgerhaushalt bewegt sich hierbei stets vor dem eingeübten, machtpolitischen Muster von „Haushaltskoalition“ und Opposition, ohne jedoch zu einem parteiübergreifenden Konsens finden zu können. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der jeweils selbstreferentielle Bezugsrahmen der drei Teilbereiche Verwaltung, Politik und Bürgerschaft mit dem auf konstruktiver Offenheit basierenden Prinzip einer Bürgerkommune kollidiert und ohne ein entschlossenes Aufbrechen gewohnter Handlungsmuster jedwede substantielle Umsetzung von Projekten in diesem Bereich verhindert.

In Bezug auf die zwei zentralen Fragen aus der Einleitung können folgende Erkenntnisse aus den gemachten Erfahrungen abgeleitet werden: Um eine Bürgerkommune mit Hilfe der Kommunalverwaltung tatsächlich effektiv umzusetzen, muss die Verwaltungsspitze deutlich sichtbar und mit hohem persönlichen Einsatz ein solches Projekt vorantreiben. Eine geschäftsmäßige Abwicklung des Projektes Bürgerkommune im Rahmen der alltäglichen Abläufe wird geradezu zwangsläufig an den endogenen Faktoren einer normenverpflichteten Institution des öffentlichen Dienstes scheitern.

Nur eine permanente und nachdrückliche Unterstützung von bekannten Personen, möglichst aus allen drei Teilbereichen der Gesellschaft, sichert das Zustandekommen und Fortbestehen einer beteiligungsintensiven Bürgerkommune ab. Die in allen Politikbereichen zu beobachtende Akteurszentrierung findet hier ihre logische Fortsetzung, auch wenn sicherlich ein stärker inhaltlich ausgerichtetes öffentliches Interesse wünschenswert wäre.

Begleitend ist zu überlegen, ob nicht handfeste Anreize für die Umsetzung eines solchen Projektes geschaffen werden sollten. Neben einigen Elementen wie „Tag des Ehrenamtes“ oder „Freiwilligenpass“, welche die Bürgerschaft motivieren sollen, müsste auch für die Kommunalverwaltung über meritokratische Formen der Projektbegleitung nachgedacht werden, um den langwierigen Prozess einer veränderten Verwaltungskultur einzuleiten. Hierzu könnten positive Einträge in der Personalakte in Bezug auf erworbene soziale Kompetenzen, regelmäßige Auszeichnungen für verschiedene engagierte Mitarbeiter oder Freistellungen für die Koordinierung von fachübergreifenden, öffentlichen Veranstaltungen zählen. Ohne das Wagnis, neue Wege auch im Rahmen von Dienstrecht und standardisierter Verwaltungsstruktur zu gehen, kann eine breit gefächerte Bürgerkommune unter Einschluss der Kommunalverwaltung nicht entstehen.

Die im öffentlichen Dienst in Bezug auf Zeiträume eher extensiven Vorstellungen zur Umsetzung von Maßnahmen könnten im Erfordernis einer kulturellen Verhaltensänderung in Übereinstimmung gebracht werden, da die Verinnerlichung von Werten im Sinne einer substantiell tragfähigen Bürgerkommune einen langen Atem benötigt.

Persönlicher Anhang

Die Mitarbeit im Projekt „Bürgerkommune“ in der Stadtverwaltung Potsdam, von März 2005 bis Februar 2006, lässt sich chronologisch in vier Phasen unterteilen: In der Anfangszeit gab es

zunächst keine genaueren Vorstellungen bezüglich der zu leistenden Aufgaben; hier standen sowohl die Gewinnung von Informationen über vergleichbare Projekte in anderen Kommunen als auch die Herausarbeitung von Besonderheiten und bereits gemachten Erfahrungen in der Landeshauptstadt Potsdam im Vordergrund. In der zweiten Phase wurde nach einigen heftigen internen Konflikten, verschärft durch die unterschiedliche Sozialisation von Stammpersonal (Ost) und Praktikanten (West), die Zusammenarbeit gestrafft und auf die terminlich eingegrenzte Erstellung eines „Leitfadens für die Bürgerkommune Potsdam“ fokussiert.

In der dritten Phase verlagerte sich der Schwerpunkt auf die praktische Durchführung von zwei Veranstaltungen zum Bürgerhaushalt, welche arbeitsteilig gesehen zufriedenstellend funktionierten und eine bis dahin nicht vorhandene Geschlossenheit in der Projektsteuerungsgruppe erzeugten. Die Abschlussphase ähnelte hingegen wiederum der Eingangsphase, da hier, von der intensiven Ausarbeitung einer (letzlich nicht veröffentlichten) Auswertungsbroschüre zu den vorgenannten Veranstaltungen abgesehen, keine relevanten Leistungsvorgaben erfolgten und sich die Kommunikation auf wenige Besprechungen reduzierte.

Die bereits erwähnte Nichtdefinition von Prozessen und Zielen wurde auch von den wissenschaftlichen Projektmitarbeitern als kritisch empfunden; ihr niedriger Beschäftigungsstatus als „Praktikanten“ verhinderte jedoch eine rechtzeitige Beschäftigung mit dieser und anderen Problematiken. Die von den Praktikanten in eigener Initiative vorgelegten Berichte wurden zumeist nicht aufgegriffen und weiterverfolgt – lediglich die zuvor angeforderten Zuarbeiten wurden in den internen Gremien intensiv diskutiert sowie im weiteren Geschäftsgang berücksichtigt. Hieraus wird deutlich, dass nur eine in den Projektzusammenhang sinnvoll eingebettete Personalrekrutierung mit hierarchisch hoch angesiedeltem Status zu einer dauerhaft erfolgreichen Neuausrichtung führen könnte.

Literatur

- Eisen, Andreas/Wollmann, Hellmut 1996: Institutionenbildung in Ostdeutschland. Zwischen externer Steuerung und Eigendynamik, Opladen: Leske + Budrich.
- Kühnlein, Gertrud 1997: Verwaltungspersonal in den neuen Ländern. Fortbildung und Personalpolitik in ostdeutschen Kommunen, Berlin: Edition Sigma.
- Klein, Ansgar, et al. 2004: Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kunz, Volker 2004: Soziales Vertrauen, in: van Deth, Jan (Hrsg.): Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002 – 2003, Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 201 – 227.
- Nedelmann, Birgitta 1995: Politische Institutionen im Wandel, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rogas, Karsten 1996: Ostdeutsche Verwaltungskultur im Wandel. Selbstbilder von Kommunalverwaltern 1992 und 1996 im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich.
- Rogas, Karsten/Schöne, Helmar 1996: Zwischen Anknüpfung und Abgrenzung: Verwaltungskultur im Transformationsprozeß, in: Eisen, Andreas/Wollmann, Hellmut (Hrsg.): Institutionenbildung in

Ostdeutschland. Zwischen externer Steuerung und Eigendynamik, Opladen: Leske + Budrich, S. 193 – 209.

Thumfahrt, Alexander 2004: Kommunen in Ostdeutschland. Der schwierige Weg zur Bürgerkommune, in: Klein, Ansgar, et al. (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 65 – 84.

van Deth, Jan 2004: Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002 – 2003, Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Weinert, Rainer 1995: Intermediäre Institutionen oder die Konstruktion des „Einen“. Das Beispiel der DDR, in: Nedelmann, Birgitta (Hrsg.): Politische Institutionen im Wandel, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 237 – 253.

Der Potsdamer Bürgerhaushalt: Mehr als eine weitere Diskussionsrunde?

Von Martin Kühn

In Potsdam existiert bereits eine Vielzahl von Beiräten, Foren und Arbeitskreisen, in denen auch die Bürger aufgefordert sind, sich an der Diskussion zu beteiligen. Der Potsdamer Bürgerschaft bieten sich fast unüberschaubar viele Möglichkeiten mitzureden, aber so gut wie keine Möglichkeit verbindlichen Einfluss auf die Stadtpolitik auszuüben. Auch der Stellenwert des im letzten Jahr in Potsdam begonnenen Projekts Bürgerhaushalt ist bisher nicht über den einer weiteren Diskussionsrunde hinaus gekommen. Doch als ein Projekt unter Vielen macht der Bürgerhaushalt nur wenig Sinn. Bürgerengagement ist ein kostbares Gut, das nicht im Unverbindlichen gedeiht. Die aktiven Bürger müssen spüren, dass ihre Beteiligung auch etwas bewirkt. Ist dies nicht der Fall, wird sie kaum von Dauer sein, denn Aufwand und Nutzen bedürfen einer Balance. Der Wunsch nach konkreten Mitbestimmungsrechten und einem verbindlichen Umgang mit der Bürgermitbestimmung kommt auch in den Anregungen der Bürger aus den zurückgegebenen Fragebögen zum Ausdruck, die auf den Veranstaltungen zum Bürgerhaushalt im Herbst 2005 verteilt wurden. Hier einige beispielhafte Bemerkungen:

Wie kann der Bürger konkret Einfluss nehmen auf die Verteilung städtischer Mittel?

In den ersten Jahren des Bürgerhaushalts eventuell durch Ankündigung von direkten Abstimmungen (vorbereitete Alternativen) für erhöhte Aufmerksamkeit und Anwesenheit werben.

Transparenz zum Umgang mit Vorschlägen der Bürger in den Bürgerversammlungen.

Vier Elemente des Bürgerhaushalts

In unserem Seminar zum kommunalen Bürgerhaushalt nannte Heinz Kleger vier Kriterien, an denen sich die Gestaltung und Entwicklung eines Bürgerhaushaltsprozesses messen sollte. Neben

der zentralen Frage nach den Mitbestimmungsrechten der Bürger und der Verbindlichkeit des Verfahrens sind dies:

- die Spezifik des Ortes,
- die Initiative der Bürger,
- die deliberative Qualität.

Mitbestimmungsrechte der Bürger und Verbindlichkeit des Verfahrens

Nach heutigem Stand vom Frühjahr 2006 sind die wichtigsten Fragen zur Umsetzung eines Bürgerhaushaltes in Potsdam noch unbeantwortet. Sie lauten: ***Worüber können die Potsdamer im Rahmen des Bürgerhaushaltes mitentscheiden und wie geht die Stadtverordnetenversammlung mit dem Bürgervotum um?***

Trotz einer verrechtlichten Politik gibt es auch in Deutschland politische Spielräume für echte Partizipationsrechte der Bürger innerhalb des bestehenden und erweiterungsfähigen rechtlichen Rahmens. Die Bandbreite der Möglichkeiten zur Mitbestimmung wird anhand der verschiedenen existierenden Bürgerhaushaltsmodelle⁷² und anhand der Spezifik des Ortes konkret. Während die Bürger in Berlin-Lichtenberg im Rahmen des Bürgerhaushalts selbst über eine Prioritätenliste der eingereichten Bürgervorschläge votierten, wäre es beispielsweise auch denkbar, die Bürger über alternativ dargestellte Finanzplanungen (mit jeweiliger Darstellung der Maßnahme, der Folgekosten und der Auswirkungen auf den Haushalt) votieren zu lassen.

Das Letztentscheidungsrecht der Stadtverordnetenversammlung zum kommunalen Haushalt wird dabei nicht in Frage gestellt werden. Gerade weil eine *rechtlich* einklagbare Verbindlichkeit der Bürgervoten nicht gegeben ist, ist die *politische* Verbindlichkeit wichtig.

Der Umgang mit den Bürgervoten aus dem Bürgerhaushaltsprozess muss deshalb vorrangig auf politischer Ebene verbindlich geregelt sein. Die vermeintliche Legitimitätskonkurrenz zwischen dem kommunalen Parlament und dem Bürgerhaushalt wird dadurch geschmälert.

Spezifik des Ortes

Die Chancen, mit Hilfe der Methode Bürgerhaushalt die Stadt Potsdam konstruktiv zu verändern, steigen, wenn bei ihrer Anwendung spezifische Erfahrungen und Bedingungen aus der Stadt Potsdam mitberücksichtigt werden. Neben der sozialraumorientierten Stadtentwicklung, die sich in den Einzelberichten der studentischen Arbeitsgruppen widerspiegelt, möchte ich an dieser Stelle zwei spezifische Potsdamer Aspekte hervorheben.

Bürgerkommune und Bürgerhaushalt

In Potsdam beauftragte die SVV den Oberbürgermeister, das Element Bürgerhaushalt als einen Bestandteil der Konzeption Bürgerkommune zu entwickeln.⁷³ In seinem Versuch, das Modell einer kooperativen Bürgerstadt zu entwickeln, geht Kochniss auch auf den Begriff der Bürgerkommune ein. Er kommt zum Urteil, dass die Nutzung der Bürgerkommune als grundlegendes Konzept wenig sinnvoll sei, da das Modell an Strukturen und Vorstellungen des politisch-administrativen Bereichs festhalte und konkrete Beteiligungsverfahren – etwa Bürgerentscheide oder eben Bürgerhaushalt – in Überlegungen zur Bürgerkommune nicht auftauchen.⁷⁴

⁷² Vgl. Herzberg, Sintomer, Röcke in diesem Buch.

⁷³ Vgl. Stadtverordnetenversammlung Potsdam, DS 04/SVV/0133

⁷⁴ Kochniss, Bodo, Aktive Bürgerschaft, München 2003, S.47ff.

Während Kleger einen bürgernahen Beteiligungshaushalt einfordert, in dem die Rolle des Bürgers verbindlich definiert wird, lassen die bisherigen theoretischen Überlegungen zur Bürgerkommune ein klar umrissenes Handlungskonzept vermissen, insbesondere im Hinblick auf konkrete Beteiligungsverfahren der Bürger. Wie passt das zusammen?

In der Verbindung von Bürgerkommune und Bürgerhaushalt besteht in Potsdam auf der einen Seite die Gefahr, dass, unter dem Dach des verwaltungszentrierten Projekts Bürgerkommune, der Bürgerschaft im Teilprojekt Bürgerhaushalt keine echten Partizipationsrechte – im Sinne von bindenden Entscheidungen der Bürger - zugestanden werden. Auf der anderen Seite besteht in beider Verknüpfung allerdings auch die Chance, über verbindliche Beteiligungsformen im Bürgerhaushalt das Modell der Bürgerkommune partizipatorisch aufzuwerten, also zu demokratisieren.

Tatsächlich blieb der von der Stadtverwaltung vorgelegte Entwurf „Leitfaden für die Bürgerkommune Potsdam“⁷⁵, bis auf die üblichen Bekenntnisse zu einem transparenteren Handeln der Verwaltung und zu stärkerer Anerkennung ehrenamtlichen Engagements sowie dem Hinweis auf bereits bestehende bürgerorientierte Strukturen und Foren, im Hinblick auf konkrete Mitbestimmungsrechte des Bürgers *vage* und *wenig konkret*.

Der Bürgerhaushalt wird unter den Handlungsfeldern der Bürgerkommune zwar unter der Überschrift „Mitwirkung bei der Entscheidung über finanzielle Prioritäten“ als wesentliches Element der Bürgerkommune vorgestellt, doch wird offen gelassen, wie das Mitentscheidungsrecht der Bürgerschaft konkret ausgestaltet werden soll. Ausformuliert wird allein der Dreischritt aus Bürgerinformation, Bürgerkonsultation und Rechenschaft vor den Bürgern, der es den Bürgern zwar ermöglicht, zu Haushaltsfragen Stellung zu beziehen, bisher aber keine Mitbestimmung einräumt und ebenso offen lässt, welchen Stellenwert die Bürgervorschläge im Haushaltsaufstellungsverfahren überhaupt einnehmen.

Erfahrungen mit der Lokalen Agenda 21

Ist die Möglichkeit zur Partizipation gegeben, stellt sich die Frage des Partizipationsmanagements. Mit der Aufforderung der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister, die konzeptionelle Arbeit zu leisten, ging bisher auch die Delegation der Verantwortung für die konkrete Umsetzung des Projekts Bürgerkommune/Bürgerhaushalt an die Verwaltung einher. Wie aber organisiert man bürgerschaftliche Mitbestimmung?

Die Frage ist deshalb berechtigt, weil es in Potsdam bereits Erfahrungen mit dieser Aufgabe gibt, von denen man heute lernen könnte. Im Fall der Lokalen Agenda 21 – einem nachhaltigen Stadtentwicklungsprojekt, das dem Bürgerhaushalt hinsichtlich der Bürgerorientierung und dem Bedarf an politikfeldübergreifender Koordination verwandt ist – zog die Verwaltung nach einigen Jahren unbefriedigender Ergebnisse folgendes Resümee: „*Eine unabhängige Organisationsstruktur*

⁷⁵ Vgl. <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10020788/282600/> (28.6.2006) Vgl. Stadtverordnetenversammlung Potsdam, Drucksache 05/SVV/0731

für die Umsetzung der Lokalen-Agenda-21 in Potsdam aus der Verwaltung heraus aufzubauen, hat sich als unmöglich erwiesen. Die strukturellen Widersprüche zwischen von der Kommunalverwaltung unabhängigen Organisationsformen mit gleichzeitiger organisatorischer und fachlicher 'Aufsicht' durch die Kommunalverwaltung sind antagonistisch (innerer Interessen- und Vertrauenskonflikt). Dennoch kann die Stadt Potsdam Auftraggeber zur Umsetzung der zu entwickelnden Leitlinien bleiben und damit ihre Steuerungsfunktion übernehmen.“⁷⁶

In Porto Alegre ist das Bürgeramt das „wesentliche Bindeglied zwischen Verwaltung und Einwohnerschaft.“⁷⁷ Neben dem Stadtplanungsamt ist es Bestandteil der strukturellen Anpassung der Verwaltung an den Bürgerhaushalt. Im Bürgeramt sind regionale und thematische Koordinatoren angestellt, die den Kontakt zu den Bürgern herstellen und sie mit notwendigen Informationen versorgen. In ihre politische Funktion werden sie entsprechend der Wahlperiode des Bürgermeisters für vier Jahre berufen. Die Koordinatoren sind für die Bürgerschaft in regionalen Verwaltungszentren jederzeit erreichbar und befördern aktiv den Beteiligungsprozess am Bürgerhaushalt, indem sie versuchen, die Anzahl der Teilnehmer zu erhöhen.

Eine mit dem Bürgeramt von Porto Alegre vergleichbare Institution ist in den Kommunalverfassungen unserer Bundesländer bisher nicht angedacht worden. Es fungiert als eigenständiger Akteur zur aktiven Beförderung des Partizipationsprozesses ‚Bürgerhaushalt‘ und stellt mit den institutionalisierten Koordinatoren zeitlich befristete Vermittler zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft.

Der mit dem Eingeständnis eigener Unzulänglichkeiten verbundene Vorschlag der Potsdamer Verwaltung, die Koordination der Lokalen Agenda 21 an ein unabhängiges Büro zu vergeben, zielt im Ansatz in eine ähnliche Richtung. Ein Agenda-Büro könnte sowohl als aktiver Promoter des Projekts als auch als eigenständiger Vermittler zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 befördern.

Allerdings ist es wahrscheinlich, dass Kommunalverwaltungen an den einkaufbaren Dienstleister den Anspruch stellen, das Engagement dahin zu dirigieren, wo es die Verwaltung gerne hätte, während sich das Engagement der Bürger auf ganze andere Gegenstände und Themen richten mag: „Zwischen den Aufgaben, die Kommunalverwaltungen gerne an ihre Bürger abgeben würden, und den Feldern, die auf das Interesse von Engagementbereiten treffen, klaffen oft Welten.“⁷⁸

Der finanzielle Mehraufwand für die Unterstützung durch einen privaten Dienstleister ist zwar Indiz für die zunehmende Bedeutung des betreffenden Projekts, ist aber keine verbindliche Klärung seines politischen Stellenwertes in der Stadt.

Neben dem mangelnden Partizipationsmanagement kam der im Vergleich zu Osnabrück deutlich geringere Stellenwert des Lokalen-Agenda-21-Prozesses in Potsdam auch in der fehlenden

⁷⁶ Vgl. Stadtverordnetenversammlung Potsdam, DS 03/SVV/0752.

⁷⁷ Carsten Herzberg, Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre, München 2002, S.49.

⁷⁸ Adalbert Evers, Roland Roth, Kommunen und die Entdeckung des ‚unterschätzten Bürgers‘, in: Forschungsjournal NSB, Jg. 18, 3/2005, S.105.

Verbindlichkeit darüber zum Ausdruck, wie mit den Projektvorschlägen der Bürger umzugehen sei.⁷⁹ Dort wo keine echte Beteiligung gewollt ist, muss der Versuch sie zu managen, zwangsläufig scheitern.

Das Wollen betrifft aber nicht allein Verwaltung und Politik. Auch die Bürgerschaft ist gefordert mit Hilfe einer eigenen Positionierung den Stellenwert politischer Projekte im Selbstbild der Stadt zu verorten und mitzutragen. Volkmann konstatierte im Hinblick auf die Lokale-Agenda-21 in Potsdam ein mangelndes Selbstverständnis über die Reichweite des Projekts. „Ist sie vorrangig ein Instrument für die Vernetzung und Förderung von Vereinen und Initiativen? Oder geht es um die Gestaltung der Stadtentwicklung im Sinne neuer Formen von Kommunalpolitik?“⁸⁰ Das erste Ziel für sich allein könnte schon Sinn machen. Es wäre nach Volkmann ein erster Schritt, „Sozialkapital in der Stadtgesellschaft aufzubauen.“⁸¹

Initiative der Bürger

Ohne Bürger kein Bürgerhaushalt. Wie bereits geschildert, ging die Initiative zur Durchführung eines Bürgerhaushalts in Potsdam von der Stadtverordnetenversammlung aus, die die Verwaltung beauftragte, die konzeptionelle und organisatorische Umsetzung des Projekts zu steuern. Es existiert bisher keine breite Bürgerbewegung, die den Bürgerhaushalt fordert und fördert. Will überhaupt eine relevante Anzahl von Potsdamern über den Bürgerhaushalt an der Gestaltung der kommunalen Finanzen teilhaben?

Im Ergebnis unserer Umfrage in der organisierten Bürgerschaft wurde diese Frage zunächst bejaht. Knapp zwei Drittel der befragten Vereine äußerten ihre Bereitschaft im Bürgerhaushalt mitzuwirken. Bei der Frage allerdings, wie sich der Verein beteiligen würde, ergibt sich ein differenzierteres Bild. Während 57 Prozent der Befragten bereit wären, an Diskussionsveranstaltungen teilzunehmen, fällt die Bereitschaft die eigenen Mitglieder für den Bürgerhaushalt zu mobilisieren mit 41 Prozent schon deutlich geringer aus. 26 Prozent erklären sich bereit, Potsdamer Bürger jenseits der eigenen Mitgliedschaft zu mobilisieren. Den Bürgerhaushalt aktiv mit eigenen Veranstaltungen oder eigenen Leistungen zu unterstützen, dazu erklärten sich schließlich nur noch 22 bzw. 23 Prozent der befragten Vereine bereit.

Wolfgang Vorkamp kam in seiner Untersuchung der Dessauer Vereinslandschaft zu dem Ergebnis, „dass die bloße Mitgliedschaft in Vereinen keinen Hinweis bietet auf höhere Integration oder verstärktes bürgerschaftliches Engagement gegenüber Nicht-Vereinsmitgliedern.“⁸² Da das gesellschaftliche Integrationsniveau der Individuen stark von der sozial-politischen Positionierung des jeweiligen Vereins abhängig sei, gilt es nach Vorkamp zwischen verschiedenen Vereinstypen zu unterscheiden. Hinsichtlich der Generierung bürgerschaftlichen Engagements unterscheidet er die

⁷⁹ Vgl. Krister Volkmann, Lokale Agenda 21 in Potsdam und Osnabrück, 2002, S.95.

⁸⁰ Ebd., S.97.

⁸¹ Ebd.

⁸² Wolfgang Vorkamp, Integration durch Partizipation. Aktives Bürgerengagement und die Rolle von Vereinen in Ostdeutschland, in: Forschungsjournal NSB, Jg.18, 3/2005, S.80f.

Vereine in vier unterschiedliche Profile: a) ‚Kleingartenvereine‘, b) neugegründete Privatzweckvereine (vor allem Sportvereine), c) persistente zivilgesellschaftliche Vereine (‚Sozial- und Kulturvereine‘) sowie d) neugegründete, zivilgesellschaftliche Vereine. Vor allem in der letzten Gruppe finde man den „engagierten zivilcouragierten, aktiven Bürger mit einer hohen bürgerschaftlichen Gesinnung und einem hohen bürgerschaftlichen Engagement, das sich allerdings nicht, wie in den kommunitaristischen Theorien entworfen, auf die Nachbarschaft und das soziale Nahumfeld bezieht.“⁸³ Vorkamp bezeichnet diesen Typ ‚Vereinsmitglied‘ als „systemintegrierten Aktivist“.

Die oben dargestellte Tendenz, die deutlich macht, dass die Bereitschaft zur Beteiligung am Bürgerhaushalt in Potsdam immer geringer wird, je aktiver die Beteiligungsform ausfällt, legt die Vermutung nahe, dass in Potsdam, vergleichbar zu Dessau, eine heterogene Vereinslandschaft existiert. Nimmt man die 23 %, die ihre Bereitschaft signalisierten, den Bürgerhaushalt mit eigenen Aktivitäten zu unterstützen, als Maßstab für die Einschätzung, wie hoch in etwa der Anteil systemintegrierter Aktivistinnen innerhalb der Potsdamer Vereinslandschaft ist, kommt man auf ein Viertel.

Er dürfte sogar noch geringer sein, denn – so ein weiteres Ergebnis der Vorkamp-Studie – innerhalb der verschiedenen Vereinstypen besteht ein Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Integrationsniveau der Mitglieder und ihrem Partizipationsniveau im Verein: „Es zeigt sich, vergleichend über alle Vereine betrachtet, dass die hohen Integrationswerte in der Regel den ehrenamtlich Tätigen geschuldet sind.“⁸⁴ Wenn also eine hohe (stadt)gesellschaftliche Integration beim einzelnen dazu führt, sich eher als andere bürgerschaftlich zu engagieren, fällt die Beteiligungsbereitschaft aller Vereinsmitglieder in Potsdam (inklusive der potentiell Aktiven und der einfachen Mitglieder) wahrscheinlich geringer aus als in den Werten unserer Umfrage, in der ja nur ehrenamtlich Aktive interviewt wurden.

Hemmnisse für eine gesamtstädtische Mobilisierung der Potsdamer sind der geringe Vernetzungsgrad der Potsdamer Vereinslandschaft und der hohe Anteil von Vereinen, die Empfänger staatlicher Fördergelder sind. Die Abhängigkeit von finanzieller Förderung macht diese Vereine eher zum Mitglied einer ausgeweiteten städtischen Staatsgesellschaft und nicht zum Träger einer aus sich heraus entstehenden autonomen Bürgergesellschaft. Es kann allerdings auch nötig erscheinen, dass ein Staat oder eine Stadt, in der es an der kritischen Masse an Bürgern für Bürgerbeteiligungsprozesse fehlt, zivilgesellschaftliche Gruppen finanziell fördert, in der Erwartung, dass sie in naher Zukunft auf eigenen Füßen stehen können. Anders formuliert: In der Hoffnung, dass sie sich von staatlicher oder städtischer Vormundschaft emanzipieren. So stellt sich beispielsweise schon heute ganz konkret die Frage, wie die in großer Vielfalt durchgeführten Beteiligungsmodelle im Rahmen der Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen in benachteiligten Stadtteilen, nach dem Auslaufen der finanziellen Förderung durch Programme wie „Zukunft im

⁸³ Ebd., S.79.

⁸⁴ Ebd.

Stadtteil“ oder „Förderprogramm zur Weiterentwicklung der großen Neubaugebiete“, dauerhaft weitergeführt werden können oder sogar im Rahmen des Bürgerhaushalts als Anschauungsmaterial dienen können. Angesichts des hohen Anteils an Vereinen in Potsdam, die sich in den Politikfeldern Soziales und Jugend engagieren, liegt es nahe, eine sozialraumorientierte Komponente in den Bürgerhaushalt zu integrieren. Dies könnte auch ein sinnvolles Mittel sein, stärker jene Teile der Bürgerschaft für den Bürgerhaushaltsprozess zu gewinnen, die nicht zu den klassischen Aktivbürgern zählen. Hierzu müssen Politik und Verwaltung stärker versuchen, auf diese Teile der Bürgerschaft zuzugehen.

Deliberative Qualität

Was heißt deliberative Qualität? Das Gespräch unter den Bürgern oder zwischen Bürgern, Verwaltung und kommunaler Politik sollte mehr sein, als die übliche Frage-Antwort-Routine. Die gelungene Deliberation ist eher ein gegenseitiges Beraten auf gleicher Augenhöhe, hierarchisiert zielgerichtet Vorschläge, setzt Prioritäten und unterscheidet in mehr und weniger Vordringliches.

Ein gelingender Dialog erhöht auch immer das Verständnis für die Position des anderen. In der Bürgerschaft kann dabei das Verständnis für die Probleme der Verwaltung bei der Umsetzung politischer Entscheidungen wachsen. In der Verwaltung kann man lernen, die Bürgerschaft als Teilhaber demokratischen Regierens auf kommunaler Ebene anzuerkennen.

In Potsdam wurden in den letzten Jahren eine Reihe an Initiativen gestartet, mit dem Ziel, den kooperativen Dialog zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik zu intensivieren. Um die Qualität dieses Dialogs zu erhöhen, wird es darauf ankommen, auf allen Feldern den Weg der gemeinsamen Lösungssuche der endgültigen Entscheidung konsequent voranzustellen.

Die Qualität des Dialogs im Rahmen des Bürgerhaushalts mag auch durch Schulungen der Bürger gesteigert werden. So werden in Porto Alegre die Vertreter im Rat des Bürgerhaushaltes (OP-Rat) „so weit geschult, dass sie komplexe Haushaltsaufstellungen lesen und diskutieren können.“⁸⁵

Kein Haushalt(en) ohne Beteiligung

Findet die Stadtpolitik eine befriedigende Antwort auf oben gestellte Frage, nach dem Mitentscheidungsrecht der Bürger am kommunalen Haushalt und nach dem verbindlichen Umgang mit dem Bürgervotum, geht der Bürgerhaushalt auf die Spezifik Potsdams ein, findet das Projekt die Unterstützung der Bürgerschaft und basiert auf einem fairen Dialog, dann können die Bürger in die von Kochniss formulierte Rolle des Mitentscheiders treten, eine Bürgerrolle, die in den bisherigen Modellen der Bürgerkommune – wenig überraschend – eher zu kurz kommt oder ganz fehlt.⁸⁶

Damit der Bürgerhaushalt Potsdams mehr wird als eine weitere Diskussionsrunde, müssen tatsächliche Entscheidungsspielräume eröffnet werden. Folgende Auflistung ist als Empfehlung für

⁸⁵ Carsten Herzberg, a.a.O., S.100.

⁸⁶ Bodo Kochniss, a.a.O., S.46ff.

die Praxis gedacht⁸⁷, sie beinhaltet Vorschläge und Maßgaben, die sich auch im Prozess des Bürgerhaushalts erproben lassen:

- Entscheidungsmöglichkeiten bei den „wirklich interessanten Problemen“ eröffnen,
- Übertragung von mehr Verantwortung für lokale Entwicklungen an die Bürger,
- Ausweitung der Entscheidungsmöglichkeiten der Bewohner,
- Klare Informationen über reale Einflussmöglichkeiten,
- Abgrenzung zwischen Information und Entscheidung,
- Festlegung und Bekanntgabe von Entscheidungsrichtlinien,
- Aktivierende Form der Entscheidungsfindung durch die Nutzung visualisierter und öffentlicher Möglichkeiten zur Abstimmung.

Echte Partizipationsrechte im kommunalen Haushaltsverfahren garantieren zwar, dass der Bürgerhaushalt seinem Namen gerecht wird, nicht aber, dass damit selbstverständlich eine gerechtere – vor allem generationengerechte - Politik entsteht.

In Potsdam sind wir, wie in vielen anderen Kommunen in Ost und West, mit der Aufgabe konfrontiert, eine nachhaltige Haushaltspolitik zu entwerfen. Eine solche beinhaltet angesichts der finanziellen Not der Kommunen die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung, die für sich allein schon schwierig genug erscheint, geht aber gleichzeitig darüber hinaus. Nachhaltige Haushaltspolitik stellt sich der Gerechtigkeitsfrage als mehrdimensionalem Problem, ohne jedem und jeder gerecht werden zu können. Gewiss ist, dass eine nachhaltige Haushaltspolitik versuchen muss, kommunale Entwicklungsmöglichkeiten und Gestaltungsspielräume für unsere geborenen und ungeborenen Kinder offen zu halten, möglichst zu erweitern, denn zu schmälern.

Die Bürgerschaft ist aufgefordert zu beweisen, dass sie mehr kann, als nur neue Forderungen aufzustellen, aber offen lässt, wie ihre Wünsche bezahlt werden sollen. Andere Städte gehen mit gutem Beispiel voran. Neben der steigenden Bereitschaft der Bürger ihre Steuern zu bezahlen⁸⁸, dem Ausbau der Grundversorgung, Verbesserungen in den Bereichen ÖPNV, Bildung, Kultur, Soziales, Gesundheit sowie Umweltschutz ergänzten sich in Porto Alegre der Bürgerbeteiligungshaushalt und nachhaltige Entwicklung ganz konkret: Etwa in der Umstellung des Entsorgungssystems, in dem organischer Müll von nichtorganischem getrennt wird⁸⁹ oder in dem Beschluss eine Umgehungsstraße mit einer separaten Busspur auszustatten.⁹⁰

Auch in Potsdam gibt es erste Anzeichen für die Verbindung von Partizipation und Nachhaltigkeit. Ein eingereichter Fragebogen der Potsdamer Bürgerhaushaltsveranstaltungen enthielt die Forderung: Langfristige Strategie der Stadtfinanzen (mindestens eine Generation). Darauf lässt sich aufbauen.

⁸⁷ Vgl. Moritz, Schmidt-Wenzel, Sperber (2005): Neue Anforderungen an Beteiligungsprozesse bei der Wiederaufwertung schrumpfender Städte. Theoretische Überlegung und Empfehlungen für die Praxis. - URL: <http://www.stadtteilarbeit.de/seiten/theorie/moritz/anforderungen.htm> (16.10.2005)

⁸⁸ Vgl. Carsten Herzberg, a.a.O., S.95.

⁸⁹ Vgl. ebd., S.98.

⁹⁰ Vgl. ebd., S.99.

- Frage 4 Nach welchem Prinzip ist Ihre Organisation organisiert?
- Gemeinnütziger Verein lt. Vereinsrecht
 - Eingetragener Verein lt. Vereinsrecht
 - Keine feste Struktur, eher ein Netzwerk
 - Freier Verein
 - Sonstiges: _____
- Frage 5 Wo liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten Ihrer Organisation?
- Gesamtstädtisch tätig
 - Im Sozialraum I tätig
 - Im Sozialraum III tätig
 - Im Sozialraum V tätig
 - In mehreren Sozialräumen tätig
 - Im Sozialraum II tätig
 - Im Sozialraum IV tätig
 - Im Sozialraum VI tätig
- Frage 6 Bitte ordnen Sie Ihre Organisation inhaltlich folgenden Politikfeldern zu: *(Mehrfachnennungen möglich)*
- Kultur
 - Sport
 - Europa
 - Entwicklungspolitik
 - Sonstiges: _____
 - Stadt- oder Stadtteilentwicklung
 - Soziales
 - Umwelt
 - Jugend
- Frage 7 Wirkt Ihre Organisation an gesamtstädtischen Bürgerforen mit? *(Mehrfachnennungen möglich)*
- Initiative Bürgerstiftung Potsdam
 - Stadt Forum Potsdam
 - Ständiges Forum der Potsdamer Zivilgesellschaft
 - Andere: _____
 - Keine
- Frage 8 Nutzt Ihre Organisation andere Formen der Beteiligung am kommunalen Entscheidungsprozess? *(Mehrfachnennungen möglich)*
- Einwohnerversammlung
 - Einwohnerfragestunde und Anhörung von Einwohnern
 - Einwohnerantrag
 - Bürgerbegehren und Bürgerentscheid
 - Teilnahme an Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung
 - Teilnahme an Ausschusssitzungen der Stadtverordnetenversammlung
 - Ausschuss für Eingaben und Beschwerden
 - Andere: _____
- Frage 9 Ist Ihre Organisation Mitglied in Beiräten oder arbeitet mit diesen zusammen? *(Mehrfachnennungen möglich)*
- | | Mitgliedschaft | Gemeinsame Aktivitäten |
|--|-----------------------|------------------------|
| Arbeitsgruppe „Ländlicher Raum“ | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| Ausländerbeirat | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| Behindertenbeirat | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| Beirat für kulturelle Förderung | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| Beirat für Städtepartnerschaften | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| Forum für Bildende Kunst | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| Beirat Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| Kundenbeirat des VIP | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| Seniorenbeirat | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
- Sonstige Beiräte: _____ (Mitglied) _____ (Gemeinsame Aktivitäten)

Frage 10 Wie bewertet Ihre Organisation den Grad der Vernetzung der bestehenden zivilgesellschaftlichen Gremien in der Stadt Potsdam?

Sehr hoch Eher Hoch Eher Gering Sehr gering Keine Angabe

Frage 11 Wie bewertet Ihre Organisation den Zustand der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung?

Sehr Gut Eher Gut Eher Schlecht Sehr schlecht Keine Angabe

Frage 12 Erhält Ihre Organisation städtische Zuschüsse?

Ja Nein Beantragt

Teil II: Problemanalyse Leben in Potsdam

Frage 13 Wie schätzt Ihre Organisation die Lebensqualität in Potsdam für folgende Personengruppen ein? (Mehrfachnennungen möglich)

	Sehr Hoch	Eher Hoch	Eher Niedrig	Niedrig	Keine Angabe
Ausländer					
Behinderte					
Familien					
Frauen					
Fußgänger					
Jugendliche					
Kinder					
Radfahrer					
Senioren					
Sportler					
Studenten					

Frage 14 Wie bewerten Sie den Handlungsbedarf in den städtischen Angelegenheiten?
(Mehrfachnennungen möglich)

	Sehr Hoch	Eher Hoch	Eher Niedrig	Niedrig	Keine Angabe
Denkmalpflege					
Gesundheit					
Grünflächen					
Kultur/Bibliotheken/Museen					
Jugendarbeit					
ÖPNV					
Radwege					
Schulen					
Soziales					
Sportstätten					
Straßen					
Umwelt- und Naturschutz					
Verbraucherschutz					
Volkshochschule					
Wohnen					

Frage 15 Wie könnte aus der Sicht Ihrer Organisation die Einnahmesituation für die Stadt verbessert werden?

- Steuererhöhungen (Gewerbe-, Grund-, Vergnügungs-, Hundesteuer usw.)
- Verkauf kommunalen Eigentums
- Privatisierung kommunaler Leistungen
- Erhöhung der Gebühren für kommunale Leistungen (z. B. Geburtsurkunden)
- Erhöhung der Beiträge für die Nutzung kommunaler Infrastruktur (z. B. Bibliotheken und Schwimmhallen)
- Weitere: _____

Frage 16 Wie könnten aus der Sicht Ihrer Organisation Kosten im städtischen Haushalt gesenkt werden?

- Förderung von privat-öffentlichen Partnerschaften
- Förderung der Übernahme kommunaler Leistungen durch die aktive Bürgerschaft
- Streichung kommunaler Leistungen
- Weitere: _____

Teil III: Potsdam als Bürgerkommune

Frage 17 Wie gut sind Sie über das Projekt Bürgerkommune der Stadt Potsdam informiert?

- Sehr Gut
 Eher Gut
 Eher Schlecht
 Sehr schlecht
 Keine Angabe

Frage 18 Welche Ziele assoziieren Sie mit einer Bürgerkommune Potsdam?

- Mehr Transparenz der Entscheidungen
- Mehr Information der Bürger über städtische Angelegenheiten
- Mehr Beteiligung der Bürger an der Entscheidung städtischer Angelegenheiten
- Mehr Zufriedenheit der Bürger
- Eine höhere Identifizierung der Bürger mit Ihrer Stadt
- Andere: _____

Frage 19 Würde sich ihre Organisation an regelmäßigen Treffen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Sozialraum aktiv beteiligen?

- Ja Nein Ist noch offen

Frage 20 Welche Handlungsfelder der Bürgerkommune betrachtet Ihre Organisation als besonders wichtig?

	Sehr Hoch	Eher Hoch	Eher Niedrig	Niedrig	Keine Angabe
Mitwirkung bei der Gestaltung und Entwicklung auf gesamtstädtischer Ebene					
Mitwirkung bei der Gestaltung und Entwicklung im Stadtteil					
Mitwirkung bei der Entscheidung über finanzielle Prioritäten					
Mitwirkung bei der Verbesserung der Bürgerorientierung der städtischen Verwaltung					
Mitwirkung bei der Aktivierung der Bürgerschaft					

Frage 21 Wer sollte die Aktivitäten in einer Bürgerkommune Potsdam koordinieren und als Anlaufstelle für alle Beteiligten dienen?

- Die Stadtverordnetenversammlung
- Die Stadtverwaltung
- Eine externe Koordinierungsstelle
- Die aktive Bürgerschaft
- Andere: _____

Teil IV: Bürgerhaushalt Potsdam

Frage 22 Ist Ihre Organisation bereit, sich an einem Bürgerhaushalt der Stadt Potsdam zu beteiligen?

- Ja Nein Ist noch offen

Frage 23 Wenn ja, dann mit welchen der folgenden Aktivitäten: *(Mehrfachnennungen möglich)*

- Teilnahme an der Diskussion
- Mobilisierung der eigenen Mitglieder
- Mitwirkung an Mobilisierung der Bürger
- Mitwirkung an der Durchführung von Veranstaltungen
- Eigenständige Durchführung von Veranstaltungen
- Teilnahme an regelmäßigen Befragungen
- Aktive Leistungserbringung
- Weitere: _____

Frage 24 Was ist Ihrer Organisation dabei besonders wichtig? *(Mehrfachnennungen möglich)*

- Mehr Information über den Haushalt
- Mehr Transparenz über das Haushaltsverfahren
- Mehr Beteiligung an den Entscheidungen über Haushaltsprioritäten

- Frage 25
- O Weiteres: _____
 Worüber sollte die Debatte zum Bürgerhaushalt geführt werden?
- O Über den gesamten Haushalt der Stadt (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt einschließlich der Investitionen), um die strategischen Weichenstellungen einzubeziehen
- O Nur über jene Teile des Haushaltes, die beeinflussbar sind

Frage 26 Wie schätzen Sie folgende möglichen positiven Wirkungen des Bürgerhaushaltes ein?

Der Bürgerhaushalt ...	Trifft zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft nicht zu	Keine Angabe
... liefert realisierbare Vorschläge					
... führt zu einem effektiveren Mitteleinsatz					
... führt zu größerer Identifikation der Bürger mit der Stadt					
... ermöglicht ein repräsentatives Meinungsbild					
... weckt mehr bürgerschaftliches Engagement					
... verbessert die Qualität des städtischen Haushaltes					
... bietet Entscheidungshilfen für die Politik					
... schafft Akzeptanz für unpopuläre Sparmaßnahmen					

Frage 27 Wie bewerten Sie folgende mögliche Probleme des Bürgerhaushaltes?

Der Bürgerhaushalt ...	Trifft zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft nicht zu	Keine Angabe
... bindet zuviel Zeit der Stadtverwaltung					
... wird zur Selbstdarstellung der Parteien und Politiker genutzt					
... weckt bei den Bürgerinnen und Bürgern Erwartungen, die nicht erfüllt werden können.					
... kostet zu viel Geld im Verhältnis zu seinem möglichen Nutzen.					
... bietet nur den Vertretern starker organisierter Interessen eine neue Bühne.					

- Frage 28 Wie sollte die künftige Diskussion des Bürgerhaushaltes strukturiert werden?
- O Eher nach territorialen Aspekten (Stadtteildiskussionen, dann gesamtstädtische Diskussion)
- O Eher nach fachlich-inhaltlichen Aspekten (Fachforen, dann gesamtstädtische Diskussion)
- O Beides
- O Andere Vorschläge: _____

- Frage 29 Wer sollte die Bürgerhaushaltsdebatte künftig moderieren?
- O Die Stadtverwaltung
- O Vertreter der organisierten Bürgerschaft
- O Auswärtige Persönlichkeiten
- O Stadtverordnete
- O Bekannte Bürger der Stadt, die keine Stadtverordnete sind
- O Andere: _____

- Frage 30 Wie stellen Sie sich die künftige Entscheidung über den Bürgerhaushalt vor?
- O Selbstverständlich entscheidet die direkt gewählte Stadtverordnetenversammlung, die nicht an die Vorschläge der Bürger gebunden ist.
 - O Die direkt gewählte Stadtverordnetenversammlung entscheidet, sollte sich aber verpflichten, soviel wie möglich von den Vorschlägen der Bürger umsetzen und Rechenschaft darüber ablegen, warum bestimmte Vorschläge der Bürgerschaft nicht berücksichtigt wurden.
 - O Über einen Teil der Vorschläge zum Bürgerhaushalt könnte in einem Bürgerentscheid direkt entschieden werden.
 - O Es muss ein anderer Weg gefunden werden, der die Ergebnisse der Debatte über den Bürgerhaushalt für die Stadtverordneten verbindlich macht.

Vielen Dank

Jochen Franzke und Heinz Kleger

Anhang II

Liste der interviewten Organisationen der Bürgerschaft

Sozialraum I

1. Begegnungshaus Groß Glienicke e.V.
Dorfstraße 2, 14476 Potsdam - Groß Glienicke
2. Förderverein der Grundschule „Hanna von Pestalozza“
Ahornweg 59, 14476 Potsdam - Groß Glienicke
3. SC 2000
An der Kirche 14, 14476 Potsdam - Groß Glienicke
bausachverstaendiger-a.menzel@t-online.de
4. Kita Butzemannhaus e.V.
Ahornweg 59, 14476 Potsdam - Groß Glienicke
5. Montessori-Haus „Starke Kinder“ e.V.
Seepromenade 8a, 14476 Potsdam-Groß Glienicke
6. Treffpunkt Fahrland e.V.
Ketziner Straße 20, 14476 Potsdam - Fahrland
7. Bürger von Kartzow
Dorfstraße 4, 14476 Potsdam – Fahrland
jue@tiscali.de
8. KSC 2000 Neu Fahrland e.V.
Sonnenweg 14, 14476 Potsdam - Neu Fahrland
9. Ars Sacrow e.V.
Kladower Straße 20, 14469 Potsdam - Sacrow
10. Bürger für Sacrow
Weinmeisterweg 8, 14469 Potsdam - Sacrow

Sozialraum II

11. Verein der Freunde und Förderer des ATB e.V.
Adresse: Max- Eyth- Allee 100, 14469 Potsdam
12. EXVOTO e.V.
Kirschallee 6j, 14469 Potsdam
13. Grün- Weiß Golm e.V. Platz: Sportplatz Golm,
Am Urnenfeld 16/Ecke Kuhfordamm, 14476 Golm
14. Kirchenbauverein Kaiser- Friedrichkirche Golm e.V.
Geiselbergstraße 35 A, 14476 Golm
15. Mühlenvereinigung e.V.
Adresse: Maulbeerallee 5, 14469 Potsdam
16. Deutscher Frauenring, Ortsring Potsdam e. V.
Gutsstraße 11, 14469 Potsdam
Tel.: 0331/5052586

17. Karateverein „Taika“ – Bornstedt e. V.
Kirschallee 174, 14469 Potsdam

18. Chance e. V.
Kuhforter Damm 5, 14476 Golm
Tel.: 0331/500609

19. BUND Ortsgruppe Golm
Geiselbergstraße 11, 14476 Golm
Tel.: 0331/500131

Sozialraum III

20. Attac Potsdam
Am Bassinplatz 1, 14469 Potsdam

21. BIUF- Verein zur Förderung sozialer Arbeit e. V.
Jägerallee 31, 14469 Potsdam

22. Black Flowers e. V.
Hans-Sachs-Str. 4, 14471 Potsdam

23. Brandenburg gegen Rechts e.V.
Friedrich-Ebert-Straße 61, 14469 Potsdam

24. Bürgerinitiative für Verkehrsberuhigung in Potsdam West e. V.
Im Bogen 14, 14471 Potsdam

25. DLRG OG Potsdam e. V.
Am Luftschiffhafen 2, 14471 Potsdam (Potsdam West)

26. Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam e. V.
Breite Str. 7, 14467 Potsdam

27. Förderverein der Voltaire-Gesamtschule Potsdam e. V.
Lindenstraße 32-33, 14467 Potsdam

28. Förderverein für die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam e. V.
Friedrich-Ebert-Str.24, 14467 Potsdam

29. Förderverein Pfingsberg e.V.
Friedrich-Ebert-Str. 83, 14469 Potsdam

30. Freundeskreis des Helmholtz-Gymnasiums e. V.
Kurfürstenstraße 53, 14467 Potsdam

31. Friedensgemeinde
Am Grünen Gitter 1, 14469 Potsdam

32. Kindergarteninitiative in Potsdam e. V.
Wall am Kiez 6, 14467 Potsdam

33. Nil-Studentenkeller e.V.
Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

34. Royal-Louise - Yacht- und Schifffahrtsverein zu Potsdam e.V.
Schwanenallee 7, 14467 Potsdam

35. Rückenwind e.V.
Knobelsdorffstr. 7, 14471 Potsdam

36. Urania e. V. „Wilhelm Förster“
Gutenbergstr. 71/72, 14467 Potsdam

37. Verein Brandenburger Vorstadt e. V.
Lennéstr. 68, 14471 Potsdam

38. Verein Potsdam Regional
Lindenstr.34, 14467 Potsdam

39. Verein für Demokratie, politische und kulturelle Bildung e.V.
Friedrich-Ebert-Str. 61, 14469 Potsdam

40. Waschhaus e. V.
Schiffbauergasse 1, 14467 Potsdam

41. Weißer Ring e.V.
Breite Str. 19, 14467 Potsdam

Sozialraum IV

42. Aktionsgemeinschaft Babelsberg e.V.
Karl-Liebknecht-Str. 8, 14482 Potsdam

43. Babelsberger Mieterverein e.V.
Plantagenstraße 18, 14482 Potsdam

44. Chill Out e.V., Verein zur Förderung akzeptierende Drogenarbeit
Schulstr. 9, Potsdam

45. Freiwillige Feuerwehr Babelsberg und Klein Glienike
Tuchmacherstr. 30, 14478 Potsdam

46. Förderkreis Böhmisches Dorf Nowawes und Neundorfer Anger e.V.
Karl-Liebknecht-Str. 135, 14482 Potsdam

47. Förderverein alte Neundorfer Kirche und Neundorfer Anger e.V.
Friedrich-Engels-Str. 39, 14482 Potsdam

48. Lindenpark e.V.
Stahnsdorfer Str. 74-76, 14482 Potsdam

49. Oberlinhaus
Rudolf-Breitscheid-Straße 24, 14482 Potsdam

50. Potsdam per Pedales e.V.
Rudolf-Breitscheid-Str. 201, 14482 Potsdam

51. Potsdamer Seesportclub e.V.
Park Babelsberg 2, 14482 Potsdam

52. SG Eintracht 90 Babelsberg
Rudolf-Breitscheid-Str. 59, 14482 Potsdam

53. Solidario Weltladen
Karl-Liebknecht-Str. 23, 14482 Potsdam

54. Tambourverein 1925 Potsdam Babelsberg e.V.
Leibnitzring 38, 14480 Potsdam

Sozialraum V

55. Jugendclub OFF LINE
Maimi-von-Mirbach Str. 11-13, 14480 Potsdam
56. Kindertreff Am Stern
Keplerplatz 3, 14480 Potsdam
57. Förderverein Grundschule 56 Kirchsteigfeld
Lise-Meitner-Straße 4-6 14480 Potsdam
58. Kinderclub "Junior"
Sternstraße 63 a, 14480 Potsdam
59. Brandenburgische Wanderfreunde Potsdam e.V.
Pietschkerstrasse 12, 14480 Potsdam
60. Bürgeraktion Drewitz e.V.
Sternstrasse 64, 14480 Potsdam
61. Bürgerinitiative Stern
Galileistrasse 9, 14480 Potsdam
62. Demokratischer Frauenbund LV Brandenburg (Begegnungsstätte „Bürgerhaus Sternzeichen“),
Galileistrasse 37-39, 14480 Potsdam
63. Potsdamer Volleyball Club 1991 e.V.
Feuerbachstraße 11, 14471 Potsdam
64. Preußischer Fecht-Club Potsdam
Hans-Grade-Ring 6, 14480 Potsdam
65. SC Potsdam e.V.
Maimi-von-Mirbach-Strasse 11-13, 14480 Potsdam
66. Stadteilladen im Kirchsteigfeld e.V.
Anni-von-Gottberg-Strasse 14, 14480 Potsdam
- 67 Tauchclub Potsdam e.V.
Gaußstrasse 14, 14480 Potsdam
68. Treffpunkt Stern (Begegnungszentrum der WG „Karl Marx“)
Otto-Haseloff-Strasse 15, 14480 Potsdam
69. Verein zur Förderung des Zusammenlebens e.V. „Wir für uns“
Asta-Nielsen-Strasse 1, 14480 Potsdam
70. Förderverein des Leibnizgymnasiums e.V.
Galileistraße 2-4, 144480 Potsdam
71. Verein zur Förderung der Gesamtschule 39 Potsdam e.V.
Gargarinstraße 5-7, 14480 Potsdam
- 72 Jugendclub 18
Pietschkerstraße, 14480 Potsdam (Träger Independent Living gGmbH)

Sozialraum VI

73. Angelsportverein "Freundschaft" Potsdam-Babelsberg e.V.
Humboldttring 23, 14473 Potsdam
Tel. 0331/718790

74. bambus e.V.
Lotte-Pulewka-Str. 43, 14473 Potsdam
Tel. 0331/7481627
jghpotsdam@aol.com
75. Breitband e.V.
Saarmunder Str. 66, 14478 Potsdam
Tel. 0331/870206
info@breitband-ev.de
76. Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH
Schilfhof 28
Tel. 0331/817190
info@buergerhaus-schlaatz.de
77. Bürgerinitiative Schlaatz
Binsenhof 19
Tel. 0331/879225
78. Bürgerinitiative Waldstadt e.V. (BIWA)
Saarmunder Str. 32
Tel. 0331/6200719
79. Cometa e.V.
Zum Kahleberg 10
Tel. 0331/814691
80. Comm-IT feminin e.V.
An der Alten Zauche 10
Tel. 0331/879278
81. Evangelische Auferstehungsgemeinde (über Diakonie)
Am Plantagenhaus 11
Tel. 0170/7315445
82. Evangelische Kirchengemeinde Hoffbauer-Stiftung Potsdam
Hermannswerder 7, 14473 Potsdam
Tel. 0331/2313100/-04
83. Förderverein für Jugend und Sozialarbeit e.V.
c/o Medienwerkstatt Potsdam, Schilfhof 28 a, 14478 Potsdam
Tel. 0331/810140
info@medienwerkstatt-potsdam.de
84. Garde-u. Schautanzsport TSC POTSblitz e.V.
Zum Kahleberg 67, 14478 Potsdam
Tel. 0331/715884
85. Potsdamer Betreuungshilfe e.V.
Ginsterweg 1-3, 14478 Potsdam
86. Potsdamer FC 1973 e.V.
Erich-Weinert-Str. 64
Tel. 0331/813959//0160/1817402
87. Potsdamer Reitverein e.V. 1990
Drewitzer Str. 38
Tel. 0331/8710438
88. Pro Familia Beratungsstelle
Heinrich-Mann-Allee 7, 14473 Potsdam
Tel. 0331/860668

89. Schützengilde zu Potsdam 1465 e.V.
Michendorfer Chaussee 16
Tel. 0331/291407 / 0331/622876

90. Spielmannszug Potsdam e.V. i.G.
Am Moosfenn 26
Tel. 0331/861900

91. TTV Einheit Potsdam
Am Plantagenhaus 9
Tel. 0331/873056

Gesamtstädtische Gruppen

92. AIDS-Hilfe Potsdam e.V.
Kastanienallee 27, 14471 Potsdam
Tel. 0331/ 95130851
info@aidshilfe-potsdam.de

93. ARGUS (Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung) Potsdam e.V.
Lindenstr. 34, 14467 Potsdam
Tel. 0331/ 2015511
argus.potsdam@grueneliga.de

94. Autonomes Frauenzentrum Potsdam e.V.
Zeppelinstraße 189, 14471 Potsdam
Tel. 0331/ 901313

95. Frauenzentrum.Potsdam@t-online.de
BUND Kreisverband Potsdam/PM
Friedrich-Ebert-Str. 114a, 14467 Potsdam
Tel. 0331/ 23700141

96. Kulturhauptstadt Potsdam e.V.
Otto-Nagel-Str. 1A, 14467 Potsdam
Tel. 0331/ 2706119
verein@kulturhauptstadt.potsdam.de

97. Potsdamer Kunstverein e.V.
Gutenbergstrasse 61, 14467 Potsdam
Tel. 0331/ 29557
eMail: info@potsdamer-kunstverein.de

98. Potsdamer Tafel e.V.
Geschwister-Scholl-Str. 83, 14471 Potsdam
Tel. 0331/ 2705889
info@potsdamer-tafel.de

99. SG Fanfarenzug Potsdam e.V.
Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam
Tel. 0331/ 9793035
fzpotsdam@web.de

100. Selbsthilfe-, Kontakt- und Informationszentrum (SEKIZ) e.V.
Hermann-Elflein-Str. 11, 14467 Potsdam
Tel. 0331/ 6200280
info@selbsthilfe.potsdam.org

101. Seniorenvertretung Potsdam
Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam
Tel. 0331/ 2893436
Seniorenbuero@rathaus.Potsdam.de

102. Stadtjugendring Potsdam e.V.
Schulstr. 9, 14482 Potsdam
Tel. 0331/ 5813-203 oder -213
sjr@madstop.de

103. Stadtsportbund Potsdam e.V.
Am Luftschiffhafen 2, Haus 33, 14471 Potsdam
Tel. 0331/ 9510706
stadtsportbund@potsdam.de

104. Ständiges Forum der Potsdamer Zivilgesellschaft
Lise-Meitner-Str. 30, 14480 Potsdam
Tel. 0331/ 6001602
buergerbeteiligung-potsdam@t-online.de

105. Verbraucherzentrum Brandenburg e.V., Beratungsstelle Potsdam
Lange Brücke 2, 14473 Potsdam
Tel. 0331/ 2800794

Liste der interviewten Politiker

Vertreter von Parteien in der SVV

- 106. „Die Anderen“, Wolfgang Meyerhöfer, Mitglied im Beirat Potsdamer Mitte
- 107. BürgerBündnis, Andreas Walter, Geschäftsführer
- 108. CDU, Götz Th. Friedrich, Vorsitzender der CDU-Stadtfraktion
- 109. Die Grünen/Bündnis 90, Peter Schüler, Fraktionsvorsitzender
- 110. DVU, Günter Schwemmer, Stadtverordener
- 111. Familienpartei, Brian Utting, Stadtverordener
- 112. FDP, Gerhard Arndt, Stadtverordener
- 113. PDS, Dr. Hans Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender
- 114. SPD, Hannelore Knoblich, Stadtverordnete

SVV-Ausschussvorsitzende

- 115. Hauptausschussvorsitzender: Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD)
- 116. Ausschuss für Bildung und Sport: Vorsitzender Dr. Alexander Steinicke (DIE LINKE. PDS)
- 117. Ausschuss für Eingaben und Beschwerden: Vorsitzender Siegmund Krause (DIE LINKE. PDS)
- 118. Ausschuss für Finanzen: Vorsitzender Peter Kaminski (DIE LINKE. PDS)
- 119. Ausschuss für Kultur: Vorsitzender Eberhard Kapuste (CDU)
- 120. Ausschuss für Gesundheit und Soziales: Vorsitzende Klara Geywitz (SPD)
- 121. Ausschuss für Ordnung und Umweltschutz: Vorsitzender Ralf Jäkel (DIE LINKE.PDS)
- 122. Ausschuss für Stadtplanung und Bauen: Vorsitzender Dr. Christian Seidel (SPD)
- 123. Rechnungsprüfungsausschuss: Vorsitzender Michael Schröder (CDU)
- 124. Jugendhilfeausschuss: Stellver. Vorsitzende Dr. Sigrid Müller (DIE LINKE. PDS)

Ortsteilbürgermeister

- 125. Ortsteilbürgermeister Doris Langenhoff (Groß Glienicke)
- 126. Ortsteilbürgermeister Hartmut Reiter (Neu Fahrland)
- 127. Ortsteilbürgermeister Dietrich Menzer (Marquardt)
- 128. Ortsteilbürgermeister Hans Becker (Uetz-Paaren)

Liste der Befragten aus der Stadtverwaltung

- 129. Burkhard Exner (Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Service)
- 130. Sven Heise (komm. Leiter Zentrale Steuerungsunterstützung, Projektleitung Bürgerkommune)
- 131. Sibylle Strotzer (Zentrale Steuerungsunterstützung, Projektkoordination Bürgerkommune)
- 132. Andreas Benner (Zentrale Steuerungsunterstützung, Projektteam Bürgerkommune)
- 133. Dieter Jetschmanegg (Büro Oberbürgermeister, Projektteam Bürgerkommune)
- 134. Heike Ziegenbein (Leiterin Büro der Stadtverordnetenversammlung, Projektteam Bürgerkommune)
- 135. Tanja Wycisk (Fachbereich Recht, Projektteam Bürgerkommune)

- 136. Heike Fischer (Fachbereichsleiterin Schule und Sport, Projektteam Bürgerkommune)
- 137. Michael Kroop (Fachbereich Kultur und Museum, Projektteam Bürgerkommune)
- 138. Alexander Lindt (Fachbereich Ordnung und Sicherheit, Projektteam Bürgerkommune)
- 139. Gerhard Meck (Fachbereich Soziales, Projektteam Bürgerkommune)
- 140. Peter Böhme (Jugendamt, Projektteam Bürgerkommune)
- 141. Peter Lorenz (Fachbereichsleiter Grün- und Verkehrsflächen, Projektteam Bürgerkommune)

Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgemeinschaft
AK	Arbeitskreis
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BpB	Bundeszentrale für politische Bildung
BVV	Bezirksverordnetenversammlung (in den Bezirken der Stadt Berlin)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HSK	Haushaltssicherungskonzept
KfZ	Kraftfahrzeug
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle
NSM	Neue Steuerungsmodell
NPM	New Public Management
NSM	Neue Steuerungsmodell
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PPP	Privat-öffentlichen Partnerschaften (Public-Private-Partnership)
PT	Arbeiterpartei (Linkspartei in Brasilien)
SV	Sportvereinigung
SVV	Stadtverordnetenversammlung

Autorenverzeichnis

Franzke, Jochen, geb. 1954, Politikwissenschaftler, Dr. habil., Hochschuldozent, Universität Potsdam. Forschungsschwerpunkte: Europäische Integration, Politisch-administrative Systeme der Staaten Mittel- und Osteuropas, Lokale Demokratie, Regional- und Kommunalpolitik. E-mail: franzke@uni-potsdam.de

Herzberg, Carsten, geb. 1973, Politikwissenschaftler, Magister, Doktorand, Universität Potsdam/Universität Paris 8, Centre Marc Bloch Berlin. Forschungsschwerpunkte: Lokale Demokratie, Globalisierung, Partizipation, soziale Bewegungen, politische Systeme und Kulturen in Lateinamerika. E-Mail: hca@cmb.hu-berlin.de

Kleger, Heinz, Inhaber des Lehrstuhls für Politische Theorie an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam. Forschungsschwerpunkte: Politische Theorie, Europäische Integration, Demokratietheorie. E-mail: kleger@uni-potsdam.de

Kühn, Martin, geb. 1972, Diplom-Politikwissenschaftler, lebt in Potsdam. E-mail: martinkuehn1@compuserve.de

Röcke, Anja, geb. 1978, Sozialwissenschaftlerin, Diplom, Doktorandin, Europäisches Hochschulinstitut Florenz/Humboldt Universität Berlin. Forschungsschwerpunkte: lokale Demokratie in Europa, neue Tendenzen der französischen und deutschen Soziologie, soziale Bewegungen. E-Mail: ran@cmb.hu-berlin.de

Sintomer, Yves, geb. 1962, Soziologe, Prof. Dr. , Hochschuldozent und Wissenschaftler, Universität Paris 8, Culture et Sociétés Urbaines (CSU, CNRS). Forschungsschwerpunkte: Vergleich von deutscher und französischer Soziologie, Stadtsoziologie, politische Theorie, Demokratieforschung. E-Mail: sy@cmb.hu-berlin.de

Stab, Uwe, geb. 1963, Diplom-Politikwissenschaftler, lebt in Potsdam, Mitglied des Ortsbeirates von Groß Glienicke. E-mail: Fam.Stab@t-online.de